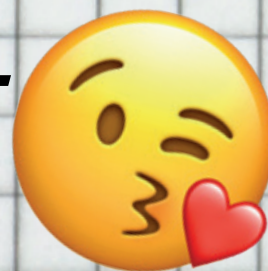




**BERICHT DER GRÜNEN ZUM
IBIZA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS**

INSIDE IBIZA

**SPENDEN, CHATS UND
ALLES, WAS DU WILLST**



EINFACH NUR DANKE!



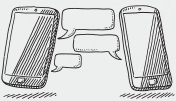
Herzlichen Dank für eure hervorragende Mitarbeit bei diesem Ibiza-Untersuchungsausschuss!
Ohne euch wäre es nicht mal halb so gut geworden!

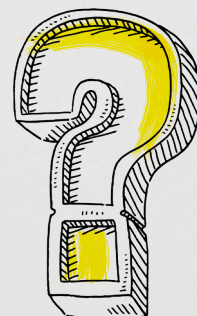
- Xenia Köck
- Roland Spitzlinger
- Karoline Oberhofer
- Ulli Kittelberger
- Marie Fleischhacker
- Tobias Krüse
- Sanjay Doshi
- Gloria Halder

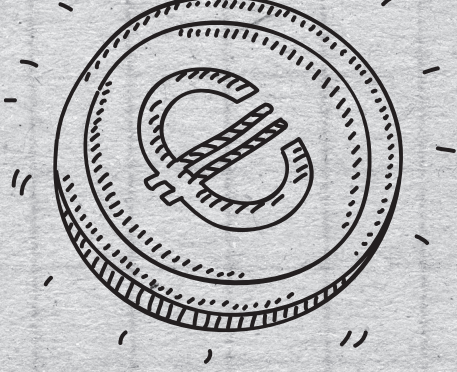
Danke auch an Karin Hollenstein und Wolfgang Niklfeld für eure Hilfe bei der Erstellung dieses Berichts!

Ich liebe mein Ibiza-Ausschuss-Team 

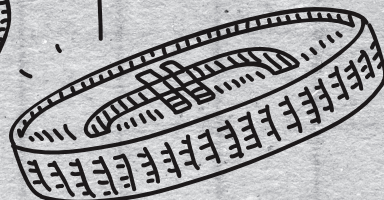
NINA TOMASELLI
Für die Grüne Fraktion

1. KÖNNEN SICH REICHE GESETZE KAUFEN?	5
2. DER U-AUSSCHUSS IN ZAHLEN	11
3. DER STARTPUNKT - DAS VIDEO	15
4. DIE AUSSAGEN VON HC STRACHE IM REALITÄTSTEST	21
Parteispenden am Rechnungshof vorbei	22
 Spendenstückelung	22
FPÖ-nahe Vereine	27
ÖVP-nahe Vereine	32
Heimliche Privatisierungen	43
Operation Edelstein	44
ARE Austrian Real Estate	46
Käuflichkeit in der Gesetzgebung	53
Prikraf oder: Wer nascht vom Kuchen?	54
Aushöhlung des Rücktrittsrechts bei Lebensversicherungen	59
Goldgrube Glücksspielgesetz	61
Ein attraktives Privatstiftungsrecht für Superreiche	70
Umbaupläne für die Bankenaufsicht	74
 Postenschacher	83
Peter Sidlo	84
Thomas Schmid	90
Aufsichtsratsbesetzung	96
 Unterstützung für wohlhabende Freunde	107
Signa und der Kauf der Möbelhäuser	108
99-jähriger Mietvertrag für die Postsparkasse	110
Immobilienengeschäfte des Martin Kurschel	111
Eine Bank für die europäischen Rechte mitten in Wien	111
Exkurs: Drehscheibe Finanzministerium	117
5. DIE VERSUCHTE VERTUSCHUNG	121
6. DIE ERMITTLERINNEN UND ERMITTLER	133
7. DAS FAZIT	145





KÖNNEN SICH REICHE GESETZE KAUFEN?



KÖNNEN SICH REICHE GESETZE KAUFEN?

16.5.2019

HC Strache und Sebastian Kurz

Kurz: Bitte um Rückruf! Habe jetzt auch Anfragen und will nochmal kurz mit dir reden! Danke

Strache: Heute geht nichts mehr. Aber Bonelli kann morgen die Fragen und Antworten lesen. Lg

Kurz: Naja, mal schauen, aber danke! Was meinst du mit heute geht nicht mehr. Was kommt da genau? Lg Sebastian

Strache: Halb so wild. Viele falsche Vorwürfe welche so nicht stattgefunden haben...aber die Frage ist der Auftraggeber...da haben wir zur Zeit ein paar Informanten! Lg

Kurz: Wer steckt dahinter? Silberstein?

Strache: Wenn so einfach wäre, dann wäre es schön!

Masterplan oder Größenwahn?

Das Ibiza-Video klingt für viele Menschen wie ein Krimi aus einer längst vergangenen Zeit. Dabei ist der 17. Mai 2019 gerade einmal zwei Jahre her.

Dieses weit über die Landesgrenzen hinaus bekannte Video hat eine Staatskrise ausgelöst und die Republik in ihren Grundfesten erschüttert. Das Ibiza-Video hat die türkis-blaue Bundesregierung aus dem Amt gefegt. Das Misstrauen der Bevölkerung war so groß, dass eine Regierung aus Expertinnen und Experten das Land führen musste. Der Bundespräsident manövrierte das wankende Schiff Österreich durch den politischen Sturm. Als verlässlicher Kompass diente ihm die österreichische Bundesverfassung.

Doch auch zwei Jahre können diese Ereignisse nicht ungeschehen machen. Das Vertrauen in die Politik hat dramatischen Schaden genommen.

Der „Untersuchungsausschuss zur mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“ ist angetreten, um das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen und einen politischen Selbstreinigungsprozess in Gang zu setzen. Am Ende dieses Prozesses sollten die Fehler der Vergangenheit entlarvt, für die Zukunft verhindert werden und die politische Landschaft ein Stück weit sauberer sein.

Das ist auch gelungen. Rücktritte und Suspendierungen waren erste, medial breit berichtete Konsequenzen des Untersuchungsausschusses. Doch der Weg dorthin führte in finstere Ecken der Republik.

Finstere Ecken

In diesen finsternen Ecken stießen die Mitglieder des Untersuchungsausschusses auf Selbstbereicherung, mutmaßliche Korruption und auf Postenschacher im ganz großen Stil. All dies sind Auswirkungen eines türkis-blauen Plans, dessen Ziel es war, die Republik still und heimlich umzubauen. Vorbei am Parlament, vorbei an den Bedürfnissen der Bevölkerung.

So sollte ein politisches System für wohlhabende Freund*innen und reiche Spender*innen erschaffen werden. Eine zentrale Drehscheibe für diesen heimlichen Umbau war das Finanzministerium und dessen damaliger Generalsekretär.

Das Vorhaben des heimlichen Umbaus ist in zigtausenden Chatnachrichten dokumentiert und lässt sich anhand zahlreicher Beispiele belegen. Besonders hervorzuheben sind hier:

- **Die Erfindung der neuen ÖBAG: Das ist jene Gesellschaft, die das Familiensilber der Republik managt.**
Den Job des Alleinvorstandes der neuen ÖBAG hat sich der damalige Generalsekretär im Finanzministerium selbst herbei geschrieben.
- **Die geplante Privatisierung des Bundesrechenzentrums („Operation Edelstein“).**
Dort liegen die sensibelsten Daten der Österreicherinnen und Österreicher.
- **Das innige, von Spenden geleitete Verhältnis zur Versicherungswirtschaft, das sich in mehreren Gesetzen niedergeschlagen hat. Als prominentestes Beispiel aus dem U-Ausschuss sei hier der Fall „Prikraf“ genannt.**

Können sich Reiche Gesetze kaufen?

Am 4. Juni 2020 nahm der Ibiza-Untersuchungsausschuss mit der Befragung der ersten Auskunftspersonen seine Arbeit auf. Im Ibiza-Video wurde Selbstbereicherung und Korruption zur Schau gestellt. HC Strache schwadronierte beispielsweise über Vereinskonstruktionen, mit Hilfe derer man Spenden am Rechnungshof vorbei sammeln könne. Er stellte öffentliche Aufträge in Aussicht und sprach von der Gesetzwerdung wie von der Abhandlung eines Geschäftsprozesses.

Nach Erscheinen des Ibiza-Videos lautete der Verdacht: Konzerne und Millionäre lassen politischen Parteien illegal Geld zukommen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Ihre Interessen sind: passende Steuergesetze, Gesetze zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen aber auch die Einstellung von polizeilichen Ermittlungen. Das warf die Frage auf: Können sich Reiche Gesetze kaufen?

Der Prüfauftrag für den Ibiza-Untersuchungsausschuss war damit klar: Handelte es sich bei den Aussagen von HC Strache um die Zustandsbeschreibung einer politischen Realität oder um besoffene Prahlerie?

Es hat alles mit dem Ibiza-Video zu tun

Zu Beginn haben wir uns nicht erwartet, dass wir so viele Belege für die mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung finden werden. Haben wir aber. Möglich machten das vor allem die Ermittlungen, die erst durch das Video ins Rollen gekommen sind. Das wohl prominenteste Beispiel: Die Bestellung von Peter Sidlo zum Casinos-Vorstand.

Nur wenige Tage nach Bekanntwerden des Ibiza-Abends von HC Strache, Johann Gudenus und der vermeintlichen Oligarchennichte erhielten die Korruptionsermittler*innen der WKStA einen anonymen Hinweis, dass bei dieser

Postenbesetzung nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei und es wohl Hintergrunddeals mit der Novomatic gegeben habe. Der CASAG-Komplex, der größte Verfahrensbrocken im Zusammenhang mit Ibiza, war eröffnet.

Die Ermittler*innen hatten schnell den Verdacht formuliert, dass es sich beim Fall „Peter Sidlo“ nicht nur um patscherten Postenschacher der FPÖ handelte. Es ging mutmaßlich um eine gefällige Novelle des Glücksspielgesetzes. Dies führte zu etlichen Hausdurchsuchungen, letztendlich auch zu jenen von Ex-Finanzminister Hartwig Löger und Ex-ÖBAG-Chef Thomas Schmid mit der bekannten Sicherstellung der Handykommunikation der Betroffenen.

Nicht nur im Ibiza Video hatte das Glücksspiel mit „*Novomatic zahlt alle*“ seinen großen Auftritt. Auch im Ibiza-U-Ausschuss wurde immer deutlicher, dass Türkis-Blau auch in diesem Bereich die Republik still und heimlich umbauen wollte.

Und wir mussten uns immer öfter die Frage die stellen: „Moment mal, wer beeinflusst hier wen? Die Politik das Glücksspiel oder das Glücksspiel die Politik?“

Still, heimlich und leise

Ob Glücksspielgesetz, millionärsfreundliches Stiftungsrecht, Privatisierungen im Bundesrechenzentrum und der Bundesimmobiliengesellschaft. Diese Pläne der türkis-blauen Bundesregierung hätten bis zur Umsetzung im Verborgenen bleiben sollen. Sie waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Erst die Ermittlungen zum Ibiza-Skandal haben dem Ibiza-Untersuchungsausschuss Zugang zu den geheimen Akten ermöglicht!

Ermittler unter Druck

Die Ermittlungen rund um das Ibiza-Video haben Dinge zu Tage gebracht, die im Verborgenen hätten bleiben sollen. Sie legen Zeugnis ab über ein politisches System, das vor allem die Bedürfnisse der eigenen Gönner*innen und nicht das Gemeinwohl im Fokus hatten. Die Korruptionsermittler*innen der WKStA waren immer schon die Gegenspieler*innen der Reichen und Mächtigen. Mit dem Ibiza-Video stand plötzlich ein ganzes politisches System infrage. Diejenigen, die mit der Aufklärung der „mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“ ein Problem haben, weil es für sie oder ihre wohlhabenden Freund*innen lästig ist, haben sich lautstark und geballt zu Wort gemeldet.

Die WKStA war massivem „*dirty campaigning*“ ausgesetzt. Das zeigen die Akten, öffentliche Statements und die Aussagen der betroffenen Staatsanwält*innen im Ibiza-Untersuchungsausschuss.

Der Auftritt von Christina Jilek war eine Sternstunde des Ibiza-U-Ausschusses. Sie hat erzählt, wie ab der Sekunde, als das Ibiza-Video online gegangen ist, die WKStA an vernünftigen Ermittlungen behindert worden ist. Das türkis-blaue System schreckte also auch nicht davor zurück, die Ermittlungen der Korruptionenjäger*innen zu lenken odere gar zu verunmöglichen.

Ein Polizist der SOKO TAPE, der sich politisch bei der ÖVP engagiert hatte, verweigerte laut Jileks Darstellung die Umsetzung wichtiger Ermittlungsschritte. Später wurde die WKStA von dem Fall abgezogen.

Es gibt aber auch gute Nachrichten: Dieses System ist jetzt Vergangenheit. Die mutigen Korruptionsermittler*innen haben sich zu keinem Zeitpunkt einschüchtern lassen. Es gab Hausdurchsuchung um Hausdurchsuchung.

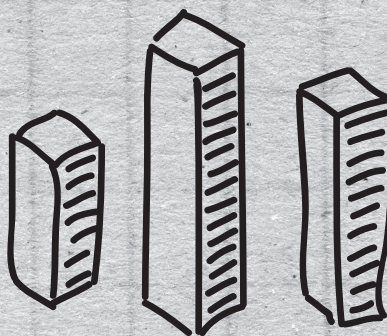
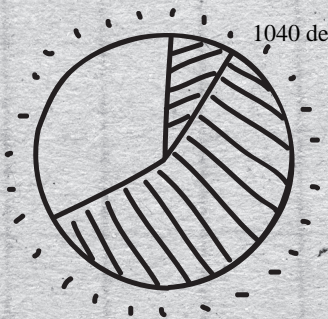
Nebelgranaten

Ab Tag Eins des U-Ausschusses war klar, dass dessen Aufklärungsarbeit massiv erschwert werden sollte. Die Vertuschungsversuche rund um die Ermittlungen zum Ibiza-Video waren ein Vorgeschmack darauf.

Zahlreiche Nebelgranaten sollten den Blick auf die mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung verschleiern. Als dies nicht mehr funktionierte, wurde die unabhängige Justiz zur Zielscheibe gemacht. Doch die Versuche, sich über das Gesetz zu stellen, scheiterten. Der Ibiza-Untersuchungsausschuss kann eine beachtliche Bilanz vorweisen.

Der vorliegende Bericht gibt nicht nur eine detaillierte Einführung in die wichtigsten Erkenntnisse des U-Ausschusses, sondern nimmt sich auch jenes Video noch einmal vor, das Österreich vor etwas mehr als zwei Jahren in eine Staatskrise gestürzt hat: das Ibiza-Video.

Welche jener Aussagen, die Heinz-Christian Strache in der Finca auf Ibiza von sich gegeben hat, haben Türkis und Blau tatsächlich in die Tat umgesetzt und was davon war betrunkenener Größenwahn des späteren FPÖ-Vizekanzlers der Republik Österreich?



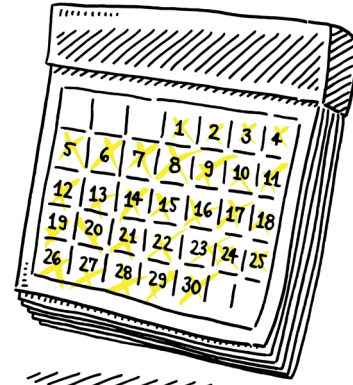
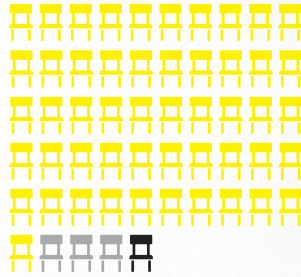
DER U-AUSSCHUSS IN ZAHLEN



DER U-AUSSCHUSS IN ZAHLEN

56 SITZUNGEN

1 KONSTITUIERENDE SITZUNG
3 GESCHÄFTSORDNUNGSSITZUNGEN



52 BEFRAGUNGSTAGE

- 5 DAVON AUCH VERTRAULICH

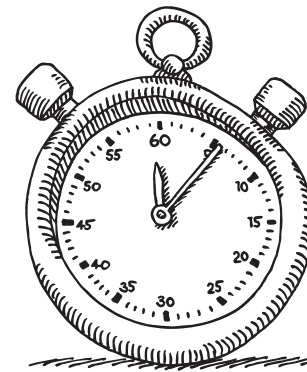
116

BEFRAGUNGEN

84 MÄNNER

21 FRAUEN

-
- 2 POLIZIST*INNEN
 - 9 STAATSANWÄLT*INNEN
 - 19 BEAMT*INNEN
 - 23 POLITIKER*INNEN



INSGESAMT 493 STUNDEN

289
ERGÄNZENDE
BEWEISANFORDERUNGEN
WURDEN WIRKSAM

36
AUFFORDERUNGEN
GEMÄSS § 27 ABS. 4 VO-UA
(SOG. RÜGEN)



9 AUSKUNFTSPERSONEN
WURDEN ZWEIMAL
BEFRAGT

EINE PERSON
WURDE DREIMAL
BEFRAGT

2,7 MIO. AKTENSEITEN

IN

182.053 DOKUMENTEN

DAVON

86.356

aus dem BKA

39.730

aus dem BMF

22.274

aus der FMA

12.328

vom NRP

8.820

aus dem BMJ

5.189

aus der OeNB

1.975

aus dem BMK

975

der Vbg-LReg

821

aus dem BMSGPK

747

aus dem BMI

731

aus der PD

503

vom RH

382

aus dem BMBWF

244

aus dem BMAFJ

239

aus dem BMKOeS

219

der WKO

113

aus dem BMEIA

109

aus dem BMLRT

90

aus dem BMLV

68

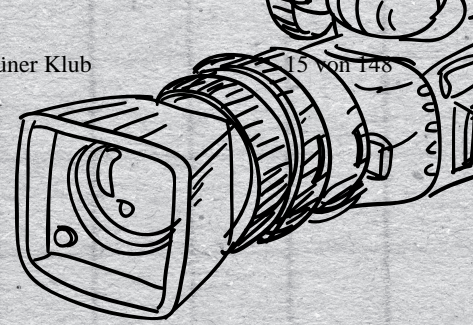
aus dem OeStA

11 VERFAHREN VOR DEM
VERFASSUNGSGERICHTSHOF

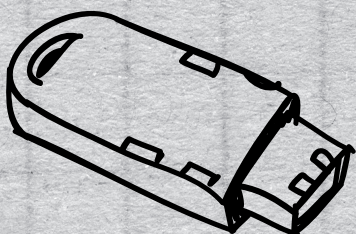
11 VERFAHREN
ZU BEUGESTRAFEN

5 ERMITTLUNGSVERFAHREN BEI DER WKSTA,
WOBEI ALLEIN DAS CASAG-VERFAHREN
14 ERMITTLUNGSSTRÄNGE HAT

29 ERMITTLUNGSVERFAHREN
BEI DER STA-WIEN



DER STARTPUNKT: DAS VIDEO



DER STARTPUNKT: DAS VIDEO

17.05.2019, 17:05

Eine Stunde vor Veröffentlichung des Ibiza-Videos

Wolfgang Brandstetter an Christian Pilnacek:

***Brandstetter:** Du hast jedenfalls die volle Unterstützung der Regierung. (...) Mir ist aber gar nicht zum Lachen, wenn ich an das Strache-Video denke. Da wird morgen sowieso alles überlagern. Unglaublich*

Am 24. Juli 2017 sitzen Heinz Christian Strache, Johann Gudenus, seine Frau Tajana Gudenus, Privatdetektiv Julian Hessenthaler als vermeintlicher Begleiter und der Lockvogel in der Rolle als Oligarchennichte für mehrere Stunden auf einer Finca in Ibiza. Strache und Gudenus preisen an, was es ihrer Meinung nach in Österreich alles zu kaufen gibt: Öffentliche Meinung, Parteien, Gesetze und öffentliche Aufträge. Das Besondere daran: Es war eine Falle.

Die Vorgeschichte

Anfang 2017 kam eine Maklerin und Freundin der Familie Gudenus auf das Ehepaar zu und berichtete von einer reichen Russin, die am Kauf einer Immobilie, die im Besitz der Familie Gudenus ist, interessiert sei. Angesetzt auf das Ehepaar wurde die Wiener Maklerin von Anwalt M., dem mutmaßlichen Hauptdrahtzieher des späteren Ibiza-Videos. Das erste Treffen mit der „Russin“ fand dann Ende März 2017 im Wiener Grand Hotel statt. Erschienen ist die vermeintliche Oligarchennichte mit Personenschützer und traf dort das Ehepaar Gudenus, einen Bruder von Gudenus, Hessenthaler - der Privatdetektiv - und Anwalt M. Ein weiteres Treffen fand Ende April 2017 im Wiener Hotel Sofitel in einer Suite statt. Der Abend dürfte mit viel Alkohol verbracht worden sein, trotzdem kam es am nächsten Tag zu einer Besichtigung oben erwähnter Immobilie der Familie Gudenus. Das nächste Treffen war dann jener folgenreiche Abend auf Ibiza im Sommer 2017- mit HC Strache.¹

Die zweite Vorgeschichte

Nach einer Erkrankung fühlte sich der Bodyguard von HC Strache 2015 schlecht behandelt. Daraufhin fing er an, Material gegen seinen Chef zu sammeln. Er lichtete zum Beispiel ein ganzes Bündel an privater Rechnungen ab, die sich Strache, ausgestattet mit einem Spesenkonto von der FPÖ, monatlich abgelden ließ. Straches Bodyguard schaltete über seinen Anwalt M. die Behörden ein, die jedoch angeblich den Wunsch des Ex-Polizisten nach Gegenleistungen nicht erfüllen wollten.² Daraufhin, so geben es die Drahtzieher des Ibiza-Videos an, sei erst die Idee mit der Falle geboren worden. Privatdetektiv Hessenthaler im Untersuchungsausschuss: „Das sogenannte Ibizavideo (...) hätte es nicht geben müssen. Wäre der Anzeige des befreundeten Anwalts, der den Strache-Leibwächter R. vertrat, pflichtgemäß nachgegangen worden, dann hätten Ermittlungen geführt werden müssen. Hätte es diese Ermittlungen gegeben, dann wäre das Ibizavideo überflüssig geworden.“³

Die Republik im Abverkauf

24. Juli 2017 kam es dann schließlich zum berühmt gewordenen Ibiza-Abend. Die Finca war verwandt und mit versteckten Kameras ausgestattet. Strache und Gudenus redeten sich sprichwörtlich um Kopf und Kragen. Die Ibiza-Affäre kostete sie schlussendlich ihre Ämter. Strache stellte ohne Umschweife klar, dass zentral für die Ausübung von Macht die Beeinflussung der Medien sei, oder wie er es ausdrückte: „Wir wollen eine Medienlandschaft ähnlich wie der Orbán aufbauen.“ Der Schlüssel dazu sollte die mächtige Kronen Zeitung sein, deren Anteile die Oligarchennichte kaufen sollte. „Zack, zack, zack“ könne man mit entsprechender Stimmungsmache gleich mehrere

Prozente bei der Wahl zusätzlich gewinnen. Fast schon hellseherisch prophezeite Strache in dem Zusammenhang: „Und der Nächste, der auf alle Fälle kommt, ist der Benko, der will nämlich sowieso die Krone haben“.⁴ Ein Jahr später kam es dann zur Übernahme durch Benko. René Benko gab im Untersuchungsausschuss an, sich nicht erinnern zu können jemals mit Gudenus oder Strache über eine Medienbeteiligung gesprochen zu haben.⁵

Strache sprach weiter über die Motivation der Glücksspielindustrie die Politik für genehme Regeln zu zahlen. Das Verscherbeln von öffentlichem Gut ist genauso zur Sprache gekommen, wie ausschweifende Prahlerei von Strache, wen er nicht alles kenne. Die Kaufhauserbin Heidi Horten wurde genannt, genauso wie der Waffenhersteller Gaston Glock. Mit Martin Schlaff habe er eine „gute Gesprächsbasis“. Benko habe er gerade auf der Yacht in Ibiza getroffen. Und auch mit Red-Bull-Chef Dietrich Mateschitz sei er gut bekannt. Strache selbst bezeichnete sich als „Red Bull Brother from Austria“.⁶

Straches Telefon-Reigen

Anfang Mai 2017 erhielten die Süddeutsche Zeitung und der Spiegel das mehrstündige Videodokument zum Ibiza-Abend aus nicht öffentlich bekannter Quelle.⁷ Am 15. Mai – zwei Tage vor Veröffentlichung – konfrontierten die beiden Zeitungen Strache und Gudenus mit einer Reihe an Fragen. Kaum eine halbe Stunde nach Empfang der Anfrage rief Strache den Gründer der Signa-Gruppe, Immobilieninvestor René Benko, an. Über ihn hatte Strache auf Ibiza gesagt, er zahle „die ÖVP und uns“.⁸ Die nächsten beiden Anrufe gingen an Kathrin Glock, die im Untersuchungsausschuss aussagte, ihrerseits durch eine Medienanfrage der Süddeutschen Zeitung von der Existenz des Videos erfahren zu haben.⁹ Bis zur Veröffentlichung des Videos gab es zudem gleich mehrere Telefonate zwischen Strache und Sebastian Kurz.¹⁰

Bundespräsident Van der Bellen am 18.5.2019

„Die Bilder, die uns seit gestern erreichen zeigen ein verstörendes Sittenbild, das unserem Land und den Österreicherinnen und Österreicher nicht gerecht wird. Es sind beschämende Bilder und niemand sollte sich für Österreich schämen müssen. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen: So sind wir nicht. So ist Österreich einfach nicht.“

(...)

Die österreichischen Bürger müssen sich auf die Integrität der Regierung und der Verantwortungsträger der Institutionen verlassen können. Wir alle müssen unseren Institutionen vertrauen können. Das ist das Fundament unserer Demokratie. Wenn dieses Vertrauen derart grundsätzlich erschüttert wird, wie es derzeit der Fall ist, dann steht die Handlungsfähigkeit einer Regierung in Frage. Das ist jetzt der Fall.“

(...)

Wir brauchen ein Neuaufbau des Vertrauens und das geht in diesem Fall nur mit Neuwahlen.“

Die Bombe platzt

Am 17. Mai um Punkt 18 Uhr ging ein sechsminütiger Video-Zuschnitt des Ibiza-Treffens auf den Webseiten der Süddeutschen Zeitung und des Spiegels online.

Am Tag danach traten Strache und Gudenus mittags von ihren Ämtern zurück. Abends verkündete die ÖVP das „Aus“ für die türkis-blaue Koalition. Nachdem der Nationalrat Sebastian Kurz am 27. Mai sein Misstrauen ausgesprochen hatte, beauftragte Bundespräsident Van der Bellen Brigitte Bierlein damit, eine sogenannte Expertenregierung zu bilden. Diese wurde am 3. Juni angelobt. Schon die sechs Minuten Ibiza-Video haben gereicht, um eine Regierung aus dem Amt zu fegen und Österreich in eine Staatskrise zu befördern.

Die Suche nach der Antwort auf die Frage „Können Sich Reiche Gesetze kaufen“ beginnt

Die Ermittlungen zu Ibiza beginnen noch am Abend des 17. Mai. Die Ermittlungsergebnisse zu den Hintermännern, Machern und Financiers des Videos – ihnen wird Erpressung, Urkundenfälschung und Drogendelikte vorgeworfen – haben trotz großem Aufwand auch über zwei Jahre nach Bekanntwerden des Videos nichts Bahnbrechendes hervorgebracht. Zum Ibiza-Video an sich wurden die Ermittlungen rasch eingestellt. Strache war zum Zeitpunkt des Treffens noch kein Regierungsmitglied. Seine Versprechen und Angebote waren daher nur hypothetischer Natur. Grund dafür: Eine Gesetzeslücke, die nun repariert wird. Die Inhalte des Videos gaben und geben Anlass genug, ein ganzes politisches System, Geldflüsse zu den Parteien, mögliche Geschäfte und Gegengeschäfte zu hinterfragen.

Auf Ibiza war von „*Novomatic zahlt alle*“ die Rede. Nur wenige Tage nach Ibiza ging bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ein sehr detaillierter anonymer Hinweis ein, wonach es mit der Novomatic einen Deal gegeben habe über für die Bestellung eines FPÖ-Bezirksrates zum neuen CASAG-Vorstand¹¹ Der Stein der Ermittlungen kam damit so richtig ins Rollen. Die Grundlage für den „*Untersuchungsausschuss zur mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung*“ war geschaffen. Am 27. Februar 2020 trafen die ersten von 2,7 Millionen Aktenseiten im Parlament ein. Und so begann die minutiöse Kontrollarbeit. Seite um Seite, Chat für Chat, in einer Befragung nach der anderen wurde recherchiert:

Was an Straches Aussagen auf Ibiza war richtig? Was war Prahlerei?

Endnotes

1. DerStandard, 30.05.2020, Inside Ibiza: Wie „das verwöhnte Partygirl“ Strache und Gudenus auf die Finca lockte
2. DiePresse, 27.09.2019, Strache, sein Leibwächter und die Hintermänner von Ibiza
3. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Julian Hessenthaler in der 43. Sitzung vom 8. April 2021, S. 4, 202/KOMM
4. Falter, 17.05.2019, „Journalisten sind die größten Huren“
5. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Rene Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 21, S. 19, 111/KOMM
6. DiePresse, 17.05.2019, Straches verhängnisvoller Sommerabend auf Ibiza
7. Süddeutsche Zeitung, 25.05.2019, Warum die Medien über das Strache-Video berichten mussten
8. Profil, 23.11.2019, Ibiza-Video – Straches Telefonate
9. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Kathrin Glock in der 28. Sitzung vom 12. Jänner 21, S. 12-14, 154/KOMM
10. Profil, 23.11.2019, Ibiza-Video – Straches Telefonate
11. DerStandard, 04.06.2019, Casinos Austria: Topjob für blauen Bezirksrat lässt die Wogen hochgehen



DIE AUSSAGEN VON HC STRACHE IM REALITÄTSTEST

PARTEI- SPENDEN AM RECHNUNGSHOF VORBEI

Parteinahere Vereine spielten mutmaßlich eine zentrale Rolle bei der Sammlung von Spenden unter der türkis-blauen Bundesregierung. Seien es FPÖ-nahe Vereine wie „Austria in Motion“, „Patria Austria“, „Wirtschaft für Österreich“ oder das „Institut für Sicherheitspolitik“. Seien es ÖVP-nahe Vereine wie der „Heimatverein ProPatria – Für Niederösterreich“, „Modern Society“, der „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“ und das „Alois-Mock-Institut“.

Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video:

„Die Spender, die wir haben, sind in der Regel Idealisten. Die wollen Steuersenkung. Gaston Glock beispielsweise, Heidi Horten (...) ist ein Beispiel. René Benko, der die ÖVP und uns zahlt, einer der größten Immobilienmakler Österreichs, Novomatic zahlt alle.“^{1,2}

Seit 2012 hat die FPÖ dem Rechnungshof keine Großspende in Höhe von mehr als 50.000 Euro gemeldet.³ Im Gegensatz dazu erhielt die ÖVP in den Jahren 2017 bis 2019 mehrere Großspenden, die dank eines legalen Tricks über Umwege zwischengeschalteter Vereine nicht sofort an den Rechnungshof gemeldet werden mussten.

SPENDENSTÜCKELUNG

24.07.2017

Bernhard Krumpel und Harald Neumann:

Krumpel: hahaha ... Pierer verdoppelt alle [...] Spenden, die bis 31.7. Einge-
langt sind.

Neumann: Wir haben noch etwas besseres vor ;))

Krumpel: Ja [...] hab u. a. gerade den Brief an die Parteien entworfen.

Laut § 6 Absatz 5 des Parteiengesetz 2012 sind Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000 Euro übersteigen unverzüglich dem Rechnungshof zu melden. Dieser wiederum „hat die Spenden unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders unverzüglich auf der Website des Rechnungshofes zu veröffentlichen.“⁴

Einige ÖVP-Spender*innen stückelten ihre Parteispenden in Tranchen, die diesen Schwellenwert von 50.000 Euro unterschritten, wodurch es keine Pflicht zur Sofortmeldung gab und die Zahlungen erst rund zwei Jahre später im Zuge der Veröffentlichung der Rechenschaftsberichte durch den Rechnungshof öffentlich wurden. Die Parteien müssen ihre Rechenschaftsberichte bis spätestens 30. September des Folgejahres dem Rechnungshof übermitteln. Der Rechnungshof hat in der Folge unbeschränkt Zeit diese Berichte zu prüfen.⁵ Die Stückelung sei im übrigen „*nicht im Sinne der Transparenz, aber kein Verstoß gegen das Parteiengesetz*“, so der Rechnungshof.⁶ Die Milliardärin **Heidi Goëss-Horten** war die größte Einzelspenderin der ÖVP. Die Witwe und Erbin des Vermögens des verstorbenen deutschen Kaufhaus-Königs Helmut Horten spendete 19 Monate lang (jeweils rund um den 20. des Monats) 49.000 Euro an die ÖVP. In Summe erhielt die ÖVP von Goëss-Horten fast eine Million Euro an Spenden (2018: 588.000 Euro⁷, 2019: 343.000 Euro⁸) ohne diese sofort transparent machen zu müssen.^{9,10} Auch der zweitgrößte ÖVP-Spender **Klaus Ortner** nutzte diese legale Vorgehensweise. Der Tiroler Industrielle stückelte die Parteispenden um mediale Aufmerksamkeit zu vermeiden, wie er im Untersuchungsausschuss ausführte:

Klaus Ortner im Untersuchungsausschuss:

„Soll ich jetzt jeden Monat 52.000 Euro spenden – dann steht es zwölfmal in der Zeitung – oder soll ich sagen: Melden wir es einmal im Jahr!“

In Summe spendete Ortner laut seiner Aussage im Untersuchungsausschuss eine Million an die ÖVP.¹² Mit 428.000 Euro floss knapp die Hälfte davon im Wahlkampfjahr 2017, gestückelt in neun Tranchen.¹³ Abgewickelt wurden diese Spenden über mehrere Gesellschaften seiner IGO Gruppe. Auf der damaligen Webseite von ÖVP-Chef Sebastian Kurz,¹⁴ die den Anspruch hatte, sämtliche Wahlkampfspenden 2017 transparent darzustellen, waren lediglich 30.000 Euro der IGO Industries angeführt.¹⁵ Im Jahr 2018 spendeten Firmen, die der Familie Ortner zurechenbar sind, 477.000 Euro. Der größte Teil der Spende in Höhe von 430.000 Euro kam von der IGO Industries GmbH. Weitere 47.000 Euro flossen vonseiten der ELIN GmbH & Co KG (eine 100%-Tochter der IGO Technologies GmbH¹⁶) an die Bundes-ÖVP.

Spenden 2017-2019 an die ÖVP laut Rechenschaftsberichten:

2017¹⁷

IGO Construction GmbH	46.000 Euro
IGO Technologies GmbH	46.000 Euro
IGO Industries GmbH (an die Bundespartei)	261.000 Euro
IGO Industries GmbH (an die Junge Volkspartei)	75.000 Euro
Summe	428.000 Euro

2018¹⁸

IGO Industries GmbH	430.000 Euro
ELIN GmbH & Co KG (100%-Tochter der IGO Technologies GmbH ¹⁹)	47.000 Euro
Summe	477.000 Euro

2019²⁰

IGO Industries GmbH	191.000 Euro
Summe	191.000 Euro
GESAMTSUMME 2017-2019	1.096.000 Euro

Auf die Frage im Untersuchungsausschuss, wie er auf die Stückelung seiner Wahlkampf- bzw. Parteispenden kam, sagte Ortner, dass ihm diese Möglichkeit von der ÖVP selbst angeboten wurde.

Klaus Ortner im Untersuchungsausschuss:

„Schauen Sie, ich habe das natürlich mit der ÖVP besprochen, die hat mir die drei Möglichkeiten gesagt: Ich glaube, bis 3 000 ist es ohne Meldung möglich, bis 50 000 ist es mit der Jahresmeldung möglich und über 50 000 sofort. Dann habe ich mich zusätzlich, weil ich den Aussagen alleine nicht traue, bei meinem Rechtsanwalt erkundigt, der hat mir dasselbe gesagt, und da habe ich für mich entschlossen, was ich tue.“²¹

Auch andere ÖVP-Großspender*innen setzten auf eine Stückelung ihrer Spenden. Die ILAG Vermögensverwaltung der **Industriellenfamilie Turnauer** spendete im Wahljahr 2017 100.000 Euro an die Wiener Landespartei. Dorotheum-Geschäftsführer **Martin Böhm** schien zwar auf der Homepage von Sebastian Kurz 2017 als Spender von 40.000 Euro für den türkisen Wahlkampf auf,²² tatsächlich spendete er in diesem Jahr aber 100.000 Euro an die ÖVP.²³ Wirecard-Vorstand **Markus Braun** spendete 2017 einmal als „Markus Braun“ 30.000 Euro²⁴ und einmal als „Dr. Markus Braun“ 40.000 Euro.²⁵ Erst im Rechenschaftsbericht 2017 wird die gesamte Spende iHv 70.000 Euro ausgewiesen.²⁶ Im Jahr 2018 spendete der Verein **Modern Society – Verein zur Förderung der politischen Bildung und Forschung im urbanen Raum** 49.751,40 Euro an die ÖVP.²⁷ Auch in diesem Fall musste die Spende aufgrund des Betrages knapp unter 50.000 Euro nicht umgehend publik gemacht werden. Präsident des Vereins war zu jener Zeit (11.11.2015 bis 10.11.2018²⁸) der jetzige Finanzminister Gernot Blümel.

Ein Biotop für Spender

Der ehemalige ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass er erstmals im August 2016 konkret von Finanzierungsangeboten für den Tag X – sprich für die ÖVP-interne Machtübernahme durch Sebastian Kurz und das Programm der „neuen ÖVP“ – erfahren habe.²⁹ Mitterlehner betonte in seiner Befragung zudem, dass in seiner Zeit als ÖVP-Chef keinerlei Spenden von Kurz-Unterstützer*innen eingegangen seien. Dass Klaus Ortner laut Eigenaussage bereits Anfang 2017 an die Junge ÖVP zu spenden begonnen hatte, dies aber in der Zeit als Mitterlehner noch Parteichef war nicht in den Parteikassen aufgeschienen ist, konnte er sich nicht erklären.³⁰ Ob die Sponsoren der neuen türkisen ÖVP mit ihren Spenden bis zum Obmannwechsel abgewartet haben oder aber am Rechnungshof vorbei spendeten, dazu hatte Mitterlehner im Untersuchungsausschuss keine Wahrnehmung.³¹ Im Wesentlichen sei es laut Mitterlehner darum gegangen, dass ÖVP-Parteispenden eine Vermögenssteuer verhindern wollten.³² Zudem sei auf diese Weise „ein Biotop der Qualifizierten“ entstanden, die bei Postenbesetzungen berücksichtigt wurden.

Dr. Reinhold Mitterlehner:

„Im Wesentlichen geht es daher nicht darum, dass jemand etwas kauft, sondern im Wesentlichen geht es darum, dass ein Biotop entsteht; ein Biotop der Qualifizierten – das können Sie dann bei den einzelnen Postenbesetzungen nachvollziehen –, und ein Biotop, wo man im Endeffekt weiß: Was wollen die? Ich kann Ihnen schon sagen, was die Wirtschaftstreibenden grosso modo – -, was der gemeinsame Nenner aller Wirtschaftstreibenden ist – je größer sie sind, umso intensiver –, der heißt: keine Vermögenssteuer! – Und das ist der gemeinsame Nenner, der das Ganze sozusagen in diesem Biotop auch entsprechend prägt.“³³

Spenden an parteinahe Vereine

8.5. 2018

Markus Tschank und Johann Gudenus:

Tschank: *Patria Austria hat €100 k erhalten!*

Gudenus: *Top*

Vereine spielen in der österreichischen Parteienfinanzierungslandschaft eine große Rolle, dienen sie doch dazu, Geld für parteipolitische Zwecke zu lukrieren. Über Vereine können Unternehmen oder Privatpersonen politischen Funktionsträger*innen diskret Geld zukommen lassen, schließlich gelten für formal unabhängige Vereine keine Transparenzgesetze. Bei der Weitergabe der Vereinsspenden an politische Funktionär*innen erwiesen sich die Vereinsorgane durchaus kreativ, sei es über die Vermietung eines Schreibtisches in der Ecke des Besprechungszimmers der eigenen Kanzlei zum Preis einer Luxuswohnung oder die Kostenübernahme für Nächtigungen in einem Fünf-Sterne-Resort-Hotel in Kitzbühel, als Dank für Seminarvorträge, die keinerlei Spuren hinterlassen. Für diese Leistungen ließen sich die Vereinsorgane – meist selbst politische Funktionsträger*innen – hohe jährliche „*Management Fees*“ auszahlen.

Im Ibiza-Video empfahl Heinz-Christian Strache der vermeintlichen russischen Oligarchennichte Spenden an Vereine, um die obligatorische Meldung an den Rechnungshof zu umgehen: „*Dadurch hast du keine Meldungen an den Rechnungshof*“, so Strache. Am 29. Mai 2019, knapp zwei Wochen nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos durch die Süddeutsche Zeitung und Spiegel Online, beauftragte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) das Bundeskriminalamt damit, jene Vereine zu ermitteln, „*die als Empfänger der von Strache im Ibiza-Video behaupteten Spenden der Novomatic AG, der Glock GmbH und der Signa Holding in Betracht kommen würden.*“³⁴ Dabei gingen die Ermittler*innen nicht nur FPÖ-nahen Vereinen nach, sondern auch Vereinen mit Nähe zu anderen politischen Parteien. In einem Anlassbericht vom 27. Juni 2019 werden folgende 13 Vereine angeführt:³⁵

FPÖ-nahe Vereine

- Austria in Motion – Verein zur Reform der politischen Kultur in Österreich
- Wirtschaft für Österreich
- Patria Austria – Verein zur Förderung des österreichischen Kultur- und Brauchtums
- Wir für HC Strache – Parteiunabhängiges Personenkomitee
- Reformen – Zukunft – Österreich Verein für politische Kultur in Österreich
- Institut für Sicherheitspolitik – ISP

ÖVP-nahe Vereine

- Heimatverein ProPatria – Für Niederösterreich
- VSM – Vorzugsstimmen für Mandl
- Verein zur Förderung bürgerlicher Politik
- Modern Society – Verein zur Förderung der politischen Bildung und Forschung im urbanen Raum
- Institut für Bildung und Innovation

SPÖ-nahe Vereine

- Wiener Kulturservice
- Weil's um was geht! – Plattform für ein progressives, weltoffenes und entschlossenes Österreich. Gegen Kleingeist und Engstirnigkeit.

Laut Recherchen von Addendum gibt es darüber hinaus hunderte Vereine, in denen Politiker*innen unterschiedlichster Couleurs Funktionen bekleiden.³⁶ Prominentestes Beispiel ist das „Alois Mock Institut“, dem laut Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) Gelder insbesondere der Novomatic zufließen, die auf eine „*wohlwollende Behandlung*“ ihrer Interessen durch die ÖVP abgezielt haben soll.³⁷ Gründer und Präsident des Alois Mock Instituts ist Nationalratspräsident und Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Wolfgang Sobotka, der aufgrund seiner Involvierung in die Untersuchungsthemen zwei Mal den Sessel wechseln musste, um dem Untersuchungsausschuss als Auskunftsperson zur Verfügung zu stehen.

EXKURS: PARTEIENGESETZ

Zur Gründung eines Vereins braucht es mindestens zwei Mitglieder, die gleichzeitig auch den Vereinsvorstand bilden können, und ein Vereinsstatut, in dem der Vereinszweck festgehalten wird. Rechtlich handelt es sich bei Vereinen um eigenständige Konstrukte die formal nicht mit politischen Parteien in Verbindung stehen, selbst wenn sämtliche Vereinsorgane mit parteinahen Funktionären besetzt sind und die Vereinsausgaben ausschließlich politischen Parteien oder Parteifunktionären zugute kommen.

Laut Parteiengesetz müssen politische Parteien in ihren Rechenschaftsberichten alle Spenden anführen, auch solche von Vereinen, unabhängig davon, ob es sich nach den Statuten um „nahestehende Organisationen“ (d.h. mit statutarisch verankerter Unterstützung der Partei) handelt oder nicht.

Parteiengesetz 2012:³⁸

§6 (2) In einer Anlage zum Rechenschaftsbericht (§ 5) hat jede politische Partei Spenden getrennt wie folgt auszuweisen:

1. Spenden an die politische Partei und solche an ihre Gliederungen, die keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen,
2. Spenden an nahestehende Organisationen, ausgenommen jene im Sinne des § 4a Abs. 2 Z 3 Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, sowie Einrichtungen, die der Förderung des Breitensports dienen, und an Gliederungen der Partei, die eigene Rechtspersönlichkeit besitzen,
3. Spenden an Abgeordnete und Wahlwerber, die auf einem von der politischen Partei eingebrachten Wahlvorschlag kandidiert haben.

(3) Die Anlage ist wie folgt zu gliedern:

1. Gesamtsumme der Spenden von natürlichen Personen, die nicht unter Z 2 fallen,
2. Gesamtsumme der Spenden von im Firmenbuch eingetragenen natürlichen und juristischen Personen,
3. Gesamtsumme der Spenden von Vereinen, die nicht unter Z 4 fallen und
4. Gesamtsumme der Spenden von auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Berufs- und Wirtschaftsverbänden, von Anstalten, Stiftungen oder Fonds.

Bei Zuwiderhandeln sieht das Parteiengesetz eine Geldbuße bis zum Dreifachen des erlangten Betrages vor.³⁹

§ 10. (7) Hat eine politische Partei Spenden unter Verstoß gegen § 6 Abs. 1a, 4, 5 oder 6 angenommen, nicht ausgewiesen oder nicht gemeldet, ist über sie eine Geldbuße je nach Schwere des Vergehens bis zum Dreifachen des erlangten Betrages, mindestens jedoch in der Höhe des erlangten Betrages, zu verhängen.

Die Geldbußen werden vom Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat verhängt.⁴⁰

9.10.2017

HC Strache an Siegfried Stieglitz:

Strache: *Herzlichen Dank, lieber Sigi... mit deinem Bus haben wir auch den Längsten und sind den anderen um Längen voraus :-)*⁴⁷

FPÖ-NAHE VEREINE**Verantwortliche**

Im Zeitraum Mitte 2015 bis Ende 2016 gründeten FPÖ-Politiker und Sympathisant*innen sechs Vereine. Bei diesen Personen handelte es sich teils um aktive und ehemalige FPÖ-Politiker, sowie Personen im Umkreis der FPÖ-Vorfeldorganisation Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) und der schlagenden Burschenschaft Vandalia, wo der einstige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache als „Leibvater“ von Johann Gudenus aktiv war.⁴²

Einer der Hauptverantwortlichen für die Vereinsgründungen dürfte der ehemalige FPÖ-Nationalratsabgeordnete und Bezirksparteiobmann der FPÖ Wien 1., Innere Stadt, Markus Tschank, sein, der auch in sämtlichen Vereinen bis August 2017 entweder eine Organfunktion ausübte⁴³ oder zumindest Vereinsmitglied war.⁴⁴ Der Investmentbanker Markus Braun war in vier Vereinen als Vereinsorgan tätig. Braun saß auf Nominierung der FPÖ bis 2020 im ORF-Stiftungsrat.⁴⁵ Alexander Landbauer, einst Vorsitzender des RFJ Niederösterreich war ebenfalls in vier Vereinen aktiv.⁴⁶ Peter Skolek, Kanzleipartner von Tschank und Vorstand der schlagenden Burschenschaft Vandalia, übte in zwei Vereinen eine Organfunktion aus.

Die genannten Vereine dürften kaum Mitglieder gehabt haben. Laut Aussage von Markus Tschank im Untersuchungsausschuss hatte das „Institut für Sicherheitspolitik“ nur drei Mitglieder,⁴⁷ ebenso wie der Verein „Patria Austria“.⁴⁸ Die Mitgliederzahl (ob mehr oder weniger als 10) der Vereine „Austria in Motion“, „Reformen – Zukunft – Österreich“, „Wir für HC Strache“ und „Wirtschaft für Österreich“ wollte oder konnte Tschank im Untersuchungsausschuss nicht sagen.⁴⁹

Vereinsname	gegründet	Obmann	Kassier
Austria in Motion	Mai/Juni 2015	Markus Braun	Markus Tschank Peter Skolek Alexander Landbauer
Patria Austria	November 2015	Alexander Landbauer	Markus Braun
Wirtschaft für Österreich	November 2015	Peter Skolek	Alexander Landbauer
Institut für Sicherheitspolitik	November 2016	Markus Tschank	Markus Braun
Reformen – Zukunft – Österreich	Oktober 2016 (bis Mai 2019)	Markus Tschank	Alexander Landbauer
Wir für H.C. Strache	Juli 2017 (bis Mai 2019)	Markus Tschank	Markus Braun

Diverse FPÖ-Politiker*innen waren zumindest über einzelne Vereinsgründungen und Vereinsaktivitäten informiert. Der jahrelange FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky war Teil einer Chat-Gruppe, in der über Vereinsaktivitäten berichtet wurde.⁵⁰ Dominik Nepp und Herbert Kickl waren im E-Mail-Verteiler, als im Frühjahr 2015 der Verein „Austria in Motion“ gegründet wurde,⁵¹ wengleich Kickl im Untersuchungsausschuss aussagte, dass er darüber hinaus keinerlei Wahrnehmung zu dem Verein bzw. erst im Nachhinein von Spenden an diesen Verein erfahren habe.⁵²

Einnahmen

Markus Braun im Untersuchungsausschuss:

„Das Ziel eines jeden Vereins ist natürlich, Kapital zu lukrieren. Das heißt, die für die Kapitalaufbringung verantwortlichen Personen versuchen in ihrem Umfeld, Kapital zu generieren [...]“⁵³

Die Vereine dienen der FPÖ insbesondere zur Generierung von Spenden von Personen und Firmen, die sich mit FPÖ-Themen identifizieren, aber nicht öffentlich mit der FPÖ in Verbindung gebracht werden wollen.⁵⁴ Ein Spender gab an, dass es *„nicht schaden könnte, einen FPÖ-nahen Verein zu unterstützen“*.⁵⁵

Größte Spenderin an FPÖ-nahe Vereine ist die Familie rund um den ehemaligen österreichischen Industriellen Herbert **Turnauer**. Die Industrieliegenschaftsverwaltungs AG (ILAG) und ihre hundertprozentige Tochterfirma ILAG Vermögensverwaltungs GmbH spendeten von November 2015 bis August 2018 insgesamt 475.000 Euro an die Vereine „Patria Austria“, „Wirtschaft für Österreich“, „Austria in Motion“ und „Institut für Sicherheitspolitik“.⁵⁶

Der Waffenhersteller **Steyr Arms** überwies im Oktober 2017 – drei Tage vor den Nationalratswahlen – 75.000 Euro an den Verein „Austria in Motion“. Die Mutterfirma SMH GmbH *„verschriftlichte“* die zunächst mündlichen Beschlüsse der Firmenorgane erst im September 2019, nachdem das Ibiza-Video bekannt wurde.⁵⁷ Ein weiterer größerer Zahlungseingang ist von einem Kärntner Bauträger verbucht worden.

Der Tiroler Immobilienentwickler **Markus Schafferer** spendete 10.000 Euro an den Verein „Austria in Motion“, weil er der FPÖ *„etwas Gutes tun“* wollte ohne öffentlich aufzuscheinen.⁵⁸

Der oberösterreichische Immobilienunternehmer **Siegfried Stieglitz** stellte der FPÖ-Führungsspitze im Juni 2017 für die Nationalratswahl kostenlos einen Wahlkampfbus (Stichwort: *„Gang Bang Bus“*) zur Verfügung.⁵⁹ Im Oktober 2017 spendete er 10.000 Euro an den FPÖ-nahen Verein „Austria in Motion“. Gleichzeitig wollte er *„in möglichst viele Aufsichtsräte staatsnaher Unternehmen ernannt [...] werden.“*⁶⁰

Nachdem ihn der damalige FPÖ-Infrastrukturminister Norbert Hofer am 2. März 2018 in den ASFINAG-Aufsichtsrat entsandt hatte, spendete Stieglitz an den Verein weitere 10.000 Euro.⁶¹ Im Februar 2020 suchte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft um die Aufhebung der Immunität des Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer an, um Ermittlungen wegen des *„Verdachts der Bestechlichkeit“* einleiten zu können.⁶² Ende desselben Monats ordnete Verkehrsministerin Leonore Gewessler die Abberufung von ASFINAG-Aufsichtsrat Siegfried Stieglitz und eine Evaluierung aller Besetzungen in den vergangenen Jahren an.⁶³

In Summe dürften FPÖ-nahe Vereine im Zeitraum 2015 bis 2020 mindestens zwei Millionen Euro an Spenden bzw. Zahlungen für *„Kooperationsleistungen“* eingenommen haben, wobei alleine das Verteidigungsministerium 800.000 Euro beisteuerte.⁶⁴

Einnahmen FPÖ-naher Vereine bis 2020:

Institut für Sicherheitspolitik (ISP)*	1.137.500,00 Euro	
Austria in Motion	382.766,00 Euro	(laut Eigenprüfung ⁶⁵)
Patria Austria	142.220,58 Euro	(laut Eigenprüfung ⁶⁶)
Wirtschaft für Österreich	141.229,58 Euro	(laut Eigenprüfung ⁶⁷)
Reformen – Zukunft – Österreich	0,00 Euro	(laut Eigenprüfung ⁶⁸)
Wir für H.C. Strache	0,00 Euro	(laut Eigenprüfung ⁶⁹)
SUMME	2.803.716,16 Euro	

* Das ISP erhielt über 130.000 Euro an Spenden. Über Kooperationsvereinbarungen flossen an den Verein über drei Jahre (2018-2020) insgesamt 200.000 Euro von der Novomatic AG, sowie über vier Jahre (2017-2020) insgesamt 800.000 Euro vom Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV).

Laut Aussagen mehrerer Zeugen war insbesondere der ehemalige FPÖ-Politiker und nicht amtsführende Stadtrat von Wien Johann Gudenus als Spendensammler für FPÖ-nahe Vereine tätig. Gudenus selbst hat sich im Zuge seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss in dieser Sache regelmäßig entschlagen.⁷⁰

- Michael B. sagte in seiner Zeugenvernahme aus, dass er im Herbst 2016 von Gudenus um eine Spende iHv 2.000 Euro an den Verein Patria Austria gebeten wurde.⁷¹ Laut Zeugen soll Gudenus angegeben haben, der Verein unterstütze „*Personen, denen es schlecht gehe*“ sowie „*österreichische Traditionen und Werte*“.⁷²
- Alexander M. berichtete den Ermittlern, dass er Anfang Februar 2017 von Gudenus im Schwarzen Kameel um 3.500 Euro für den Verein „Austria in Motion“ gebeten wurde.⁷³
- Markus S. sagte vor den Ermittlern aus, dass er vor der Nationalratswahl 2017 gefragt wurde, ob er den Verein „Austria in Motion“ mit 5.000 Euro fördern könnte, nachdem er bei Gudenus einen Kennenlernermin hatte.⁷⁴
- Hubert W. gab an, dass Gudenus im Sommer 2017 auf ihn zugekommen sei und ihn gefragt habe, ob er „*eventuell bereit wäre, einem Verein zu helfen, um die Freiheitliche Partei zu stärken*“.⁷⁵ Bei dem Gespräch soll es auch um die Nationalratswahl gegangen sein, wobei Gudenus erwähnt habe, „*dass alles viel Geld kosten würde um alles nach vorne zu bringen.*“⁷⁶

Ausgaben

Den teils beträchtlichen Vereinseinnahmen stehen (mit Ausnahme des ISP) kaum Ausgaben für den jeweiligen Vereinszweck gegenüber. Beispielsweise lagen laut Prüfbericht des von Tschank beauftragten Wirtschaftsprüfers beim Verein „Austria in Motion“ per 24.05.2019 noch 89,16% der Spenden auf dem Vereinskonto.⁷⁷ Beim Verein „Wirtschaft für Österreich“ waren es 84,29%.⁷⁸ Bei „Patria Austria“ waren es 81,6%.⁷⁹ Dafür gibt es Zahlungen vonseiten der Vereine an FPÖ-Politiker*innen, etwa in Form von Management-Fees für die Vereinsführung und Kostenübernahmen für die persönliche Lebensführung. Auch Schenkungen zwischen den Vereinen sind dokumentiert, genauso wie eine vereinszweckwidrige Zahlung mit Titel Spende vom Verein „Austria in Motion“ an den Verein „Patria Austria“. Darüber hinaus geht aus den Untersuchungsausschussakten hervor, dass FPÖ-Werbeausgaben teils von einem Verein finanziert wurden obwohl Tschank im Untersuchungsausschuss ausgesagt hatte, dass laut „*einer umfassenden Sonderprüfung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer [...] niemals – weder direkt noch indirekt – Zahlungen an politische Parteien oder Vorfeldorganisationen von politischen Parteien erfolgt sind beziehungsweise auch keine Kosten für politische Werbe- und/oder Wahlkampfmaßnahmen und/oder Wahlkampfveranstaltungen für politische Parteien oder deren Vorfeldorganisationen übernommen worden sind.*“⁸⁰

Beispiel: Patria Austria

Der Verein „Patria Austria – Verein zur Förderung des österreichischen Kultur- und Brauchtums“ kleidete den FPÖ-Politiker Johann Gudenus für den Wiener Philharmonikerball ein. Frack, Anzug und Blazer im Wert von 4.200 Euro ließ sich Gudenus teils von diesem Verein bezahlen, und zwar in Form von neun Gutscheinen, die er zuvor selbst ausstellen ließ. Vier dieser Gutscheine im Wert von 1.700 Euro sind an ihn selbst adressiert („*Wohlgeboren Herrn Johannes Gudenus, Rathaus, 1010 Wien*“).⁸¹ Weitere fünf Gutscheine im Wert von 2.500 Euro ließ er auf den „*Verein Patria Austria, Theresiengasse 51/7, 1180 Wien*“⁸² ausstellen, sprich auf einen Verein, in dem er selbst keinerlei Funktion ausübte,⁸³ und der ihm laut Aussage im Untersuchungsausschuss lediglich „*durch viele Zeitungsberichte bekannt*“ ist.⁸⁴ Bekannt war Gudenus

jedenfalls eine Spende an den Verein in Höhe von 100.000 Euro. Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Markus Tschank (der ebenfalls keinerlei Organfunktion in diesem Verein inne hatte) informierte ihn am 8. Mai 2018 in einer Chat-Nachricht: „Patria Austria hat €100 k erhalten!“. Gudenus antwortet mit: „Top“.⁸⁵ Laut Aussage des ehemaligen Inhabers einer Werbeagentur beauftragte der Wiener FPÖ Rathausclub ihn mit der Erstellung von Werbebroschüren für den Bundespräsidentenwahlkampf 2016, wobei die Rechnung vom Verein Patria Austria bezahlt wurde. Angesichts dieser Zahlungen darf festgehalten werden, dass der Verein laut Ermittlern im Zeitraum 21. September 2015 bis 18. Februar 2021 keine nach außen in Erscheinung tretende Vereinstätigkeit im Sinne des Vereinszwecks entfaltete.⁸⁶

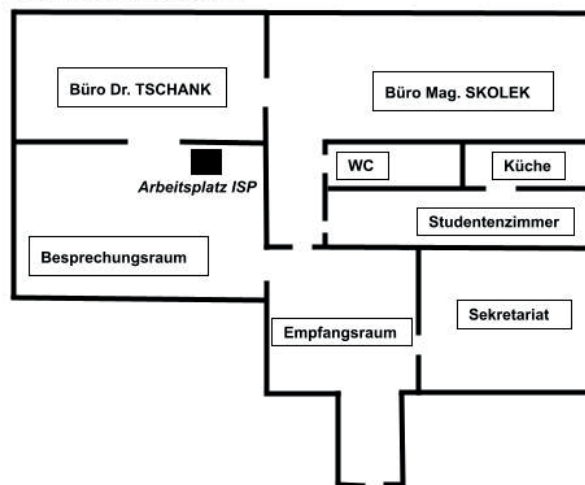
Beispiel: Austria in Motion

Der Verein „Austria in Motion“ zahlte zwei Mal 3.000 Euro an die Imbeco GmbH (im Besitz von Markus Tschank), sowie 6.000 Euro an Tschank persönlich. 5.000 Euro gingen an den Heeressportler Gustav Paul Gustenau, wobei auch der Verein „Patria Austria“ 5.000 Euro beisteuerte, die Gustenau nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos (mitsamt Aufschlag von 50 Euro) rücküberwies. 1.200 Euro gingen an die Kanzlei STVS Law (Skolek, Tschank, Völk, Schröckenfuchs). 5.220,58 Euro als Spende an „Patria Austria“.⁸⁷

Beispiel: Institut für Sicherheitspolitik (ISP)

Das ISP erhielt von der Novomatic 200.000 Euro, weitere 200.000 Euro jährlich vom Verteidigungsministerium, sowie eine „Startfinanzierung“ von 35.000 Euro von der FPÖ Wien.⁸⁸ Die Vereinsführung des ISP lässt sich jedes Jahr üppige Management-Fees auszahlen. Vereinsobmann Markus Tschank erhielt 30.000 Euro jährlich, Vereinskassier Markus Braun und Schriftführer Alexander Landbauer erhielten je 10.000 Euro. Auf die Frage im Untersuchungsausschuss: „Was war die Leistung dafür?“, wollte Tschank mit Verweis auf ein laufendes Verfahren nicht antworten.⁸⁹ Neben den Management-Fees verrechnete Tschank seinem eigenen Verein auch regelmäßig Anwaltstätigkeiten (etwa Telefonate und E-Mails) zu einem Stundensatz von 350 Euro. Weiters stellte er dem Verein pauschale „Regiekosten“, sprich „Miet- und Personalkosten für das Büro“ in Höhe von 3.600 Euro brutto pro Monat in Rechnung. Hierbei ist zu erwähnen, dass das ISP lediglich einen zwei Quadratmeter großen Schreibtisch im Besprechungsraum seiner Kanzlei STVS Law (siehe Abbildung), sowie EDV-Ausstattung und Telefon mitbenutzen durfte.⁹⁰

Skizze: Büroräumlichkeiten der RA Kanzlei STVS Law sowie des Institut für Sicherheitspolitik



Der Verein kam auch für diverse Spesen auf. Dokumentiert ist etwa eine Rechnung vom 26. Dezember 2017 über 1.100 Euro im Café Sacher, sowie eine Rechnung der Wiener Eden Bar für drei Flaschen Champagner, Sacherwürstel und Toast in Höhe von 583 Euro.⁹¹

Im Februar 2019 hielt der Niederösterreichische FPÖ-Sicherheitssprecher Udo Landbauer im Namen des Vereins in einem Kitzbüheler Luxushotel einen dreitägigen Gratis-Vortrag zum Thema „Neutralität und Sicherheit für Mitteleuropa“, an denen „ausgewählte Gäste aus Politik und Gesellschaft“ teilgenommen haben sollen. Es gibt dazu allerdings keine Spuren im Internet, abgesehen von privaten Urlaubsfotos gemeinsam mit seinem Bruder (dem ISP Vereinskassier) Alexander Landbauer beim Schifahren auf seinem Twitter-Account.⁹² Das ISP bezahlte für die dreitägige Unterkunft 6.096 Euro.⁹³ Zudem sollte Gudenus' Ehefrau Tajana während ihrer Karenz einen „Projektmanagement-Vertrag“ in Höhe von 1.000 Euro pro Monat bekommen. Dazu ist es aber nie gekommen. Inzwischen war der Ibiza-Skandal aufgefliegen.⁹⁴

Weitere Mittelabflüsse vonseiten der Vereine betreffen Leistungen, die an Unternehmen ausgelagert worden sind, die wiederum im Eigentum von Tschank stehen. Dies betrifft insbesondere die Pegasus Immobilien & Beteiligungsges. m.b.H., die Imbeco GmbH und die Polimedia GmbH. Alle drei Unternehmen wurden vom ISP mit der Organisation der Mitteleuropäischen Sicherheitskonferenz (MESK) betraut, wofür jeweils Rechnungen iHv Tausenden von Euro gestellt wurden.

Die **Pegasus Immobilien & Beteiligungsges. m.b.H.** wurde am 11.02.2015 gegründet und steht im Alleineigentum von Markus Tschank.⁹⁵ Die Firma wurde mindestens zweimal vom ISP für jeweils 9.000 Euro Honorar für die Begleitung der Mitteleuropäische Sicherheitskonferenz (MESK) beauftragt. Bei der Konferenz traten insbesondere FPÖ-Politiker (Parteichef Norbert Hofer, Verteidigungsminister Mario Kunasek) als auch die von der FPÖ ernannte Außenministerin Karin Kneissl auf.⁹⁶

Die **Imbeco GmbH** wurde am 24.02.2016 gegründet und steht im Alleineigentum von Markus Tschank.⁹⁷ Das ISP überwies mindestens 45.000 Euro an die Firma,⁹⁸ an der auch der frühere FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, der Wiener FPÖ-Chef Dominik Nepp und Ex-FPÖ-Klubchef Johann Gudenus als „*stille Teilhaber*“ beteiligt sind. (Braun vermutete im Untersuchungsausschuss, dass auch der damalige FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky beteiligt sei.⁹⁹ Dies kann durch den vorliegenden Aktenbestand nicht bestätigt werden.¹⁰⁰) Strache hatte seine Beteiligung dem Rechnungshof gemeldet nicht aber dem Parlament.¹⁰¹

Auch die **Polimedia GmbH**, Ende 2013 von Markus Tschank und Bernhard Krumpel gegründet, erhielt Aufträge des ISP. Krumpel ist Novomatic-Sprecher und war zuvor Mitarbeiter des aktuellen Nationalratspräsidenten und Vorsitzenden des Ibiza-Untersuchungsausschusses Wolfgang Sobotka. Am 27.12.2016 gaben beide Gesellschafter ihre Anteile an den FPÖ-Bezirksrat und späteren Vorstand der Casinos Austria AG Peter Sidlo ab, der auch neuer Geschäftsführer wurde.¹⁰² Laut Krumpel sollen an der Firma auch Markus Braun (Sigma) und Peter Sidlo still beteiligt gewesen sein.¹⁰³ Die Firma wurde Mitte 2018 liquidiert.

Laut Aussage von Markus Braun im Untersuchungsausschuss soll das ISP von der Firma Pegasus Immobilien & Beteiligungsges. m.b.H. auch „*ein Lokal*“ und von der Imbeco GmbH „*ein Archiv*“ angemietet haben.¹⁰⁴ Einige Zahlungen an die beiden genannten Firmen, „*die dem ISP zum damaligen Zeitpunkt verrechnet wurden, die aber in einem – sagen wir einmal – gesellschaftsrechtlichen Verbund mit Dr. Tschank stehen*“¹⁰⁵ (Zitat Braun im Untersuchungsausschuss), wurden auf Wunsch von Tschank wenige Tage nach dem Erscheinen des Ibiza-Videos in Form von Gutschriften rückgängig gemacht.¹⁰⁶ Laut der Auskunftsperson Markus Braun wollte Tschank damit „*dem geringsten Anschein einer in welcher Art auch immer gearteten Bereicherung [...] entgehen*“.¹⁰⁷ Inwiefern den ursprünglich gestellten Rechnungen entsprechende Leistungen gegenüberstanden, wurde von Tschank im Untersuchungsausschuss mit Verweis auf laufende Ermittlungen nicht beantwortet.¹⁰⁸

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass von Spenden und Kooperationszahlungen an FPÖ-nahe Vereine auch überwiegend FPÖ-nahe Personen profitierten. Nutznießer dieser Vereinskonstruktionen waren insbesondere jene Personen, die die Vereine seit 2015 gründeten und in wechselseitiger Zusammensetzung führten bzw. weiterhin führen, nämlich Markus Tschank, Markus Braun, Alexander Landbauer, und Peter Skolek. Darüber hinaus profitierten auch die Eigentümer (Markus Tschank, Bernhard Krumpel, Peter Sidlo) und stillen Teilhaber (Dominik Nepp, Johann Gudenus, Heinz-Christian Strache) jener Firmen, die insbesondere vom Verein ISP Zahlungen erhielten. Weiters gibt es direkte Geldflüsse von diesen Vereinen an FPÖ-Politiker (u.a. Johann Gudenus und Udo Landbauer) etwa in Form von Kostenübernahmen für private Anschaffungen (Johann Gudenus) und Urlaubsreisen (Alexander Landbauer), deren Nutzen für den Verein nicht ersichtlich sind. Auch übten die genannten Personen im jeweils auszahlenden Verein keinerlei Organfunktion aus.

24.09.2017

Gabriela Spiegelfeld-Quester und Thomas Schmid:

Spiegelfeld-Quester: *Feli herberstein schnüffelt in unserer Spendenliste!!!!
Konkret: frage ob markus braun oder Dr. markus braun der selbe ist [...] vielleicht von freund Rosam????! - die Frage ! Sie soll d Klappe halten!!!*

Bussi G

An thomas schmid

Schmid: *Was?*

Spiegelfeld-Quester: *An thomas u an Axel*

Schmid: *Ich habe übrigens 500 Euro gespendet! Die anderen KCs hoffentlich auch schon*

Spiegelfeld-Quester: 👍👍👍👍👍

ÖVP-NAHE VEREINE

Verantwortliche

Die ÖVP verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk an Vereinen, über welches zum Teil hohe Spenden gesammelt werden, und von denen die WKStA insbesondere im Fall des Alois Mock Instituts vermutet, dass der Glücksspielkonzern Novomatic mit seinen Spenden auf eine „*wohlwollende Behandlung*“ seiner Interessen durch die ÖVP abzielte.¹⁰⁹

Auffallend sind diesbezüglich die zahlreichen Vereinsfunktionen von Finanzminister Gernot Blümel, der über Jahre in mindestens vier ÖVP-nahen Vereinen eine Organfunktion ausübte. Blümel war laut Medienberichten von November 2015 bis August 2017 (laut Akten von 11.11.2015 bis 10.11.2018¹¹⁰) Präsident des Vereins „Modern Society – Verein zur Förderung der politischen Bildung und Forschung im urbanen Raum“ (ehem. Karl Lueger-Institut).¹¹¹ Bis Juni 2020 war er auch Präsident des Vereins „Plattform Stadtparteien – Die Städteplattform der Volkspartei“ und bis Jänner 2019 Vorstandsvorsitzender des „Karl v. Vogelsang-Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich“.¹¹² Im „Heimatverein ProPatria – Für Niederösterreich“¹¹³ war Blümel zunächst Schriftführer (ab 29.03.2006¹¹⁴) und zuletzt Kassier (26.02.2013 bis 04.04.2016¹¹⁵),¹¹⁶ ein Faktum das Blümel in einem Interview als „*Irrtum*“ bezeichnete, weil er sich nur in den Anfangszeiten bei diesem Verein engagiert habe.¹¹⁷ Zudem habe dieser Verein laut seiner Aussage im Untersuchungsausschuss „*keine massiven Aktivitäten entfaltet*“.^{118,119} Im „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“ mit Sitz in der ÖVP-Zentrale hatte Blümel keinerlei Funktion und doch zeichnete dieser für die persönliche Webseite von Blümel verantwortlich.¹²⁰ Laut Vereinsstatuten bezweckt der Verein die „*Förderung bürgerlicher Politik in Wien in Zusammenarbeit und zur Unterstützung der ÖVP Wien und der Politik ihres Landesparteiobmanns Gernot Blümel.*“¹²¹ Der Verein wurde im Jahr 2020 aufgelöst, ebenso die Vereine „ProPatria“ und „Plattform Stadtparteien“.¹²²

Einnahmen

Blümel schloss in seiner Befragung im Untersuchungsausschuss am 7. April 2021 Novomatic-Spenden an Vereine, „in denen ich Verantwortung getragen habe“ bzw. Vereine die sich „traditionell im nahen Umfeld der ÖVP Wien“ befanden, aus.¹²³ Zu letzteren zählt Blümel insbesondere „die Vereine [...] Förderung bürgerlicher Politik [...] Modern Society [...] Verein Wiener Stadtfeste [...]“.¹²⁴ Die Frage, ob es „außerhalb von Spenden und Sponsorings andere Formen der Zuwendungen, Inserate zum Beispiel“ oder Mitgliedsbeiträge in frei wählbarer Höhe gab, wollte Blümel mit Verweis auf § 43 Abs. 1 Z 1. der Verfahrensordnung nicht beantworten.¹²⁵ Aussageverweigerungsgründe sind im Untersuchungsausschuss insbesondere dann gegeben, wenn sich eine Auskunftsperson dadurch einer potenziellen Strafverfolgung aussetzen würde.

Laut Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka stellte der Glücksspielkonzern Novomatic eine „sechsstellige Summe“ für Sponsoring alleine in Niederösterreich zur Verfügung, wobei „das Land Niederösterreich [...] die Novomatic [berate] und sagt: Machts es einmal mit dem und einmal mit dem.“¹²⁶ Nähere Details zu dieser „Beratungsleistung“ konnte oder wollte Sobotka im Untersuchungsausschuss nicht bekannt geben.¹²⁷ Ob das Land Niederösterreich Auskunft erteilen muss, wird derzeit von einem Gericht geklärt.¹²⁸

Nachgewiesen sind geldwerte Leistungen des Novomatic-Konzerns seit 2013 an das vom damaligen niederösterreichischen Finanzlandesrat Wolfgang Sobotka gegründete bzw. initiierte Alois Mock Institut iHv 109.000 Euro,¹²⁹ denen laut WKStA „kein adäquater Gegenwert gegenüberstand“.¹³⁰ Auch das Kammerorchester Waidhofen an der Ybbs, bei dem Sobotka dirigiert, erhielt von Novomatic eine Spende von 8.000 Euro.¹³¹ Selbiges gilt für die Julius-Raab-Stiftung, die bis ins Jahr 2016 von der Novomatic Geld in unbekannter Höhe „für das Projekt ‘Unfuck the Economy’“ erhielt.¹³² Inwiefern diese Zahlungen den genannten Vereinen zugedacht waren oder vielmehr zur „Beziehungspflege“ und medialen Förderung politischer Funktionsträger*innen diene, lässt sich angesichts der praktizierten Personalunion von Vereinsorganen und Politikern nicht beantworten. Ein Wirtschaftsexperte der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bezeichnete den Werbewert bei Publikationen im „Mock-Report“ jedenfalls als auffällig, da sich „in der Mehrheit der (...) Ausgaben [...] ein Titelbild mit Sobotka zusammen mit anderen Menschen sowie zumeist ein Textbeitrag (Editorial) von ihm“ befinde.¹³³ Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage von Wolfgang Sobotka im Rahmen einer Ehrenamtsveranstaltung: „ich trenne das bewusst nicht [...] zwischen Politik und Vereine. Wir sind alle Politik oder wir sind wenn einer im Verein ist. [...] Einen Verein können drei Leute heute gründen und das ist gut so. Und da braucht auch niemand dahinter schauen.“^{134,135}

Im Folgenden sollen die vielfältigen Verknüpfungen zwischen Vereinsorganen und politischen Funktionsträgern dargestellt werden.

Das **Alois Mock Institut – Forum für Zukunftsfragen** (AMI) wurde am 18.04.2012 gegründet. Der Verein teilte sich seine Vereinsadresse Ferstlergasse 8, 3100 St. Pölten (direkt neben der Zentrale der Niederösterreichischen Landes-ÖVP) zunächst mit weiteren von ÖVP-Politiker*innen geführten Vereinen wie „Kinderwelt Niederösterreich“, „NÖ Betriebssportverband“ und dem „Sicherheitsforum“. Letzteres wirbt etwa mit der NÖ Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner für Verkehrssicherheit.¹³⁶ Seit 1. Oktober 2018 ist der „Think-Tank“ in einem Objekt der landeseigenen Hypo NÖ untergebracht. Die Telefonnummer teilen sich die Vereine mit der ÖVP Niederösterreich.¹³⁷

Initiator und Präsident des Alois Mock Instituts ist Nationalratspräsident und Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Wolfgang Sobotka, der seit 2010 auch Landesobmann des ÖAAB Niederösterreich (NÖAAB) ist. Bei den Vereinsorganen handelt es sich durch die Bank um Vertrauenspersonen von Sobotka, allen voran Vereinsobmann Christian Rädler, der einst Sobotkas Büroleiter, Pressesprecher und Kabinettschef war. Geschäftsführender Obmann (bis 2015) und Vorstandsmitglied des Vereins (bis März 2019) war der Landesgeschäftsführer der ÖVP Niederösterreich Bernhard Ebner. Kassierin ist die ehemalige ÖVP-Bundesrätin

und Geschäftsführerin des NÖAAB Sandra Kern. Die politische Akademie der ÖVP bezeichnet das Alois Mock Institut als Teil ihres „*vielfältigen Netzwerks*“.¹³⁸ Auch in ÖVP-internen Unterlagen zum „*Projekt Ballhausplatz*“ wird das Alois Mock Institut als der Partei „*nahestehende Organisation*“ angeführt.¹³⁹ Nichtsdestotrotz betonte Sobotka im Zuge seiner Befragung im Untersuchungsausschuss in seinem Eingangsstatement, dass es sich beim Alois Mock Institut nicht um eine Vorfeldorganisation der ÖVP handle,¹⁴⁰ wenngleich er zugab, dass der Verein durchaus Kooperationen „*mit der Politischen Akademie*“ sowie „*mit anderen Organisationen der ÖVP*“ pflege,¹⁴¹ „*vielleicht mit dem Bauernbund*“ oder den „*ÖVP Frauen Niederösterreich*“.¹⁴²

Laut Sobotka sei der Verein mit einem Budget von 240.000 Euro „*frei finanziert durch Partnerschaften, durch Kooperationen und Inserate in unserem 'Report'*“.¹⁴³ Zudem beteuerte er, dass es „*zum Alois-Mock-Institut [...] nie eine Sponsoringtätigkeit*“ gegeben habe, „*auch keine Spende*“¹⁴⁴, obwohl laut Vereinsstatuten Spenden, Zuwendungen et cetera ausdrücklich vorgesehen sind.¹⁴⁵ Geldflüsse ohne Gegenleistung vom Alois Mock Institut zu Parteigliederungen schloss Sobotka aus, bestätigte zugleich aber direkte Geldflüsse an die ÖVP in Form von Entgelten für Inserate in nicht näher genannten Parteizeitungen.¹⁴⁶ Generell habe es „*immer für eine Leistung eine Gegenleistung gegeben*“,¹⁴⁷ eine Aussage, die von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft nicht bestätigt wurde. Ein diesbezügliches Verfahren, das sich auf Zahlungen aus den Jahren 2013 und 2014 bezieht wurde wegen Verjährung eingestellt. Spätere Zahlungen wurden als „*strafrechtlich nicht fassbar*“ nicht weiter verfolgt.¹⁴⁸

Das „*Hauptkontingent der Einnahmensituation*“ des Alois Mock Instituts sei laut Sobotka die Kooperation,¹⁴⁹ wobei Sobotka selbst u.a. für die Einwerbung von Sponsorengeldern verantwortlich zeichnete.

Wolfgang Sobotka im Untersuchungsausschuss:

„Sie kennen das: Sie treffen die Leute auf öffentlichen Veranstaltungen, reden: Habt ihr nicht Interesse, gewisse Themenstellungen in eurem Unternehmen aufzugreifen?, oder: Habt ihr besondere Themenstellungen, die euch interessieren?“¹⁵⁰

Die lukrativste Kooperation dürfte das Alois Mock Institut mit dem niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic eingegangen sein, der dem Verein geldwerte Leistungen iHv 109.000 Euro zukommen ließ,¹⁵¹ davon 60.000 Euro als „*Kostensersatz*“ für Podiumsdiskussionen.¹⁵² Laut Sobotka schaltete Novomatic im Mock-Report „*zwei Inserate pro Jahr, jeweils zu 2 000 Euro im Jahr 2017 - ein Inserat, also dann zwei, somit waren es 4 000 - und in den Jahren 2018 und 2019 2 500.*“¹⁵³ Medienberichten zufolge sollen darüberhinaus insbesondere öffentliche Stellen im Einflussbereich des Landes Niederösterreich in der achtseitigen Vereinszeitung inseriert haben, u.a. EVN, Hypo Niederösterreich und die Landeskliniken.¹⁵⁴ In Summe soll der Verein mittels Inseraten in der Vereinszeitung „*etwa an die 40 000 Euro*“ eingenommen haben, so Sobotka.¹⁵⁵ Die Auflage des Mock-Report beträgt 2.500 Stück, wobei in den Jahren 2017 und 2018 allerdings nur sechs Ausgaben an 350 Vereinsmitglieder verschickt worden sein sollen.¹⁵⁶

Vom Land Niederösterreich gab es zudem 2018 einen Druckkostenbeitrag iHv 45.000 Euro,¹⁵⁷ davon 22.500 Euro für ein von Herbert Vytiska (ehemaliger Pressesprecher von Alois Mock) herausgegebenes Buch mit einer Auflage von „*1 000 oder 1 500 oder 3 000 [...] Ich weiß es nicht.*“ (Zitat Sobotka)¹⁵⁸ Novomatic stellte dem Alois Mock Institut zwischen 2014 und 2019 auch wiederholt das Novomatic-Forum inklusive Buffet für Vereinsevents zur Verfügung. Der Verein selbst hat folgende Veranstaltungen in den Räumlichkeiten des Glücksspielkonzerns dokumentiert:¹⁵⁹

- 27.06.2014: Trends 2030 – Das Gewissen der Digitalisierung¹⁶⁰
- 27.06.2016: Neustart am Finanzmarkt – Die Chancen für den Finanzstandort Österreich in einer Welt im Umbruch¹⁶¹
- 24.09.2018: Trends 2030 – Gesundes Wachstum für Europa. Erkenntnisse aus 15 Jahren Osterweiterung.¹⁶²
- 25.04.2019: Trends 2030 – Was bleibt wenn alle gehen? Wirksame Strategien und Österreichs Verantwortung für ein Ende der Wissensabwanderung aus den Balkanstaaten.¹⁶³

Die entscheidende Frage, welche Gegenleistung der Verein im Zuge der Kooperation mit der Novomatic erbrachte, ließ Sobotka wortreich unbeantwortet.¹⁶⁴

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne):

„Genau, jetzt geht es ja um eine Kooperation. Es ist ja auch ziemlich augenscheinlich was die Novomatic davon hat, wenn sie eine Kooperation - - oder was das Alois-Mock-Institut davon hat, wenn es eine kostengünstige Raummiete und so weiter bekommt. – Was hat denn das Novomatic-Forum von der Kooperation mit dem Alois-Mock-Institut?“

Mag. Wolfgang Sobotka:

„Na, ganz wesentlich, es ist ja immer - - Das habe ich am Anfang versucht darzustellen, vielleicht nicht umfassend genug: Unsere ganze Konzeption, das betrifft nicht die Novomatic allein, sondern alle Kooperationspartner, geht davon aus, dass große Firmen im Osten Europ - - Osten Österreichs Interessenlagen haben, Wissensfragen haben. Wir haben die verschiedensten Themen angerissen, die nicht in einer Legislaturperiode behandelt werden können, sondern so quasi - - Und darum heißt es ja auch „für Zukunftsfragen“. Das heißt, die Novomatic war natürlich interessiert – im konkreten Fall Osteuropas –, was eigentlich passiert. Ist das für sie ein interessanter Markt, hat sie dort genügend – unter Anführungszeichen – „Klientel“, das in das Spielgeschäft einsteigt, oder muss man etwas tun? Das geht ja nicht nur in einen Bereich, sondern das geht in eine gesamtwirtschaftliche Sicht. Wir wissen heute, dass dieser Braindrain aus diesen Balkanländern für die Länder dort ein ganz großes Problem darstellt und auch gleichzeitig für unsere Investoren dort eine große Herausforderung ist. Man darf ja einen Betrieb nicht so isoliert darstellen, sondern es geht ja immer um das Gesamtheitliche, und das war echt das Interesse, auch abzuschätzen, mit Experten, die aus diesem Raum kommen, mit Finanzmathematikern bei einem anderen Thema und so weiter. Das war das Wissen.“

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne):

„Aber welche Expertise hat das Alois-Mock-Institut für Glücksspielfragen im Osten?“

Mag. Wolfgang Sobotka:

„Da geht es ja nicht um Glücksspielfragen, das ist viel zu kurz gegriffen. Da geht es um eine wirtschaftspolitische Perspektive im Osten, und die Novomatic hat sich natürlich bereit erkl- - nicht bereit erklärt, sie hat gesagt - - Sie hätte ein anderes Thema ja auch wählen können, wir haben ihr viele andere Themen auch schon gesagt. Sie hat es interessant gefunden, und das liegt wahrscheinlich auch am Gründer, an Herrn Graf, der immer eine Vision hatte, etwas Neues zu begehnen, auch eine europäische Einschätzung zu haben, für gewisse Dinge. Novomatic ist eine der größten Firmen in Niederösterreich, ist ein technologisch hochinteressierter Konzern und Entwicklungskonzern. Wir haben auch über künstliche Intelligenz diskutiert, aber nicht jetzt rein auf Spielautomaten bezogen, sondern das ist ja letzten Endes ein Unternehmen, hat ja eine Perspektive, wo sind für sie technologische Entwicklungen, die sie vielleicht dann nutzen können, wo sind für sie Wirtschaftsräume, die sie interessant finden, oder zahlt sich das gar nicht aus, dorthin zu gehen, um dort zu investieren. Das waren natürlich viele Fragen, die sich dann ergeben haben. Nach einer dementsprechenden

Forumsdiskussion, die so etwa 2 Stunden gedauert hat, gibt es natürlich noch eine Besprechung, dann eben im Off, und es wird ein „Report“ erzeugt. Wir haben daraus auch meistens dann Studien noch aufgrund der geringen Beschäftigtenzahl - - wo wir eben ein kleiner Thinktank sind, sind wir halt auch schneller geworden. Was glauben Sie, was dieses Buch letzten Endes für einen Aufwand gebraucht hat. Denken Sie nur - - Vergleichen Sie bitte wirklich unsere Kostensituation mit den anderen Thinktanks. Die haben, ich weiß nicht, wenn ich mir die Agenda Austria oder Momentum anschau, Dutzende Leute angestellt, die können natürlich mehr leisten. Wir können nicht alles und auch nicht alles sofort.“

Woher die Einnahmen für das Alois Mock Institut im Detail kamen, aus dem öffentlichen Bereich oder aus der Privatwirtschaft, konnte Sobotka im Untersuchungsausschuss nicht beantworten.¹⁶⁵ Auch ob es fördernde Vereinsmitglieder gibt und wie hoch die Mitgliedsbeiträge sind, konnte Sobotka, der laut Eigenaussage „natürlich“ Vereinsmitglied ist, nicht sagen.¹⁶⁶

Wolfgang Sobotka, Bernhard Ebner und Sandra Kern waren neben ihrer Tätigkeit beim Alois Mock Institut auch im „**NÖ Pressverein-Zeitungsverlag**“ aktiv – auch dieser Verein teilt sich die Adresse (Neuklosterplatz 2, 2700 Wiener Neustadt¹⁶⁷) mit einer ÖVP-Teilorganisation, in diesem Fall mit der Volkspartei Wiener Neustadt.¹⁶⁸ –, ebenso wie Christian Rädlers Vater Johann, sowie der ehemalige ÖVP-Chef Michael Spindelegger. Der NÖ Pressverein zeichnet für die Inseratenschaltungen in Druckwerken der ÖVP-Vorfeldorganisation ÖAAB Niederösterreich (NÖAAB) verantwortlich. Durch diese rechtliche Trennung müssen Inserate in Zeitungen des NÖAAB¹⁶⁹ nicht im Rechenschaftsbericht der ÖVP ausgewiesen werden, obwohl der Partei auf diese Weise regelmäßig geldwerte Leistungen zufließen.¹⁷⁰ Ein Inserat im vier Mal jährlich erscheinenden Mitgliedermagazin „Arbeiten für Niederösterreich“ kostet 10.000 Euro.¹⁷¹ Der Großteil der Inserate stammt von Unternehmen im Eigentum des Landes Niederösterreich. Laut Medienberichten schaltete die Niederösterreichische Versicherung AG, die zu 100 Prozent im Eigentum der Landeslandwirtschaftskammer steht, von 2015 bis 2017 Anzeigen für einen Bruttowerbewert von 90.000 Euro.¹⁷² Die ARGE Wohnen – ein Zusammenschluss niederösterreichischer Wohnbaugenossenschaften an der auch die WET-Gruppe beteiligt ist (Vorstandsvorsitzender der WET Gruppe Christian Rädler ist auch Obmann des Alois Mock Instituts¹⁷³) – schaltete Inserate um 90.000 Euro. Die NÖ Wohnbaugruppe inserierte um 110.000 Euro und die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien um 60.000 Euro.¹⁷⁴

Die Frage, warum diese Firmen um diese Beträge in einem vergleichsweise kleinen Medium inserieren, ließ Sobotka im Untersuchungsausschuss wie folgt mutmaßen: „*Weil sie wahrscheinlich das Zielpublikum dort am besten erreichen können, [...] Man sucht ja auch das richtige Zielpublikum*“.¹⁷⁵

Gäbe es diese Vereinskonstruktion nicht und würden die genannten Unternehmen ihre Zahlungen direkt an die ÖVP-Teilorganisation NÖAAB leisten, so würde dies aufgrund der Regeln des Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetzes den Wählerinnen und Wählern transparent gemacht werden. Dennoch sieht Sobotka darin kein „Umgehungsinstitut des Parteiengesetzes“,¹⁷⁶ „weil das seit mehr als 20 oder 30 Jahren ein Vorgang“ sei.¹⁷⁷

Auch die Webseite des Alois Mock Institut war übrigens bis Juni 2020 auf den NÖ Pressverein angemeldet. Domaininhaber war acht Jahre lang Bernhard Ebner.¹⁷⁸ Just am 09.06.2020 um 14.48 Uhr, als während der Befragung von Novomatic-Chef Harald Neumann im Untersuchungsausschuss Inserate und sonstige Finanzierungen rund um das Alois Mock Institut thematisiert wurden, wechselte die Domain auf Carina Wurz. Sobotka, der zu dem Zeitpunkt den Vorsitz im Untersuchungsausschuss übergab, sagte in seiner späteren Befragung im Untersuchungsausschuss aus, das ihm dieser Umstand „nicht bewusst“ gewesen sei.¹⁷⁹

Der Verein „**Modern Society – Verein zur Förderung der politischen Bildung**“ besaß zumindest bis 2020 mehrheitlich das Springer-Schlössl nahe Schönbrunn, in dem die Parteiakademie der ÖVP ihren Sitz hat. Laut Medienberichten sollen dem Verein „*einige weitere Immobilien in Wien gehören, die an ÖVP-Bezirksparteien*

zunächst unter Marktwert vermietet wurden. Inzwischen sollen die Mieten eine marktübliche Höhe haben."¹⁸⁰ In jener Zeit als Blümel Vereinspräsident war, gab es auch eine Spende iHv 22.939,25 Euro an die Volkspartei, die „die Differenz zwischen dem marktüblichen Mietzinssatz und dem tatsächlich verrechneten“ Mietzins für die Wiener Bezirksparteilokale widerspiegeln.¹⁸¹ Ob es Spenden über 3.500 Euro an den Verein gegeben habe, daran konnte sich Blümel im Untersuchungsausschuss nicht erinnern.¹⁸²¹⁸³ Laut Medienberichten stellte der Verein, der rund 60.000 Euro pro Jahr an Förderung von der Stadt Wien erhält,¹⁸⁴ den ÖVP Jugendorganisationen (Aktionsgemeinschaft und Schülerunion) Seminarräumlichkeiten unter Wert zur Verfügung.¹⁸⁵ Zudem spendete der Verein laut ÖVP-Rechenschaftsbericht 2018 49.751,40 Euro an die Bundes-ÖVP.¹⁸⁶ Die Spende lag damit knapp unterhalb der Schwelle von 50.000 Euro, ab der Spenden sofort an den Rechnungshof gemeldet werden müssen.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Vereine den Parteien vorwiegend dazu dienen um a) Geld zu akquirieren von Personen, die nicht offiziell als Parteispender*innen auftauchen wollen, um b) Transparenzgesetze zu umgehen, c) Zusatzeinnahmen für Parteifunktionär*innen zu generieren, und d) einen Sparstrumpf für zukünftige Wahlkämpfe anzulegen. All dies passierte und passiert auch heute noch weitgehend legal. Vonseiten der Staatsanwaltschaften wurden mittlerweile fast alle Verfahren im Zusammenhang mit Vereinskonstruktionen eingestellt, sei es aufgrund mangelnder gesetzlicher Bestimmungen oder wie im Fall des Alois-Mock-Instituts aufgrund von Verjährung. Viele der Vereine wurden aufgrund der Ermittlungen und der medialen Berichterstattung im Zuge der Veröffentlichung des Ibiza-Videos aufgelöst. Ob an ihrer Stelle neue Vereine gegründet worden sind, lässt sich angesichts des für die allgemeine Bevölkerung weitgehend intransparenten Zentralen Vereinsregisters sowie des Lobbying- und Interessenvertretungsregisters nicht sagen.

Einnahmen von Spenden und geldwerten Leistungen für Parteizwecke, lukriert über parteinahe oder einer Partei nahestehenden Vereine, laufen jedenfalls einem politischen Versprechen zuwider: nämlich alle Geldflüsse zwischen Gönner*innen und politischen Parteien vor den Bürger*innen offenzulegen.

Endnotes

1. DokNr 67379, S. 88, BM.I / .BK Anlassbericht vom 29.7.2020, Ibiza-Video Transkript
2. Süddeutsche Zeitung, 17.05.2019, Strache-Video - Aussagen, die Sie kennen sollten
3. Süddeutsche Zeitung, 17.05.2019, Strache-Video - Aussagen, die Sie kennen sollten
4. RIS, Parteiengesetz 2012 - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 11.06.2021
5. Zum Zeitpunkt der Berichtslegung wurden die Rechenschaftsberichte 2019 von ÖVP, SPÖ und FPÖ noch nicht veröffentlicht, siehe https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/was-wir-tun/was-wir-tun_5/was-wir-tun_6/Kontrolle_der_Parteien.html
6. Rechnungshof Österreich, 12.07.2019, Presseinformation zu den Rechenschaftsberichten vom 12. Juli 2019
7. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2018 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 31
8. DerStandard, 20.08.2019, Heidi Goëss-Horten spendete in zwei Jahren knapp eine Million Euro an die ÖVP
9. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Sebastian Kurz in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 49-50, 50/KOMM
10. Falter, 28.08.2019, Hey, big Spender!, Falter Nr. 35 / 2019, S. 11-14
11. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Klaus Ortner in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S. 12, 114/KOMM
12. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Klaus Ortner in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S. 11, 114/KOMM
13. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Klaus Ortner in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S. 11, 114/KOMM
14. Die Webseite <https://www.sebastian-kurz.at/spendeneubersicht> ist nicht mehr online. Eine Archivversion ist unter folgendem Link abrufbar: <https://web.archive.org/web/20170918115432/https://www.sebastian-kurz.at/spendeneubersicht>
15. Kurier, 20.06.2019, Der größte Spender von ÖVP-Chef Sebastian Kurz
16. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2018 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 31
17. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2017 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 31 und 35
18. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2018 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 31
19. Firmenabc, ELIN GmbH, https://www.firmenabc.at/elin-gmbh_mxo
20. DerStandard, 20.08.2019, Heidi Goëss-Horten spendete in zwei Jahren knapp eine Million Euro an die ÖVP
21. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Klaus Ortner in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S. 12, 114/KOMM
22. Sebastian-kurz.at, „Ausweis der Einzelspenden über €3.501 Euro“, https://web.archive.org/web/20190528004704mp_/https://www.sebastian-kurz.at/ausweispflichtige_spenden?page=2 (Archivversion)
23. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2017 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 33
24. Sebastian-kurz.at, „Ausweis der Einzelspenden über €3.501 Euro“, https://web.archive.org/web/20190528004704mp_/https://www.sebastian-kurz.at/ausweispflichtige_spenden?page=2 (Archivversion)
25. Sebastian-kurz.at, „Ausweis der Einzelspenden über €3.501 Euro“, https://web.archive.org/web/20190528005040mp_/https://www.sebastian-kurz.at/ausweispflichtige_spenden?page=3 (Archivversion)
26. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2017 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 33
27. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2018 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 31
28. DokNr 17002, S. 8, BM.I / .BK Anlassbericht 484, Vereinsregisterauszug des Vereins „Modern Society“ (ZVR-Zahl: 655331024)
29. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Reinhold Mitterlehner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 6, 195/KOMM
30. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Reinhold Mitterlehner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 11, 195/KOMM
31. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Reinhold Mitterlehner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 6, 195/KOMM
32. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Reinhold Mitterlehner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 6 und 18, 195/KOMM
33. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Reinhold Mitterlehner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 7 f, 195/KOMM
34. DokNr 17238, S. 265, BM.I / .BK Anlassbericht vom 7.1. Verschriftung Video, Erhebungen, Anregung Kontoöffnungen1.pdf, Beilage 36, Auswertung des Mobiltelefons von Dr. Markus Tschank
34. Addendum, 10.07.2019, Ibiza-Causa: Die Liste der Vereine
35. Kurier, 10.07.2019, Ibiza-Affäre: Diese 13 Vereine hat die Polizei im Visier
36. Addendum, 10.07.2019, Ibiza-Causa: Die Liste der Vereine
37. ORF Online, 06.04.2021, Zahlungen an Mock-Institut wohl ohne strafrechtliche Folgen
38. RIS, Parteiengesetz 2012 - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 11.06.2021
39. RIS, Parteiengesetz 2012 - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 11.06.2021
40. Unabhängiger Parteien-Transparenz-Senat, <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/unabhaenger-parteien-transparenz-senat.html>
41. Profil, 15.10.2020, Straches Chats: „Machen wir einen Gang Bang Bus draus“
42. DerStandard, 27.05.2019, Netzwerk rund um FPÖ-Vereine rekrutiert sich aus RFJ und Vandalia

43. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Markus Tschank in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 15, 48/KOMM
44. ORF Online, 10.06.2020, Spenden an FPÖ-nahe Vereine: Tschank spricht von „sauberer Trennung“
45. ORF Online, 13.01.2021, „Ibiza“-Untersuchungsausschuss: Brauns reges Vereinsleben unter der Lupe
46. Profil, 19.05.2019, Die Ibiza-Affäre: Spuren zu „Verein“
47. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Markus Tschank in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 13, 48/KOMM
48. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Markus Braun in der 29. Sitzung vom 13. Jänner 2021, S. 31, 156/KOMM
49. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Markus Tschank in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 15, 48/KOMM
50. DerStandard, 10.02.2020, Ermittler decken Großspenden an FPÖ-Vereine auf
51. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 30, 42/KOMM
52. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Herbert Kickl in der 41. Sitzung vom 17. März 2021, S. 5 f, 199/KOMM
53. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Markus Braun in der 29. Sitzung vom 13. Jänner 2021, S. 32, 156/KOMM
54. DerStandard, 19.02.2020, Ermittler decken Großspenden an FPÖ-Vereine auf
55. DerStandard, 19.06.2021, Justiz vertieft Ibiza-Ermittlungen im FPÖ-Umfeld - Lobbying & Korruption
56. DerStandard, 19.02.2020, Ermittler decken Großspenden an FPÖ-Vereine auf
57. DerStandard, 19.02.2020, Ermittler decken Großspenden an FPÖ-Vereine auf
58. DerStandard, 19.02.2020, Ermittler decken Großspenden an FPÖ-Vereine auf
59. Profil, 15.10.2020, Straches Chats: „Machen wir einen Gang Bang Bus draus“
60. DiePresse, 06.08.2021, Parteispenden an FPÖ gegen Prestigeposten?
61. Profil, 23.08.2019, ASFINAG-Aufsichtsrat Stieglitz spendete an FPÖ-nahen Verein
62. WienerZeitung, 24.02.2020, Parteispenden - Korruptionsstaatsanwaltschaft will gegen Norbert Hofer ermitteln
63. ORF Online, 26.02.2020, Spende an FPÖ für Posten?: Gewessler greift bei ASFINAG durch
64. ORF Online, 21.08.2020, Bundesheer: 2019 knapp eine Mio. für Kooperationsinstitute
65. DokNr 846, S. 3, Prüfbericht der von Tschank beauftragten Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH Röhlin (Prüfungszeitraum: 12.11.2015 bis 23.05.2019)
66. DokNr 845, S. 3, Prüfbericht der von Tschank beauftragten Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH Röhlin (Prüfungszeitraum: 12.11.2015 bis 23.05.2019)
67. DokNr 844, S. 3, Prüfbericht der von Tschank beauftragten Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH Röhlin (Prüfungszeitraum: 12.11.2015 bis 23.05.2019)
68. DokNr 847, S. 1-2, Prüfbericht der von Tschank beauftragten Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH Röhlin (Prüfungszeitraum: 06.07.2017 bis 27.05.2019)
69. DokNr 848, S. 3-4, Prüfbericht der von Tschank beauftragten Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH Röhlin (Prüfungszeitraum: 20.10.2016 bis 27.05.2019)
70. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S. in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 17 f, 43/KOMM
71. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S. in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 19, 43/KOMM
72. DerStandard, 19.02.2020, Ermittler decken Großspenden an FPÖ-Vereine auf
73. DokNr 63660, S. 43 f, Protokoll der Zeugenvernehmung von Alexander M.
74. DokNr 63660, S. 40, Protokoll der Zeugenvernehmung von Markus S.
75. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S. in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 17 f, 43/KOMM
76. DokNr 63880, S. 128, Protokoll der Zeugenvernehmung von Hubert W.
77. DokNr 846, S. 4, Prüfergebnis der Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH Röhlin betreffend den Verein „Austria in Motion“
78. DokNr 844, S. 4, Prüfergebnis der Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH Röhlin betreffend den Verein „Wirtschaft für Österreich“
79. DokNr 845, S. 4, Prüfergebnis der Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH Röhlin betreffend den Verein „Patria Austria“
80. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Markus Tschank in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 4, 48/KOMM
81. DokNr 63880, S. 184-187, Protokoll der Zeugenvernehmung von Bernhard N., Anhang mit Rechnungen 65-68/2017
82. DokNr 63880, S. 179-183, Protokoll der Zeugenvernehmung von Bernhard N., Anhang mit Rechnungen 69-73/2017
83. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S. in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 30, 43/KOMM
84. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S. in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 18-19, 43/KOMM
85. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S. in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 29, 43/KOMM
86. DokNr 110924, S. 8, Landesgericht für Strafsachen Wien, Beschluss vom 29.04.2021
87. Das Profil, 19.06.2021, Spenderorgane, das Vereinsnetzwerk um Strache und Tschank.

88. ORF Online, 26.06.2020, Auch Strache war an Tschank-Firma beteiligt - news
89. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Markus Tschank in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 20, 48/KOMM
90. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Markus Tschank in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 20, 48/KOMM
91. DerStandard, 10.03.2020, Gefördertes blaues Institut war für Obmann lukrative Geldquelle
92. DerStandard, 09.03.2020, Landbauer hielt Vortrag bei FPÖ-nahem Verein, fand Zeit zum Skifahren
93. DerStandard, 09.03.2020, Landbauer hielt Vortrag bei FPÖ-nahem Verein, fand Zeit zum Skifahren
94. DerStandard, 10.02.2020, Ermittler decken Großspenden an FPÖ-Vereine auf
95. Firmenabc, PEGASUS Immobilien und Beteiligungsgesellschaft mbH, 3. Bezirk / Landstraße, Wien
96. OTS FPÖ, 16.05.2018, FPÖ-Tschank: „Erste Mitteleuropäische Sicherheitskonferenz in Wien war großer Erfolg“
97. Firmenabc, IMBECO GmbH, 3. Bezirk / Landstraße, Wien, (dieselbe Adresse wie der Verein Reformen – Zukunft – Österreich)
98. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Markus Tschank in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 48, 48/KOMM
99. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Markus Tschank in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 49, 48/KOMM
100. DokNr 77060, S. 6, BM.I / .BK Anlassbericht 382 vom 15.02.2021
101. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Markus Braun in der 29. Sitzung vom 13. Jänner 2021, S. 24, 156/KOMM
102. Kompany, Firmenbuch - Polimedia GmbH In Liqu.
103. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Bernhard Krumpel in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 16, 76/KOMM
104. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Markus Braun in der 29. Sitzung vom 13. Jänner 2021, S. 24, 156/KOMM
105. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Markus Braun in der 29. Sitzung vom 13. Jänner 2021, S. 24, 156/KOMM
106. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Markus Braun in der 29. Sitzung vom 13. Jänner 2021, S. 22 f, 156/KOMM
107. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Markus Braun in der 29. Sitzung vom 13. Jänner 2021, S. 24, 156/KOMM
108. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Markus Tschank in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 48 f, 48/KOMM
109. ORF Online, 06.04.2021, Zahlungen an Mock-Institut wohl ohne strafrechtliche Folgen
110. DokNr 17002, S. 8, BM.I / .BK Anlassbericht 484 vom 16.6.2019
111. Profil, 15.02.2021, Vorstand Blümel: Wie finanzierten sich die ÖVP-nahen Vereine?
112. Profil, 15.02.2021, Vorstand Blümel: Wie finanzierten sich die ÖVP-nahen Vereine?
113. Der Verein wurde im Vorfeld der niederösterreichischen Landtagswahlen 2003 gegründet und war zuletzt fast ausschließlich mit BVT-Mitarbeitern besetzt; DiePresse, 11.07.2019, Zwei Vereinsauflösungen – und Blümel's „Irrtum“
114. DokNr 17002, S. 178, Anzeige der Änderung der organschaftlichen Vertreter des „Heimatverein ProPatria – Für Niederösterreich“
115. DokNr 17002, S. 170-173, Diverse Anzeigen der Änderung der organschaftlichen Vertreter des „Heimatverein ProPatria – Für Niederösterreich“
116. Profil, 15.02.2021, Vorstand Blümel: Wie finanzierten sich die ÖVP-nahen Vereine?
117. DiePresse, 11.07.2019, Zwei Vereinsauflösungen – und Blümel's „Irrtum“
118. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 5, 52/KOMM
119. Darüber hinaus sind im Verein zur Förderung bürgerlicher Politik u.a. Eugen Hammer (Erste Group), Markus Wölbitsch (ÖVP-Landesgeschäftsführer Wien) und Iris Müller-Guttenbrunn (ehemalige Kommunikationschefin der ÖVP Wien und spätere Pressesprecherin Blümel's) aktiv.
120. DiePresse, 11.07.2019, Zwei Vereinsauflösungen – und Blümel's „Irrtum“
121. DokNr 17002, S. 210, Statuten des Vereins „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“
122. Profil, 15.02.2021, Vorstand Blümel: Wie finanzierten sich die ÖVP-nahen Vereine?
123. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 4, 200/KOMM
124. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 67, 200/KOMM
125. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 68 f, 200/KOMM
126. Youtube, Fellner! LIVE: Wolfgang Sobotka im Interview vom 10.12.2020, <https://m.youtube.com/watch?v=aqMu6RM6CPo> (Minute 24:23 - 25:12)
127. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 53. Sitzung vom 24. Juni 2021, S. 8, 269/KOMM
128. DerStandard, 05.08.2021, Niederösterreich muss vor Gericht erklären, was Sobotka zu Novomatic sagte
129. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernd Oswald in der 18. Sitzung vom 30. September 2020, S. 45, 87/KOMM
130. ORF Online, 06.04.2021, Zahlungen an Mock-Institut wohl ohne strafrechtliche Folgen
131. Kronen Zeitung, 01.10.2020, Ibiza-U-Ausschuss - Novomatic spendete 8000 Euro an Sobotkas Orchester
132. DerStandard, 06.10.2020, Novomatic zahlt viele: Sponsoring für weitere ÖVP-nahe Vereine

133. DerStandard, 06.10.2020, Novomatic zahlt viele: Sponsoring für weitere ÖVP-nahe Vereine
134. Twitter Douglas Hoyos, <https://twitter.com/derHoyos/status/1405184226610368514>
135. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 53. Sitzung vom 24. Juni 2021, S. 9 f, 269/KOMM
136. Addendum, 25.01.2018, Das Land, die Schutzengel und die ÖVP
137. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 9, 75/KOMM
138. DerStandard, 17.09.2020, Das System Niederösterreich, erklärt an Sobotkas Alois-Mock-Institut
139. Falter, Projekt Ballhausplatz, S. 3, <https://cms.falter.at/falter/wp-content/uploads/ProjektBallhausplatz.pdf>
140. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 8, 75/KOMM
141. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 11, 75/KOMM
142. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 62 f, 75/KOMM
143. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 4, 75/KOMM
144. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 24, 75/KOMM
145. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 61, 75/KOMM
146. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 64 f und 71 f, 75/KOMM
147. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 24, 75/KOMM
148. ORF Online, 06.04.2021, Zahlungen an Mock-Institut wohl ohne strafrechtliche Folgen
149. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 61, 75/KOMM
150. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 43, 75/KOMM
151. ORF Online, 06.04.2021, Zahlungen an Mock-Institut wohl ohne strafrechtliche Folgen
152. ORF Online, 30.09.2020, Geld an Mock-Institut: Novomatic zahlte offenbar mehr als bekannt
153. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 5, 75/KOMM
154. Profil, 07.03.2020, Öffentliche Gelder: So finanziert sich Sobotkas Mock-Institut
155. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 61, 75/KOMM
156. Profil, 07.03.2020, Öffentliche Gelder: So finanziert sich Sobotkas Mock-Institut
157. DerStandard, 17.09.2020, Das System Niederösterreich, erklärt an Sobotkas Alois-Mock-Institut
158. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 28, 75/KOMM
159. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 25, 75/KOMM
160. Alois Mock Institut, <http://www.alois-mock-institut.at/event/page/2/>
161. Alois Mock Institut, <http://www.alois-mock-institut.at/event/page/2/>
162. Alois Mock Institut, <http://www.alois-mock-institut.at/event/>
163. Alois Mock Institut, 25.04.2019, Trends 2030 - Gesundes Wachstum für Europa. Erkenntnisse aus 15 Jahren Osterweiterung.
164. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 25-26, 75/KOMM
165. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 44 f, 75/KOMM
166. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 61 f 75/KOMM
167. Pressverein, <http://www.pressverein.at/kontakt/>
168. ÖVP Wiener Neustadt, <https://wiener-neustadt.vpnoe.at/team/geschaeftsstelle/>
169. Pressverein, <http://www.pressverein.at/offenlegung/>
170. Addendum, 25.01.2018, Das Land, die Schutzengel und die ÖVP
171. Pressverein, [Arbeiten_fuer_Niederosterreich.pdf](http://www.pressverein.at/Arbeiten_fuer_Niederosterreich.pdf)
172. Dossier, 19.01.2018, <https://www.dossier.at/dossiers/inserate/inserieren-fuer-die-volkspartei/>
173. WET Gruppe, <https://www.wet.at/Company/Index>
174. Dossier, 19.01.2018, <https://www.dossier.at/dossiers/inserate/inserieren-fuer-die-volkspartei/>
175. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 49, 75/KOMM
176. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9.

September 2020, S. 48, 75/KOMM

177. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 50, 75/KOMM

178. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 35, 75/KOMM

179. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 35 f, 75/KOMM

180. Profil, 15.02.2021, Vorstand Blümel: Wie finanzierten sich die ÖVP-nahen Vereine?

181. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 27, 52/KOMM

182. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 2, 52/KOMM

183. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 27, 52/KOMM

184. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 27, 52/KOMM

185. DerStandard, 14.05.2020, U-Kommission zu Vereinsförderungen: Blümel erklärt „Nicht-Geldfluss“

186. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2018 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 31

HEIMLICHE PRIVATISIERUNGEN

Thomas Schmid im U-Ausschuss am 24. Juni 2020

Mir sind keine Öbag-Vorhaben bekannt, wo es um Privatisierung geht.

Strache philosophierte im Juli 2017 auf Ibiza auch über eine gewinnbringende Privatisierung österreichischer Trinkwasserressourcen. Denn, so Strache: „Wasser ist das weiße Gold.“¹ Wobei es hier aber lediglich um ein Mittel zum Zweck gehen sollte, um Staatsvermögen an befreundete Investoren zu verscherbeln.²

Gruppen-Brainstorming auf Ibiza:³

Heinz-Christian Strache: [...] aber was will sie dann im Wasserbereich machen?

Julian Hessenthaler: Der Wasserbereich ist uninteressant. Die Idee ist, dass der Staat dann den Auftrag zum Abbau gibt und halt auf Überpreis dann [...]

Johann Gudenus: Eh.

Julian Hessenthaler: ... Bauwirtschaft. Das ist eine der Ideen. Andere Ideen sind sowas wie Staatsliegenschaften, Kasernen...

Johann Gudenus: Genau, die großen Immobiliengeschichten.

Julian Hessenthaler: [...] Kunstsammlungen, die von Museen [...] verstaatlicht werden. Öffentliche Aufträge wie Telekommunikation, Autobahnen, Flughäfen.“

Heinz-Christian Strache: „Jaja“

Während Strache lediglich redete, setzte das Finanzministerium konkrete Schritte und prüfte ohne gesetzlichen Auftrag die Privatisierung des Bundesrechenzentrums (BRZ) und der Austrian Real Estate (ARE). Beide Privatisierungsbestrebungen finden sich nicht im türkis-blauen Regierungsprogramm, wurden aber dennoch vom ÖVP-geführten Finanzministerium vorangetrieben; still und heimlich und ohne Wissen des Koalitionspartners.

Als zentrale Figur dieser Causae entpuppt sich einmal mehr der damalige Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium Thomas Schmid, der im Untersuchungsausschuss widersprüchlicher Weise behauptete, dass ihm keine Privatisierungsprojekte oder Privatisierungsvorhaben erinnerlich oder bekannt seien.⁴

05.12.2018

Balász S. und Thomas Schmid:

S: Zur Info: Pölzl möchte einen Preis von dir hören.

Schmid: Was?

Schmid: Bist du betrunken?

S: Bei deinem Termin jetzt

S: er möchte darüber reden

Schmid: Ah

Schmid: Für das brz

S: Ja :D :D :D

S: Sie gehen in eine DD nur rein, wenns sie wissen, dass man sich auf den Kaufpreis einigen kann.

BUNDESRECHENZENTRUM (BRZ) - OPERATION EDELSTEIN

Das Finanzministerium prüfte hinter dem Rücken des Koalitionspartners einen Verkauf des Bundesrechenzentrums an die börsennotierte Post AG. Im Bundesrechenzentrum lagert der Datenschatz der Republik: Gesundheitsdaten, Steuerbescheide, der biometrische Pass der Österreicherinnen und Österreicher und noch viel mehr.

Thomas Schmid sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass es sich bei dem Projekt um eine IT-Konsolidierung gehandelt habe.⁵ Diese lag im Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramtes.⁶ IT-Konsolidierungen seien in der Konferenz der Generalsekretäre „*immer ein Thema*“ gewesen, so Schmid.⁷ Dabei handele es sich um „*ein Gremium der Generalsekretäre der unterschiedlichen Ministerien, die mit verschiedenen Themen der Verwaltungsreform und Effizienzsteigerungen beauftragt waren*“.⁸

Im Juni 2018 gab Schmid hierzu eine „*IT Konsolidierung-Machbarkeitsanalyse*“ in Auftrag.⁹ In weiterer Folge – mutmaßlich ab Juli/August 2018¹⁰ – beschäftigte sich eine Strategiegruppe der Sektion I im Finanzministerium¹¹ mit verschiedenen Handlungsoptionen, wobei das BRZ selbst nicht in die Überlegungen eingebunden war.¹² Sehr wohl eingebunden war die Post AG, deren Generaldirektor Georg Pölzl Interesse an dem Projekt zeigte und auch an mindestens einem entsprechenden Meeting (Ende November oder Anfang Dezember 2018) im Finanzministerium teilnahm.¹³ Die Post AG beauftragte in der Causa ein vergaberechtliches Gutachten,¹⁴ um die Möglichkeit einer engeren Verbindung von BRZ und Post AG auszuloten.¹⁵ Ebenfalls eingebunden war – jedenfalls ab September 2018¹⁶ – das Bundeskanzleramt, in der Person von Kabinettschef Bernhard Bonelli.¹⁷ Laut Kommunikationsstrategie des Finanzministeriums vom 11. Oktober 2018 war das Bundeskanzleramt führend in das Projekt eingebunden. Zudem wollte man das Projekt medial als eine „*Idee der Post*“ bzw. als noch in der „*Idee/ Brainstorming-Phase*“ darstellen.¹⁸

Die Rolle von Finanzminister Hartwig Löger konnte im Zuge der Befragungen nicht abschließend geklärt werden. Schmid führte im Untersuchungsausschuss aus, dass „*der Bundesminister [...] auch einmal – sehr allgemein – über dieses Thema informiert*“ wurde.¹⁹ Ob Löger den Projektauftrag erteilte, konnte Schmid nicht sagen.²⁰ Löger selbst sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass er weder die Idee gehabt habe, „über Privatisierung der Post für das Budget Geld zu lukrieren“, noch „*im Rahmen des Effizienzsteigerungsprogramms und Kosteneinsparungsprogramms [...] eine gezielte Überlegung für BRZ und Post zu suchen*“. Dies begründete er mit dem Nachsatz, dass er sich „*offen gestanden, bei dem Thema gar nicht auskenne*.“²¹

Laut Elisabeth Gruber (Gruppenleiterin der Abteilung I/B Beteiligungen und Services im Finanzministerium), die zu einzelnen rechtlichen, insbesondere vergaberechtlichen Fragen beigezogen wurde, seien mehrere Optionen beleuchtet worden, „*die von reinen Kooperationsmöglichkeiten bis hin zu einer direkten oder indirekten Übertragung an eine direkte oder indirekte Beteiligung des Bundes, konkret an die Österreichische Post AG, reichten*.“²² Laut Thomas Schmid sollte das BRZ unter der Obhut der teilprivatisierten Post AG vor allem effizienter werden.²³ Zudem sei laut dem Leiter der Sektion I im Finanzministerium Eduard Müller angedacht gewesen das BRZ als „*Universaldienstleister für alle Ressorts*“²⁴ zu positionieren, um sämtliche Bundesministerien von einem Rechenzentrum aus zu betreuen, so Schmid im Untersuchungsausschuss.²⁵ Hierfür beauftragte das Finanzministerium ein externes Gutachten des Unternehmensberaters McKinsey, in dem verschiedene Varianten aus betriebswirtschaftlicher Sicht durchgerechnet wurden.²⁶ Die Kosten hierfür beliefen sich laut Elisabeth Gruber auf 75.000 Euro.²⁷

Balázs S., Mitarbeiter im Finanzministerium, sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass die Idee für dieses „*Riesenprojekt*“²⁸ nach einem größeren Projektmeeting im November oder Dezember 2018 aus „*unterschiedlichen Gründen*“ verworfen worden sei,²⁹ mutmaßlich weil in weiterer Folge eine klare politische Zusage fehlte. Auch Elisabeth Gruber bestätigte im Untersuchungsausschuss, dass das Projekt nach einer internen Prüfung nicht weiterverfolgt worden sei, insbesondere wegen rechtlicher Unsicherheit in „*Zusammenhang mit der erforderlichen Aufrechterhaltung der Inhousevergabesituation beim BRZ, aber auch mit dem Kostendeckungsprinzip, mit steuerlichen Fragen, sowie andererseits in erheblichen Bedenken in Zusammenhang mit der Datensicherheit*.“³⁰

Hierzu ist anzumerken, dass in den Akten keinerlei Unterlagen zu einer Prüfung des Projekts auf Datensicherheit gefunden werden konnten. Dies ist insofern bemerkenswert, da bereits Anfang Jänner 2019 ein Datenskandal bei der Post AG hohe Wellen schlug.³¹³² Im Februar 2019 wurde die Post AG zu einer Strafe von 18 Millionen Euro

verurteilt, weil sie Daten zur Parteilaffinität ihrer Postkunden verarbeitet hatte.³³ (Bereits 2018 hatte die Post AG Adressen von Wähler*innen Salzburger Parteien verkauft.³⁴) Folglich wurde das Projekt, für das es bereits Gesetzesentwürfe gab,³⁵ angeblich gestoppt.³⁶

Die Akten ergeben aber ein ganz anderes Bild: Das Projekt wurde mutmaßlich bis Ende August 2019 verfolgt, also auch in der Zeit der Übergangsregierung Bierlein ^{37,38}. Laut Akten holte Elisabeth Gruber schon am 14. Jänner 2019 – also nur wenig Tag nach Bekanntwerden der Datenaffäre – bei der Anwaltskanzlei CHSH (bei der sie selbst früher beschäftigt war³⁹) ein Angebot für ein Gutachten zum Vergaberecht rund um das BRZ ein,⁴⁰ welches mit 11.000 Euro zu Buche schlug.⁴¹ Elisabeth Gruber am 25. Jänner 2019 beauftragte die Kanzlei „CHSH mit der vergaberechtlichen Beratung des BMF zu Umstrukturierungen bei der Bundesrechenzentrum GmbH“.⁴² E-Mail-Korrespondenzen vom gleichen Tag belegen, dass sich Bernhard Bonelli bei Thomas Schmid erkundigte, ob beim BRZ alles in die richtige Richtung laufe. Ein Tag zuvor fragte selbiger Dieter Kandlhofer um ein Update zum BRZ. Laut einer Übersicht des Finanzministeriums sollte jedenfalls im Juni 2019 das BRZ-Gesetz geändert und im September 2019 das BRZ schließlich verkauft werden.⁴³

Wer den Auftrag gab die Arbeit weiterzuführen bzw. neu aufzunehmen konnte im Untersuchungsausschuss nicht geklärt werden. Der bereits in seiner Funktion als Sektionschef in das Projekt involvierte Eduard Müller, der zu jener Zeit zum Bundesminister für Finanzen, öffentlichen Dienst und Sport (03.06.2019 - 07.01.2020) ernannt wurde,⁴⁴ soll laut Gruber jedenfalls keinen derartigen Auftrag erteilt haben.⁴⁵

Zusammenfassend kann ergänzt werden, dass unter dem Titel „IT-Konsolidierung“ das Finanzministerium ohne gesetzlichen Auftrag und ohne Einbindung des Koalitionspartners die Privatisierung des BRZ an die in einen Datenskandal verwickelte Post AG prüfte und das Projekt selbst nach dem Sturz der türkis-blauen Bundesregierung monatelang weiter verfolgte.

AUSTRIAN REAL ESTATE (ARE)

Die Austrian Real Estate (ARE) wurde 2012 um 165,56 Millionen Euro aus der BIG ausgegliedert. Der republikseigene Immobilienkonzern hält 558 Liegenschaften mit einem Verkehrswert von drei Milliarden Euro und gehört damit zu den werthaltigsten Unternehmen der Republik.⁴⁶ Der gesamte BIG-Konzern ist mit 2.012 Liegenschaften einer der größten Immobilieneigentümer in Österreich mit einem Unternehmenswert von rund 12,8 Milliarden Euro.⁴⁷ Im Jahr 2015 startete die ARE unter Wirtschaftsminister Mitterlehner eine Wohnbauinitiative, „in deren Rahmen bis 2020 rund 2 Mrd. Euro in die Errichtung von bis zu 10.000 Wohnungen investiert werden“ sollten.⁴⁸ 6.000 dieser 10.000 Wohnungen sollten zu „leistbaren“ Preisen vermietet werden. Entgegen dem politischen Zweck (welcher von der ARE-Firmensprecherin in Abrede gestellt wird⁴⁹) fokussierte die ARE immer mehr auf Luxusimmobilien.⁵⁰ Dazu kommen Immobilienvorhaben, die ausschließlich zum Weiterverkauf an Investoren und Anleger gebaut werden.

Im Projekt **Kayser**, einer Kooperation mit JPI Immobilien, finden sich am Wiener Franz-Josefs-Kai Luxuswohnungen mit 70 m² für einen Kaufpreis von 1.269.900 Euro. Das entspricht einem Quadratmeterpreis von rund 18.000 Euro. Zudem auch kleinere Wohnungen mit rund 41 m² um 664.000 Euro (entspricht 16.000 Euro / m²).⁵¹ Im Zuge des Projekts **triiiple**, ein Joint Venture mit Soravia, wurde einer der drei Türme am Wiener Donaukanal als Ganzes an den Immobilienfonds **Corestate**⁵² verkauft. Dieser Turm soll Studierenden Appartements und Micro Apartments für Young Professionals bieten.⁵³ In den zwei verbleibenden Türmen lag der Verkaufspreis für die teuerste Wohnung bei 1,5 Millionen Euro. Unter den noch verfügbaren Eigentumswohnungen finden sich Luxuswohnungen mit 69 m² um 602.180 Euro. Das entspricht einem Quadratmeterpreis von 8.727 Euro. Auch

das Projekt **Das Ensemble** im 3. Wiener Gemeindebezirk (800 Wohneinheiten) wurde 2018 zur Gänze an den Aberdeen Standard Investmentfonds⁵⁴ veräußert. Nun werden die Wohnungen zu einem Mietpreis von über 18,50 bis 20 Euro pro Quadratmeter vermietet und treiben so die Mietpreise weiter in die Höhe.⁵⁵ Dass sich die ARE damit immer mehr vom Ziel, leistbares Wohnen zu schaffen, entfernt, wurde 2019 auch vom Rechnungshof gerügt.⁵⁶

Rechnungshof in seinem Bericht über die ARE:

„Es wäre zu prüfen, inwieweit die Geschäftstätigkeit der ARE Austrian Real Estate GmbH im Immobilien-Premiumsegment mit den Zielen des Bundes, leistbaren Wohnraum zu schaffen, im Einklang stand.“⁵⁷

Nachdem die BIG (und damit die ARE) unter der türkis-blauen Bundesregierung dem Finanzministerium unterstellt (und später an die ÖBAG übertragen) wurde, gab es unter Kabinettschef Thomas Schmid in der Folge konkrete Überlegungen die medial als „große Spielmasse“ titulierte ARE zu verkaufen.⁵⁸

Privatisierungsbestrebungen

Obwohl im türkis-blauen Regierungsprogramm keine Privatisierungen geplant waren, prüfte im Jahr 2018 das Finanzministerium unter Sektionschef Eduard Müller und Kabinettschef Thomas Schmid intensiv eine Teilprivatisierung der ARE.^{59,60} Laut Medienberichten soll das BMF zu diesem Zweck die BIG und externe Berater, unter anderem Goldman Sachs, damit beauftragt haben, verschiedene Varianten der Veräußerung, inklusive Börsenfitness zu prüfen.⁶¹ Wer den Auftrag dazu erteilte, konnte Müller im Untersuchungsausschuss nicht sagen. Es sei lediglich eine „Fingerübung“ gewesen, so Müller.⁶² Finanzminister Hartwig Löger sagte im Untersuchungsausschuss, dass er jedenfalls *„keine Gespräche geführt [...] und auch nicht im Interesse der Regierung oder aus der Regierung heraus Aufträge zur Privatisierung gegeben“* habe und verwies in diesem Zusammenhang auf die direkte Verantwortung durch das Management der BIG⁶³ (die Vorstände sind Wolfgang Gleissner und Hans-Peter Weiss), sowie des BIG-Aufsichtsrats u.a. mit Ex-ÖVP-Staatssekretärin Christine Marek.⁶⁴ Der Rechnungshof ging in seinem Bericht 2019 davon aus, dass eine Teilprivatisierung von Beginn an in Betracht gezogen wurde.⁶⁵

Aus den Akten kann entnommen werden, dass über das ganze Jahr 2018 die Überlegungen zur Privatisierung oder Teilprivatisierung intensiviert worden sind. Die zu prüfenden Varianten waren ein Börsengang (IPO) oder ein Verkauf an Private (Private Placement) ohne Börsenhandel.⁶⁶ Dokumentiert ist der Privatisierungswunsch seitens des BMF auch in einem Projektantrag *„Strategische Weiterentwicklung der ARE“*. *„Bei der Strategieklausur am 09. Mai 2018 wurde nun seitens des Eigentümers (BMF) der Auftrag an die Aufsichtsräte der ARE Dr. Christina Haslauer und MMag. Elisabeth Gruber sowie an die Geschäftsführung erteilt, mögliche Varianten eines IPOs bzw. die Beteiligung von Finanzinvestoren zu prüfen.“^{67,68}* Möglicherweise sollte die Privatisierung auch über eine aggressive Expansionsstrategie (Ausbau des Immobilienportfolios) erzielt werden. Um das Ziel zu erreichen wurde seitens der ARE auf Partnerschaften mit großen Immobilienfirmen wie Signa oder Soravia mit den oben genannten Luxusprojekten gesetzt. Diese Teileigentümerschaften an Projekten könnten tatsächlich der erste Schritt in Richtung Privatisierung gewesen sein. Aufgrund der medialen Berichterstattung rund um das Thema im Untersuchungsausschuss wurde die Privatisierung der ARE schließlich abgesagt.

Umgehung des Bundesvergabegesetzes und Rechnungshofprüfpflicht?

Die BIG bzw. später die ARE machte laut Geschäftsführer Hans-Peter Weiss *„in Summe in etwa 85 Projekte im frei finanzierten Bereich“*, wobei insbesondere in den ersten Jahren *„ausschließlich Minderheitsbeteiligungen mit privaten Partnern“* (z.B. Signa, Soravia, JP Immobilien, UBM⁶⁹) eingegangen worden seien, *„auch auf expliziten Wunsch [...] des damaligen Aufsichtsrats und auch des Vertreters des Wirtschaftsministeriums zur*

*Risikominimierung*⁷⁰, so Weiss.

Möglicherweise dürfte aber auch die damit einhergehende Umgehung des Bundesvergabegesetzes eine Rolle gespielt haben. So sagte der ÖVP-Großspender Klaus Ortner im Untersuchungsausschuss aus, dass die ARE bei großen Immobilienprojekten seiner Wahrnehmung nach zu einem 49/51-Konstrukt greife, um das Bundesvergabegesetz nicht anwenden zu müssen.⁷¹

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne):

Also Sie meinen, der Unterschied ist: 51 Prozent öffentliche – Bundesvergabegesetz; 49 Prozent – kein Bundesvergabegesetz. – Richtig, oder?

Dipl.-Ing. Klaus Ortner:

So ist es.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne):

Und Sie glauben, die ARE macht das mit Absicht, um das Bundesvergabegesetz nicht einzuhalten?

(Die Vertrauensperson wendet sich an die Verfahrensanwalt-Stellvertreterin.)

Dipl.-Ing. Klaus Ortner:

Weiß ich nicht, warum, aber ich nehme es an.

Hans-Peter Weiss stritt bei seiner Befragung einen Zusammenhang von 49-Prozent-Anteilen und dem Vergaberecht ab.⁷²

Die ARE hält bei mehreren Projekte knapp unter 50 Prozent der Anteile.

Beispielhafter Auszug:

- Kirchner Kaserne Projektentwicklungs GmbH (Anteil: 49 %) mit Martin Kurschel
- Aspanggründe Beteiligungs GmbH (Anteil: 49%) mit UBM Eurogate
- FoDo Management GmbH (Anteil: 49 %) Beteiligung mit Signa-Tochter Projekt Forum Donaustadt
- FJK 51 Projektentwicklungs GmbH (Anteil: 49 %) JP Immobilien - Projekt Kaysers
- Perfekt A Wohnbau GmbH (Anteil: 49 %) areos Development GmbH von Reinhard Schmied
- Wohnbau Eschenpark 1 GmbH (Anteil: 49 %) areos GmbH von Reinhard Schmied
- SYMBIO I GmbH (Anteil: 49 %) BTO Beteiligungs GmbH
- TRIIIPLE Management GmbH (Anteil: 45 %) mit Soravia⁷³

Das Bundesvergabegesetz ist ein wichtiger Korruptions-Schutzschild. Das Gesetz stellt sicher, dass entlang objektiver Kriterien entschieden wird, wer öffentliche Millionenaufträge bekommt. Für die österreichischen Unternehmen ist es gleichzeitig eine Garantie, dass jede*r gleich behandelt wird, und nicht jene mit besonders guten Freundschaften zur Politik bevorzugt werden.

Eine weitere Erklärung für die Wahl eines 49/51-Konstruktes könnte das Umgehen der Prüfpflicht durch den Rechnungshof sein.⁷⁴

Luxuswohnungen in München als Auftrag für ein staatliches Immobilienunternehmen?

Weiters berichtete der Unternehmer Klaus Ortner im Untersuchungsausschuss, dass das Immobilienunternehmen der Republik aktiv mit dem Wunsch an den deutschen Immobilienentwickler UBM herangetreten sei, gemeinsam ein Wohnprojekt in München zu verwirklichen.⁷⁵ BIG-Geschäftsführer Hans-Peter Weiss sagte im Untersuchungsausschuss genau das Gegenteil aus, nämlich dass „Die UBM [...] auf uns zugegangen“ sei.⁷⁶ Bei dem Ende 2018 fixierten Projekt in der Münchner „Baubergerstraße“ handelt es sich um das größte Immobilienprojekt

der UBM in Deutschland, an dem die ARE mit 40 Prozent beteiligt ist. Im Gegenzug stieg die UBM beim Projekt „Eurogate“ im 3. Wiener Gemeindebezirk mit 51 Prozent bei fünf von insgesamt 22 Teilprojekten ein. Somit hält auch hier die ARE nurmehr 49 Prozent.⁷⁷

Endnotes

1. DokNr 67379, S. 71, BM.I / .BK Anlassbericht vom 29.7.2020, Ibiza-Video Transkript
2. Addendum, 29.05.2019, Die Wasserprivatisierung, die Strache meinte
3. DokNr 67379, S. 70, BM.I / .BK Anlassbericht vom 29.7.2020, Ibiza-Video Transkript
4. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 52, 51/KOMM
5. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 68, 51/KOMM
6. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Balázs Szabó, BSc in der 16. Sitzung vom 17. September 2020, S. 24, 81/KOMM
7. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 34, 51/KOMM
8. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 31 f, 51/KOMM
9. DokNr 181034, S. 1, Angebot betreffend „IT-Konsolidierung - Machbarkeitsanalyse BMF“ vom 22.06.2018 an BMF-Generalsekretär Thomas Schmid
10. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Balázs Szabó, BSc in der 16. Sitzung vom 17. September 2020, S. 17, 81/KOMM
11. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 34, 51/KOMM
12. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 26, 80/KOMM
13. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Balázs Szabó, BSc in der 16. Sitzung vom 17. September 2020, S. 27, 81/KOMM
14. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Torsten Marx in der 16. Sitzung vom 17. September 2020, S. 13, 82/KOMM
15. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 27, 80/KOMM
16. DokNr 6105, S. 1, Email von Elisabeth Gruber vom 31.08.2018 an Eduard Müller
17. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Balázs Szabó, BSc in der 16. Sitzung vom 17. September 2020, S. 21, 81/KOMM
18. DokNr 180047, S. 270
19. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 34, 51/KOMM
20. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 69, 51/KOMM
21. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, 77/KOMM
22. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 6, 80/KOMM
23. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 33, 51/KOMM
24. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 32, 206/KOMM
25. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 34, 51/KOMM
26. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 24, 80/KOMM
27. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 25, 80/KOMM
28. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Balázs Szabó, BSc in der 16. Sitzung vom 17. September 2020, S. 5, 81/KOMM
29. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Balázs Szabó, BSc in der 16. Sitzung vom 17. September 2020, S. 18 und 27, 81/KOMM
30. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 6, 80/KOMM
31. Addendum, 07.01.2019, Wenn die Post Partei ergreift
32. APA, 12.02.2019, Datenschutzbehörde beendet Prüfverfahren gegen Post und stellt Rechtsverletzungen fest
33. Addendum, 13.02.2019, Datenschutzbehörde: Post verstößt gegen DSGVO
34. Salzburger Nachrichten, 19.04.2018, Post verkauft Adressen von Wählern an Salzburger Parteien
35. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Balázs Szabó, BSc in der 16. Sitzung vom 17. September 2020, S. 36 f, 81/KOMM
36. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Balázs Szabó, BSc in der 16. Sitzung vom 17. September 2020, S. 38, 81/KOMM

37. DokNr 180047, S. 281-283, BMF, Übersichtsdokument vom 10.7.2019 von Dr. Zahrer, MMag. Gruber, Dr. Mazurkiewicz betreffend BRZ GmbH/ Österreichische Post AG
38. DokNr 180047, S. 284-288, BMF, Memo von GL MMag. Gruber und Dr. Mazurkiewicz vom 27.8.2019 zum Projekt Edelstein betreffend „Übertragung Bundesanteile an Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ GmbH) an Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG) zur Weiterveräußerung an Österreichische Post AG (ÖPAG); Rückführung Verkaufspreis durch ÖBAG an BMF“
39. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 55, 80/KOMM
40. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Balázs Szabó, BSc in der 16. Sitzung vom 17. September 2020, S. 46, 81/KOMM
41. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 26, 80/KOMM
42. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Bernhard Bonelli, MBA in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 67, 160/KOMM
43. DokNr 180047, S. 267
44. Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA, https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_05427/index.shtml
45. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 57, 80/KOMM
46. Kurier, 13.07.2020, Geheime türkise Privatisierungsspiele mit Luxus-Immobilien
47. Immobilien-Magazin, 30.09.2021, BIG-Geschäftsführung wiederbestellt
48. OTS BIG, 28.04.2016, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160428_OTS0166/big-zieht-bilanz-2015-wohnbauinitiative-gestartet
49. Kurier, 13.07.2020, Geheime türkise Privatisierungsspiele mit Luxus-Immobilien
50. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 8, 205/KOMM
51. FJK 5 Projektentwicklungs GmbH (ARE), Kayser, <https://www.kayser.wien/wohnungen.html>
52. Börsennotierter Immobilienfonds mit Sitz in Luxemburg
53. ARE/BIG & Soravia, Verkaufserfolg für TRIIIPLE, https://triiiple.at/wp_content/uploads/2018/10/PA_Verkaufserfolg-fu%CC%88r-TRIIIPLE-Investor-fu%CC%88r-Turm-3-steht-fest_20170828.pdf
54. Investmentfonds mit Sitz in Luxemburg
55. Aberdeen Standard Investments Deutschland AG, An der Lände - Wasser, Wiese, Wien, https://www.an-der-laende.at/?gclid=Cj0KCQjw3ZX4BRDmARIsAFYh7ZKLJL1zQ9_rH-xDDe6tP6jHTqIOAzewwASNrVJSFJTBC1Za3H1fiUgaAoiGEALw_wcB; eigene Recherche
56. Rechnungshof Österreich, Reihe BUND 2019/10, Bericht des Rechnungshofes: ARE Austrian Real Estate GmbH (Konzern), S. 56
57. Rechnungshof Österreich, Reihe BUND 2019/10, Bericht des Rechnungshofes: ARE Austrian Real Estate GmbH (Konzern), S. 56
58. Salzburger Nachrichten, 25.07.2019, Salzburg, Idomeneo und die Zukunft der Staatsholding ÖBAG
59. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 51, 77/KOMM
60. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 12, 205/KOMM
61. Kurier, 13.07.2020, Geheime türkise Privatisierungsspiele mit Luxus-Immobilien
62. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 29 f, 206/KOMM
63. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 51, 77/KOMM
64. Kurier, 13.07.2020, Geheime türkise Privatisierungsspiele mit Luxus-Immobilien
65. Rechnungshof Österreich, Reihe BUND 2019/10, Bericht des Rechnungshofes ARE Austrian Real Estate GmbH (Konzern), S. 7 f
66. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 28 f, 80/KOMM
67. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 67, 77/KOMM
68. DokNr. 22586, S. 1-6, Email vom 24.05.2018 von Elisabeth Gruber an ihre eigene Adresse betreffend „WG: Projektantrag ARE strategische Weiterentwicklung / FINAL mit fünfseitigem Anhang „Projektantrag Strategische Weiterentwicklung ARE“
69. Kurier, 13.07.2020, Geheime türkise Privatisierungsspiele mit Luxus-Immobilien
70. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 12, 205/KOMM
71. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Klaus Ortner in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S. 17 f, 114/KOMM
72. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 49, 205/KOMM
73. Firmenbuch
74. Gem. Arts 126b, 127 und 127a B-VG besteht ab einer Beteiligung der öffentlichen Hand von mindestens 50 % eine Prüfständigkeit des Rechnungshofs. Bei Beteiligungen unter 50 % besteht eine Prüfständigkeit des Rechnungshofs nur dann, wenn das Unternehmen durch finanzielle, sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen durch den Staat tatsächlich beherrscht wird. Dies ist dann der Fall, wenn der Staat in der Lage ist, auf die Unternehmung entsprechend einem zu 50 % Beteiligten Einfluss zu nehmen. (Grabenwarter/Frank, B-VG (2020) Art 126b Rz 4.)
75. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Klaus Ortner in der 22. Sitzung vom 22.

Oktober 2020, S. 19, 114/KOMM

76. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 11, 205/KOMM

77. ARE Austrian Real Estate GmbH / UBM Development AG, 07.05.2020, Strategische Partnerschaft zwischen ARE und UBM | UBM Corporate

KÄUFLICHKEIT IN DER GESETZGEBUNG

23.10.2017

HC Strache an Walter Grubmüller:

Strache: *Hallo Walter! Welches Bundes-Gesetz wäre für dich wichtig, damit die Privatklinik endlich fair behandelt wird? Prikraf!*

Strache: *Brauche [...] Gesetzesänderung, damit ihr zu Euren Genehmigungen kommt.*

Im Ibiza-Video sprechen HC Strache und die beiden Lockvögel unter anderem über Gesetzesänderungen im Bereich des Glücksspiels. Strache meinte: „*Es ist verdammt schwer, ja es ist möglich*“. Schon im Video stellte Strache Gesetzesänderungen in Aussicht - immer vor dem Hintergrund einer möglichen Investition der Oligarchin. Im Untersuchungsausschuss wurde die Frage, ob es unter der türkis-blauen Bundesregierung Käuflichkeit in der Gesetzgebung gab, ausführlich behandelt. Bei einigen Themen gibt es Projekte, die nur am endgültigen Abschluss gescheitert sind. Bei anderen wurden Gesetze geändert, Gegenleistungen stehen im Raum. In einem Fall gibt es sogar schon einen Gerichtsprozess gegen HC Strache. Im folgenden Kapitel werden die einzelnen Gesetze, für die möglicherweise Gegenleistungen geboten wurden, näher beleuchtet:

12.07.2019

Gruppenchat mit Dominik Nepp, Johann (Jo) Gudenus, Maximilian Krauss und Harald Vilimsky:

Nepp: *Hab grad Infos bekommen. Kann sehr groß werden*

Gudenus: *Worüber*

Krauss: 🙄

Nepp: *Spital*

Gudenus: Auch Grubi?

Nepp: Die ganze Geschichte. Damals waren viele Spitalsbetreiber sauer weil das gemacht hat wurde. Keiner hat verstanden warum. Haben's 10 Jahre vergeblich versucht auf einmal ist es gegangen. Gab damals auch PK mit HC. Grubmüller Bruder. Ein Anwalt. Hat's vorher bei den Stronachs und dann Neos probiert. Hat auch mehrere Vereine in einer Konstruktion. Dürfte mehr Geld als die offiziellen 10k geflossen sein.

Gudenus: Das wäre also sowieso rausgekommen - Auch ohne Ibi

Nepp: Ja. Weil die direkt 10 an die FPÖ gespendet haben. Blöder gehts doch echt nimmer

Nepp: Interessant wären Zahlungen dahinter

Krauss: Klar

PRIKRAF ODER: WER NASCHT VOM KUCHEN?

2017 spendete der Betreiber einer Wiener Privatklinik und Freund von Heinz-Christian Strache 10.000 Euro an die FPÖ.¹ Während der türkis-blauen Regierungsverhandlungen 2017² schrieb Strache an seinen Freund und Spender: „Hallo Walter! Welches Bundes-Gesetz wäre für dich wichtig, damit die Privatklinik endlich fair behandelt wird? Prikraf!“, „Brauche [...] Gesetzesänderung, damit ihr zu Euren Genehmigungen kommt.“³

Klinik-Betreiber Grubmüller übermittelte die gewünschte Gesetzesänderung. Die Privatklinik Währing wollte in den Kreis jener Privatkliniken aufgenommen werden, die aus dem staatlich finanzierten Privatklinikfonds (PRIKRAF) wichtige zusätzliche Gelder erhalten. Die Gesetzesänderung kam schließlich auch – wie bestellt.

Wer im PRIKRAF dabei ist, darf an einem schönen Kuchen Geld mitnaschen. Doch die Mitglieder des Fonds, die selber bestimmen dürfen, wer am Kuchentisch sitzen darf, wehrten sich bis 2018 erfolgreich dagegen, dass besagte Privatklinik an ihrem Kuchen mitnascht. Wie löste die damalige Bundesregierung dieses Problem? Sie bäckt einfach einen größeren Kuchen.

Die Bundesregierung erhöhte den Privatklinikfonds tatsächlich um 14,7 Mio. EUR.⁴

Ein Profiteur dieses größeren Kuchens ist ein Klinik-Konsortium, das einem großen österreichischen Versicherungsunternehmen gehört. Eine Tochterfirma der Versicherung hat wiederum an die ÖVP gespendet: 2017 und 2018 jeweils 25.000 Euro.⁵ Ehemaliger Manager der Versicherung war der damalige ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger.⁶

HANDELNDE PERSONEN

Walter Grubmüller: ist ein langjähriger Freund von HC Strache und hat 2010 die Privatklinik Währing erworben.

Matthias Krenn: bis 2019 im Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, anschließend Vorsitzender des Verwaltungsrates der Österreichischen Gesundheitskasse und ist Mitglied in der Konferenz des Dachverbandes.⁷

Julian Hadschieff: Obmann des Fachverbands Gesundheitsbetriebe in der Wirtschaftskammer. Er ist Geschäftsführer der Premiamed⁸, einem der größten Privatspitalsbetreiber des Landes, einer 100%-Tochter der UNIQUA-Versicherung.

Bernhard Wurzer: seit 2013 Generaldirektor-Stellvertreter im Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, seit 01.07.2019 Generaldirektor der Österreichischen Gesundheitskasse.⁹ ehemaliger ÖVP-Stadtrat.

Hintergrund

Der Privatkrankeanstalten-Finanzierungsfonds, in weiterer Folge PRIKRAF, wurde 2002 als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet¹⁰ und finanziert Leistungen privater Krankenanstalten, die auch in öffentlichen Spitälern von der Sozialversicherung übernommen werden.¹¹

Das Budget des PRIKRAF ist gedeckelt mit einem Pauschalbetrag. Dieser betrug 2018 EUR 127 Millionen. Diese Mittel teilen sich alle Kliniken, die im Anhang des Privatkrankeanstalten-Finanzierungsfondsgesetz genannt sind.¹² Wird eine weitere Klinik auf diese Liste aufgenommen, erhalten alle bestehenden Kliniken weniger Geld. Auf Grund des gedeckelten Pauschalbetrages bedeutet eine Aufnahme einer zusätzlichen Klinik in die PRIKRAF-Liste, dass die übrigen Kliniken weniger Mittel aus dem PRIKRAF erhalten.¹³ Laut Aussage von Grubmüller kann die Klinik nur gewinnbringend geführt werden, wenn der Zugang zum PRIKRAF gesichert wird.¹⁴

Walter Grubmüller kaufte die Privatklinik Währing im Jahr 2011 als Anlage.¹⁵ Sein Ziel war es, in den PRIKRAF aufgenommen zu werden, um die Klinik gewinnbringend zu führen. Walter Grubmüller und sein Bruder und Anwalt Helmut Grubmüller kämpften hierfür Jahre lang - ohne Erfolg. Er klagte beim Verfassungsgerichtshof und beim obersten Gerichtshof - beide kamen zu der Ansicht, dass kein Rechtsanspruch auf Aufnahme in den PRIKRAF besteht.¹⁶

Deshalb bat Grubmüller seinen langjährigen Freund HC Strache um Hilfe, wie sich aus den nachfolgenden Chatnachrichten ergibt.

Straches Engagement für die Aufnahme der Währinger Privatklinik in den PRIKRAF

Während der Koalitionsverhandlungen am 23.10.2017 schrieb Walter Grubmüller an Strache: „*Der Gesundheitsminister wäre für mich sehr wichtig!*“. „*Wir kämpfen!!!*“, antwortete Strache.¹⁷

Eine Stunde darauf fragte Strache genauer bei Grubmüller nach: „*Hallo Walter! Welches Bundes-Gesetz wäre für dich wichtig, damit die Privatklinik endlich fair behandelt wird? Prikraf!*“, 45 Minuten später schrieb Strache erneut an Grubmüller: „*Brauche [...] Gesetzesänderung, damit ihr zu Euren Genehmigungen kommt. Lg*“. Grubmüller antwortete einige Zeit später, dass er die Gesetzesänderung „*morgen in der Parteizentrale*“ hinterlegen wird.¹⁸

Im türkis-blauen Regierungsprogramm findet sich schließlich unter dem Punkt „*Rahmenbedingungen im Gesundheitssystem verbessern*“: Rahmenbedingungen für private Gesundheitsdiensteanbieter (finanzielle Weiterentwicklung des PRIKRAF).¹⁹

Laut Aussagen der ehemaligen Gesundheitsministerin Hartinger-Klein in der Verhandlung vor dem Straflandesgericht Wien soll es 2018 im Jänner und im März zwei Treffen mit dem Bruder von Grubmüller, Helmut Grubmüller gegeben haben.²⁰

Am 19. März 2018 fragte Strache bei seinem Kabinettschef bezüglich eines Zeitungsartikels nach, der die Neuregelung von Rücktrittsrechten bei Lebensversicherungen als Regierungsvorhaben beschreibt – er wolle dafür die Öffnung des PRIKRAF.²¹

Julian Hadschieff wurde von Vizekanzler Strache in sein Büro eingeladen. Thema: Aufnahme der Privatklinik Währing in den PRIKRAF. Hadschieff erklärte Strache die Position des Hauptverbandes. Strache forderte ihn auf, sich eine Lösung für das Problem zu überlegen.²²

Julian Hadschieff: *„Ich bin dann in den Fachverband gegangen, wir haben uns dort mit den Rechtsexpertinnen und -experten und den anderen Funktionärinnen und Funktionären einmal grundsätzlich überlegt, wie so eine Lösung ausschauen könnte.“*²³

Bei einem zweiten Termin zwischen Strache und Hadschieff präsentierte Hadschieff den Lösungsvorschlag des Fachverbandes und Strache bat ihn dies zu verschriftlichen. In dem Vorschlag war eine Erhöhung von 26,1 Millionen Euro geplant.²⁴ Zur Finanzierung der Privatklinik Währing wären allerdings nur 2,2 Millionen²⁵ an zusätzlichen Mittel für den Fonds notwendig gewesen. Trotzdem verlangte der Vertreter der Wirtschaftskammer deutlich mehr. Die potentiellen Profiteure wären die Kliniken, die sich bereits im Fonds befanden inklusive dem Klinikkonsortium, dem der Kammervertreter selber als Geschäftsführer vorstand.

Anfang Juli 2018 nahm das Vorhaben so richtig Fahrt auf und Hadschieff übermittelte einen Gesetzesvorschlag an die Kabinette.²⁶

Am 06. Juli 2018 schrieb Hadschieff an Strache: *„zunächst noch einmal herzlichen Dank für die zwischen uns besprochene Lösung zur Aufnahme der Privatklinik Währing in den PRIKRAF und gleichzeitig teilweisen Abbau der deutlichen Benachteiligung der PRIKRAF Spitäler im Vergleich zu den landesfondsfinanzierten Spitälern. Die beigeschlossenen Regelungen wurden, so wie zwischen uns vereinbart, mit Herrn Kanzleramtsminister G. Blümel und Herrn Finanzminister H. Löger abgestimmt.“*²⁷

Strache bestritt das Vorliegen einer Vereinbarung, er habe nur eine Vermittlerrolle eingenommen.²⁸ Löger sagte aus, dass es sich hierbei nur um eine Information von Hadschieff handelte und es keine Abstimmung gab.²⁹ Danach gefragt, gab Hadschieff im Untersuchungsausschuss an, dass aus den beteiligten Kabinetten *„grundsätzliches Wohlwollen“* für den Vorschlag des Fachverbandes zurückgemeldet wurde.³⁰

Laut Hadschieff wurde dieser Vorschlag nicht beschlossen. Das Gesundheitsministerium hatte einen anderen: Die PRIKRAF-Pauschale sollte um EUR 14,7 Millionen erhöht werden.³¹

Während der PRIKRAF-Gesetzesentwurf finalisiert wurde, informierte Strache Grubmüller über diese Neuigkeiten. Strache schrieb an Grubmüller: *„PRIKRAF-Reform geht in das Finale!“*. Im Hinblick auf eine Anfrage des ORF schrieb Strache an Grubmüller: *„Du weißt von nichts! Hast aber seit Jahren [...] Gespräche geführt!“*³²

Am 13. Dezember 2018 wurde eine Regierungsvorlage im Nationalrat beschlossen, die einerseits die Aufnahme der Privatklinik Währing in die Liste im Anhang des PRIKRAF-Gesetzes und andererseits eine Mittelerhöhung des PRIKRAF um EUR 14,7 Millionen vorsieht.³³ Tags darauf bedankte sich Hadschieff bei Löger: *„Hartwig, herzlichen Dank für deine so wichtige Unterstützung bei der Aufstockung des PRIKRAF (...) Dein Beitrag hat geholfen, dass unsere Privatspitäler auch weiterhin Leistungen auf Top Niveau erbringen können.“*³⁴

28.04.2018

Walter Grubmüller und HC Strache:

Grubmüller: Vielen Dank. Habe Info über Meeting von Helmut - klingt sehr positiv. Falls du Zeit und Lust hast würde ich Dich mit Deiner lieben Frau fürs nächste Wochenende nach Korfu einladen.

Flieger steht bereit

Lg

Walter

HC Strache: Nichts reden! Still und leise :-)

Spende und Flüge im Privatjet für den PRIKRAF?

Walter Grubmüller spendete der FPÖ am 29. August 2017 10.000 Euro.³⁵ Auf die Frage, was sich Walter Grubmüller für die Spende erwartet habe, antwortete er im Untersuchungsausschuss, dass er sich nichts erwartet habe. Er habe nur eine Unterstützung zur Wahlwerbung der FPÖ beitragen wollen und habe sich keinen „außergesetzlichen Vorteil“ erwartet.³⁶

Im Zuge des PRIKRAF Prozesses gegen HC Strache und Walter Grubmüller wurde eine weitere Spende Grubmüllers an die FPÖ im Jahr 2016 iHv € 2.000 bekannt.³⁷

Neben den beiden Parteispenden stehen auch weitere Gegenleistungen im Raum: die WKStA geht davon aus, dass Urlaubsreisen, wie zB. Flüge und Aufenthalte nach und in Korfu, Teil des Deals seien. Sämtliche Beteiligten behaupten allerdings, dass Strache alle Rechnungen bezahlt habe. Im Prozess wurden entsprechende Belege vorgelegt.³⁸

Hervorzuheben ist jedoch der zeitliche Konnex der Interventionen von Strache und den angebotenen Reisen. Die Intervention von Strache bei Matthias Krenn vom 12.04.2019³⁹ lag in einem 1,5 stündigen Fenster, in dem Strache auch den Flieger bei Walter Grubmüller reserviert hat.⁴⁰

Von der PRIKRAF-Erhöhung hat nicht nur Grubmüller profitiert

Strache hatte den Wunsch, dass die Klinik seines Friends und FPÖ-Spenders in den ausgewählten Kreis jener Privatkliniken kommt, die staatliche Mittel aus einem speziellen Privatklinikfonds erhalten. Die Mittel, die dafür notwendig gewesen wären, damit die anderen Privatkliniken nicht weniger bekommen: 2,2 Millionen EUR. Der Fonds wurde aber um 14,7 Millionen erhöht, so dass alle Kliniken, die bereits im Fonds sind, noch mehr öffentliche Mittel erhalten.

Einer der Hauptprofiteure dieser zusätzlichen Erhöhung ist die PremiQaMed GmbH eine 100 % Tochter der UNIQUA. Geschäftsführer ist Julian Hadschieff, der wie oben erwähnt als Spartenobmann der Wirtschaftskammer für Gesundheitsbetriebe die Erhöhung selber mitverhandelt hat. Durch die Erhöhung des PRIKRAF um 14,7 Millionen Euro erhält die PremiQaMed nun rund ein Drittel der zusätzlichen Mittel. Matthias Krenn sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass alle Kliniken, die vor der Aufnahme der Privatklinik Währing schon im PRIKRAF gelistet waren, von der Mittelenerhöhung profitiert haben.⁴¹ Hadschieff gab an, dass die PremiQaMed durch die Erhöhung der Pauschale mehr als vier Millionen Euro zusätzlich abrechnen konnte.⁴²

Das Klinikconsortium der UNIQUA profitierte nicht nur millionenfach von der PRIKRAF-Erhöhung, sondern - pikant - spendete in den Jahren 2017 und 2018⁴³ jeweils EUR 25.000,- an die ÖVP. Von den zusätzlichen Mitteln im PRIKRAF hat also jeweils ein Spender beider Regierungsparteien profitiert.

Hartwig Löger, der bis zu seinem Dienstantritt im Finanzministerium UNIQUA-Vorstand war, sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass er die Information über die Spende von Julian Hadschieff am Rande einer

Aufsichtsratssitzung erhalten habe, und dass es die Idee von Julian Hadschieff gewesen sei.⁴⁴ Dieser hat jedoch in seiner Aussage vor der WKStA ausgesagt, dass die Idee von ihm und Löger gemeinsam geboren wurde. Die WKStA geht dem Verdacht nach, dass Löger die PremiQaMed zur Spende ermutigt haben soll.⁴⁵ Sie setzt die Spenden in Bezug mit zwei Ereignissen: die erste Parteispende erfolgte Ende 2017, als Löger Finanzminister und die Regierungsverhandlungen – mit dem Passus zum PRIKRAF – abgeschlossen wurden. Die zweite Spende langte im Juni 2018 ein, als laut WKStA ein Gesetzesentwurf zur Erhöhung des PRIKRAF „in den Ministerrat eingebracht worden war“. PremiQamed-Manager Hadschieff bedankte sich jedenfalls im Dezember 2018 per Whatsapp-Nachricht „im Namen aller PRIKRAF-Privatspitäler“ bei Löger. Gegen Löger und Hadschieff wird ermittelt.^{46 47} Lögers Anwalt weist die Vorwürfe zurück.⁴⁸ Weiters hat die FPÖ Hartwig Löger wegen Falschaussage im Untersuchungsausschuss angezeigt.

Grubmüller trotz Gesetzesänderung nicht am Ziel

Durch die Gesetzesänderung, die im Dezember 2018 erfolgt ist, hatte Grubmüllers Klinik theoretisch jene Voraussetzungen, um Gelder aus dem PRIKRAF zu beziehen. In der Praxis fehlten Grubmüller noch weitere Verträge.⁴⁹

Um Leistungen über den PRIKRAF direkt abrechnen zu können, braucht es neben der Aufnahme in die gesetzlich verankerte Liste der Privatkliniken einen Zusatzvertrag zwischen dem Dachverband der Sozialversicherungsträger und dem Fachverband der Gesundheitsbetriebe. Damit Kund*innen der Klinik auch direkt mit der Kassa abrechnen können, braucht es zudem ein Direktverrechnungsübereinkommen. Daher bemühte sich Grubmüller – und mit ihm Strache – ab Januar 2019 um den Abschluss dieser Vereinbarung.

Obwohl die Wiener Gebietskrankenkasse sich Anfang des Jahres noch dagegen wehrte, kam es dann im November 2019 zum Abschluss eines Direktverrechnungsabkommens zwischen der Wiener Gebietskrankenkasse und der Privatklinik Währing.⁵⁰ Die Privatklinik Währing kann jedoch bis heute immer noch keine Leistungen abrechnen, da es zu keinem Zusatzvertrag zwischen dem Dachverband der Sozialversicherungsträger und dem Fachverband der Gesundheitsbetriebe (geführt von Hadschieff) gekommen ist.⁵¹ Dies wurde von Matthias Krenn im Untersuchungsausschuss bestätigt.⁵²

Straches Bemühungen bleiben fruchtlos

Strache bemühte sich im ersten Halbjahr 2019 intensivst darum, dass die Verträge zustande kommen, damit sein Freund Grubmüller zu den versprochenen Geldern aus dem PRIKRAF kommt. Er nahm im April 2019 diesbezüglich gleich mehrmals Kontakt mit dem freiheitlichen Vizepräsidenten der Wirtschaftskammer und seit 1. April 2019 Obmann für den Überleitungsausschuss der neuen Österreichischen Gesundheitskasse⁵³ Matthias Krenn auf. Strache bat Krenn darum, sich mit Grubmüller zu treffen.⁵⁴ Strache betonte, dass Grubmüller ein „sehr guter Freund“ von ihm sei und „*sehr vermögend*“.^{55,56} Eine Kontaktaufnahme erfolgte seitens Krenn Ende April.⁵⁷

Die nächste (und letzte) Wendung, mit der niemand rechnete

Am 6. Mai 2019 fand schließlich ein Treffen mit Krenn, Hadschieff, Helmut Grubmüller (Bruder und Anwalt des Klinikbetreibers) sowie Bernhard Wurzer statt, der per Telefon zugeschaltet wurde.⁵⁸ Dazu eingeladen hatte Matthias Krenn mit dem Ziel, eine Lösung für die Privatklinik Währing und das oben beschriebene Problem zu erreichen. Laut Hadschieff brachte Bernhard Wurzer vom Sozialversicherungsverband in dieser Besprechung eine durchaus überraschende weitere Bedingung für den für Grubmüller benötigten Zusatzvertrag vor: Wurzer verwehrte die Zustimmung des SV mit dem Verweis, dass die Medalp in Tirol, deren Besitzer der Tiroler Adlerrunde zuzurechnen ist, auch einen Antrag auf Aufnahme in den PRIKRAF gestellt habe.⁵⁹ Matthias Krenn bestätigte im Untersuchungsausschuss, dass die Aufnahme einer zusätzlichen Klinik, nämlich der Medalp in Tirol, zur Diskussion stand. Die Medalp in Tirol habe schon lange darauf gewartet, in den PRIKRAF aufgenommen zu werden.⁶⁰

Wurzer sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass es allein seine Idee war, die Medalp ebenso in den PRIKRAF aufzunehmen. Er sei von niemandem darauf angesetzt worden. Die Medalp sei natürlich auf ihn zugekommen.⁶¹

Die Medalp wurde letztlich nicht in den PRIKRAF aufgenommen. Den Vorwurf einer Junktimierung der beiden Privatkliniken Währing und Medalp wiesen Hadschieff⁶² und Krenn⁶³ in ihren Befragungen im Untersuchungsausschuss zurück.

Außer Spesen für Grubmüller nicht viel gewesen

Grubmüller hat sich über viele Jahre mit allen möglichen Mitteln um die Aufnahme in den PRIKRAF bemüht. Mit Hilfe von Strache und der FPÖ ist ihm dies durch die Gesetzesänderung zwar theoretisch gelungen. Praktisch können Patienten*innen der Klinik Währing bis heute nicht wie bei den anderen 45 Privatkliniken ohne Umwege Leistungen beziehen. Es fehlt die Zustimmung der Wirtschaftskammer und des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger für die notwendige Zusatzvereinbarung. Walter Grubmüller hat im Untersuchungsausschuss ausgesagt, dass er nichts bekommen habe.⁶⁴ Die Kliniken der UNIQUA und die anderen der PRIKRAF-Liste hingegen teilen sich seit Jahren die zusätzlichen Millionen und einen größeren Kuchen untereinander auf.

Der Prozess

Der Prozess gegen Strache und seinen Mitangeklagten Walter Grubmüller ist der erste aus dem kompletten Ibiza-Komplex. Den beiden Männern wird Bestechlichkeit bzw. Bestechung vorgeworfen. Aus Sicht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) mache eine Spende von 10.000 Euro von Grubmüller an die FPÖ das Vorliegen eines Gesetzeskaufs deutlich.⁶⁵ Die ersten Prozesstage fanden von 06. bis 09. Juli 2021 statt.

AUSHÖHLUNG DES RÜCKTRITTSRECHTS BEI LEBENSVERSICHERUNGEN

Der Standard titelt: „Massiver Eingriff bei Rücktrittsrecht von Lebensversicherung. Laut Gesetzesentwurf soll das lebenslange Rücktrittsrecht fallen. Kunden von fondsgebundenen Produkten sollen Verluste tragen“

19.3.2018

HC Strache an Kabinettschef:

***Strache:** Ist da was dran?*

***Strache:** Wichtig! Wenn dann will ich im Gegenzug Öffnung des PRIKRAF bei Privatkliniken! Lg*

Im Juli 2018 wurde von türkis-blau mit Stimmen der NEOS eine Gesetzesänderung beschlossen, die zu einer Änderung des Rücktrittsrechts bei Lebensversicherungen führte.⁶⁶

Vor dieser Gesetzesänderung konnten Versicherungsnehmer*innen während der gesamten Vertragslaufzeit vom Vertrag zurücktreten, wenn es bei Vertragsabschluss zu keiner oder einer unrichtigen Rücktrittsbelehrung gekommen war.⁶⁷ In solchen Fällen erhielten Versicherungsnehmer*innen nicht nur die einbezahlten Beiträge zurück, sondern oftmals auch eine Verzinsung. Mit der Reform des Versicherungsvertragsgesetzes wurde dieses Rücktrittsrecht der Konsument*innen stark eingeschränkt. Ab dem 1.1.2019 dürfen Versicherungsnehmer*innen bei Fehlberatung nur noch im ersten Jahr der Versicherungszeit vom Vertrag zurücktreten. Erfolgt der Rücktritt ab dem zweiten bis zum Ablauf des fünften Jahres erhalten sie den Rückkaufswert, jedoch ohne

Abzug von Abschlusskosten und ohne Stornoabzug zurück. Nach Ablauf des fünften Jahres bekommen Versicherungsnehmer*innen nur mehr den Rückkaufswert zurück, sind also gleich gestellt wie bei einer normalen Kündigung.⁶⁸

Durch die Gesetzesänderung von 2018 sind Konsument*innen seit 2019 deutlich schlechter gestellt.

War da was?

Es wurden verschiedene Auskunftspersonen zur Gesetzesänderung befragt. Der damalige Chef der ÖVP-Koordinierung, Kanzleramtsminister Gernot Blümel, konnte sich nicht erinnern, wie es zu besagten Änderungen gekommen sei.⁶⁹ Ebenso hatte der ehemalige Kabinettschef des Finanzministeriums, Thomas Schmid, keine Wahrnehmungen zum Thema „Änderung des Konsument*innenschutzes bei der Lebensversicherung“.⁷⁰ Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), gab in seiner Befragung ebenso an, keine Wahrnehmung dazu zu haben, dass und ob das Thema in seiner Anwesenheit aufgegriffen worden sei – weder bei den Koalitionsverhandlungen noch bei einer anderen Gelegenheit.⁷¹ Der damalige Kabinettschef im Bundesministerium für Justiz, Clemens-Wolfgang Niedrist, gab ebenso an, keine Wahrnehmungen zu diesem Thema zu haben. Dies ist insbesondere interessant, da diese Gesetzesänderung in den Zuständigkeitsbereich des BMJ fiel und daher davon auszugehen ist, dass der Kabinettschef des BMJ zumindest über die Änderungen informiert war.⁷² Julian Hadschieff, der Geschäftsführer der PremiQaMed Holding GmbH (einer Tochtergesellschaft der UNIQA) sowie Obmann des Fachverbands für Gesundheitsbetriebe, gab, befragt zu dem Thema, an, dass ihm dieses völlig unbekannt sei.⁷³ Bernhard Perner, Mitarbeiter im Finanzministerium, hatte ebenso keine besonderen Wahrnehmungen zur Gesetzesänderung und verwies auf den Zuständigkeitsbereich des BMJ.⁷⁴ Befragt zu seiner Involvierung gab Andreas Brandstetter, CEO der UNIQA, an, dass er in Gespräche zur Einschränkung des Rücktrittsrechts bei Lebensversicherungen nicht eingebunden war bzw. sich nicht daran erinnern kann, ob er im Vorfeld irgendwie in die Novelle eingebunden war.⁷⁵

Der Meinungsumschwung der FPÖ

Interessant ist, dass das Thema „Einschränkung der Rücktrittsrechte bei Lebensversicherungen“, das im März 2018 während der türkis-blauen Regierung medial wieder auftauchte, bereits ein halbes Jahr zuvor mittels Gesetzesantrag von SPÖ und ÖVP umgesetzt werden hätte sollen.⁷⁶

Damals hatte sich die FPÖ jedoch ganz klar gegen diese Gesetzesnovelle ausgesprochen. Im Herbst 2017 hatte die FPÖ noch per Aussendung mitgeteilt, dass sie gegen „*legistische Taschenspielertricks bei Lebensversicherungsverträgen*“ sei und man „*Verschlechterungen in Sachen Kündigungsfristen ablehnt*“. Die FPÖ sprach damals von einem „*großen Sündenfall gegen die Interessen von hunderttausenden Versicherungskunden in Österreich*“.⁷⁷

Deal: Aushöhlung des Konsument*innenschutzes für PRIKRAF-Reform?

Als SMS-Nachrichten zwischen dem damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache und seinem ehemaligen Kabinettschef auftauchten, wurde die Gesetzesänderung auch für den Untersuchungsausschuss relevant.

Nachdem die geplante Änderung des Rücktrittsrechts im Jahr 2018 medial aufschlug, schrieb Heinz Christian Strache im März 2018 mit Bezug auf diese Änderung der Gesetzeslage an seinen damaligen Kabinettschef: „*Wichtig! Wenn dann will ich im Gegenzug Öffnung des PRIKRAF bei Privatkliniken! Lg*“.⁷⁸

Wenig später traf sich Strache dann mit Julian Hadschieff. Er ist Wirtschaftskammerspartenobmann und Chef der PremiQaMed, einem Privatspitalsbetreiber.⁷⁹

Fest steht jedenfalls, dass es schlussendlich sowohl zur Aufstockung des PRIKRAF als auch zur Gesetzesänderung bezüglich Rücktrittsrechten bei Lebensversicherungen gekommen ist.⁸⁰

Die Versicherungslobby als Autorin des Gesetzes

Die Wichtigkeit dieses Themas für die Versicherungsbranche konnte durch die Befragung von Andreas Brandstetter bestätigt werden. Das Thema beschäftigte die gesamte Versicherungswirtschaft seit 2011 und „es bestand daher das dringende Bedürfnis der gesamten Branche, hier Klarheit zu schaffen“.⁸¹

Im Aktenstudium konnten wir die interessante Erkenntnis gewinnen, dass das BMJ anfangs keine Änderung bei den Rücktrittsrechten bei Lebensversicherungen wollte und zunächst das Finanzministerium die treibende Kraft in dieser Sache war.⁸²

Die Auskunftsperson Bernhard Perner ging in der Befragung davon aus, dass der Gesetzesänderungsvorschlag auf Initiative des Versicherungsverbandes Österreich (VVO) angeregt worden sei, und sich das BMF dann dazu entschlossen hatte, dieses Vorhaben zu unterstützen. Die Auskunftsperson hatte keine Erinnerung, ob der VVO auch Gesetzesvorschläge übermittelt hatte.⁸³ Nach genauem Aktenstudium ist dies jedoch klar zu bejahen. Es wurden nämlich ganze Gesetzesentwürfe vom VVO an die Ministerien übermittelt.

24.09.2018

Thomas Schmid und Alexander Schütz

Schmid: Wieso geht bei dem IP blocking nix weiter!!! [..]

Schütz: Weil die FPÖ das ablehnt und damit den Umbau der Finanzpolizei [..] junktiniert. Weiters möchten sie Einnahmen für die Sportförderung zweckgewidmet haben

GOLDGRUBE GLÜCKSSPIELGESETZ

Der wohl berühmteste Satz von HC Strache auf Ibiza ist „Die Novomatic zahlt alle“. Tatsächlich war Glücksspiel eines der Hauptthemen an diesem Ibiza-Abend. Gudenus spricht etwas unverständlich von einer Möglichkeit „quasi kick-Back, Casino Lizenz“. Strache antwortet akustisch nicht viel besser verständlich, dass es verdammt schwer sei, aber möglich. Schwer sei es deshalb, sagt Strache, weil es eine staatliche Monopolstellung gebe.

Doch Strache hat eine Lösung: „Das wollen wir abdrehen, wollen kein Monopol, das heißt wir sind gegen das Monopol, dieses Monopol wollen wir aufbrechen“. Er spricht weiters davon, dass Glücksspiel privatisiert werden soll, und der große Player sei die Novomatic. „Die Möglichkeit ist, dass wir das Monopol kappen, und die Lizenzen ausschreiben.“, so Strache.

Es ist so, wie Strache auf Ibiza aufzeigte: Die Glücksspielindustrie ist zu 100 Prozent vom guten Willen der Politik abhängig. Die Politik verschafft dem Glücksspiel die Lizenz. Vergibt die Politik nur eine Lizenz, bedeutet das 100 Millionen-fache Gewinne für den „glücklichen“ Glücksspielunternehmer – entsprechend korruptionsanfällig ist das System. Nicht nur das Ibiza-Video, sondern auch die Untersuchungsausschuss-Akten haben einmal mehr deutlich gemacht: Glücksspiel und Politik, das sind zwei Dinge, die vertragen sich überhaupt nicht.

Gab es Hintergrunddeals?

Die Glücksspielindustrie ist von der Politik abhängig. Vergibt die Politik eine Lizenz an ein Glücksspielunternehmen, ist das eine Goldgrube. Die Novomatic AG wollte auf unterschiedliche Arten Einfluss auf die Politik nehmen und den guten Willen der Regierung sicherstellen. Die Verflechtungen zu den beiden damaligen Regierungsparteien sind eng. Am 21. Mai 2019 langte bei der WKStA eine anonyme Anzeige ein, die den Stein der Causa Casinos-Ermittlungen ins Rollen brachte. Laut Inhalt dieser anonymen Anzeige soll es zu einem mutmaßlichen Deal

zwischen der Novomatic und der FPÖ gekommen sein, aufgrund dessen Peter Sidlo zum Finanzvorstand der CASAG bestellt wurde.⁸⁴ Die Gegenleistung für die Bestellung von Sidlo sollen für die Novomatic günstige Änderungen im Glücksspielgesetz gewesen sein.⁸⁵

Die Akten aus dem Untersuchungsausschuss bestärken diese Annahme. Beispielsweise eine Liste, die auf Harald Neumanns Handy gefunden und sichergestellt wurde. „Peter Sidlo.. erledigt“ war darauf zu lesen – direkt über dem Punkt „Online-Lizenz“.⁸⁶

Was wollte die Novomatic?

Die Novomatic hat in Österreich keine Onlinelizenz. Die hat nur die win2day, ein Tochterunternehmen der CASAG bzw. der Österreichischen Lotterien. Diese Online-Gaming Lizenz ist bis zum Jahr 2027 an win2day vergeben. Dass die Novomatic schon lange eine Online-Lizenz wollte, ist bereits seit dem Telekom Untersuchungsausschuss⁸⁷ 2012 bekannt und wurde durch die auf Neumanns Handy gefundene Liste neuerlich augenscheinlich. Eine Online-Lizenz für die Novomatic war als eines seiner Ziele angeführt.⁸⁸

In der Praxis strömen viele Online-Anbieter auf den Markt, die keine Lizenz in Österreich haben, sondern in einem anderen EU-Land. Die illegalen Anbieter erwirtschafteten im Jahr 2019 insgesamt 308,4 Millionen Euro an Bruttospielerlösen.⁸⁹ Blockt man diese illegalen Anbieter durch IP-Blocking, wäre ihnen der Zugang zum Markt versperrt. Profiteur wäre die CASAG, die dann als einziger Anbieter eine Online-Glücksspiel Lizenz hat, während den Illegalen der Markt versperrt bliebe. Die Novomatic hingegen hätte von einer überschaubaren Marktöffnung mit gleichzeitigem IP-Blocking profitiert, sagte der für Glücksspiel zuständige Mitarbeiter im Untersuchungsausschuss aus.⁹⁰

Reformen im Glücksspielgesetz

In der türkis-blauen Regierungszeit gab es vier Gesetzesinitiativen im Glücksspielbereich. Die Glücksspielnovelle 2018, die in Begutachtung ging und zurückgezogen wurde, die Glücksspielnovelle 2019, für die nur ein Entwurf vorbereitet wurde.⁹¹ Weiters wurde die Geldwäscherichtlinie umgesetzt und das Finanz-Organisationsreformgesetz.

Glücksspielnovelle 2018

In der Novelle 2018 hätte in Österreich das sog. IP-Blocking eingeführt werden sollen. Das würde illegale Online-Glücksspieleranbieter sperren. Das BMF hat vergeblich an einer Novelle, die IP-Blocking einführt, gearbeitet.⁹² Die Glücksspielnovelle 2018 wurde überraschend zurückgezogen. Die zuständige Abteilung wurde nicht über die Gründe dafür informiert. So etwas hatte der zuständige Beamte in seiner 35-jährigen Laufbahn „noch nie erlebt“.⁹³

Dass das Gesetz überraschend zurückgezogen worden ist und in weiterer Folge die Einführung des IP-Blockings nicht stattgefunden hat, wird auf eine politische Intervention zurückgeführt. Das Gesetz soll damals am Widerstand der FPÖ gescheitert sein, weil im Entwurf keine zweite Lizenz für Online-Glücksspiel vorgesehen war, schreibt das Nachrichtenmagazin Profil.⁹⁴ Laut Zeugenaussage von Alexander Labak, damals CEO der CASAG, wurde er von CASAG Vorständin Bettina Glatz-Kremsner informiert, dass es eine politische Intervention von HC Strache zu Gunsten der Novomatic gegeben habe.⁹⁵ Strache hingegen verneinte dies und sagte aus, dass er in diesen Prozess nicht eingebunden war.⁹⁶

Die Auskunftspersonen im Untersuchungsausschuss führten die Zurückziehung der Novelle nicht auf eine Intervention Straches wegen einer zweiten Lizenz, sondern auf die nicht stattgefundenen Spiegelung in der Koalition zurück. Glatz-Kremsner dementierte, im BMF nachgefragt zu haben und sagte, ihr sei die mangelnde Spiegelung als Grund für die Zurückziehung vermittelt worden.⁹⁷ Der damalige Finanzminister Löger sagte im

Untersuchungsausschuss aus, dass die Zurückziehung auf Grund von mangelnder Abstimmung in der Koalition erfolgt sei – nicht aus inhaltlichen Gründen.⁹⁸ Auch Gernot Blümel bestätigte das.⁹⁹ Ob es diese Intervention von Strache gab, oder ob formale Gründe, wie die mangelnde Spiegelung, der Grund für die Zurückziehung der Glücksspielnovelle 2018 waren, konnte letztlich nicht aufgeklärt werden.

10.04.2019

Hubert Fuchs und HC Strache:

***Fuchs:** Vielleicht kannst Zanoni auch reinverhandeln*

***Strache:** Das ist Casino und Wett-Online Paket.. bitte regle du das mit Löger*

***Fuchs:** ok*

***Strache:** Am besten still und leise über Löger!!!*

***Fuchs:** Verstanden*

Glücksspielnovelle 2019

Das Vizekanzleramt unter Strache wollte eine nachhaltige Regelung der Sportwetten erreichen um die Einnahmen für den Sport durch das IP-Blocking nicht zu verlieren. Das und eine Vollzugsverschärfung galten als Junktime für einen neuerlichen Anlauf für die Einführung des IP-Blockings, wodurch die Novelle umfangreicher als 2018 wurde.^{100,101}

Im Rahmen der Vorbereitungen für diese Novelle brachte sich Strache inhaltlich ein. Ein Dokument mit dem Titel „Offene Punkte bei der Glücksspielnovelle 2018“ beschäftigte den Untersuchungsausschuss, aus dem hervorging dass IP-Blocking nicht generell, sondern nur für nicht-seriöse Anbieter kommen sollte, was somit in Widerspruch zur Glücksspielnovelle 2018 steht. Dieses Dokument diente Strache als Vorbereitung für einen Termin mit Staatssekretär Fuchs.¹⁰² Diese Liberalisierung der Lizenzen, für die sich Strache eingesetzt hat, wäre jedenfalls im Interesse der Novomatic gewesen.

Die Glücksspielnovelle 2019 wurde im Jahr 2019 finalisiert, jedoch aufgrund des Ibiza-Videos nicht mehr in Begutachtung geschickt.¹⁰³ Der Entwurf enthielt allerdings keine Liberalisierung des Glücksspielmarktes, aber Steuererleichterungen für die CASAG.¹⁰⁴

Spenden und Sponsorings der Novomatic

Im Untersuchungsausschuss wurden mögliche verdeckte Parteispenden der Novomatic an politische Parteien vielfach diskutiert. Vertreter der Novomatic AG wie Stefan Krenn¹⁰⁵ oder Martin Schwarzbart¹⁰⁶ wurden dazu befragt und bestritten vehement, dass die Novomatic unmittelbar oder mittelbar an Parteien gespendet habe.

Was es jedenfalls gab, sind Kooperationsvereinbarungen bzw. Sponsorings zwischen der Novomatic und politischen Teilorganisationen wie dem NÖAAB oder politik-nahen Vereinen wie dem Alois-Mock-Institut.¹⁰⁷ Auch der Verein „Wir Niederösterreicher in Wien“, in dem Johanna Mikl-Leitner die Ehrenpräsidentschaft innehat, wurde von der Novomatic gesponsert,¹⁰⁸ ebenso das Kammerorchester in Waidhofen an der Ybbs, dessen Dirigent Sobotka ist.¹⁰⁹

Der FPÖ-nahe Verein Institut für Sicherheitspolitik wurde von der Novomatic mit EUR. 200.000,- gesponsert.¹¹⁰

12.07.2017

Harald Neumann an Gernot Blümel:

Neumann: Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweiten bezüglich eines Problemes das wir in Italien haben!) Glauben Sie geht sich das noch diese Woche aus?? Lg Harald

Naheverhältnis der Novomatic zur Politik

Die Liste von Verbindungen zwischen der Novomatic und der Politik ist lang. Allein im Zeitraum der türkis-blauen Regierung fanden zahlreiche Treffen zwischen Politiker*innen bzw. hohen Beamt*innen sowie Novomatic-Vertreter*innen statt.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat im „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, die im Folgenden auszugsweise wiedergegeben werden:

Am 23. Mai 2017 soll ein Termin zwischen Bernhard Krumpel, Leiter der Konzernkommunikation der Novomatic AG bei Sebastian Kurz im Außenministerium stattgefunden haben. Krumpel schrieb im Anschluss „*Er tut sich schwer mit inhalten. Nix mit övp neu*“.¹¹¹

Am 31. Mai 2017 lud PR-Beraterin Gabriela Spiegelfeld Neumann zu einem „*Frühstück mit Sebastian Kurz*“ ein. Neumann sagte nach Erhalt des Mails seine Teilnahme beim Afrika-Meeting ab.¹¹²

Ein Kalendereintrag legt nahe, dass im Juni 2017 ein weiterer Termin von Krumpel bei Kurz im Außenministerium stattgefunden haben soll.¹¹³

Am 25. Juli 2017 findet sich ein Termin im Kalender von Novomatic-Eigentümer Graf mit dem Titel „*Kurz*“.¹¹⁴ Kurz selbst gibt an, dass es sich hier um eine Verwechslung handelt. Nicht er, sondern die Aufsichtsrätin Martina Kurz hatten an diesem Tag einen Termin mit Graf.¹¹⁵

Einen Tag zuvor, am 24. Juli 2017 schrieb Krumpel an Neumann: „*hahaha... Pierer verdoppelt alle övp Spenden, die bis 31.07. Eingelangt sind ;)*“ Neumann schrieb wenige Minuten später: „*wir haben noch etwas besseres vor;)) hat dir Stefan schon erzählt???* Ig H“. Daraufhin antwortete Krumpel: „*Ja... FP hat mich angerufen, tschank ist alter freund von mir... bin da voll eingebunden: hab u.a. gerade den brief an die Parteien entworfen und stefan geschickt*“¹¹⁶

Im Ausschuss wurde Krumpel befragt, was die Novomatic denn besseres vorhatte. „*Das, muss ich Ihnen ehrlich sagen, das weiß ich nicht, was er damit gemeint hat, jetzt im Nachhinein*“, gab er auf die Frage zu Protokoll.¹¹⁷

Am 29. August 2017 lud die Leiterin des im Bundeskanzleramt angesiedelten Strategiestabes „*Think Austria*“¹¹⁸ Antonella Mei-Pochtler zu einem Dinner unter dem Titel „*Politische Prioritäten von Sebastian Kurz*“ ein.¹¹⁹ Neumann kündigte seine Teilnahme am Dinner an. Laut der Befragung von Mei-Pochtler im Untersuchungsausschuss habe die Veranstaltung nicht stattgefunden, und Kurz sei nicht anwesend gewesen, da an dem Tag eine M&A-Veranstaltung von Boston Consulting im Hyatt stattgefunden habe.¹²⁰

Am 06. Oktober 2017 soll ein Termin zwischen Blümel und Neumann stattgefunden haben. Ca. zwei Wochen später, am 16. Oktober 2017, fragte Neumann bei Blümel erneut wegen eines Termins an.¹²¹ Ein weiteres Treffen soll am 11. November 2017 stattgefunden haben.¹²²

Ende 2017 suchte Neumann für seine Freundin nach einem Job im „Gesundheits- oder Landwirtschaftsministerium“ im „Bereich der Kabinette“. Blümel ersuchte um Übermittlung eines Lebenslaufs und sagte zu, sich um die Sache zu kümmern.¹²³ Einen Tag später meldete sich Neumann mit dem Hinweis auf strenge Vertraulichkeit erneut bei Blümel wegen „BGK“ (Bettina Glatz-Kremsner). Es gebe „troubles“. Wenig später gab Neumann Entwarnung: „angeblich hat sie S schon informiert und die Sache ist erledigt!“

„Prof Graf und ich möchten ab Mitte Februar einen Termin bei SK! Thema Glücksspiel generell aber auch Casag etc. Könntest du solch einen Termin organisieren?“ schrieb Neumann an Blümel Anfang 2018. „Haben den Termin mal eingekippt“ schrieb Neumann wenig später an Blümel. Vor dem Gespräch wollte er sich noch mit Blümel besprechen und Ideen zur „österreichischen Lösung“, die er zuvor mit Schmid besprochen hatte, durchgehen.¹²⁴

Die österreichische Lösung beinhaltete den Verkauf der SAZKA-Anteile an die Novomatic. Somit hätte die Novomatic ca. 60% und die ÖBIB 34% der CASAG-Anteile inne.¹²⁵

Schmid schickte Neumann Kontaktdaten von Hartwig Löger am 5. Februar 2018. In weiterer Folge entstand ein Gespräch über die CASAG.¹²⁶ Am Tag darauf bat Neumann, um einen Rückruf von Blümel, da es eine ungute Situation im Zusammenhang mit dem Verkauf Casinos International gebe.¹²⁷

Am 28. Februar 2018 kontaktierte Schmid Neumann und ersuchte um ein dringendes Gespräch. Es solle eine Strategierunde zwischen Löger, Komarek und Graf stattfinden. Anfang März 2018 schrieb Neumann an Blümel, dass er ein gutes Gespräch mit Löger hatte, „Österreichische Lösung ist gewünscht! Ist gut so“¹²⁸

Am 24. März 2018 findet sich ein Termin im Kalender von Krumpel mit Betreff „Cabinetsclub, Kurz“¹²⁹ Am 25.04.2018 soll ein Treffen zwischen Neumann, Schmid und Blümel im Hotel Hyatt zu einer Abstimmung stattgefunden haben. Schmid schrieb vor dem Treffen an Neumann „bitte mach es möglich“¹³⁰

Im April 2018 diskutierten Neumann und Schmid über die Medienmeldung von einem vierten CASAG-Vorstand. Schmid schrieb: „Bitte auch Gernot Blümel sagen! Hast du das gestern nicht angesprochen?“¹³¹

Im Mai 2018 fand eine Telefonkonferenz zwischen Graf und Löger statt.¹³² Im selben Monat schrieb Neumann an Blümel: „anyway ein Termin zwischen Seb und Prof Graf wäre trotzdem wichtig.“ „Termin sicher gut“ antwortete Blümel. Ende Mai 2018 ist ein Eintrag im Kalender von Neumann mit dem Betreff „Kurz“, Ort: BKA vermerkt.¹³³ Im Juni 2018 fand zudem auch ein Termin zwischen Schmid und Neumann im BMF statt.¹³⁴ Ebenfalls im Juni 2018 fand ein Gespräch zwischen Strache, Graf und Neumann statt wo es um die Besteuerung von Online-Wetten und Lizenzen für die Novomatic ging.¹³⁵ Sie diskutierten das von Strache präferierte dänische Modell.¹³⁶

Für Anfang Oktober 2018 hielt Neumann in seinem Kalender eine „Veranstaltung Kurz“ fest, die im Lokal Dots stattfand.¹³⁷

Am 09. Jänner 2019 ersuchte Neumann Blümel um einen Besprechungstermin, um einige Themen zu diskutieren.¹³⁸

Am 24. Jänner 2019 ist ein weiterer Termin im Kalender von Neumann festgehalten: Betreff „Min Blümel“, Ballhausplatz 2¹³⁹ Ein weiterer Termin soll am 26.06.2019 zwischen Neumann und Blümel stattgefunden haben.¹⁴⁰

Am 31. Jänner 2019 fand ein Termin zwischen Graf, Neumann und Löger im Novomatic-Forum statt.¹⁴¹ Am selben Tag schickte der Generalsekretär des BMF, Thomas Schmid, Neumann eine Unterlage aus dem Finanzministerium zum Thema Lizenzen mit dem Hinweis: „Das sagen die Experten bei uns – Gesetz für Entflechtung notwendig“.¹⁴²

Insgesamt ergeben sich aus den Akten des Untersuchungsausschusses diverse Verflechtungen zwischen der Novomatic und der Politik. Umso erstaunlicher ist es, dass die Auskünfte, die bei den Befragungen im Untersuchungsausschuss zu diesem Thema gegeben wurden, eher dürftig ausgefallen sind.

Zu den Terminen mit Johann Graf befragt, gab der Bundeskanzler im Untersuchungsausschuss an, dass es keine Treffen mit Graf gegeben habe. Er konnte jedoch nicht ausschließen, dass er gemeinsam bei einer Veranstaltung

mit ihm war. Mit Neumann gab es „*sicher in den letzten Jahren irgendwann Kontakt beziehungsweise war sicher irgendwann in einem Termin mit ihm*“.¹⁴³

Blümel wollte ganz grundsätzlich Gespräche mit Dritten nicht kommentieren, konnte jedoch nicht ausschließen, dass es Termine mit Neumann gegeben hat. Worum es bei einem möglichen Termin im Februar 2018 ging, daran konnte sich Blümel „*so konkret*“ nicht erinnern.¹⁴⁴ Allgemein konnte sich Blümel auf konkretere Fragen zu Terminen oder Gesprächsinhalten mit Neumann nicht erinnern.¹⁴⁵ Auf die Frage ob Graf, Neumann, Krumpel, Krenn oder Oswald Anliegen an Blümel herangetragen haben, konnte er dies nicht ausschließen. Nicht erinnern konnte er sich bei der Frage, ob es je eine Situation gab, wo eine Spende in Verbindung mit einem Anliegen der genannten Personen gebracht wurde.¹⁴⁶

Schmid entschlug sich bei seiner Befragung mit Verweis auf das laufende Strafverfahren gemäß § 43 Abs 1 Z. 1 VO-UA, weil die Beantwortung der Frage eine strafgerichtliche Verfolgung nach sich ziehen könnte.^{147/148}

Die ehemalige Kabinettsmitarbeiterin im BMF, Melanie L., gab in ihrer Befragung zu Kontakten mit Novomatic-Vertreter*innen an, dass „*Teileigentümer der Casinos Austria mit Übergabe oder zumindest Eingliederung der Casinos Austria AG in die Öbib immer wieder bei Terminen im Finanzministerium*“ waren, und sie konnte daher nicht ausschließen, dass sie „*dort einmal jemanden gesehen hätte*“.¹⁴⁹

Spiegelfeld, die laut Aktenlage zu einem „*Frühstück mit Kurz*“ eingeladen hatte,¹⁵⁰ gab im Untersuchungsausschuss an, dass sie Neumann „*immer wieder wahrgenommen*“ habe.¹⁵¹ Ob es sich dabei um von ihr organisierte Veranstaltungen oder andere Veranstaltungen gehandelt hat, konnte sie nicht angeben.¹⁵²

Das Problem in Italien: Tu' es für mich

Am 2. Juni 2017 veranlasste Neumann die Änderung der Compliance Richtlinien der Novomatic. Die Konzernrichtlinie war strenger als die gesetzlichen Vorgaben. Neumann wollte gesetzlich erlaubte und transparente Zahlungen an Parteien nicht weiter unterbinden.¹⁵³ Wenige Tage später, am 6. Juni 2017 schrieb Neumann dem damaligen Landesparteiobmann der ÖVP Wien Gernot Blümel und ersuchte um einen Termin in den nächsten Tagen.¹⁵⁴

„*Hast du bzw. der HBM gute Kontakte zum italienischen BMF?*“ fragte Neumann Thomas Schmid am 10. Juli 2017.¹⁵⁵ Einen Tag später wendete sich Neumann an Blümel: „*Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich einen Problemes das wir in Italien haben! Glauben Sie geht sich das noch diese Woche aus??)*“ Daraufhin ersuchte Blümel Schmid mit den Worten „*tu es für mich : * : **“, Neumann zurückzurufen.¹⁵⁶ Nach dem Telefonat meldete Neumann Blümel zurück, dass „*Thomas*“ angerufen habe, „*war etwas sauer aber alles ok!!*“. Blümel bedankte sich bei Schmid, worauf dieser antwortete: „*Bei 40 Mio Steuer Nachzahlung würde ich mich auch anscheißen :-)*“.¹⁵⁷

Am 18. Juli 2017 schrieb Schmid an Neumann, dass die Sache „*auch ein Fall für ein Verständigungsverfahren*“ sei und vermittelte den Kontakt der Leiterin der Abteilung für internationales Steuerrecht des BMF. „*Wir versuchen unser bestes*“, schrieb Schmid an Neumann.¹⁵⁸

Beim Problem in Italien ging es um ein Steuerproblem der Novomatic, das sie im Jahr 2017 hatte.¹⁵⁹ Bei einer Steuerprüfung der Novomatic Italia S.p.A. drohten hohe Strafzahlungen.¹⁶⁰ Laut einer Notiz von Neumann ging es um eine Strafzahlung in der Höhe von 50-60 Millionen.¹⁶¹ Zur benannten Spende gab Neumanns Anwalt an, dass es sich um eine „*karitative Spende*“ gehandelt haben soll.¹⁶²

Blümel konnte im Untersuchungsausschuss das Spendenangebot von Vertreter*innen der Novomatic nicht ausschließen.¹⁶³

Am 20. Juli 2017 kam es zu einem Treffen zwischen Kurz und dem damaligen italienischen Außenminister Angelino Alfano – unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit.¹⁶⁴

Am 09. Februar 2021 wurde bekannt, dass Blümel Beschuldigter im Casinos Verfahren ist.¹⁶⁵ Ausgelöst wurden die Ermittlungen durch das bekannte SMS, mit welchem Neumann um einen Termin bei Kurz ansuchte, „*erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben!*“ Es wird wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und der Bestechung ermittelt. Blümel bestreitet die Vorwürfe¹⁶⁶ und entschlug sich im Untersuchungsausschuss auf Fragen zu diesem Thema.^{167,168}

Kurz äußerte sich, zu den Chats befragt, folgendermaßen: „*Hätte mir die Novomatic eine Spende angeboten, hätte ich dankend abgelehnt, nachdem wir uns als Volkspartei entschieden haben, im Wahlkampf keine Spenden von Glücksspielunternehmen – aber auch Waffen- und Tabak – anzunehmen*“.¹⁶⁹

Interventionen für Casino in Parndorf

Ein weiteres strategisches Ziel der Novomatic war eine Casinolizenz im Burgenland. Das geht aus den bei der Hausdurchsuchung von Novomatic-Mitarbeiter Alexander Merwald gefundenen Dokumenten hervor: der sogenannten Preisliste. Auf dieser heißt es wörtlich:

„Die Kasinolizenz in Burgenland ist wichtig [...] Mehr wollen wir eigentlich nicht! [...] Wenn wir dann zb. Praterspielbank und Online in einem hätten und vielleicht noch eine in NÖ oder Burgenland Spielbank, dann wäre das schon was ...“¹⁷⁰

Es gab Interventionen im Finanzministerium, um den Wunsch der Novomatic zu erfüllen.

Gerhard Jeidler, Unternehmensberater, schrieb am 27. März 2018, anscheinend im Auftrag des damaligen burgenländischen SPÖ-Landeshauptmann an eine Mitarbeiterin im Kabinett von Finanzminister Löger:

„Sehr geehrte Frau Derbic, wie in unserem gestrigen Telefonat vereinbart finden Sie im Anhang meine Notizen zu einem Anliegen von Landeshauptmann Niessl, das ich Sie ersuche, Herrn Finanzminister Hartwig Löger (mit besten Grüßen!) weiterzugeben bzw. auch an den entsprechend zuständigen Kabinetts-Chef weiterzuleiten. LH Niessl hat mit FM Schelling das Thema bereits erörtert und dort vorerst Verständnis vorgefunden, d.h. diesbezügliche Unterlagen bzw. Notizen sollten im Ministerium vorliegen. Der Landeshauptmann wird gerne auch Herrn Löger zu einem persönlichen Termin ins Burgenland einladen, bei dem u.a. auch diese Thematik angesprochen werden könnte. Beste Grüße Gerhard Jeidler“.

Im Anhang findet sich ein Aktenvermerk mit dem Titel „*Spielbankkonzession Burgenland*“. Darauf zu finden: Argumente für den Standort Parndorf im Burgenland.¹⁷¹

Niessl sagte im Untersuchungsausschuss, dass es von ihm kein Herantreten an die Bundesregierung wegen der Errichtung eines Casinos gab, aber das Burgenland das einzige Bundesland ohne Casinolizenz und Parndorf ein interessanter Standort für ein Casino sei.¹⁷² Er kenne das Schreiben von Jeidler nicht und dieser habe anscheinend den Hinweis, dass das Burgenland keine Lizenz hat, selbstständig aufgegriffen.¹⁷³

Löger vermutete im Untersuchungsausschuss, dass es sich bei dem übermittelten Aktenvermerk um eine Unterlage aus dem Skript der Novomatic handelt.¹⁷⁴ Niessl sagte, auf ihn sei niemand von der Novomatic zugekommen um über eine Spielbankkonzession für den Standort Parndorf zu sprechen.¹⁷⁵

Das von Jedler übermittelte Interventionsschreiben wurde von Lögers Kabinett zweimal der Glücksspielabteilung im BMF übermittelt. Auffallend ist, dass die zweite Übermittlung nur eine Woche vor dem obengenannten Termin zwischen Löger, Neumann und Graf im Novomatic-Forum am 31. Jänner 2019 erfolgt ist. Die Kabinettmitarbeiterin bat die Abteilung um eine Info für den Bundesminister genau bis zum 31. Jänner 2019.¹⁷⁶

Der Preis erhöhte sich

Die ÖVP und das BMF versuchten weiterhin das längst überfällige IP-Blocking einzuführen. Straches Preis dafür wurde höher. Zusätzlich zur geforderten Einbeziehung der Sportwetten und der Vollzugsverstärkung forderte Strache nun auch eine Lizenzverlängerung für die Pokersalons seines Freundes Peter Zanoni.

ALL-IN FÜR DEN POKERKÖNIG?

26.04.2018

Peter Zanoni an HC Strache:

Zanoni: Lieber Christian! Mein Boot in Italien ist fertig zum auslaufen. Wann immer du mit deiner lieben Frau ein paar Tage ausspannen möchtest, sag mir von wann bis wann. Boot steht dir mit Mannschaft zur Verfügung. (...) Könntest auch deine Kinder mitnehmen. Ganz liebe Grüße, peter

Peter Zanoni war Betreiber der Concord-Card-Casinos und führte mehrere Jahrzehnte gewerbliche Pokersalons.¹⁷⁷ Bereits 2014/15 sprach Zanoni immer wieder bei Strache vor. Im Sommer 2017 traf Zanoni dann laut eigenen Angaben zufällig Strache auf der Yacht von Grubmüller in Griechenland.¹⁷⁸ Laut Zanoni wurde bei diesem Yachturlaub nicht über seine Anliegen rund um die Pokersalons gesprochen.¹⁷⁹

Koalitionsverhandlungen

Im Oktober 2017 begannen die Koalitionsgespräche zwischen der ÖVP und der FPÖ. Zwei Tage zuvor informierte sich der damalige Parteichef Heinz-Christian Strache bei Bekannten, welche Anliegen er in die Verhandlungen mitnehmen sollte.¹⁸⁰ Eine Minute¹⁸¹ vor der Nachricht an den Privatklinik-Betreiber Walter Grubmüller schrieb Strache an den als Pokerkönig¹⁸² bekannten Unternehmer Peter Zanoni:

Strache: Hallo Peter! Welches Gesetz wäre für dich wichtig, damit der Wahnsinn in deiner Branche aufhört? LG¹⁸³

Der Hintergrund: Pokerlizenzen für den Pokerkönig

Der Betrieb von Kartencasinos war seit jeher ein freies Gewerbe. Im Jahr 2010, in Folge einer VfGH-Entscheidung, wurde Poker zum Glücksspiel erklärt und eine einzige Pokerlizenz vorgesehen. Die Übergangsfristen für die Gewerbeberechtigungen der damaligen Anbieter liefen 2012 aus. Im Juli 2013 hob der VfGH die Beschränkung auf eine Lizenz mit der Begründung eines Verstoßes gegen den Gleichheitsgrundsatz auf. Daraufhin novellierte das BMF das Gesetz und sah drei Pokerlizenzen vor.¹⁸⁴ Diese Regelung wurde 2015 mit einer Gesetzesnovelle gestrichen.¹⁸⁵ Die Übergangsfrist für den Betrieb der Spielhallen auf Basis bestehender Gewerbeberechtigungen wurde von Ende 2016 auf Ende 2019 verlängert.¹⁸⁶ Poker wurde somit mit einer Glücksspielabgabe von 16% der Spieleinsätze bemessen.¹⁸⁷ Peter Zanoni hat sowohl die Rechtmäßigkeit des Glücksspielgesetzes als auch die Besteuerung seines Geschäfts in Frage gestellt.¹⁸⁸

Es wird vermutet, dass sich Zanoni dafür einsetzte, dass Pokern zu einer Sportart wird und nicht als Glücksspiel gelten sollte. Strache war zu dieser Zeit Sportminister und „hätte die Einnahmen für sein Ressort reklamieren können“.¹⁸⁹ Die Sportwettenabgabe fällt deutlich geringer aus, als jene auf Poker, die sich anhand des Einsatzes der Spieler*innen und nicht nach dem tatsächlichen Umsatz der Casinos bemisst.¹⁹⁰ Zanoni bestreitet die Vorwürfe. Er gibt zudem an, sich mit mehreren Politiker*innen getroffen zu haben, um seine Anliegen darzulegen.¹⁹¹

Strache erklärte seine Bemühungen für den Pokerkönig im Untersuchungsausschuss damit, dass „*diese ungerechten Maßnahmen, die sich da im Hintergrund abgespielt haben, endlich abgestellt werden*“ sollten.¹⁹²

Strache als Lobbyist für den Pokerkönig

Im Regierungsprogramm der türkis-blauen Bundesregierung wurde auf Seite 88 die „*Einbeziehung der Sportwetten-Anbieter (Online-Sportwetten) in das Glücksspielgesetz und Zweckwidmung für den Sport*“ - also eine Zweckwidmung für Straches Ressort, verankert.¹⁹³

Seit Frühling 2018 soll Strache sich laut den Ermittlungen der WKStA für ein neues Glücksspielgesetz eingesetzt haben.¹⁹⁴ Im Zuge dessen wurde von Strache bei der Casag im Sinne von Zanoni lobbyiert¹⁹⁵: Unmittelbar nach den Regierungsverhandlungen gab es ein Gespräch zwischen Heinz-Christian Strache und dem damaligen Casinos-Vorstand Dietmar Hoscher. Hoscher gab an: „*Strache hat primär das Thema Pokerlizenzen interessiert, die 2020 ablaufen würden. Pokercasinos basieren auf Basis von Gewerbelizenzen wobei dahinter ein langer Streit steht zur Frage ob es Glücksspiel oder ein Geschicklichkeitsspiel sei, sodass nicht klar war, was nach 2020 passiert.*“ Konkret beschrieb Hoscher Straches Anliegen folgendermaßen: „*Er wollte wissen ob es eine Möglichkeit dafür gibt, dass sie ihr Geschäft weiter betreiben können. Er hat in diesem Zusammenhang ganz konkret Peter Zanoni angesprochen und wollte wissen ob man ihm helfen könne.*“¹⁹⁶

Am 25. Februar 2019 erkundigte sich Heinz-Christian Strache bei Staatssekretär Fuchs per SMS nach dem Stand der Dinge in der Angelegenheit für den Pokerkönig: „*Novelle zum GSpG für Zanoni kommt eh?*“ Dieser antwortet zurück: „*Für Glatz-Kremsner ok. Das soll aber Bestandteil einer umfassenden Novelle sein (inkl deinen Wünschen) und keine isolierte Maßnahme.*“¹⁹⁷

Am 10. April 2019 erinnerte Strache Fuchs erneut, dass er „*Zanoni auch reinverhandeln*“ soll. Bezüglich der Vorgehensweise riet Strache: „*Am besten still und leise über Löger !!!*“¹⁹⁸

Laut Auffassung von Alfred Hacker, Leiter der für Glücksspiel zuständigen Abteilung im BMF, war bei der Glücksspielgesetzesnovelle 2019 „*für Zanoni nichts drinnen*“ - also keine für Zanoni günstige Regelung enthalten.¹⁹⁹

Involvierung Glatz-Kremsner

Bettina Glatz-Kremsner, zu dieser Zeit ÖVP Vize-Parteibefragte und Vorständin der Casinos Austria AG, war ebenso in diese Causa involviert. Am 15. März 2018 fand ein Treffen mit Staatssekretär Fuchs und einem seiner Fachreferenten statt. Dabei waren das Glücksspielgesetz und Zanoni Thema.²⁰⁰

Die Casinos-Managerin Bettina Glatz-Kremsner verfasste in weiterer Folge einen Abänderungsantrag, der dem „*Pokerkönig*“ Zanoni helfen sollte. Folgender vermeintlicher Deal steht im Raum: Das von der CASAG gewünschte IP-Blocking sollte kommen, wenn im Gegenzug bei der Formulierung für die Lizenzverlängerung im Sinne von Zanoni geholfen werde. Wenige Tage nach dem Termin holte der Fachreferent des Staatssekretärs ein Kuvert von Glatz-Kremsner ab - darin befand sich der Gesetzesantrag der den Wunsch von Zanoni umsetzen würde.²⁰¹

Gegen Bettina Glatz-Kremsner wird von der WKStA bereits wegen Falschaussage ermittelt.²⁰²

Es gab eine weitere Einvernahme von Glatz-Kremsner bei der WKStA im Mai 2021, wo sie explizit nach einer Involvierung in eine Lösung im Sinne des Anliegens von Zanoni gefragt wurde. Glatz-Kremsner verneinte eine Mitwirkung in dieser Sache. Wenig später langte eine ergänzende Stellungnahme bei der WKStA ein: „*Fuchs habe sie eingeladen, einen Novellierungsvorschlag seitens Casag und Tochterfirma Lotterien zu erstellen*“; sie habe das „*intern diskutiert*“. Man kam zu dem Ergebnis, dass die Vorteile von IP-Blocking den Nachteil von Zanonis weiterem Betrieb übersteigen, der zuständige Casag-Mitarbeiter schrieb daraufhin einen Entwurf. „*Es ist davon auszugehen, dass dieser Textvorschlag*“ an Fuchs' Fachreferent übergeben wurde²⁰³

Eingebracht wurde der Abänderungsantrag nie.²⁰⁴

Nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos

Strache setzte sich auch nach dem Scheitern der türkis-blauen Koalition weiterhin für Zanoni ein. Dies beispielsweise durch Interventionen bei hochrangigen freiheitlichen Kollegen²⁰⁵

Er bat den damaligen FPÖ-Parteiboss Norbert Hofer, sich der Sache anzunehmen. Hofer erteilte Strache eine Abfuhr. Hofers Reaktion im Ibiza-Untersuchungsausschuss dazu: *„Ich habe den Namen gegoogelt, ich habe dann gesehen, dass er in rechtlichen Schwierigkeiten steckt und wollte mich deswegen nicht mit ihm treffen“*.²⁰⁶

Die Ermittlungen

HC Strache wollte im Ibiza-Untersuchungsausschuss nicht näher zu den Vorwürfen Stellung nehmen und berief sich aufgrund der laufenden Ermittlungen auf das Recht auf Aussageverweigerung.²⁰⁷

Peter Zanoni wird im Ermittlungsverfahren verdächtigt, eine Änderung des Glücksspielgesetzes zur Schaffung einer wunschgemäßen Gesetzeslage, die den Weiterbetrieb seiner Pokerhallen ermöglicht, durch eine mögliche Bestechung von HC Strache herbeigeführt zu haben. Für diese Gesetzesänderung soll er Strache einen Bootsurlaub samt Besatzung in Italien angeboten haben.²⁰⁸

Gegen Strache und Zanoni wird weiterhin wegen Bestechlichkeit bzw. Bestechung ermittelt.²⁰⁹

Die WKStA ermittelte in dem Zusammenhang auch, ob Strache das Angebot zum Bootsausflug angenommen hatte. Laut Straches Anwalt sind diese Vorwürfe nicht richtig.²¹⁰

30.04.2018

Schmid und Melanie L.:

*Schmid: Bitte Termin mit Eva Dichand ausmachen
So in drei Wochen
Ihr Büro weiß Bescheid*

EIN ATTRAKTIVES PRIVATSTIFTUNGSRECHT FÜR SUPERREICHE

Die Erkenntnisse im Untersuchungsausschuss zum geplanten Umbau des Stiftungsrechtes zu Gunsten der Superreichen untermauern die These, dass türkis-blau ein politisches System für wohlhabende Freunde und reiche Spender*innen erschaffen hat. Um Privatstiftungen „attraktiver“ zu machen, wollte Türkis-Blau massive Steuersenkungen.²¹¹

Im Jahr 2018 versuchte sich die ÖVP unter Finanzminister Löger neuerlich an einer Reform des 25 Jahre alten Privatstiftungsgesetzes (seit 1993), nachdem die rot-schwarze Regierung unter Kern/Mitterlehner das Projekt nicht finalisiert hatte. Im Zuge der geplanten Novelle ging es vor allem um den Einfluss von Begünstigten auf den Stiftungsvorstand. Im damaligen Regierungsprogramm war eine Novelle des Privatstiftungsrechts nicht vorgesehen.²¹²

Die Auskunftsperson und ÖPV-Großspender Stefan Pierer berichtete im Untersuchungsausschuss dazu: *„In der Regierung Kurz I wurde ja anscheinend an einer Novelle des Stiftungsrechts gearbeitet, die im Endeffekt nicht kam. Wesentliche Punkte der Novelle wären der Einfluss von Begünstigten auf den Stiftungsvorstand und die Möglichkeit zur Auflösung einer Stiftung gewesen.“*²¹³

B&C Stiftung als 'Reformtreiber' für das Stiftungsrecht

Pierer erläuterte im Untersuchungsausschuss den Zusammenhang zwischen dem Privatstiftungsrecht und der B&C-Stiftung: Die B&C-Stiftung ist eine große Industrief Stiftung, wurde 2008 in der Finanzkrise von der UniCredit verkauft, jedoch wurde verabsäumt das Letztbegünstigtenrecht ebenfalls zu verkaufen. Die B&C-Stiftung habe dann um einen dreistelligen Millionenbetrag das Letztbegünstigungsrecht im Nachhinein erworben.²¹⁴

Im Zuge des neuerlichen Versuchs einer Privatstiftungsrechtsnovelle hat sich der Investor Michael Tojner eingebracht.

Tojner befand sich 2018 in einem Übernahmekampf um die B&C-Stiftung. Sie hält jeweils über 50 Prozent an Semperit, AMAG und Lenzing und ist mehr als 3,7 Milliarden Euro wert. Stiftungszweck ist der Erhalt von Arbeitsplätzen in Österreich und die Sicherung des Industriestandortes. Dividenden müssen re-investiert werden.²¹⁵

Ein Einstieg von Tojner rentiert sich nur, wenn Dividenden nicht reinvestiert werden müssen, sondern an die Investoren fließen, doch dafür bräuchte es eine Gesetzesänderung.²¹⁶ Konkret soll Tojner die Gesetzesänderung des Stiftungsrechts angestrebt haben, um sich selbst in den Vorstand der B&C-Stiftung zu hieven und die Kontrolle über drei bedeutende Industrieunternehmen zu erhalten.

Tojner soll laut Kurier „renommierter Industrieller mit im Boot“ gehabt haben, „wie Andritz-Boss Wolfgang Leitner und Stefan Pierer, KTM-Eigentümer und Großspender von ÖVP-Chef Sebastian Kurz“ sowie „Christoph Dichand“.²¹⁷ Wolfgang Leitner ist der Ehemann von Cattina Leitner, die auf Stiftungsrecht spezialisiert ist und für die ÖVP im ÖBB-Aufsichtsrat sitzt.²¹⁸

Auch Pierer bestätigte zwar im Untersuchungsausschuss ein entsprechendes Interesse Tojners an der B&C-Stiftung.²¹⁹

Er sagte auch, dass er mit seinem Geschäftspartner Tojner über das Stiftungsrecht gesprochen habe. Mit im Boot sei er aber nicht gewesen, denn er sei ein dezidierter „Stiftungsgegner“.²²⁰

Cattina Leitner bestätigte im Untersuchungsausschuss entsprechende Gespräche mit Tojner. Er hatte vor, Begünstigtenrechte an dieser Stiftung zu bekommen. Es gab Treffen, aber ein gemeinsames Projekt kam nicht zustande.²²¹

Den mutmaßlichen Unterstützern von Tojner wurde die Sache auf Grund des öffentlichen Gegenwindes zu heiß.²²²

Mit Einlangen der letzten Chat-Auswertung der WKStA von Thomas Schmidts Handy wurden auch relevante Nachrichten bezüglich der B&C-Stiftung bekannt. Er schrieb an seinen Mitarbeiter unter dem Titel „Themen Thomas“ Folgendes: „Gutes Gehalt bei Öbag; weitere UN (Unternehmen, Anm.) in die Öbag; coolen AR (Aufsichtsrats, Anm.), Kauf der B&C-Holding, Dividenden in den UN. (...) Bitte umsetzen.“ Die Antwort seines Mitarbeiters war, dass Thomas Themen auch wirklich umgesetzt werden.²²³ Weitere Anhaltspunkte zum Kauf der B&C-Holding durch die ÖBAG fanden sich in den Akten des Untersuchungsausschusses nicht.

April 2018: Erste (widerwillige) Aktivitäten im BMJ

Im April 2018 – offenbar nach einem Werksbesuch von Tourismusministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) und Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) bei der Firma Glock – übermittelte die Rechtsanwältin von Kathrin Glock Reformwünsche zum Privatstiftungsgesetz an Hofer.²²⁴

Die Zuständigkeit für Änderungen im Privatstiftungsrecht lagen im von Josef Moser geführten Justizministerium. Für Eingriffe in das Privatstiftungsrecht, um Steuererleichterungen für Stiftungen zu erlangen, hätte es jedenfalls Mosers Ministerium gebraucht.

Dem Untersuchungsausschuss liegt ein Mailverkehr von Beamten aus dem BMJ vor, die intern überlegten, wie sie mit Anfragen aus dem BMF zur Novelle des Stiftungsrechts umgehen sollten. Die Beamten sprachen davon,

dass die Verwirklichung des Projekts unsicher sei und einigten sich darauf, dem BMF mitzuteilen, dass die PSG-Novelle nicht im Regierungsprogramm steht und es daher keinen Zeitplan gebe.

Akten aus dem Untersuchungsausschuss legen dar, dass im April 2018 eine Novellierung des Privatstiftungsrechts im Bundesministerium für Justiz Thema war. Aus einem Justizministeriums-internen Aktenvermerk mit dem Titel „PSG-Novelle“ gehen folgende Punkte hervor: *„Stärkung der Rechte der (Letzt-)Begünstigten: auch Letztbegünstigter soll Stiftung auflösen können (aber politisch wieder zurückgezogen: [...]“*.²²⁵ Weiters ist in diesem Aktenvermerk ersichtlich, dass es dazu bereits *„Arbeiten im BMF“* und eine *„Involvierung des BKA“* gibt. In diesem Schriftstück wird darauf verwiesen, dass das Privatstiftungsrecht mit der Steuerreform 2020 in Kraft treten soll; es gebe *„Absprachen mit Eva Dichand, Therese Niss und Cattina Leitner (Frühstückscafés im BMF)“*.²²⁶

Die exklusiven Frühstückscafés des BMF

Das BMF war Treiber der Idee zur Novellierung des Stiftungsrechts im Sinne Wohlhabender. Man wollte Vermögenden steuerlich entgegenkommen. Um Privatstiftungen attraktiver zu machen, sollten Steuern drastisch gesenkt werden.²²⁷ Tatsächlich stellte Finanzminister Hartwig Löger in der Folge eine größere Runde von 40 Personen (inkl. BMF Kabinettschef und Generalsekretär Thomas Schmid) zusammen, bei der es *„um eine Reform des Privatstiftungsrechts“* ging,²²⁸ wie Cattina Leitner im Untersuchungsausschuss bestätigte. Die Privatstiftungsrechtsnovelle sollte dann im Zuge der anvisierten Steuerreform 2020 umgesetzt werden. Wann die Arbeitsgruppe im BMF genau eingesetzt wurde ist unklar. Es sei jedenfalls vor der Veröffentlichung des Begutachtungsentwurfs gewesen, so Leitner.²²⁹ Die Treffen zur Novellierung des Privatstiftungsrecht fanden unter dem Titel *„Frühstückscafés“* im BMF statt.²³⁰

Löger hat im Mai 2018 zu einem solchen Frühstück ausgewählte Personen eingeladen. Darunter waren einflussreiche Persönlichkeiten: Eva Dichand, Kabinettschef und Generalsekretär Thomas Schmid, PR-Beraterin Gabriela Spiegelfeld-Quester, der stv. Kabinettschef von Bundeskanzler Kurz, ein Mitarbeiter von Kanzleramtsminister Gernot Blümel und weitere Personen wie Jurist*innen und vor allem: Reiche.²³¹ Inhalt des Termins war vor allem die Frage, ob sich Stiftungsmillionäre Steuerentlastungen wünschen.

Auf Anfrage des Profil schrieb Eva Dichand: *„Ich war ein einziges Mal zum Thema Stiftungen bei einer Sitzung mit dem Finanzminister (Löger), wo an einem riesigen Tisch circa 40 Personen anwesend waren“*. Das deckt sich mit der Aussage von Cattina Leitner im Untersuchungsausschuss.

Besprochen wurden Steuererleichterungen für Stiftungen. Ziel war es, Stiftungen „attraktiver“ zu machen. Verschiedene Dokumente, die der Untersuchungsausschuss durch die Exekution durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen im BMF erhalten hat, zeigen die Bestrebungen des Finanzministeriums, Stiftungen steuerlich zu begünstigen.

Im Dokument, das unter dem Namen *„HBM-Info_Stiftungen“* abgelegt wurde, heißt es: *„Um den Stiftern eine Möglichkeit zu bieten, ihr Geld aus der Stiftung zu bekommen, könnte man eine ‚Exit-Tax‘ anbieten. Die Stiftung kann begünstigt aufgelöst werden – dafür fällt keine KESt (Anm.: Kapitalertragsteuer) von 27,5%, sondern eine Sondersteuer von 10% an.“*, sowie: *„Um österreichische Privatstiftungen wieder zu attraktivieren, soll die Zwischensteuer von 25% auf 10% abgesenkt werden.“* Auch die *„Stiftungseingangssteuer“* sollte laut dem Papier von derzeit 2,5 Prozent *„zumindest auf“* ein Prozent gesenkt werden. *„Um weiterhin für Investitionen innerhalb von Privatstiftungen mit von außen zugeführtem Kapital zu sorgen“* – mit geringerer Steuerlast für Reiche.²³²

Auch die BMF-Sektion IV (Steuerpolitik und Steuerrecht) arbeitete an dem Projekt. Die Attraktivierung von Privatstiftungen wurde als strategisches Ziel definiert: *„Der Fokus soll dabei auf die Schaffung von Rechtssicherheit gelegt werden, ein Ziel, das durch die Modernisierung der zivilrechtlichen Rahmenbedingungen sowie durch die Sicherstellung der Stifterfamilie erreicht werden kann. Ergänzend dazu sollen ausgewählte steuerliche Aspekte, die zur ‚Versteinerung‘ der vorhandenen Privatstiftungsstrukturen beigetragen haben,*

angepasst werden.“²³³ „Eine Mobilisierung des Stiftungsvermögens könnte durch Schaffung einer günstigen Exit-Besteuerung erreicht werden ... Denkbar wäre hier etwa ein begünstigter Steuersatz von 10% auf den Gesamtwert des zugewendeten Vermögens“. Beamte aus dem BMF wiesen in dem Papier aber darauf hin: „Dabei ist allerdings anzumerken, dass eine derartige Maßnahme möglicherweise ein falsches (politisches) Signal setzen würde.“²³⁴

In einem Aktenvermerk aus dem BMJ werden die Frühstückscafes erwähnt, mit dem Hinweis dass es „Absprachen mit Eva Dichand, Therese Niss und Cattina Leitner“ gebe.²³⁵ Den dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Akten ist zu entnehmen, dass das Justizministerium sich gegen die Einmischung des BMF gewehrt hat.

Die Zuständigkeit für eine Novellierung des Privatstiftungsrechts liegt im Justizministerium.²³⁶ Auch Daniel Varro räumte in seiner Befragung ein, dass für das Privatstiftungsrecht das Justizministerium zuständig ist und es keine Verhandlungen, wenn dann nur Diskussionen, zwischen BMF und BKA gegeben habe.²³⁷ Nichtsdestotrotz war das BMF die Drehscheibe der Novelle des Privatstiftungsrechts, verpackt in einer Steuerreform.

Involvierung des Bundeskanzleramtes

Auch das Bundeskanzleramt war in die Bestrebungen des BMF, Privatstiftungen steuerlich zu begünstigen, involviert. Aus Dokumenten die dem Untersuchungsausschuss vorliegen geht hervor, dass Daniel Varro, Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, mit dem BMF betreffend Privatstiftungen verhandelte.

Daniel Varro sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass er vielleicht an einer oder zwei, vielleicht drei Diskussionen zum Thema Stiftungsrecht teilgenommen hat.²³⁸

Sonja Bydlinski, Mitarbeiterin im Justizministerium, hatte mit Eiselsberg vereinbart, sich gemeinsam mit Daniel Varro zu dritt zu treffen. Im betreffenden E-Mail schreibt sie am 15.10.2019²³⁹ wortwörtlich: „Dr Varro vom BKA [...] (ein Ablenkungsmanöver).“²⁴⁰ Gefragt nach Treffen oder Unterhaltungen zwischen ihm und Sonja Bydlinski sagte Varro lediglich, dass es sein kann, dass er einmal am Rande eines anderen Gesprächs mit Bydlinski über Privatstiftungen gesprochen habe.²⁴¹ Daniel Varro konnte sich im Untersuchungsausschuss nicht daran erinnern, ob das Vorhaben auch von der Expertenregierung weiterbetrieben wurde.

Koalitionsende beendet Pläne zum Stiftungsrecht vorerst

Die Novelle wurde aufgrund des Scheiterns der türkis-blauen Bundesregierung nie im Parlament eingebracht.²⁴² Laut Medienberichten wollte sich die Regierung nicht dem Vorwurf aussetzen, Tojner gefällig zu sein.

Warum der Entwurf nicht umgesetzt wurde, konnte Cattina Leitner in ihrer Befragung im Untersuchungsausschuss nicht beantworten:

„Ich weiß nicht, warum er nicht umgesetzt wurde. Ich weiß jetzt nicht, warum das nicht ins Parlament gekommen ist, das weiß ich nicht, aber ich habe den Entwurf für nicht besonders gut gehalten.“²⁴³

UMBAUPLÄNE FÜR DIE BANKENAUF SICHT

05.04.2019

HC Strache an Hubert Fuchs, Heimo Probst, Barbara Kolm und Arnold Schiefer:

Strache: *Unser Entgegenkommen bei OeNB zu FMA-neu gibt es nur, wenn wir den zweiten Vorstand sofort bekommen (oder bis dorthin einen GS mit Zeichnungsberechtigung) und von den 5 AR bzw. Direktoren 2 und darunter 2 Abteilungsleiter! Sonst gibt es keine FMA-Neu!*

Scharfe Kritik an türkisen Plänen

Wie sich vor allem aus der Befragung des ehemaligen Vizekanzlers Heinz-Christian Strache ergab, war die (Banken-)Aufsichtsreform insbesondere der ÖVP ein sehr großes Anliegen.²⁴⁴

Mit der Reform der Finanzmarktaufsicht sollte die geteilte Bankenaufsicht zwischen Finanzmarktaufsicht (FMA) und Österreichischer Nationalbank (OeNB) beendet werden. Es war geplant, dass sämtliche Aufsichtsaktivitäten in allen Sektoren des Finanzmarktes von einer verantwortlichen Stelle – der FMA – gesteuert und durchgeführt werden. Laut dem ÖVP-geführten Finanzministerium sollten „unnötige Doppelgleisigkeiten und hohe Kosten“ durch die geplanten Änderungen abgeschafft werden. Geplant war darüber hinaus, dass es nur mehr einen Alleinvorstand geben sollte.²⁴⁵ Der SPÖ-nahe Vorstand Helmut Ettl sollte trotz Vertrages bis 2021 mit Ende 2019 ersatzlos abberufen werden.²⁴⁶

Scharfe Kritik an dem Reformvorhaben kam von der Belegschaft der OeNB als auch vom ehemaligen OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny.²⁴⁷

HC Strache an Hubert Fuchs, Heimo Probst, Barbara Kolm und Arnold Schiefer: *„Unser Entgegenkommen bei OeNB zu FMA-neu gibt es nur, wenn wir den zweiten Vorstand sofort bekommen (oder bis dorthin einen – Geschäftsführer – „mit Zeichnungsberechtigung) und von den 5 [...] (Aufsichtsräten) bzw. Direktoren 2 und darunter 2 Abteilungsleiter. Sonst gibt es keine FMA-Neu!“*

Auf Nachfrage zu dieser Nachricht gab die Auskunftsperson Strache an, dass es bei der Aufsichtsreform um „inhaltliche Wünsche der ÖVP und des Koalitionspartners“ ging.²⁴⁸ Strache selbst wollte die Kompetenzverschiebung von der OeNB zur FMA eigentlich nicht und hatte sich dagegen gewehrt.²⁴⁹ Bestätigt wurde diese Wahrnehmung auch vom damaligen Innenminister Herbert Kickl, der angab, dass es der FPÖ ein Anliegen gewesen sei, dass die Bankenaufsicht in der OeNB verbliebe.²⁵⁰

Bankenwunschliste für die Bankenaufsichtsreform

In den Akten des Untersuchungsausschusses findet sich bezüglich Aufsichtsreform ein Papier von Andreas Treichl, damaliger CEO der Erste Bank Group AG und Obmann der Bundessparte Banken und Versicherungen in der Wirtschaftskammer Österreich. Dieses Papier von Treichl enthält diverse Punkte einer möglichen Finanzmarktaufsichtsreform.²⁵¹ Dieses Dokument wurde als Anhang in einem Mail von einem Kabinettsmitarbeiter des BKA an einen Kabinettsmitarbeiter des BMF geschickt. Dies mit dem Beisatz: *„anbei das Papier, das von Treichl an HBK + HBM Blümel gerade herangetragen wird...“*²⁵²

Treichl bestätigte die Existenz des Papiers, konnte sich bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss jedoch nicht mehr daran erinnern, wie das Papier an das BKA herangetragen wurde.²⁵³

Nicht unberücksichtigt bleiben sollte, dass laut Rechenschaftsbericht 2017 die Erste Group AG die ÖVP mit 16.000 Euro in Form von Sponsorings und 24.000 Euro in Form von Inseraten unterstützt hat.^{254,255}

Wenn man das Papier, das von Treichl an das BKA herangetragen wurde, mit dem Ministerratsvortrag betreffend die Reform der österreichischen Finanzmarktaufsicht vergleicht, fällt auf, dass teilweise ganze Sätze aus dem Papier in den Ministerratsvortrag²⁵⁶ übernommen wurden. Kurzum: ein Großteil der Punkte findet sich im Ministerratsvortrag wieder.

Es stellt sich hier insbesondere die Frage, ob der Inhalt dieses Papiers von Treichl als Spartenobmannvertreter oder als CEO der Erste Bank Group AG dem BKA übermittelt wurde. Dies ist insofern entscheidend, als es in gewisser Weise Aufgabe der Spartenvertreter*innen ist, die Interessen der Sparte gegenüber der Politik zu repräsentieren. Sollte das Papier jedoch in erster Linie im Interesse der Erste Bank Group entstanden sein, würde dies in Anbetracht des erfolgten Sponsorings und der Tatsache, dass der Inhalt des Papiers schlussendlich in den Ministerratsvortrag übernommen wurde, ein ganz anderes Licht auf die erfolgte Involvierung werfen.

Bundeskanzler Sebastian Kurz kommentierte den Vorgang im Untersuchungsausschuss folgendermaßen: *„Dass die Erste Bank oder andere Banken zur FMA eine Meinung haben und das als Stakeholder beim Bundeskanzler, beim Finanzminister oder sonst wem deponieren, das ist doch das Normalste auf der Welt!“*²⁵⁷

Treichl gab zu diesen Themen befragt an, dass er beim Thema Finanzmarktaufsicht stets als Spartenobmann aufgetreten sei. Dies *„aus dem einfachen Grund, weil die FMA für die Erste Group von äußerst untergeordneter Relevanz ist, weil die Erste Group inklusive der Sparkassen von der EZB geprüft wird und der EZB untersteht. Daher war das Thema Finanzmarktreform in Österreich ein Thema, das für [...] ausschließlich als Spartenobmann von Relevanz war.“*²⁵⁸

Der damalige Kabinettsmitarbeiter im BMF, Bernhard Perner, bestätigte diese Auffassung und äußerte sich in seiner Befragung folgendermaßen: *„Also ich habe Herrn Treichl in der Zeit eher als Bundesspartenobmann der Banken wahrgenommen und nicht als Erste-Bank-Chef, wenn er mit solchen politischen Positionspapieren gekommen ist. Das war auch, glaube ich, die Funktion dessen, was er da erfüllt hat. Das hat er auch immer betont, dass er jetzt nicht als Erste Bank spricht, sondern dass er für die Bundessparte spricht.“*²⁵⁹

Kurz vor dem Ministerratsbeschluss am 9. April 2019 gab es einen Termin im Bundeskanzleramt mit Sebastian Kurz, dem damaligen Finanzminister Hartwig Löger, Wirtschaftskammer-Präsidenten Harald Mahrer und Klaus Buchleitner. Bei diesem Termin war unter anderem die Aufsichtsreform Thema.²⁶⁰ Buchleitner ist seit 2012 Generaldirektor der Raiffeisen-Holding und der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien.²⁶¹ Er hatte jedoch keinerlei Funktion als Spartenvertreter.²⁶² Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass auch Treichl hier nicht als Spartenvertreter sondern als Vertreter der Erste Bank Group AG aufgetreten ist.

Nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos und Ende der türkis-blauen Koalition wurde die Finanzmarktaufsichtsreform gestoppt.²⁶³

Endnotes

1. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Walter Grubmüller in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 6, 105/KOMM
2. DerStandard, 20.07.2021, Warum der Strache-Prozess auch der ÖVP gefährlich werden könnte
3. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 71, 77/KOMM
4. Anlage 1 des PRIKRAF-G idF BGBl Nr 100/2018
5. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 45 und 46, 110/KOMM
6. DerStandard, 02.02.2021, „Zu Spendenleistung an ÖVP ermutigt“: Neue Ermittlungen gegen Ex-Finanzminister Löger
7. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 4, 107/KOMM
8. https://www.firmenabc.at/premiamed-holding-gmbh_lumE
9. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Bernhard Wurzer in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 4, 123/KOMM
10. <http://www.prikraf.info/>
11. news.wko.at, 09.08.2020, Klarstellung: Der PRIKRAF zahlt nur medizinisch notwendige Eingriffe
12. <http://www.prikraf.info/index.php/pauschalbetrag>
13. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S.11, 12, 110/KOMM
14. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Walter Grubmüller in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 44, 105/KOMM
15. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Walter Grubmüller in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 5, 105/KOMM
16. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S.6., 110/KOMM
17. DerStandard, 31.05.2020, Strache an Spender: „Welches Gesetz wäre für dich wichtig?“
18. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 71, 77/KOMM
19. Regierungsprogramm 2017-2022, S. 116
20. Die Presse, 08.07.2021, Strache-Prozess: „Ich bin von vielen Dingen enttäuscht“
21. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 19, 107/KOMM
22. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 19, 110/KOMM
23. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 20, 21, 110/KOMM
24. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 19, 110/KOMM
25. Kurier, 14.10.2018, Wie die FPÖ beim Zugang zu Sozialversicherungsgeldern hilft
26. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Walter Grubmüller in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 58, 105/KOMM
27. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 04. Juni 2020, S. 48, 42/KOMM
28. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 04. Juni 2020, S. 48, 49, 42/KOMM
29. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S.61, 77/KOMM
30. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 21, 110/KOMM
31. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 20, 21, 110/KOMM
32. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 04. Juni 2020, S. 21, 42/KOMM
33. Anlage 1 des PRIKRAF-G idF BGBl Nr 100/2018
34. DerStandard, 02.02.2012, „Zu Spendenleistung an ÖVP ermutigt“: Neue Ermittlungen gegen Ex-Finanzminister Löger
35. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Walter Grubmüller in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 6, 105/KOMM
36. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Walter Grubmüller in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 6, 105/KOMM
37. Die Presse, 07.07.2021, Strache-Prozess: „Dann muss ich unter Alkoholeinfluss gestanden sein“
38. DerStandard, 10.07.2021, Warum der Strache-Prozess auch der ÖVP gefährlich werden könnte
39. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober

2020, S.13, 107/KOMM

40. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S.14, 107/KOMM

41. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S.12, 107/KOMM

42. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 45 und 46, 110/KOMM

43. <https://www.uniqagroup.com/gruppe/versicherung/corporate-responsibility/compliance/Sponsorings.de.html>

44. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S.63, 77/KOMM

45. orf.at, 02.02.2021, Neue Ermittlungen gegen Ex-Finanzminister Löger

46. Es gilt die Unschuldsvermutung

47. DerStandard, 02.02.2021, „Zu Spendenleistung an ÖVP ermutigt“: Neue Ermittlungen gegen Ex-Finanzminister Löger

48. DerStandard, 02.02.2021, „Zu Spendenleistung an ÖVP ermutigt“: Neue Ermittlungen gegen Ex-Finanzminister Löger

49. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Walter Grubmüller in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 7, 105/KOMM

50. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S.8, 107/KOMM

51. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S.8, 107/KOMM

52. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S.8, 107/KOMM

53. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 4, 107/KOMM

54. Die Presse, 07.07.2021, Strache-Prozess: „Dann muss ich unter Alkoholeinfluss gestanden sein“

55. Die Presse, 07.07.2021, Strache-Prozess: „Dann muss ich unter Alkoholeinfluss gestanden sein“

56. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S.9, 107/KOMM

57. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S.4, 107/KOMM

58. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 7 und 8, 107/KOMM

59. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 37, 110/KOMM

60. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 8, 9, 107/KOMM

61. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Bernhard Wurzer in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 30, 106/KOMM

62. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 10, 110/KOMM

63. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 16, 36, 107/KOMM

64. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Walter Grubmüller in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 38, 105/KOMM

65. APA, 31.05.2021, Ibiza-Video - Ex-FPÖ-Obmann Strache ab 6. Juli vor Gericht

66. https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00302/index.shtml

https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0813/

67. DerStandard, 19.03.2018, Massiver Eingriff bei Rücktrittsrecht von Lebensversicherung

68. BMSGPK, 15.05.2019, Spätrücktritt bei Lebensversicherungen ab 1.1.2019 neu geregelt

69. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 61, 200/KOMM

70. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 50, 51/KOMM

71. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Matthias Krenn in der 19. Sitzung vom 8. Oktober 2020, S. 19, 123/KOMM

72. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Clemens-Wolfgang Niedrist in der 28. Sitzung vom 12. Jänner 2021, S. 49, 152/KOMM

73. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 60, 110/KOMM

74. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 54, 197/KOMM

75. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Andreas Brandstetter, MBA in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 22, 113/KOMM

76. DerStandard, 19.03.2018, Massiver Eingriff bei Rücktrittsrecht von Lebensversicherung

77. OTS FPÖ, 26.09.2017, FPÖ-Wurm/Fuchs: Keine legistischen Taschenspielertricks bei Lebensversicherungsverträgen
78. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Julian Hadschieff in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S. 61, 110/KOMM
79. Die Presse, 06.10.2020, Strache zu Privatklinik-Deal: "Nichts reden! Still und leise ;)"
80. Die Presse, 06.10.2020, Strache zu Privatklinik-Deal: „Nichts reden! Still und leise ;)"
81. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Andreas Brandstetter, MBA in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 5, 113/KOMM
82. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 55, 197/KOMM
83. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 56, 197/KOMM
84. DerStandard, 19. August 2019, Löger forderte angeblich „beide Regierungsfarben“ im Casinos-Vorstand
85. DerStandard, 19. August 2019, Löger forderte angeblich „beide Regierungsfarben“ im Casinos-Vorstand
86. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Harald Neumann in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S.22, 46/KOMM
87. https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A-USA/A-USA_00003_00314/index.shtml
88. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Harald Neumann in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S.22, 46/KOMM
89. Profil, 29.05.2020, Illegales Online-Glücksspiel: Einnahmen von 308 Millionen Euro in Österreich
90. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Kurt Parzer in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S.39, 109/KOMM
91. Der Standard, 10.07.2020 Türkises Finanzministerium plante ohne FPÖ Liberalisierung des Glücksspiels
92. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 7, 51/KOMM
93. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Kurt Parzer in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S.7, 109/KOMM
94. Profil, 29.05.2020, Illegales Online-Glücksspiel: Einnahmen von 308 Millionen Euro in Österreich
95. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Kurt Parzer in der 20. Sitzung vom 20. Oktober 2020, S.20, 109/KOMM
96. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 37, 42/KOMM
97. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Bettina Glatz-Kremsner in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 49, 78/KOMM
98. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S.11f, 77/KOMM
99. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 6ff, 52/KOMM
100. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Schütz, BBA in der 17. Sitzung vom 29. September 2020, S.23, 85/KOMM
101. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernhard Weratschnig, MBA LL.M. in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S. 7 f, 250/KOMM
102. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. DDr. Hubert Fuchs in der 9. Sitzung vom 01. Juli 2020, S.57f, 54/KOMM
103. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Schütz, BBA in der 17. Sitzung vom 29. September 2020, S.60, 85/KOMM
104. Die Presse, 13.07.2020, Glücksspielgesetz: 2019 war Steuergeschenk für Casinos geplant
105. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Stefan Krenn, LL.M. in der 26. Sitzung vom 2. Dezember 2020, S. 7, 123/KOMM
106. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. (FH) Martin Schwarzbartl in der 28. Sitzung vom 12. Jänner 2021, S.4, 153/KOMM
107. orf.at, 30.09.2020 „Novomatic zahlte offenbar mehr als bekannt
108. Falter, 02.10.2020, „Ganz liebe Grüße von Hanni Mikl-Leitner!“
109. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Wolfgang Sobotka in der 53. Sitzung vom 24. Juni 2021, S. 19, 269/KOMM
110. Falter, 02.10.2020, „Ganz liebe Grüße von Hanni Mikl-Leitner!“
111. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 4
112. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 5
113. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 8
114. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 21
115. KURIER, 15.02.2021, Kurz zu Korruptionsvorwürfen: „Heiße nicht Martina“

116. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 54
117. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Bernhard Krumpel in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 34, 76/KOMM
118. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/thinkaustria.html>
119. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 23
120. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Antonella Mei-Pochtler in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 8, 196/KOMM
121. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 23, 24
122. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 24
123. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 24
124. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 27
125. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 28
126. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 29
127. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 30
128. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 34
129. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 35
130. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 38
131. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 41
132. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 42
133. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 44
134. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 45
135. Krone, 26.04.2021, Novomatic traf Strache: Ging es um die Lizenzen?
136. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Thomas Veverka, LL.M. MBA in der 47. Sitzung vom 5. Mai 2021, S. 6, 242/KOMM
137. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 46
138. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 47
139. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 49
140. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 50
141. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. DDr. Hubert Fuchs in der 9. Sitzung vom 01. Juli 2020, S.48, 54/KOMM
142. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. DDr. Hubert Fuchs in der 9. Sitzung vom 1. Juli 2020, S. 44, 54/KOMM
143. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Sebastian Kurz in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 54, 50/KOMM
144. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 22 und 23, 52/KOMM
145. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 64, 52/KOMM
146. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 62 und 63, 52/KOMM
147. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 58, 51/KOMM
148. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 71, 51/KOMM

149. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 24, 201/KOMM
150. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 5
151. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Gabriela Spiegelfeld-Quester in der 37. Sitzung vom 4. März 2021, S. 6, 173/KOMM
152. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Gabriela Spiegelfeld-Quester in der 37. Sitzung vom 4. März 2021, S. 40, 173/KOMM
153. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 6
154. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 7
155. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 16
156. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 16
157. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 18
158. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 19 und 20
159. DerStandard, 04.05.2021, Wie die Novomatic den Hebel für ihr „Italien-Problem“ ansetzte
160. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 8
161. WKStA, GZ. 17 St 6/19 d, ON 1118, „Amtsvermerk weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP“ diverse Zusammentreffen festgehalten, S. 10
162. DerStandard, 04.05.2021, Wie die Novomatic den Hebel für ihr „Italien-Problem“ ansetzte
163. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 61f, 52/KOMM
164. KURIER, 20.07.2017, Konflikt mit Italien: Außenminister Alfano trifft Kurz
165. DerStandard, 09.02.2021, Blümel wird in Causa Casinos offenbar als Beschuldigter geführt
166. Die Presse, 01.03.2021, Blümel: „Habe falsche Vorwürfe restlos ausgeräumt“
167. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 53. Sitzung vom 24. Juni 2021, S. 67, 268/KOMM
168. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 53. Sitzung vom 24. Juni 2021, S. 25, 268/KOMM
169. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Sebastian Kurz in der 55. Sitzung vom 1. Juli 2021, S. 6, 271/KOMM
170. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Alexander Merwald in der 26. Sitzung vom 2. Dezember 2020, S.46, 122/KOMM
171. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. DDr. Hubert Fuchs in der 9. Sitzung vom 01. Juli 2020, S.47, 54/KOMM
172. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hans Niessl in der 41. Sitzung vom 17. März 2021, S. 4, 198/KOMM
173. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hans Niessl in der 41. Sitzung vom 17. März 2021, S. 11 f., 198/KOMM
174. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der
175. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hans Niessl in der 41. Sitzung vom 17. März 2021, S. 4, 198/KOMM
176. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. DDr. Hubert Fuchs in der 9. Sitzung vom 01. Juli 2020, S.48, 54/KOMM
177. DiePresse, 23.01.2013 Pokersalons: Unmut un Unklarheit über Rechtslage
178. DiePresse, 11.11.2020, Strache und der Pokerkönig
179. KURIER, 03.12.2019, Setzte sich Strache für Pokercasino-Betreiber ein? Zanon dementiert Anschuldigungen
180. DerStandard, 28.06.2020, Strache fragte auch „Pokerkönig Zanon: „Welches Gesetz wäre wichtig?“
181. DerStandard, 28.06.2020, Strache fragte auch “Pokerkönig Zanon: “Welches Gesetz wäre wichtig?“
182. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 42, 42/KOMM
183. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 04. Juni 2020, S. 42, 42/KOMM
184. Die Presse, 20.05.2015, Glückspiel: 2019 geht in Pokersalons das Licht aus
185. https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/I/I_00684/#tab-Uebersicht
186. Die Presse, 20.05.2015, Glückspiel: 2019 geht in Pokersalons das Licht aus
187. § 1 Abs 2 iVm § 57 Abs 1 GSpG
188. Die Presse, 10.03.2020, 215 Dienstnehmer von Zanon-Pleite betroffen

189. DerStandard, 02.12.2019, Ibiza-Ermittlungen führen zu Strache und „Pokerkönig“ Zanoni
190. Die Presse, 03.12.2019, Straches Poker um neue Gesetze für das Glücksspiel
191. KURIER, 03.12.2019, Setzte sich Strache für Pokercasino-Betreiber ein? Zanoni dementiert Anschuldigungen
192. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 04. Juni 2020, S. 43, 42/KOMM
193. Regierungsprogramm 2017-2022, S. 88
194. ORF.at, 11.11.2020, Angebliches Jachtangebot im Visier der Strache-Ermittlungen
195. DerStandard, 28.06.2020, Strache fragte auch „Pokerkönig“ Zanoni: „Welches Gesetz wäre wichtig?“
196. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Ing. Norbert Hofer in der 10. Sitzung vom 2. Juli 2020, S. 21, 55/KOMM
197. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Alfred Hacker in der 27. Sitzung vom 3. Dezember 2020, S. 24, 125/KOMM
198. DerStandard, 02.10.2020, Causa Casinos: Josef Pröll löscht alle Chats mit Novomatic-Chef
199. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Alfred Hacker in der 27. Sitzung vom 3. Dezember 2020, S. 26, 125/KOMM
200. DerStandard, 31.05.2021, Gesetzestext für Konkurrenz: Nächster Casinos-Deal im Visier der Justiz
201. DerStandard, 31.05.2021, Gesetzestext für Konkurrenz: Nächster Casinos-Deal im Visier der Justiz
202. DerStandard, 30.05.2021, Wahr oder falsch: Warum gegen das Umfeld des Kanzlers ermittelt wird
Es gilt die Unschuldsvermutung
203. DerStandard, 31.05.2021, Gesetzestext für Konkurrenz: Nächster Casinos-Deal im Visier der Justiz
204. Die Presse, 11.11.2020, Strache und der Pokerkönig
205. Der Standard, 02.12.2019, Ibiza-Ermittlungen führen zu Strache und „Pokerkönig“ Zanoni
206. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Ing. Norbert Hofer in der 10. Sitzung vom 02. Juli 2020, S.19, 55/KOMM
207. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 04. Juni 2020, S. 43, 42/KOMM
208. Die Presse, 11.11.2020, Strache und der Pokerkönig
209. Es gilt die Unschuldsvermutung
210. Die Presse, 11.11.2020, Strache und der Pokerkönig
211. profil, 17.07.2021, Frühstück bei Löger: Arbeitspaket Privatstiftungen
212. Regierungsprogramm 2017-2022
213. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Stefan Pierer in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 32, 112/KOMM
214. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Stefan Pierer in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 33-34, 112/KOMM
215. Kontrast, 12.11.2018, Michael Tojner, Stefan Pierer & Co: Ihr Deal kostet Österreich Milliarden
216. Kurier, 12.11.2018, Aufregung um Novelle für Stiftungen
217. Kurier, 12.11.2018, Aufregung um Novelle für Stiftungen
218. <https://holding.oebb.at/de/das-unternehmen/Organe>
219. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Stefan Pierer in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 34, 112/KOMM
220. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Stefan Pierer in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 33, 112/KOMM
221. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr.in Cattina Leitner, LL.M. in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020 S. 27, 116/KOMM
222. Industriemagazin, 27.02.2019, Michael Tojner gibt sich im Kampf um B&C Stiftung geschlagen
223. DerStandard, 14.07.2021, „Hey Blümchen“: Neue Schmid-Chats zeigen Kampf um türkis-blaues Budget
224. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Kathrin Glock in der 28. Sitzung vom 12. Jänner 2021, S.15, 154/KOMM
225. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Wolfgang Leitner in der 25. Sitzung vom 26. November 2020, 121/KOMM S.62 Dok, 68068
226. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Dr. Daniel Varro, LL.M. in der 37. Sitzung vom 4. März 2021 S. 16, 174/KOMM 68068
227. Profil, 17.07.2021, Frühstück bei Löger: Arbeitspaket Privatstiftungen
228. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr.in Cattina Leitner, LL.M. in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020 S.24, 116/KOMM
229. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr.in Cattina Leitner, LL.M. in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020 S. 28, 116/KOMM
230. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Dr. Daniel Varro, LL.M. in der 37. Sitzung vom 4. März 2021 S. 16, 174/KOMM
231. profil, 17.07.2021, Frühstück bei Löger: Arbeitspaket Privatstiftungen
232. profil, 17.07.2021, Frühstück bei Löger: Arbeitspaket Privatstiftungen
233. profil, 17.07.2021, Frühstück bei Löger: Arbeitspaket Privatstiftungen
234. profil, 17.07.2021, Frühstück bei Löger: Arbeitspaket Privatstiftungen

235. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Dr. Daniel Varro, LL.M. in der 37. Sitzung vom 4. März 2021 S. 16, 174/KOMM
236. <https://www.bmj.gv.at/ministerium/organisation-und-aufgaben.html>
237. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Dr. Daniel Varro, LL.M. in der 37. Sitzung vom 4. März 2021, S.15, 174/KOMM
238. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Dr. Daniel Varro, LL.M. in der 37. Sitzung vom 4. März 2021, S.12, 174/KOMM
239. Anm.: während der Expertenregierung, nach Ende der türkis-blauen Koalition
240. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Dr. Daniel Varro, LL.M. in der 37. Sitzung vom 4. März 2021, S.18, 174/KOMM
241. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Dr. Daniel Varro, LL.M. in der 37. Sitzung vom 4. März 2021, S.14, 174/KOMM
242. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr.in Cattina Leitner, LL.M. in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020 S.39, 116/KOMM
243. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr.in Cattina Leitner, LL.M. in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S.29, 116/KOMM
244. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 38, 39, 42/KOMM
245. OTS, 15.04.2019, Löger schickt Bankenaufsichtsreform in Begutachtung
246. Die Presse, 20.11.2018, Bankenaufsicht wandert vollständig zur FMA - OeNB-Belegschaft
dagegen fondsprofessionell.at, 16.04.2019, FMA-Chef Ettl wird abberufen - harte Kritik an Aufsichtsreform
247. Die Presse, 20.11.2018, Bankenaufsicht wandert vollständig zur FMA - OeNB-Belegschaft dagegen
248. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 38, 39, 42/KOMM
249. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 54, 42/KOMM
250. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Herbert Kickl in der 41. Sitzung vom 17. März 2021, S. 19, 199/KOMM
251. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Treichl in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 19, 248/KOMM
252. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Treichl in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 19, 248/KOMM
253. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Treichl in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 19, 248/KOMM
254. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Treichl in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 4, 248/KOMM
255. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2017 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 37 und 38
256. Vortrag an den Ministerrat betreffend die Reform der Österreichischen Finanzmarktaufsicht 36/31
257. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Sebastian Kurz in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 32, 50/KOMM
258. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Treichl in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 20, 248/KOMM
259. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 20, 197/KOMM
260. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 68, 52/KOMM
261. <https://www.raiffeisen.at/noew/rlb/de/meine-bank/management/vorstand.html>
262. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 48, 197/KOMM
263. fondsprofessionell.at, 06.06.2019, FMA und OeNB stoppen Lögers Aufsichtsreform

POSTEN- SCHACHER

13.3.2019

Sebastian Kurz und Thomas Schmid:

Kurz: Super danke vielmals!!!! Du Aufsichtsratssammler :)

Schmid: Das ist dort mein Hauptberuf – bitte mach mich nicht zu einem Vorstand ohne Mandate . Das wäre ja wie Wiener Stadtrat ohne Portfolio

Kurz: Kriegst eh alles was du willst 🙄🙄🙄

Schmid: Ich bin so glücklich :-))) ... Ich liebe meinen Kanzler!

Die Worte des ehemaligen FPÖ-Parteichefs Heinz-Christian Strache auf Ibiza erweckten bei den Österreicher*innen den Eindruck, dass dieser eine Politik für Partei-Günstlinge unterstützte.

Als das Ibiza-Video am 17. Mai 2019 veröffentlicht wurde, warfen diese Aussagen ein neues Licht auf alle jene Postenbesetzungen, die durch die FPÖ bestimmt, genehmigt oder sonst in irgendeiner Form unterstützt worden sind. Nur wenige Tage nach Veröffentlichung des Videos, am 21. Mai 2019 langte bei der WKStA eine anonyme Anzeige ein, die den Beginn der Ermittlungen rund um Postenbesetzungen und damit zusammenhängende mutmaßliche Absprachen in der türkis-blauen Bundesregierung darstellt.

29.03.2019

Harald Neumann und HC Strache:

Neumann: Sidlo in den Vorstand gewählt 👍

Strache: Vielen Dank für das korrekte Vorgehen!

PETER SIDLO

Ausgangspunkt: Causa Casinos

Der zentrale Punkt der Causa Casinos betrifft mutmaßliche Absprachen unter der türkis-blauen Regierung zwischen Politiker*innen und Vertreter*innen der Glücksspielbranche.

Im März 2019 wählte der Aufsichtsrat der CASAG einen neuen Vorstand. Beschlossen wurde, dass jeder der drei Großaktionäre je einen Vorstand nominieren darf.² Bettina Glatz-Kremsner, ehemalige stellvertretende ÖVP-Obfrau, wurde als Vorstandsvorsitzende bestellt. Martin Skopek sowie Peter Sidlo komplettierten den neuen Dreier-Vorstand der CASAG.³ Peter Sidlo zog auf dem Ticket der Novomatic⁴ und Martin Skopek für die Sazka Group⁵ in den Vorstand ein.

Im Zentrum der Causa-Casinos Ermittlungen stehen ein mutmaßlicher Deal zwischen der Novomatic und der FPÖ, mutmaßliche Absprachen zwischen der ÖVP und der Novomatic sowie eine mögliche Verschränkung der Bestellung von Peter Sidlo zum Finanzvorstand der CASAG mit der Bestellung von Thomas Schmid zum Alleinvorstand der ÖBAG.⁶

Am 21. Mai 2019 langte bei der WKStA eine anonyme Anzeige ein, die den Stein der Causa Casinos-Ermittlungen ins Rollen brachte.⁷ Laut Inhalt dieser anonymen Anzeige soll es zu einem mutmaßlichen Deal zwischen der Novomatic und der FPÖ gekommen sein, aufgrund dessen Peter Sidlo zum Finanzvorstand der CASAG bestellt wurde. Dies trotz mangelnder Qualifikation.⁸ In der Anzeige heißt es in Bezug auf die Rolle des damaligen Aufsichtsratschefs Walter Rothensteiner bei der Bestellung von Peter Sidlo weiter: *„Rothensteiners Handeln begründet sich in der Tatsache, dass dieser von Finanzminister (Hartwig) Löger die Anweisung erhielt, beide Regierungsfarben im neuen Casag-Vorstand unbedingt durchzusetzen, da dies der FPÖ in koalitionsinternen Verhandlungen über Postenbesetzungen im staatsnahen Bereich verbindlich zugesagt wurde.“*⁹ Darüber hinaus soll es kurz vor der Bestellung zwischen Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache zu einem Abstimmungsgespräch gekommen sein.¹⁰

Kurz gab, befragt zu Besprechungen bezüglich der Bestellung von Peter Sidlo an, dass es sein kann, dass Strache diesen erwähnt habe. Genau wusste er es nicht mehr.¹¹ Straches Antwort auf die Frage nach einem Abstimmungsgespräch fiel eindeutiger aus: *„Ja, mit Sicherheit wird's das gegeben haben.“*¹²

Rothensteiner soll laut anonymen Anzeige im privaten Bereich „frustriert“ angegeben haben, dass er die Wahl gehabt habe, *„‘Sidlo aus politischer Raison ‚durchzudrücken‘ oder als Aufsichtsratspräsident zurückzutreten‘. Sidlos Bestellung hielt er für das ‘kleinere Übel‘“*¹³

Die anonyme Anzeige führt als Gegenleistung für die Bestellung von Sidlo für die Novomatic günstige Änderungen im Glücksspielgesetz an.¹⁴

Ursprünglich wurde gegen sechs Personen ermittelt: Heinz-Christian Strache, Johann Gudenus, Ex-Staatssekretär Hubert Fuchs, Novomatic-Gründer und Eigentümer Johann Graf und Novomatic-CEO Harald Neumann.¹⁵ ¹⁶ Zudem wurde auch die Novomatic als Beschuldigte geführt.¹⁷ Am 12. August 2019 gab es mehrere Hausdurchsuchungen.¹⁸ Es fanden acht Hausdurchsuchungen an Privatwohnsitzen und zwei in Büroräumlichkeiten von Unternehmen statt.¹⁹ Die Liste der Beschuldigten wurde immer länger. Im November 2019 kam es zu einer weiteren Welle an Hausdurchsuchungen.²⁰ Am 12. November 2019 fanden Hausdurchsuchungen bei Hartwig Löger, Josef Pröll, Walter Rothensteiner, in der ÖBAG sowie bei ÖBAG-Chef Thomas Schmid statt.²¹

Somit wurde spätestens ab diesem Zeitpunkt auch gegen hohe ÖVP-Funktionäre ermittelt: Der ehemalige Finanzminister Hartwig Löger, der ehemalige ÖVP-Chef, Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll und der ehemalige Chef der ÖBAG Thomas Schmid stehen nun ebenso wie Walter Rothensteiner, ehemaliger Aufsichtsratschef der CASAG, auf der Beschuldigtenliste.²² Gegen Löger, Schmid, Rothensteiner und Pröll wird wegen Verdacht auf Bestechung, gegen Löger auch wegen Verdacht des Amtsmissbrauchs, gegen Rothensteiner und Pröll wegen Verdacht der Untreue ermittelt.²³ Sämtliche Beschuldigte bestreiten die Vorwürfe.

Eines der acht Beweisthemen des Ibiza-Untersuchungsausschusses widmet sich der Personalpolitik in staatsnahen Unternehmen.²⁴ Beleuchtet wurden im Untersuchungsausschuss Personalentscheidungen aller Unternehmen, an denen die Republik Österreich direkt oder indirekt beteiligt ist.

Es wurden nicht nur die Bestellung von Peter Sidlo zum Finanzvorstand der CASAG und jene von Thomas Schmid zum Vorstand der ÖBAG untersucht, sondern auch die Auswahl von Aufsichtsrät*innen in staatsnahen Unternehmen und damit möglicherweise zusammenhängende Gegenleistungen. An den Tag getreten sind im Untersuchungsausschuss zudem auch andere interessante Postenbesetzungen, etwa jene von Bernhard Perner in der ÖBAG.

16.1.2019

HC Strache und Arnold Schiefer:

***Strache:** Peter Sidlo wurde uns zugesagt!*

***Schiefer:** Muss aber bei Personalberater sich melden/bewerben*

***Strache:** Das ist passiert. Und Neumann und Glatz-Kremsner haben Unterstützung zugesagt.*

Bestellung von Peter Sidlo zum CASAG-Vorstand

Generalrat wurde Sidlo auf Wunsch der FPÖ. Für den Casinos-Job bekam er große Unterstützung durch die FPÖ, wengleich es sich mutmaßlich um einen Novomatic-Posten in dem dreiköpfigen Vorstand in der 3-Eigentümer-starken CASAG gehandelt hat. Sidlo kennt Strache seit über 25 Jahren.²⁷

Eine Auffälligkeit in seinem Auswahlverfahren war, dass beim Bewerbungsprozess ein Gutachten des Personalberatungsunternehmens Zehnder eingeholt wurde, welches Sidlos mangelnde Erfahrung festhielt und daraus ableitete, dass er aufgrund begrenzter einschlägiger Vorerfahrung „in den meisten Auswahlverfahren für den direkten Einstieg in eine entsprechende CFO-Position wahrscheinlich keine Berücksichtigung finden“ würde.²⁸ Das vollständige Zehnder-Gutachten wurde dem Gesamtaufsichtsrat jedoch nie vorgelegt. Es gab ein kurzes und ein langes Gutachten von Zehnder. Der Gesamtaufsichtsrat hatte die Vorlage der langen Version gewünscht.²⁹ Das Präsidium dürfte diesbezüglich unsicher gewesen sein. Daher wurden Rechtsgutachten von zwei Anwaltskanzleien (CMS und Dorda) eingeholt, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kamen.³⁰ Schlussendlich ist der Personalausschuss unter der Leitung von Walter Rothensteiner dem Wunsch des Gesamtaufsichtsrates nicht nachgekommen.³¹

Sidlo wurde dennoch zum Finanzvorstand der CASAG bestellt.³² „Für ihn stimmen die Vertreter der Republik, die 23,24 Prozent der Casag-Anteile hält, und jene des privaten Glücksspielkonzerns Novomatic, der 17,19 Prozent

besitzt. Der größte Einzelaktionär, die tschechische Sazka-Gruppe, die über 38,29 Prozent verfügt, enthält sich nobel der Stimme, gibt aber Bedenken an Sidlos Eignung zu Protokoll. Der formell einstimmigen Bestellung steht das jedoch nicht im Weg.“³³

Nach Bekanntwerden der Vorwürfe wurde Peter Sidlo vom Casag Aufsichtsrat am 02. Dezember 2019 „mit großer Mehrheit“ vorzeitig abberufen. Vom Aufsichtsrat wurden Reputationsschäden für die CASAG ins Treffen geführt.³⁴

16.02.2018

Bernhard Perner und Thomas Schmid:

Perner: Sidlo ist clean

Schmid: Danke

16.02.2018

Thomas Schmid und Albert Posch :

Schmid: Sidlo ist clean!

Posch: War er einmal auf Drogen? 😊

Schmid: 💪

16.02.2018

Thomas Schmid und Gernot Blümel:

Schmid: Sidlo ist clean!

Blümel: 👍

Hinweise auf einen „Hintergrunddeal mit den Blauen“

Nachweislich hat sich der damalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache für Peter Sidlo als Finanzvorstand der CASAG eingesetzt. In diesem Zusammenhang gibt es ab 2018 diverse Kommunikationsverläufe bzw. Termine zwischen FPÖ Funktionär*innen, dem BMF und Vertreter*innen der Novomatic, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Im Oktober 2018 ersuchte Strache Novomatic-Boss Harald Neumann sich mit ihm bezüglich einem Nachfolgekandidaten für Casinos-Vorstand Dietmar Hoscher zu besprechen.³⁵ Im November 2018 fand ein Termin zwischen Strache und Neumann statt.³⁶

Im November 2018 nahm Sidlo selbst Kontakt mit Neumann auf, um sein Interesse am Vorstandsmandat in der CASAG kundzutun. In weiterer Folge trafen sich beide mehrere Male.³⁷

Am 31. Jänner 2019 schickte der Generalsekretär des BMF Thomas Schmid Neumann eine Unterlage aus dem Finanzministerium zum Thema Lizenzen mit dem Hinweis: „*Das sagen die Experten bei uns – Gesetz für Entflechtung notwendig*“.³⁸ Am selben Tag fand ein Gespräch zwischen Harald Neumann, Hartwig Löger und Johann Graf statt. Nach dem Gespräch berichtete Neumann an Schmid, dass „*das Gespräch ausgezeichnet ;)) war*“.³⁹

Aus einer Notiz des damaligen CASAG-Aufsichtsratschefs Walter Rothensteiner vom 1. Februar 2019, die im Zuge eines Telefonats zwischen Rothensteiner und Löger entstand, ist neben dem Namen „Löger“ Folgendes zu entnehmen: „*Hat mit Graf konferiert, der hat irgendeinen Hintergrund Deal mit den Blauen. Daher ist Sidlo ein Muß. Alternativkandidat von Neumann gibt es nicht mehr, Graf will es nicht. Habe Löger gesagt, daß ich damit eigentlich meine Funktion überdenken muß. Versteht er, bittet mich, ihn zu verstehen. Er wird mit Pröll und Szarka reden, damit wir einstimmig bestellen können. Ich rede mit Steiner.*“⁴⁰

Als der ehemalige stellvertretende Aufsichtsratschef der CASAG Robert Chvátal Rothensteiner seine Entrüstung über den Vorschlag Sidlo als Finanzvorstand der CASAG mitteilt, antwortet ihm Rothensteiner mit den Worten: Sidlo sei „*ein Muss*“.⁴¹

Rothensteiner erklärte seine Notiz im Untersuchungsausschuss so, dass mit diesem Anruf klar war, dass die Novomatic hinter dem Kandidaten Sidlo stehe. Er hatte jedoch „*Bedenken, dass ein Vorstandsvorschlag von einem Aktionär abgelehnt werden könnte*“.⁴²

Die Formulierung Hintergrund-Deal in der Notiz könnte laut Aussage von Löger im Untersuchungsausschuss deswegen entstanden sein, da Löger in dem Telefonat von einem Gespräch zwischen Strache und Graf berichtete. Aus der Formulierung „Hintergrundgespräch“ könnte infolge ein „Hintergrunddeal“ geworden sein.⁴³

Rothensteiner legte im Untersuchungsausschuss offen, dass er zunächst nicht erfreut gewesen sei über die Bestellung von Sidlo als Finanzvorstand der CASAG. Er lernte Sidlo im Generalrat der OeNB kennen, wo Sidlo auf ihn zugekommen sei und gefragt habe, ob es „*für die FPÖ eigentlich auch einen Job in der Casag gäbe*“. Rothensteiner habe darauf ungehalten reagiert und kommuniziert, dass er keine politischen Besetzungen wünsche.⁴⁴

Darüber hinaus gibt es diverse Kommunikationsverläufe, in denen sich Strache nach Unterstützung in der Sache erkundigte oder dafür bedankte: So schrieb Strache am 15. Jänner 2019: „*Hallo liebe Bettina! Hoffe, es geht dir gut. Bezüglich Peter Sidlo ist alles auf Schiene! Danke für deine Unterstützung!*“ Daraufhin antwortete Bettina Glatz-Kremsner: „*Lieber Heinz, das freut mich und Unterstützung sehr gerne und aus Überzeugung! Liebe Grüße und alles Gute für deine Familie.*“⁴⁵

Am 16.01.2019 erkundigte sich Strache bei Neumann, ob „*alles auf Schiene*“ sei.⁴⁶ Neumann schrieb zurück: „*Haben alles zur Unterstützung beigetragen. Barbara Kolm hat auch mit dem Headhunter gesprochen. Bettina Glatz Kremsner ist auf unserer Seite. Thomas Schmid auch.*“⁴⁷

Darüber hinaus gab es zeitgleich Chats zwischen Strache und Arnold Schiefer (Finanzvorstand der ÖBB, der in der türkis-blauen Regierung Postenbesetzungen auf Seiten der FPÖ als Pendant von Thomas Schmid für die ÖVP verhandelte⁴⁸), in welchen Strache schrieb: „*Peter Sidlo wurde uns zugesagt!*“. Schiefer antwortete: „*Muss aber bei Personalberater sich melden/bewerben*“. Daraufhin schrieb Strache: „*Das ist passiert. Und Neumann und Glatz-Kremsner haben Unterstützung zugesagt.*“⁴⁹

Am 6. Februar 2019 wurde Strache von ÖBB Finanzvorstand Arnold Schiefer informiert, dass Sidlo eventuell nicht Vorstand werden könnte. „*Habe gehört sidlo kommt nicht durch*“, schrieb Schiefer an Strache.^{50 51} Daraufhin meldete sich Strache bei Neumann: „*Lieber Harald! Die Zusage bezüglich Peter Sidlo hält eh? Lg*“. Neumann antwortete: „*Soweit ich es beeinflussen kann, ja! Haben am 20.2. Präsidiumssitzung und da sollte die Entscheidung*

fallen! Ig Harald“. Strache schrieb daraufhin zurück: *„Herzlichen Dank! Welche Probleme kann es geben, welche ich aus dem Weg räumen muss? Lg“*⁵²

Strache bedankte sich am 11. Februar 2019 per Nachricht auch beim damaligen Finanzminister Löger,⁵³ woraufhin dieser ihm mit einem Daumen-hoch-Emoji antwortete. Diese Reaktion interpretierte Hartwig Löger im Untersuchungsausschuss als *„Ja, danke, aber gib Ruh!“*⁵⁴

Nach der Bestellung am 28. März 2019 schrieb Neumann an Strache: *„Sidlo in den Vorstand gewählt Daumen-hoch-Emoji“*. Strache schrieb zurück: *„Vielen Dank für das korrekte Vorgehen!“*⁵⁵ *„Gratulation!! Rest mündlich“* sind die Worte mit denen Neumann Sidlo nach seiner Bestellung gratulierte.⁵⁶

Die im Raum stehende Abmachung, die auch im Ermittlungsverfahren der Causa Casinos untersucht wird,⁵⁷ wurde von den beteiligten Personen im Ausschuss dementiert:

- Walter Rothensteiner schloss im Untersuchungsausschuss politische Absprachen bezüglich der Bestellung von Peter Sidlo aus.⁵⁸ Diesbezüglich hielt er Folgendes bereits in seinem Eingangsstatement fest: *„Zusammenfassend möchte ich noch einmal betonen, dass mir keine Abmachung zwischen der FPÖ und der Novomatic im Hinblick auf die Bestellung von Herrn Mag. Sidlo bekannt war und ist und ich daher auch keine Überlegungen dazu anstellen kann.“*⁵⁹
- Hartwig Löger schloss im Untersuchungsausschuss ebenso klar aus, dass *„ein politisches Thema zur Besetzung im Bereich des Vorstandes der Casinos gegeben war“*. Weiters führte er dezidiert aus: *„es gab zur Bestellung des Vorstands der Casag keine politischen Absprachen“*.⁶⁰
- Heinz Christian Strache schloss in seiner Befragung einen Deal aus und wies schon den Begriff *„Deal“* vehement zurück.⁶¹ Ebenso verneinte Johann Gudenus das Bestehen eines Deals.⁶²
- Bettina Glatz-Kremsner will laut ihrer Aussage im Untersuchungsausschuss vom Hintergrunddeal aus den Medien erfahren haben und habe keine Wahrnehmungen dazu.⁶³
- *„Es gab keinen und es gibt auch keinen wie auch immer gearteten Deal zwischen der Novomatic AG und der FPÖ oder anderen Parteien“*⁶⁴ hielt auch Harald Neumann in seinem Eingangsstatement im Untersuchungsausschuss fest.

Von sämtlichen Befragten wurde das Bestehen eines Deals zwischen FPÖ und der Novomatic dementiert. Die Fülle von Chatnachrichten und Treffen zwischen Strache und Neumann, dem BMF und der Novomatic und schriftliche Nachweise in Form von Chats über Unterstützung von Glatz-Kremsner, Löger und Schmid zeigen jedoch ein anderes Bild auf.

Was genau Sidlo qualifizierte, um für die Novomatic ins Rennen geschickt zu werden, konnte im Untersuchungsausschuss schlussendlich nicht geklärt werden. Neumann gab auf die Frage, warum gerade Peter Sidlo auf dem Ticket der Novomatic in den Vorstand eingezogen ist, an, dass er *„immerhin ein Jusstudium“* und *„letztendlich den Fit-und-proper-Test von der FMA“* bestanden habe.⁶⁵ Bernhard Krumpel, Leiter der Konzernkommunikation der Novomatic AG, verneinte im Untersuchungsausschuss, dass er ein *„internes Rumoren“* wahrgenommen habe, weil unter den 30.000 Mitarbeiter*innen der Novomatic sicher auch einige Expertise im Glücksspiel und Finanzbereich haben und schlussendlich aber ein Externer, nämlich Sidlo, nominiert wurde.⁶⁶

Abstimmung Bestellung Sidlo und Schmid

Aus einer schriftlichen Stellungnahme zur Zeugenvernehmung des ehemaligen CASAG Vorstandes Alexander Labak konnte folgender Satz entnommen werden: „Aus dem ÖBIB Umfeld wurde mir zu verstehen gegeben, dass sich das enge Zeitfenster auch darauf gründet, dass die Bestellung eines CASAG FPÖ Vorstandes mit der FPÖ Zustimmung für eine Alleingeschäftsführung von Schmid bei der ÖBAG verschränkt ist.“⁶⁷ Aus dieser Stellungnahme ergibt sich die Annahme einer Verbindung zwischen der Bestellung von Peter Sidlo zum Finanzvorstand der CASAG und der Bestellung von Thomas Schmid zum Vorstand der ÖBAG.

Unbestreitbar ist jedenfalls der zeitliche Zusammenhang der Postenbesetzungen: Thomas Schmid wurde bei der Aufsichtsratssitzung am 27.03.2019 zum Vorstand bestellt.⁶⁸ Peter Sidlo wurde einen Tag später am 28.03.2019 zum Finanzvorstand der CASAG bestellt.⁶⁹

Bezüglich Postenbesetzungen verhandelte seit Beginn der türkis-blauen Regierungsperiode auf Seiten der ÖVP Thomas Schmid, damals Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium und später ÖBAG-Chef mit Arnold Schiefer auf Seiten der FPÖ.⁷⁰

Schon im November 2017 schrieb Schmid an Kurz „cooler Deal für ÖVP“ und am 05.10.2018 an Blümel „Bin mit Arno durch“.⁷¹ Das aus den Ermittlungsakten stammende Dokument „Einigungsentwurf über die offenen Punkte der ÖIAG NEU und der Aufsichtsreform“ zeigt, dass Schiefer und Schmid diverse Vereinbarungen bezüglich der Posten in staatsnahen Unternehmen getroffen haben.⁷² Teil davon war der türkise Alleinvorstand in der ÖBAG und ein Job bei den Casinos.⁷³ Die WKStA geht davon aus, dass es sich bei dieser Einigung um den in Chats wiederholt genannten Sideletter handelt.⁷⁴

Ob Gernot Blümel die im „Einigungsentwurf über die offenen Punkte der ÖIAG NEU und der Aufsichtsreform“ festgehaltenen Inhalte aus seiner Zeit als Kanzleramtsminister in der türkis-blauen Regierung kennt, konnte dieser nicht sagen. So konkret könne er sich nicht erinnern, antwortete er im Untersuchungsausschuss.⁷⁵

Auf Vorhalt einer Nachricht von Strache an Löger, in welcher sich Strache auf eine Vereinbarung zwischen Schiefer und Schmid für die Parteien bezieht, antwortete Bundeskanzler Sebastian Kurz im Untersuchungsausschuss: „Ich habe keine Ahnung, was die vereinbart haben, ob das eine Personalagenda war, ob das Budgetfragen waren – keine Ahnung.“⁷⁶

Befragt nach einem Konnex zwischen der Bestellung von Schmid und Sidlo, antwortete Strache dem Untersuchungsausschuss, dass es „keine Junktimierung“ gab.⁷⁷

Hartwig Löger wurde im Untersuchungsausschuss bezugnehmend auf eine Nachricht von Strache an Löger, in welcher Gespräche von Schmid mit Schiefer und Postenbesetzungen thematisiert wurden, befragt, ob er in die Verhandlungen über Postenbesetzungen eingebunden war.⁷⁸ Er schloss aus, „dass die zwei genannten Personen die Entscheidungen über Besetzungen in Aufsichtsräten getroffen haben“. „In welcher Form Schiefer und Schmid da aus der Sicht von Strache agiert haben“, entziehe sich seiner Kenntnis.⁷⁹

Chats, die Schmid schrieb und mit denen er diversen Personen über seine Verhandlungserfolge berichtete, zeigen ein anderes Bild: „Ich war bis jetzt mit Arno Schiefer Paket verhandeln“, „Bin mit Arno durch. Gut gelaufen“⁸⁰, an einem anderen Tag schrieb Schmid an den Kabinettschef von Strache: „Ihr wolltet, dass wir das mit Arno Schiefer abstimmen“⁸¹. Es ist daher nicht nachvollziehbar, weshalb Löger überhaupt nicht in die Verhandlungen seines Kabinettschefs Schmid eingebunden hätte sein sollen.

Auf die Frage, ob von der FPÖ im Gegenzug für den Vorschlag der ÖVP von Thomas Schmid als ÖBAG-Vorstand ein Vorschlagsrecht eingeräumt wurde, antwortete der (vermeintliche) Verhandler für Postenbesetzungen der

FPÖ Arnold Schiefer, dass er annehme, dass es „zwei, drei Forderungen“ und „zwei, drei Gegen-“Forderungen gegeben haben wird.⁸²

Im April 2019 schrieben der Kabinettschef von Kurz und Thomas Schmid über den „*Einigungsentwurf über die offenen Punkte der ÖIAG NEU und der Aufsichtsreform*“. Bonelli erkundigte sich, wie der Unterpunkt „*Option auf einen Top Job für die Ebene unterhalb des Vorstandes*“ zur CASAG zu verstehen sei. Schmid antwortete: „*Ich hätte der FPÖ nur Büroleiter gegeben*“ - „*Schiefer akzeptierte*“ (gemeint wohl Schiefer) - „*Bekommen haben sie Vorstand*“.⁸³


Es ist daher aufgrund der Aktenlage sowie der zitierten Nachrichten naheliegend, dass es eine Verbindung zwischen den beiden Postenbesetzungen (ÖBAG Alleinvorstand und CASAG Finanzvorstand) gab, insbesondere angesichts der Tatsache, dass beide Postenbesetzungen offensichtlich gemeinsam/zeitgleich verhandelt wurden.


11.12.2018

Thomas Schmid und Gernot Blümel:

Schmid: ÖBAG vom NR beschlossen Auch mit den Stimmen der SPÖ



Blümel: SchmidAG fertig! 

Schmid: 

Schmid: Habe noch keinen Aufsichtsrat 

BESTELLUNG VON THOMAS SCHMID ZUM ÖBAG-VORSTAND

Schlüsselrolle im Finanzministerium

Thomas Schmid spielte jahrelang eine zentrale Rolle im Bundesministerium für Finanzen (BMF). Er war über mehrere Jahre Generalsekretär und Kabinettschef⁸⁴ und somit nach dem Minister die wichtigste Person im Ministerium.

Im Untersuchungsausschuss spielte er ebenso eine zentrale Rolle. Dies nicht zuletzt, weil Schmid über 300.000 Chats mit diversen wichtigen Entscheidungsträger*innen in der türkisen-blauen Republik ausgetauscht hatte, die von ihm zunächst gelöscht, jedoch von der WKStA über ein Backup wiederhergestellt werden konnten.⁸⁵

Schmid hat federführend am ÖIAG-Gesetz gearbeitet,⁸⁶ welches die Umwandlung der ÖBIB in die ÖBAG festlegte. Im Rahmen der Reform wurde zudem entschieden, dass es einen Alleinvorstand in der ÖBAG geben sollte. Die Akten sprechen klar dafür, dass Schmid schon Ende 2017 den Plan hatte, in die ÖBAG zu wechseln. Am 10. Dezember 2017 schrieb Schmid an Arnold Schiefer „*Sebastian will dass ich noch bleibe - ich will so schnell wie möglich zur ÖBIB*“.⁸⁷ Im Laufe des Jahres 2018 wurden die Vorbereitungen für die Bestellung zum Vorstand der ÖBAG dann konkreter, wie im Folgenden noch genauer erklärt wird.

Während Schmid als Generalsekretär an der ÖBIB-Reform arbeitete, plante er ganz selbstverständlich seine Bestellung zum Alleinvorstand der neuen ÖBAG, noch bevor das neue Gesetz zur Umgestaltung der ÖBIB in die ÖBAG überhaupt beschlossen wurde.

Schmid selbst entschlug sich bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss umfassend mit Verweis auf § 43 Abs 1 Z. 1 VO-UA. Es gab und gibt ein laufendes Ermittlungsverfahren, in welchem „*Absprachen, Vereinbarungen etc; Umgestaltung der ÖBAG; Personalentscheidungen im Zeitraum 18. Dezember 2017 bis Ende Mai 2019 betreffend staatsnahe Betriebe*“⁸⁸ gegenständlich sind. Einer zweiten Ladung in den Untersuchungsausschuss kam Schmid nicht nach.⁸⁹

ÖBAG Vorstand - ein kurzer Bewerbungsprozess

Am 15. Februar 2019 konstituierte sich der Aufsichtsrat der ÖBAG. Prof. Mag. Helmut Kern als Vorsitzender sowie Günther Helm, Karl Ochsner, Susanne Hölinger und Iris Ortner, Christian Ebner sowie drei Arbeitnehmer*innenvertreter*innen sind Teil des ÖBAG Aufsichtsrates.⁹⁰

Aus der Mitte des Aufsichtsrates wurde noch am Tag der konstituierenden Aufsichtsratssitzung, also am 15. Februar 2019, der Nominierungsausschuss gewählt.⁹¹ Der Nominierungsausschuss bestand aus dem ersten Stellvertreter Karl Ochsner, aus Christine Asperger als Arbeitnehmer*innenvertreterin und aus Prof. Mag. Kern als Vorsitzenden des Nominierungsausschusses.⁹²

Der Nominierungsausschuss wurde laut Finanzministerium „*mit der Vorbereitung der Ausschreibung für den Headhunter, mit der Vorbereitung der Ausschreibung und der Durchführung der Ausschreibung für den Vorstand beauftragt. Die Bestellung des Vorstands erfolgt entsprechend den Governance-Regelungen durch den Gesamtaufichtsrat.*“⁹³

Den vorbereitenden Unterlagen für die Sitzung des Nominierungsausschusses konnte ein Ausschreibungstext für den Vorstandsposten entnommen werden, der mit dem vom Nominierungsausschuss beauftragten Personalberatungsunternehmen Amrop Jenewein durchgegangen wurde.⁹⁴ Am vorbereiteten Ausschreibungstext wurden vom Nominierungsausschuss nur geringfügige Änderungen vorgenommen.⁹⁵

Am 21. März 2019 endete die Bewerbungsfrist und am 26. März 2019 fand sich der Nominierungsausschuss zusammen, da bereits die Hearings der erstgereihten Bewerber*innen stattfanden. Einen Tag später, am 27. März 2019, wurde die Bestellung des Vorstandes in der Aufsichtsratssitzung beschlossen.⁹⁶

Eine gute Woche nach Ende der Bewerbungsfrist, am 29. März 2019, war der Dienstbeginn von Thomas Schmid in der ÖBAG.⁹⁷

Auswahl des ÖBAG Aufsichtsrats

BMF-Generalsekretär Thomas Schmid war nachweislich in die Auswahl der Aufsichtsrät*innen der ÖBAG involviert. Chats belegen, dass Schmid diverse Kandidat*innen für den ÖBAG Aufsichtsrat den in den Entscheidungsprozess eingebundenen Akteur*innen vorgeschlagen hat. Bemerkenswert ist das deswegen, weil der Aufsichtsrat den Vorstand bestellt und Schmid somit bei der Auswahl jenes Aufsichtsrats mitgewirkt hat, der ihn dann wiederum zum Vorstand der ÖBAG machte.

In den Auswahlprozess der Aufsichtsrät*innen waren diverse Personen involviert. Die Staatsanwaltschaft hat Chats mit Schmid, Finanzminister Hartwig Löger, Kanzleramtsminister Gernot Blümel, Bundeskanzler Sebastian Kurz, aber auch PR Beraterin Gabriela Spiegelfeld-Quester (die zunächst fürs BMF und später für die ÖBAG

tätig war) und Kabinettschef von Kurz Bernhard Bonelli sichergestellt, worauf im Nachstehenden genauer eingegangen wird.

Susanne Höllinger wurde von Spiegelfeld als mögliche Aufsichtsrätin für die ÖBAG ins Spiel gebracht. Spiegelfeld schrieb an Schmid: „*Höllinger auf potentieller Liste!*“⁹⁸ Spiegelfeld selbst gibt im Ausschuss an, immer wieder qualifizierte Frauen vorgeschlagen zu haben.⁹⁹ Nach mehreren (vergeblichen) Versuchen Aufsichtsrätinnen zu finden, schrieb sie an Schmid „*Mir gehen die Weiber so am Nerv*“.¹⁰⁰ In ihrer Befragung distanzierte sich Spiegelfeld von dieser Aussage und entschuldigte sich damit, diese aus einer Emotion heraus getätigt zu haben.¹⁰¹

Im Jänner 2019 schrieb Schmid an Blümel: „*gebt mir einen guten AR – Aufsichtsrats- – „Chef*“.¹⁰²

Wie die Chatnachrichten zeigen, scheint auch der Bundeskanzler bezüglich der Auswahl der Aufsichtsrät*innen mehr als nur informiert gewesen zu sein. Schmid schrieb nach einem Gespräch bezüglich ÖBAG mit Kurz im Dezember 2018 an seine Assistentin Melanie L.: „*Kurz scheisst sich voll an*“.¹⁰³ Aus diesen Nachrichten geht auch hervor, dass Kurz (vorübergehend) vor hatte, Siegfried Wolf zum Aufsichtsratschef zu machen.¹⁰⁴ Ebenso im Dezember schrieb Schmid an Kurz: „*Pierer für den ÖBAG Aufsichtsrat wäre echt cool!*“, Kurz antwortete mit „*unmöglich*“.¹⁰⁵ Nachdem das ÖBAG-Gesetz im Parlament beschlossen wurde, bat Schmid bei Kurz um einen Termin und kündigte an, dass er „*nur ein paar bitten wegen der anderen Aufsichtsräte und Anmerkungen betreffend Vorstände*“ habe.¹⁰⁶ Im Februar 2019 war kurzzeitig auf Wunsch von Kurz auch Theodor zu Guttenberg als Aufsichtsratschef im Gespräch.¹⁰⁷

Zudem war auch der Kabinettschef von Kurz im Vorfeld der Aufsichtsratsbestellung eingebunden. Bezüglich der zukünftigen Aufsichtsrätin Susanne Höllinger schrieb der Kabinettschef an Schmid, dass sie sich bei einem Termin ein Bild machen sollen und wenn „*alle drei ein gutes Gefühl haben*“, soll ein Termin „*mit Sebastian*“ ausgemacht werden.¹⁰⁸

Auffällig war bei den sichergestellten Chatnachrichten, dass die „*Steuerbarkeit*“ von Aufsichtsrät*innen wiederholt als positives Merkmal erwähnt wurde.¹⁰⁹ So schrieb Schmid bezüglich der Kandidatin Höllinger, diese sei „*wirklich eine gute! Compliant, Finanzexpertin, Steuerbar, Raiffeisen und Sehr gutes Niederösterreich Netzwerk. Sie hat für NÖ auch delikate Sachen sauber erledigt.*“¹¹⁰ Selbige SMS schickte er an Blümel.¹¹¹ Auch bezüglich Sophie Karmasin schrieb Schmid, diesmal an Löger: „*wäre gut steuerbar*“.¹¹²

27.12.2018

Thomas Schmid und Assistentin Melanie L.:

L. : International war die Empfehlung es drinnen zu lassen

Schmid: *Ich bin aber nicht international erfahren*

Schmid: *Ich habe immer in Österreich gearbeitet*

L: Man kann das Verbinden mit dem Bmeia, Brüssel und dem prealable

Schmid: *Ihr denkt das reicht?*

L: Frau dr werner meinte natürlich, können es aber gerne raustun, wenn du willst.

Selbst gebastelte Ausschreibung für Vorstandsposten

Spätestens im Herbst 2018 war öffentlich bekannt, dass sich BMF-Generalsekretär Thomas Schmid für den Vorstandsposten bei der neuen ÖBAG interessierte.¹¹³ In den Akten der WKStA finden sich einige Chats, die belegen, dass schon Monate vorher der Wechsel zur ÖBAG genauestens geplant wurde.

Zunächst ging es um Ausstattungsfragen und Überlegungen, welches Personal mit in die ÖBAG wechseln sollte.

Im Juli 2018 unterhielten sich Thomas Schmid und seine damalige Assistentin Melanie L., die Anfang April 2019 mit ihm in die ÖBAG wechselte¹¹⁴, darüber, welcher Chauffeur aus dem Finanzministerium mit in die ÖBAG genommen werden soll.¹¹⁵ Ein wichtiges Anliegen für L. war eine Klimaanlage im neuen Büro und daher erkundigte sie sich im Juli 2018, ob sie eine solche einbauen lassen könnten.¹¹⁶ Ebenso schrieb die Mitarbeiterin L. an Schmid am 30. Oktober 2018: „*Du kannst sie ja mit in die ÖBAG nehmen*“ und bezieht sich dabei auf Eva Hieblinger-Schütz die zu dieser Zeit ebenso im Kabinett des BMF arbeitete.¹¹⁷

In Chats von Dezember 2018 wurde es dann konkreter: Schmid diskutierte gemeinsam mit zwei engen Mitarbeiter*innen im BMF, Melanie L. und Bernhard Perner (auch dieser folgte ihm im April 2019 in die ÖBAG, wo er bis zum Antritt des Geschäftsführerpostens der COFAG arbeitete¹¹⁸), ob zB „*international*“ als Erfordernis in der Ausschreibung für den Vorstandsposten der ÖBAG enthalten sein solle oder nicht.¹¹⁹ So unterbreitete Bernhard Perner die folgenden Änderungsvorschläge für den Ausschreibungstext: „*Im 2. Absatz: international eher streichen?*“ Ein wenig später schrieb die Mitarbeiterin Melanie L. in den Gruppenchat: „*Haben länger über das international diskutiert - Empfehlung wäre es drin zu lassen*“. „*Bauen es noch ein*“, folgte als Antwort im Einzelchat, woraufhin Thomas Schmid rückmeldete: „*Ich bin aber nicht international erfahren*“, „*Ich habe immer in österreich gearbeitet*“. Die Antwort von L.: „*Man kann das Verbinden mit dem Bmeia, Brüssel und dem prealable*“.¹²⁰

Perner unterbreitete einen weiteren Vorschlag im Gruppen-Chat mit L. und Schmid: „*Erfahrung in Aufsichtsräten staatlicher oder teilstaatlicher Unternehmen (KA Finanz)*“ sollte als Anforderung hinzugefügt werden. Zu dieser Zeit hatte Schmid ein Aufsichtsratsmandat in der KA Finanz inne.¹²¹

Im Ermittlungsverfahren wurde schlussendlich festgehalten, dass international als Kriterium schlussendlich nicht Eingang in den Ausschreibungstext fand. So schreiben die Ermittler: „*einige Änderungen wie „weitere Fremdsprachenkenntnisse erwünscht“ wurde gestrichen aber „visionäres Denken“ – zum Beispiel – „als Kriterium hinzugefügt“, „erfahrene[n] Führungspersönlichkeit“ wurde in eine „integrative Führungspersönlichkeit mit kooperativem Führungsstil“ umgewandelt*“.^{122,123}

Hartwig Löger verwies auf die Zuständigkeit des Aufsichtsrates für die Bestellung des Vorstandes.¹²⁴ So gab der damalige Finanzminister Hartwig Löger im Untersuchungsausschuss zu Protokoll: „*Dieser Aufsichtsrat (Anm: der sich neu konstituierte ÖBAG Aufsichtsrat) hat dann eine Ausschreibung zur Besetzung einer Vorstandspostion vollzogen, und ja, Mag. Schmid hat sich dort beworben und ist auch im Rahmen dieser Auswahl dann als Vorstand vom Aufsichtsrat der Öbag bestellt worden*“.¹²⁵

Die Ausschreibung des Vorstandspostens wurde am 21.02.2019 in der Wiener Zeitung veröffentlicht. Am 14.02.2019 – eine Woche vor Veröffentlichung der Ausschreibung – schickte Balázs S. ein Mail an Elisabeth Gruber mit einer Timeline, die die weiteren Schritte in der ÖBAG aufzeichnet. Diese Timeline hält bereits die „*Zurücklegung KC (Anm.: Kabinettschef) & GS (Anm. Generalsekretär), Beendigung Dienstverhältnis BMF*“ am 28.03.2019 fest.¹²⁶ Der Aufsichtsratschef Helmut Kern gibt in seiner Befragung an, dass der Fahrplan (bezüglich Ausschreibung, Hearings, Bestellung und Dienstbeginn) „*im Nominierungsausschuss gemeinsam mit dem Personalberater erstellt*“ wurde.¹²⁷

Bernhard Perner (eh. Mitarbeiter des BMF, dann ÖBAG und mittlerweile COFAG), der in Chatnachrichten Vorschläge in Bezug auf die ÖBAG Vorstands-Ausschreibung machte, erklärte die Chats rund um die Anforderungen in der Ausschreibung im Untersuchungsausschuss sinngemäß so, dass er nicht an einer auf Schmid zugeschnittenen Ausschreibung gearbeitet, sondern konstruktive Vorschläge gemacht hätte. Ob die ihm vorgelegten Chatnachrichten (im Auswertungsbericht der WKStA mit seiner Telefonnummer und Namen versehen) wirklich von ihm stammen, konnte er nicht bestätigen.¹²⁸

Die Mitarbeiterin Melanie L. (eh. BMF, mittlerweile ÖBAG) entschlug sich gemäß § 43 Abs 1 Z. 1 VO-UA in ihrer Befragung zu diesem Thema im Untersuchungsausschuss.¹²⁹ Die WKStA hatte gegen sie ein Verfahren wegen falscher Beweisaussage eingeleitet. Bei dem Verfahren geht es einerseits um die Mitarbeit und Entstehung des Ausschreibungstextes¹³⁰ für den Vorstand der ÖBAG sowie um die Frage, wann Frau L. von der Bewerbung von Schmid für den Vorstandsposten erfahren hatte¹³¹.

In den Tagen vor dem Hearing für den ÖBAG-Vorstand bereitete sich Schmid intensiv auf den Auswahlprozess vor, wofür er sich auch Urlaub nahm.¹³² In dieser Zeit wurden fast alle Termine von Schmid abgesagt. Jedoch hatte Schmid innerhalb dieser Tage Zeit für diverse Termine mit fünf der insgesamt neun Aufsichtsrät*innen der ÖBAG.¹³³ So schrieb Schmid an L., dass drei Tage vor dem Hearing alle Termine abgesagt werden sollen, wobei er die Termine mit Klaus Ortner und Nowak ausdrücklich ausnahm.¹³⁴ Nachdem er auch den Termin mit Werner Luksch absagen wollte, riet ihm seine Mitarbeiterin L.: „*luksch würde ich schon machen*“ und weiter: „*Der muss dich Mittwoch absegnen*“.¹³⁵

Am 25. März 2019, am Vorabend des Hearings, war Schmid gemeinsam mit Sebastian Kurz, Peter Oswald (CEO Mondi Group) und Gabriela Spiegelfeld bei Klaus Ortner zum Essen eingeladen.¹³⁶ Nur wenige Wochen zuvor, am 15. Februar 2019, wurde seine Tochter Iris Ortner in den ÖBAG-Aufsichtsrat bestellt.¹³⁷ Darüber hinaus fand am 25. März 2019 der oben genannte Termin mit dem ÖBAG-Aufsichtsrat Werner Luksch statt. Bereits am 21. März 2019 hatte Schmid einen Termin mit Wolfgang Berndt und dem ÖBAG-Aufsichtsratschef Helmut Kern, am 20. März 2019 mit der ÖBAG-Aufsichtsrätin Christina Asperger, mit dem ÖBAG Aufsichtsrat Karl Ochsner sowie Arnold Schiefer, am 19. März 2019 mit dem ÖBAG-Aufsichtsrat Günther Helm, und am 12. März 2019 mit Kern zum Abendessen.^{138 139}

Involvierung von BK Sebastian Kurz und BM Blümel

Bundeskanzler Sebastian Kurz und Thomas Schmid hatten bereits im November 2017 auf Wunsch des Bundeskanzlers einen Termin zur ÖBIB. Im Juli 2018 fand ein weiterer Termin zwischen Kurz und Schmid statt, bei welchem über die ÖBIB gesprochen wurde.¹⁴⁰ Es ist daher davon auszugehen, dass Kurz schon von Beginn an in die ÖBIB-Reformen eingebunden war.

Am 21. August 2018 schrieb Blümel an Schmid: „*Hab dir heute deine ÖBIB gerettet*“ und Schmid antwortete mit: „*Mein Riesen Held!!!*“¹⁴¹ Nachdem das Gesetz im Nationalrat im Dezember 2018 beschlossen wurde, schrieb Blümel an Schmid die bezeichnenden Worte: „*SchmidAG fertig!*“¹⁴²

Blümel erklärte seine Wortwahl („*deine ÖBIB*“ und „*Schmid AG*“) damit, dass Schmid „*in seiner Funktion als Generalsekretär des Finanzministeriums natürlich auch federführend mit dem Gesetzwendungsbeschluss befasst*“ war.¹⁴³

Am 1. Februar 2019 – zu dieser Zeit wurden die Aufsichtsrät*innen für die ÖBAG gesucht – schrieb Blümel an Schmid „*keine Sorge was dich betrifft und wie du dich verhältst! Alles super*“ und „*du bist Familie*“ sowie „*wir alle brauchen dich!!!!*“¹⁴⁴

Befragt zu diesen Chats, verwies BM Blümel auf die lange und gute Bekanntschaft und entschlug sich mit Verweis auf § 43 Abs 1 Z. 1 VO-UA, da die Beantwortung der Frage eine strafgerichtliche Verfolgung nach sich ziehen könnte.

Bundeskanzler Kurz gab auf die Frage nach seiner Involvierung bezüglich der Bestellung von Schmid „informiert“ gewesen zu sein („Eingebunden im Sinne von informiert“, „Ich habe ihn immer für qualifiziert erachtet. Ich weiß nicht mehr, ob mich jemand um meine Meinung gefragt hat, aber hätte mich jemand um meine Meinung gefragt, hätte ich gesagt, dass ich ihn für qualifiziert halte. Die Entscheidung obliegt aber nicht dem Bundeskanzler.“, „Ich kann mich nicht erinnern, dass ich mich für ihn eingesetzt habe, aber ich habe ihn für qualifiziert gehalten. Und ja, ich respektiere auch diese Entscheidung.“).¹⁴⁵ Auf die Frage von Abg. Brandstätter im Untersuchungsausschuss, ob er, Kurz, nie mit Schmid darüber gesprochen habe, dass sich Letzterer auf den Vorstandsposten bewerben könnte, gab Kurz Folgendes an: „Nein, es war allgemein bekannt, dass ihn das grundsätzlich interessiert, und es war sicherlich auch so, dass immer wieder davon gesprochen wurde, dass er ein potenziell qualifizierter Kandidat wäre.“¹⁴⁶

Kurz hielt zudem fest, dass er den Aufsichtsrat, der für die Bestellung des Vorstands der ÖBAG zuständig war, nicht beeinflusst habe: „Der Aufsichtsrat ist in seiner Entscheidung frei.“¹⁴⁷

Chats aus den Ermittlungsverfahren der WKStA legen die Involvierung des Bundeskanzlers in die Bestellung des Aufsichtsrates der ÖBAG sowie seine Information über eine bevorstehende Bewerbung von Schmid für den Vorstandsposten der ÖBAG nahe. Die WKStA hat ein Ermittlungsverfahren wegen falscher Beweisaussage im Untersuchungsausschuss gegen Bundeskanzler Kurz sowie wegen ähnlicher Vorwürfe gegen seinen Kabinettschef Bernhard Bonelli eingeleitet.¹⁴⁸

In Nachrichten vom März 2018 nennt Kurz Schmid einen „Aufsichtsratssammler“¹⁴⁹ und noch kurz vor Schmid's Bestellung zum Vorstand der ÖBAG bat dieser Kurz ihn „nicht zu einem Vorstand ohne Mandate“ zu machen, denn „das wäre ja wie Wiener Stadtrat ohne Portfolio.“ Kurz antwortete Schmid darauf: „Kriegst eh alles, was du willst“, woraufhin Schmid zurückschrieb: „ich bin so glücklich :-))) Ich liebe meinen Kanzler“.¹⁵⁰

Insgesamt ergibt die Aktenlage des Untersuchungsausschusses ein klares Bild, dass Thomas Schmid schon 2018 begonnen hatte, seinen Vorstandsposten bei der ÖBAG genauestens vorzubereiten, noch bevor das Gesetz überhaupt beschlossen war. Der Ausschreibungstext wurde von Schmid mitgestaltet und seinen Qualifikationen entsprechend adaptiert. Die etlichen Nachrichten zwischen Blümel und Kurz mit Schmid dienen als Indiz, dass auch diese zumindest in den Grundzügen in die Vorhaben und Vorgänge eingebunden waren.

23.01.2018

Siegfried Stieglitz an HC Strache:

***Stieglitz:** Hallo lieber Christian, ich hoffe dir geht es gut! Zuletzt hat mir Norbert in einer persönlichen Besprechung zugesichert mich in einen Aufsichtsrat zu entsenden. So wie von uns - Norbert, Dir und mir- im Sommer besprochen und geplant. Weißt du schon näherers? Bitte sprich mit ihm mal. LG Dein Sigi*

AUFSICHTSRATSBESETZUNGEN

2:1 Aufteilung der Aufsichtsrät*innenposten

Zwischen den Koalitionsparteien in der türkis-blauen Regierung gab es die Vereinbarung, dass die Aufsichtsrät*innenposten im Verhältnis 2:1 nominiert werden.¹⁵¹¹⁵² Umgesetzt wurde das derart, dass in einem blauen Ministerium ein Drittel der Nominierungen von der türkisen Partei kamen – und umgekehrt genauso.¹⁵³ Diese Vorgehensweise wurde im Untersuchungsausschuss sowohl von Heinz-Christian Strache als auch vom Bundeskanzler Sebastian Kurz bestätigt.

FPÖ-Parteichef Norbert Hofer gab ebenso im Untersuchungsausschuss an, dass es in der schwarz-blauen Regierung eine Vereinbarung gab, „*wonach bei den Aufsichtsräten eine Verschränkung vorgenommen werden soll, etwa in dem Ausmaß ein Drittel/zwei Drittel [...]*“, wobei seiner Aussage nach „*die fachliche Eignung natürlich gegeben sein*“ müsste.¹⁵⁴

Spender*innen und Günstlinge in den Aufsichtsräten

Der ehemalige Bundesparteiobmann der ÖVP und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner sprach bezüglich der Finanzierung der neuen Volkspartei von Roadshows, bei denen Vertrauenspersonen Veranstaltungen organisieren und Spender*innen aufreiben. „*Im Wesentlichen geht es daher nicht darum, dass jemand etwas kauft, sondern im Wesentlichen geht es darum, dass ein Biotop entsteht; ein Biotop der Qualifizierten – das können Sie dann bei den einzelnen Postenbesetzungen nachvollziehen –, und ein Biotop, wo man im Endeffekt weiß: Was wollen die?*“, führte er dazu im Untersuchungsausschuss aus.¹⁵⁵

Nachweislich gibt es zahlreiche ÖVP- und FPÖ-Spender*innen, die unter der türkis-blauen Regierung Aufsichtsratsposten angenommen haben und denen dadurch zB Einfluss in einem staatsnahen Unternehmen zugekommen ist. Diverse Spender*innen, die einen Aufsichtsratsposten innehaben oder -hatten, wurden im Untersuchungsausschuss zu einem möglichen Konnex der Spende und des Aufsichtsratspostens und ihrer Qualifikation befragt.

Siegfried Stieglitz (Asfinag)

Unter dem ehemaligen Verkehrsminister Norbert Hofer wurde Siegfried Stieglitz zum Aufsichtsrat der Asfinag bestellt.

Stieglitz spendete zwei Mal an den FPÖ-nahen Verein Austria in Motion - einmal vor und einmal nach seiner Bestellung zum Aufsichtsrat der Asfinag.¹⁵⁶ In der Causa Stieglitz wird nach wie vor ermittelt. Laut Staatsanwaltschaft soll Stieglitz sein Aufsichtsratsmandat bei der Asfinag aufgrund seiner Spenden erhalten haben.¹⁵⁷ Im Sommer 2017 stellte Stieglitz darüber hinaus kostenlos einen Wahlkampfbus zur Verfügung.¹⁵⁸ Gegen Norbert Hofer wird als damals zuständigen Minister in dieser Causa ermittelt. Die WKStA suchte im Februar 2020 um Aufhebung der Immunität an, um ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bestechlichkeit einzuleiten.¹⁵⁹ Ebenso wird gegen Heinz-Christian Strache ermittelt.¹⁶⁰ Gegenstand der Ermittlungen soll zudem eine Reise nach Dubai im Frühjahr 2019 sein, wo Stieglitz neben Funktionären der Asfinag auch Hofer und Strache eingeladen haben soll.¹⁶¹

Im Februar 2020 wurde Stieglitz von Verkehrsministerin Leonore Gewessler als Aufsichtsrat der Asfinag abberufen.¹⁶²

Kathrin Glock (Austro Control GmbH)

Kathrin Glock, Ehefrau des Waffenindustriellen Gaston Glock, wurde im April 2018 vom damaligen Verkehrsminister Norbert Hofer zur Aufsichtsrätin der Austro Control GmbH bestellt.

Die Aussagen von Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video lassen vermuten, dass das Ehepaar Glock die FPÖ (finanziell) unterstützte. Glock wurde im Video prominent im Zuge von Parteispenden an parteinahe Vereine erwähnt. Nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos wurden diese Aussagen jedoch umgehend von Seiten des

Ehepaars Glock als auch von Heinz-Christian Strache dementiert. Im Untersuchungsausschuss sagte Kathrin Glock aus, dass „von Glock“ keine Spenden an eine Partei oder parteinahe Vereine geflossen seien.¹⁶³ Ebenso schloss sie aus, dass über Finanzierungen gesprochen worden sei.¹⁶⁴

Eine Nahebeziehung zur FPÖ ließ sich jedoch auch in ihrer Befragung im Untersuchungsausschuss nicht abstreiten. Glock bestätigte, dass FPÖ-Chef Hofer mehrmals bei den von Glock veranstalteten Events „Horses and Stars“ war. Zudem fanden mehrere private Besuche bei den Glocks in Velden in Kärnten statt. Ebenso waren Heinz-Christian Strache und die ehemalige Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein zu Gast bei Horses and Stars.¹⁶⁵

Nach der Befragung von Glock im Untersuchungsausschuss im Jänner 2021 wurde Glock als Aufsichtsrätin der Austro Control GmbH von Verkehrsministerin Leonore Gewessler mit sofortiger Wirkung abberufen. Die Begründung: Die im Ausschuss zu Tage getretene „*Geringschätzung gegenüber einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss*“ sei mit einem Aufsichtsratsmandat in einem öffentlichen Unternehmen „*keinesfalls vereinbar*“.¹⁶⁶

Cattina Maria Leitner (ÖBB Holding)

Cattina Maria Leitner wurde im Februar 2018 vom zuständigen Verkehrsminister Norbert Hofer in den Aufsichtsrat der ÖBB Holding bestellt.¹⁶⁷ Leitner ist mit dem Andritz-Chef Wolfgang Leitner verheiratet.

2017 hat ihr Hotel zur „*Unterstützung des Vorzugsstimmwahlkampfes von Herrn Sigi Moerisch*“ 10.000 Euro gespendet. Der Betrag wurde direkt an Moerisch überwiesen. Der Beleg wurde im Untersuchungsausschuss vorgelegt.¹⁶⁸

Laut Leitner gebe es keinerlei Konnex zwischen dem Aufsichtsratsmandat und der Spende über ihr „*Hotel im Vorzugsstimmwahlkampf des Herrn Sigi Moerisch auf der Liste für den Gemeinderat Lendorf*“.¹⁶⁹

Leitner, die Präsidentin des Österreichischer Stiftungsverbandes ist, hat unter der türkis-blauen Regierung zudem an einem Termin im Finanzministerium zu einer Reform des Privatstiftungsrechts teilgenommen.¹⁷⁰ Den Akten des Bundesministeriums für Justiz ist zu entnehmen, dass dazu im BMF Frühstückscafés stattgefunden haben. Darin wird festgehalten, dass es „*bezüglich Stiftungen Absprachen mit Eva Dichand, Therese Niss sowie Cattina Leitner*“ gegeben haben soll.¹⁷¹

Eva Hieblinger-Schütz (ÖBB Infrastruktur)

Eva Hieblinger-Schütz war zunächst bei den Regierungsverhandlungen auf Seiten der ÖVP im Justiz-Team und begann im Jänner 2018 im Bundesministerium für Finanzen als stellvertretende Kabinettschefin des ehemaligen Finanzministers Hartwig Löger und als Büroleiterin des Generalsekretärs Thomas Schmid zu arbeiten.¹⁷²

Sie wurde von Verkehrsminister Norbert Hofer in den Aufsichtsrat der ÖBB Infrastruktur bestellt.

Hieblinger-Schütz ist mit dem Unternehmer Alexander Schütz (C-Quadrat Investment AG) verheiratet. Dieser spendete 2017 40.000 Euro¹⁷³ und 2018 45.000 Euro an die ÖVP.¹⁷⁴

Nach einem Zusammenhang zwischen der Spende und dem Aufsichtsratsposten befragt, gab Hieblinger Schütz an, dass es einen solchen sicherlich nicht gegeben habe und sie sich aufgrund ihrer Arbeit im BMF für den Posten qualifizierte.¹⁷⁵

Teresa Pagitz (ÖBB Personenverkehr)

Im Februar 2018 bestellte der damalige Verkehrsminister Norbert Hofer Teresa Pagitz in den Aufsichtsrat der ÖBB Personenverkehr AG.¹⁷⁶

Pagitz hatte im Wahlkampf im Jahr 2017 und im Jahr 2019 jeweils 15.000 Euro laut ihren Angaben im Untersuchungsausschuss jeweils als Privatperson an die ÖVP gespendet.¹⁷⁷

Zu einer möglichen Gegenleistung im Ausschuss befragt, gab Pagitz an, dass sie sich „*zu keiner Zeit einen Vorteil oder gar eine Gegenleistung*“ für sich oder ihr Unternehmen erwartet habe. Es sei ihr „*rein um eine politische Entwicklung gegangen*“.¹⁷⁸

Im Jänner 2017 veranstaltete Pagitz bei sich zuhause einen politischen Abend, bei dem sie den damaligen Außenminister Sebastian Kurz als Gastvortragenden eingeladen hatte.¹⁷⁹ An diesem Abend waren insgesamt ca. 30 Personen bei Pagitz zu Gast. Bezüglich der Gästeliste war Pagitz bei der Befragung nur bedingt auskunftsfreudig, und verweigerte die Antwort auf die Frage, ob an dem besagten Abend auch Stefan Piech anwesend gewesen sei.¹⁸⁰ Laut Pagitz sei an dem Abend nicht über Spenden gesprochen worden.¹⁸¹

Wolfgang C. Berndt (OMV)

Seit 2010 ist Wolfgang C. Berndt im Aufsichtsrat der OMV. Im Frühjahr 2019 wurde er OMV-Aufsichtsratschef. Berndt spendete laut Medienberichten im Jahr 2017 25.000 Euro und 2019 20.000 Euro an die Junge Volkspartei (JVP).¹⁸²

Seit 2010 ist Berndt Aufsichtsrat der OMV, wo er im Mai 2019 zum Aufsichtsratschef bestellt wurde. Berndt zog sich im Oktober 2020 aus dem Aufsichtsrat zurück.¹⁸³

Iris Ortner (ÖBAG)

Iris Ortner wurde im Februar 2019 zur Aufsichtsrätin der ÖBAG bestellt.¹⁸⁴

Ihr Vater, Klaus Ortner, ist einer der größten Spender der neuen ÖVP. Firmen im Eigentum bzw. Einflussbereich von Ortner (IGO Industries GmbH, Elin GmbH) spendeten im Zeitraum 2017 bis 2019 rund eine Million Euro gestückelt an die ÖVP.¹⁸⁵ Iris Ortner ist 12,5 Prozent Eigentümerin der IGO Industries.¹⁸⁶ Seit 2013 ist sie die Geschäftsführerin der IGO Industries und leitet das operative Geschäft.¹⁸⁷

Alle Meldepflichten an den Rechnungshof wurden bei den Spenden von Ortner eingehalten und die Stückelung von Parteispenden war zum gegebenen Zeitpunkt nicht verboten. Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren wurde von der WKStA eingestellt, da keine Hinweise für einen Zusammenhang mit einem konkreten Amtsgeschäft, insbesondere mit der Bestellung von Iris Ortner in den Aufsichtsrat der Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG), vorlagen.¹⁸⁸

Helmut Kern (ÖBAG)

Helmut Kern wurde im Februar 2019 von Hartwig Löger zum Aufsichtsratschef der ÖBAG bestellt.¹⁸⁹

Im Wahlkampf 2017 unterstützte Kern das Team Kurz als Experte bei der Präsentation des Wahlprogramms.¹⁹⁰

Günther Helm (ÖBAG)

Im Februar 2019 wurde Günther Helm in den Aufsichtsrat der ÖBAG bestellt.¹⁹¹

Helm war früher CEO von Hofer und wechselte im Juni 2019 zur Drogeriemarktkette Müller.

Die Österreich-Tochter von Müller, die MHA Müller HandelsgmbH, überwies im Jahr 2019 45.000 Euro an die ÖVP.^{192,193}

Zusammenfassend kann Folgendes festgehalten werden: Im Fall von Stieglitz gibt es ein laufendes Ermittlungsverfahren. Es wird wegen Bestechung und Bestechlichkeit ermittelt.¹⁹⁴ Abgesehen davon konnten im Untersuchungsausschuss keine kausalen Verbindungen zwischen Spenden und Aufsichtsratsposten nachgewiesen werden. Die vorangehende Auflistung erscheint trotzdem wichtig, um aufzeigen zu können, dass Aufsichtsratsposten häufig an Spender*innen bzw. Günstlinge der jeweiligen Partei vergeben wurden.

Bernhard Perner

Bernhard Perner ist heute Chef des wohl wichtigsten Krisenfinanciers im Land: der staatlichen COVID-19-Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG). Früher war Perner langjähriger Mitarbeiter im Kabinett des Finanzministeriums.¹⁹⁵ Mit Wirkung vom 15. Juli 2016 wurde er für eine Funktionsdauer bis 21. Dezember 2021 als Geschäftsführer der Abbaubeteiligungsgesellschaft des Bundes (ABBAG) bestellt.

An den damaligen BMF-Kabinettschef und Generalsekretär Thomas Schmid schrieb dessen Assistentin und Vertraute Melanie L. über Perner, dass dieser „*ein guter und einer der von Anfang an dabei war - ein loyaler*“ sei. Er sei „*wenn man das so nennen kann im inner circle*“.¹⁹⁶ Bei diesen Worten verwundert es nicht, dass geplant war, Perner, der zu der Zeit Geschäftsführer der ABBAG war, mit in die ÖBAG zu nehmen. Perner wollte jedoch seine Funktion bei der ABBAG nicht aufgeben, wenn er eine Tätigkeit in der ÖBAG aufnehmen sollte.¹⁹⁷

Es war Schmid, der Perner gefragt hatte, ob er rein grundsätzlich Interesse an einer Tätigkeit in der ÖBAG hätte.¹⁹⁸ Schlussendlich trat Perner als Geschäftsführer der ABBAG an das BMF und die ÖBAG heran, um auszuloten, in welcher Form eine Tätigkeit für beide Gesellschaften möglich wäre.¹⁹⁹

Interessant ist, dass die Pläne dazu schon Ende 2018 begannen, noch bevor der Vorstandsposten der ÖBAG ausgeschrieben war. In die Überlegungen war das Finanzministerium, die Finanzprokurator sowie eine Anwaltskanzlei eingebunden, die die rechtliche Zulässigkeit der möglichen Vertragskonstrukte prüfen sollte.²⁰⁰

Die Anwaltskanzlei, die die rechtlichen Möglichkeiten des Tätigwerdens sowohl für die ABBAG als auch für die ÖBAG überprüfte, wurde von der ABBAG bezahlt.²⁰¹ Auf die Frage, welche Vorteile die Vereinbarung für die Steuerzahler*innen hätte und ob dies nicht rein im persönlichen Interesse von Perner selbst sei, antwortete dieser: „*Eine engere Zusammenarbeit der beiden Gesellschaften hatte in Summe Vorteile für den Bund und somit auch für den Steuerzahler*“. Es gehe um Know-how-Transfer, Kosteneffizienz und eine „*langfristige Perspektive für [...] Schlüsselpersonen*“, nicht nur für ihn selbst „*sondern um andere wertvolle Mitarbeiter, die man so halten konnte*“.²⁰²

Perner argumentierte die zusätzliche Tätigkeit damit, dass bei ihm als ABBAG-Geschäftsführer Kapazitäten frei geworden seien.

Perner arbeitete schlussendlich von Anfang August 2019 bis zum Ende März 2020²⁰³ als Prokurist für die ÖBAG.²⁰⁴ Die ABBAG sollte durch den Deal zwar nur noch einen Geschäftsführer in Teilzeit haben, der fixe Gehaltsbestandteil für Perner wurde jedoch nur von 280.000 Euro jährlich auf 200.000 Euro reduziert. Die Bonuszahlungen (variable Bestandteile des Vertrages zwischen EUR 140.000,- und 280.000,-) von Seiten der ABBAG wurden verpflichtend erhalten.²⁰⁵ Im Gegenzug stieg Perner bei der ÖBAG mit einem (zusätzlichen) Gehalt von 150.000 Euro ein.²⁰⁶ Perner war in dieser Zeit zudem Aufsichtsrat in der OeBFA²⁰⁷, in der BIG und in der ARE²⁰⁸, in der KA Finanz AG²⁰⁹ sowie in der FMA²¹⁰.

Die Vorteile für die Steuerzahler*innen konnte Perner im Untersuchungsausschuss nicht überzeugend darlegen. Übrig bleibt ein besonders lukratives Anstellungsverhältnis für ein weiteres Mitglied im inneren Kreis der Türkisen.

Endnotes

1. DerStandard, 29.03.2021, Wie die Chats zu den Aussagen von Schmid, Kurz & Co passen
2. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Walter Rothensteiner in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 6, 53/KOMM
3. Kurier, 13.08.2019, Casino-Postenbesetzung: Razzia bei Strache, Gudenus und Sidlo
4. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 37, 42/KOMM
5. KURIER, 11.02.2019, Neue Spieler bei den Casinos Austria
6. DerStandard, 28.03.2021, "Kriegst eh alles, was du willst": Neue Chats zeigen, wie Thomas Schmid Öbag-Chef wurde
7. profil, 23.11.2019, Casinos-Affäre: Glücksspiel, Gold und Postenschacher
8. DerStandard, 19. August 2019, Löger forderte angeblich "beide Regierungsfarben" im Casinos-Vorstand
9. DerStandard, 19. August 2019, Löger forderte angeblich "beide Regierungsfarben" im Casinos-Vorstand
10. DerStandard, 19. August 2019, Löger forderte angeblich "beide Regierungsfarben" im Casinos-Vorstand
11. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Sebastian Kurz in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 54, 50/KOMM
12. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 51, 42/KOMM
13. DerStandard, 19. August 2019, Löger forderte angeblich "beide Regierungsfarben" im Casinos-Vorstand
14. DerStandard, 19. August 2019, Löger forderte angeblich "beide Regierungsfarben" im Casinos-Vorstand
15. Kurier, 06.09.2019, Casinos-Causa: Anonyme Anzeige gegen Ex-Finanzminister Löger
16. Parlamentarische Anfrage vom 21.10.2019 von Sabine Schatz Kolleginnen und Kollegen an den BM für Verfassungsreformen, Deregulierung und Justiz betreffend „die Hausdurchsuchungen in der Causa Casinos Austria“, 41021/J; beantwortung durch 4078/AB
17. DerStandard, 13.08.2019, Razzia wegen Postenschacher-Vorwurfs: Strache spricht von "politischem Angriff"
18. DerStandard, 13.08.2019, Razzia wegen Postenschacher-Vorwurfs: Strache spricht von "politischem Angriff"
19. Parlamentarische Anfrage vom 21.10.2019 von Sabine Schatz Kolleginnen und Kollegen an den BM für Verfassungsreformen, Deregulierung und Justiz betreffend „die Hausdurchsuchungen in der Causa Casinos Austria“, 41021/J; beantwortung durch 4078/AB
20. DerStandard, 12. November 2019, Casinos Austria: Neue Razzien, auch Löger und Pröll sind beschuldigt
21. orf.at, 12.11.2019, "Razzien" bei zwei Ex-Finanzministern
22. DerStandard, 12. November 2019, Casinos Austria: Neue Razzien, auch Löger und Pröll sind beschuldigt
23. DerStandard, 13.11.2019, „Hallo Joschi“: Die entlarvenden Chatprotokolle zum „FPÖ-Novomatic-Deal“
24. Ergänzter grundsätzlicher Beweisbeschluss gemäß § 24 Abs 1 und 3 VO-UA hinsichtlich des Untersuchungsausschusses betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung (Ibiza-Untersuchungsausschuss, 1/US XXVII.GP), 4/KOMM
25. DerStandard, 14.12.2019, Der ganz normale Postenschacher: Neue Einblicke in Sidlos Aufstieg
26. Die Presse, 02.12.2019, Causa Casinos: Sidlo wird abberufen
27. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Peter Sidlo in der 9. Sitzung vom 01. Juli 2020, S. 16, 70/KOMM
28. orf.at, 20.08.2019, Casinos: Personalberater zweifelte an Sidlos Qualifikation
29. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Peter Erlacher in der 30. Sitzung vom 26. Jänner 2021, S. 27, 157/KOMM
30. DerStandard, 20.08.2019, Casinos-Granden sicherten sich bei Sidlo-Bestellung ab
31. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Peter Erlacher in der 30. Sitzung vom 26. Jänner 2021, S. 27, 157/KOMM
32. orf.at, 20.08.2019, Casinos: Personalberater zweifelte an Sidlos Qualifikation
33. profil, 21.11.2019, Casinos-Affäre: Glücksspiel, Gold und Postenschacher
34. Die Presse, 02.12.2019, Causa Casinos: Sidlo wird abberufen
35. DerStandard, 26.11.2019, Von „hallo Joschi“ bis „lg aus London“: Das Casinos-Protokoll
36. DerStandard, 26.11.2019, Von „hallo Joschi“ bis „lg aus London“: Das Casinos-Protokoll
37. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Peter Sidlo in der 9. Sitzung vom 01. Juli 2020, S. 18, 70/KOMM
38. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. DDr. Hubert Fuchs in der 9. Sitzung vom 1. Juli 2020, S. 44, 54/KOMM
39. DerStandard, 26.11.2019, Von „hallo Joschi“ bis „lg aus London“: Das Casinos-Protokoll
40. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Walter Rothensteiner in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 10-11, 53/KOMM
41. DerStandard, 28.01.2020, „Walter, das kann nicht sein“: Wie die Politik in die Casinos zurückkam
42. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Walter Rothensteiner in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 8-9, 53/KOMM
43. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 32, 77/KOMM
44. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Walter Rothensteiner in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 7, 53/KOMM
45. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Peter Erlacher in der 30. Sitzung vom 26. Jänner 2021, Erlacher, S. 36-37, 157/KOMM
46. DerStandard, 26.11.2019, Von „hallo Joschi“ bis „lg aus London“: Das Casinos-Protokoll

47. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Bettina Glatz-Kremsner in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 12, 78/KOMM
48. DerStandard, 28.03.2021, „Kriegst eh alles, was du willst“: Neue Chats zeigen, wie Thomas Schmid Öbag-Chef wurde
49. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernd Oswald in der 18. Sitzung vom 30. September 2020, S. 59, 87/KOMM
50. Wiener Zeitung, 20.11.2019, Casinos-Vorstand Sidlo droht Abberufung
51. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Ing. Norbert Hofer in der 10. Sitzung vom 2. Juli 2020, S. 11, 55/KOMM
52. profil, 23.11.2019, Casinos-Affäre: Glücksspiel, Gold und Postenschacher
53. DerStandard, 26.11.2019, Von „hallo Joschi“ bis „lg aus London“: Das Casinos-Protokoll
54. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 25, 77/KOMM
55. DerStandard, 18.11.2019, Dokumente geben Aufschluss über die Bestellung des Casinos-Vorstands
56. profil, 23.11.2019, Casinos-Affäre: Glücksspiel, Gold und Postenschacher
57. DerStandard, 28.03.2021, „Kriegst eh alles, was du willst“: Neue Chats zeigen, wie Thomas Schmid Öbag-Chef wurde
58. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Walter Rothensteiner in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 8, 53/KOMM
59. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Walter Rothensteiner in der 8. Sitzung vom 25. Juni 2020, S. 9, 53/KOMM
60. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 26, 77/KOMM
61. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 36, 42/KOMM
62. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S. in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 39, 43/KOMM
63. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Bettina Glatz-Kremsner in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 8, 78/KOMM
64. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Harald Neumann in der 5. Sitzung vom 9. Juni 2020, S. 4, 46/KOMM
65. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Peter Sidlo in der 9. Sitzung vom 01. Juli 2020, S. 41, 70/KOMM
66. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Bernhard Krumpel in der 13. Sitzung vom 9. September 2020, S. 58, 76/KOMM
67. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Sebastian Kurz in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 18, 50/KOMM
68. DerStandard, 29.03.2021, Wie die Chats zu den Aussagen von Schmid, Kurz & Co passen
69. Die Presse, 02.12.2019, Causa Casinos: Sidlo wird abberufen
70. DerStandard, 28.03.2021, „Kriegst eh alles, was du willst“: Neue Chats zeigen, wie Thomas Schmid Öbag-Chef wurde
71. DerStandard, 28.03.2021, „Kriegst eh alles, was du willst“: Neue Chats zeigen, wie Thomas Schmid Öbag-Chef wurde
72. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 57, 200/KOMM
73. DerStandard, 28.03.2021, „Kriegst eh alles, was du willst“: Neue Chats zeigen, wie Thomas Schmid Öbag-Chef wurde
74. Amtsvermerk über die Erkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf die Vorstandsbestellung von MMag. Schmid bei der ÖBAG und die Befassung von MMag. Schmid mit „Postenbesetzungswünschen“ Dritter, WKStA, GZ. 17 St 5/19 d, ON 1309, S. 4
75. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 58, 200/KOMM
76. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Sebastian Kurz in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 16, 50/KOMM
77. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 52, 42/KOMM
78. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 69, 77/KOMM
79. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 70, 77/KOMM
80. Amtsvermerk über die Erkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf die Vorstandsbestellung von MMag. Schmid bei der ÖBAG und die Befassung von MMag. Schmid mit „Postenbesetzungswünschen“ Dritter, WKStA, GZ. 17 St 5/19 d, ON 1309, S. 54
81. Amtsvermerk über die Erkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf die Vorstandsbestellung von MMag. Schmid bei der ÖBAG und die Befassung von MMag. Schmid mit „Postenbesetzungswünschen“ Dritter, WKStA, GZ. 17 St 5/19 d, ON 1309, S. 37
82. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Arnold Schiefer in der 10. Sitzung vom 2. Juli 2020, S. 29, 56/KOMM
83. Amtsvermerk über die Erkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf die Vorstandsbestellung von MMag. Schmid bei der ÖBAG und die Befassung von MMag. Schmid mit „Postenbesetzungswünschen“ Dritter, WKStA, GZ. 17 St 5/19 d, ON 1309, S. 112 und 113
84. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 4, 51/KOMM

85. DerStandard, 13.02.2021, SMS macht Stress
86. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 10, 11, 200/KOMM
87. Amtsvermerk über die Erkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf die Vorstandsbestellung von MMag. Schmid bei der ÖBAG und die Befassung von MMag. Schmid mit „Postenbesetzungswünschen“ Dritter, WKStA, GZ. 17 St 5/19 d, ON 1309, S. 22
88. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 8, 51/KOMM
89. Kurier, 14.07.2021, U-Ausschuss-Aus: Morgen Befragungen ohne Befragte
90. OTS Bundesministerium für Finanzen, 15.02.2019, BMF: Umwandlung von ÖBIB zu ÖBAG vollzogen – 9-köpfiger Aufsichtsrat bestellt
91. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 10, 237/KOMM
92. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 14, 237/KOMM
93. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 15, 237/KOMM
94. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 14, 237/KOMM
95. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 15, 237/KOMM
96. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. PhDr. Susanne Höllinger in der 25. Sitzung vom 26. November 2020, S. 57, 120/KOMM
97. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 10, 237/KOMM
98. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Gabriela Spiegelfeld-Quester in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 11, 247/KOMM
99. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Gabriela Spiegelfeld-Quester in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 43, 247/KOMM
100. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Gabriela Spiegelfeld-Quester in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 9, 247/KOMM
101. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Gabriela Spiegelfeld-Quester in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 10, 247/KOMM
102. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 37, 237/KOMM
103. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 39, 237/KOMM
104. ZackZack, 23.12.2018, Gelöschte Schmid-SMS belasten den Kanzler: “Kurz scheidet sich voll an”
105. Amtsvermerk über die Erkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf die Vorstandsbestellung von MMag. Schmid bei der ÖBAG und die Befassung von MMag. Schmid mit „Postenbesetzungswünschen“ Dritter, WKStA, GZ. 17 St 5/19 d, ON 1309, S. 120
106. Amtsvermerk über die Erkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf die Vorstandsbestellung von MMag. Schmid bei der ÖBAG und die Befassung von MMag. Schmid mit „Postenbesetzungswünschen“ Dritter, WKStA, GZ. 17 St 5/19 d, ON 1309, S. 121
107. Amtsvermerk über die Erkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf die Vorstandsbestellung von MMag. Schmid bei der ÖBAG und die Befassung von MMag. Schmid mit „Postenbesetzungswünschen“ Dritter, WKStA, GZ. 17 St 5/19 d, ON 1309, S. 159
108. Amtsvermerk über die Erkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf die Vorstandsbestellung von MMag. Schmid bei der ÖBAG und die Befassung von MMag. Schmid mit „Postenbesetzungswünschen“ Dritter, WKStA, GZ. 17 St 5/19 d, ON 1309, S. 142
109. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 21-22, 201/KOMM
110. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Gabriela Spiegelfeld-Quester in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 20, 247/KOMM
111. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 22, 201/KOMM
112. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 22, 201/KOMM
113. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 8, 197/KOMM
114. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 24, 201/KOMM
115. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 24, 201/KOMM
116. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 29, 201/KOMM
117. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 56, 201/KOMM
118. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 5, 197/KOMM

119. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 28, 77/KOMM
120. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 33 ff., 197/KOMM
121. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 33 ff., 197/KOMM
122. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 21, 201/KOMM
123. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 8, 197/KOMM
124. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 27, 77/KOMM
125. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 11 und 12, 77/KOMM
126. DokNr. 77713, 77714
127. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 67, 237/KOMM
128. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 33-34, 197/KOMM
129. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 4, 201/KOMM
130. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 19, 201/KOMM
131. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 18, 201/KOMM
132. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 21, 77/KOMM
133. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Gabriela Spiegelfeld-Quester in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 22, 247/KOMM
134. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 40, 201/KOMM
135. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 40, 201/KOMM
136. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Gabriela Spiegelfeld-Quester in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 21, 247/KOMM
137. OTS BMF, 15.02.2019, BMF: Umwandlung von ÖBIB zu ÖBAG vollzogen - 9-köpfiger Aufsichtsrat bestellt
138. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 48, 237/KOMM
139. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Gabriela Spiegelfeld-Quester in der 50. Sitzung vom 8. Juni 2021, S. 22, 247/KOMM
140. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 45, 201/KOMM
141. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 10, 200/KOMM
142. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 10-11, 200/KOMM
143. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 10-11, 200/KOMM
144. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Blümel, MBA in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 33-34, 200/KOMM
145. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Sebastian Kurz in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 60 f, 50/KOMM
146. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Sebastian Kurz in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 16, 50/KOMM
147. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Sebastian Kurz in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 19, 50/KOMM
148. Das Ermittlungsverfahren läuft. Es gilt die Unschuldsvermutung.
149. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. Mag. Helmut Kern, MA in der 46. Sitzung vom 4. Mai 2021, S. 71, 237/KOMM
150. DerStandard, 28.03.2021, „Kriegst eh alles, was du willst“: Neue Chats zeigen, wie Thomas Schmid Öbag-Chef wurde
151. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 14 f., 42/KOMM
152. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 14 f., 42/KOMM

153. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz-Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 14 f., 42/KOMM
154. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Ing. Norbert Hofer in der 10. Sitzung vom 2. Juli 2020, S.5, 55/KOMM
155. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Reinhold Mitterlehner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 6, 196/KOMM
156. profil, 23.08.2019, ASFINAG-Aufsichtsrat Stieglitz spendete an FPÖ-nahen Verein
157. orf.at, 26.02.2020, Gewessler greift bei ASFINAG durch
158. DiePresse, 06.08.2021, Parteispenden an FPÖ gegen Prestigeposten?
159. WienerZeitung, 24.02.2020, Parteispenden - Korruptionsstaatsanwaltschaft will gegen Norbert Hofer ermitteln
160. Die Presse, 06.08.2021, Parteispenden an FPÖ gegen Prestigeposten?
161. Die Presse, 06.08.2021, Parteispenden an FPÖ gegen Prestigeposten?
162. Die Presse, 26.02.2020, Ministerin Gewessler beruft Asfinag-Aufsichtsrat Stieglitz ab
163. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Kathrin Glock in der 28. Sitzung vom 12. Jänner 2021, S. 12, 154/KOMM
164. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Kathrin Glock in der 28. Sitzung vom 12. Jänner 2021, S. 32, 154/KOMM
165. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Kathrin Glock in der 28. Sitzung vom 12. Jänner 2021, S. 8, 154/KOMM
166. OTS BMK, 13.01.2021, Ibiza-U-Ausschuss - Klimaschutzministerin Gewessler beruft Kathrin Glock als Austro Control-Aufsichtsrätin ab
167. Kurier, 09.02.2018, Massiver Umbau des ÖBB-Aufsichtsrates vollzogen
168. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Cattina Leitner, LL.M. in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S. 4, 116/KOMM
169. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Cattina Leitner, LL.M. in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S. 6, 116/KOMM
170. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Cattina Leitner, LL.M. in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S. 11, 116/KOMM
171. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Dr. Daniel Varro, LL.M. in der 37. Sitzung vom 4. März 2021, S. 16, 174/KOMM
172. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Eva Schütz, BBA in der 17. Sitzung vom 29. September 2020, S. 4, 85/KOMM
173. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2017 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 33
174. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2018 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 31
175. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Eva Schütz, BBA in der 17. Sitzung vom 29. September 2020, S. 45, 85/KOMM
176. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Teresa Pagitz in der 24. Sitzung vom 25. November 2020, S.5 und 6, 118/KOMM
177. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Teresa Pagitz in der 24. Sitzung vom 25. November 2020, S.4, 118/KOMM
178. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Teresa Pagitz in der 24. Sitzung vom 25. November 2020, S.5, 118/KOMM
179. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Teresa Pagitz in der 24. Sitzung vom 25. November 2020, S. 27 und 28, 118/KOMM
180. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Teresa Pagitz in der 24. Sitzung vom 25. November 2020, S.33, 118/KOMM
181. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Teresa Pagitz in der 24. Sitzung vom 25. November 2020, S.32, 118/KOMM
182. KONTRAST.at, 20.08.2019, Von wegen „Kleinspender“: Über 98 Prozent der ÖVP-Spenden stammen von Milliardären und Konzernen
183. Die Presse, 17.09.2020, Neuer Aufsichtsratschef für die OMV
184. OTS BMF, 15.02.2019, BMF: Umwandlung von ÖBIB zu ÖBAG vollzogen - 9-köpfiger Aufsichtsrat bestellt
185. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Klaus Ortner in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S. 11, 114/KOMM
186. Tiroler Tageszeitung, 03.01.2019, Umsatz-Milliardär Ortner: „Blühen am liebsten im Verborgenen“
187. top.tirol, 28.02.2020, Die Thronfolgerin
188. Kurier, 29.10.2019, Keine Ermittlungen gegen ÖVP-Großspender Ortner
189. OTS BMF, 15.02.2019, BMF: Umwandlung von ÖBIB zu ÖBAG vollzogen - 9-köpfiger Aufsichtsrat bestellt
190. ORF Online, 05.09.2017, "Was mich politisch ausmacht"
191. OTS BMF, 15.02.2019, BMF: Umwandlung von ÖBIB zu ÖBAG vollzogen - 9-köpfiger Aufsichtsrat bestellt
192. OTS ÖVP, 20.09.2019, ÖVP veröffentlicht Summen und Namen der Spender 2018 und 2019
193. DerStandard, 21.08.2019, Drogeriekönig, Fruchtsaftimperium, Tycoon: Die anderen ÖVP-Spender
194. profil, 15.10.2020, Straches Chats: "Machen wir einen Gang Bang Bus draus"
195. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16.

März 2021, S. 4, 197/KOMM

196. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Melanie L. in der 42. Sitzung vom 7. April 2021, S. 36, 201/KOMM

197. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 5, 197/KOMM

198. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 5, 197/KOMM

199. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 45, 197/KOMM

200. Der Standard, 21.07.2020, Öbag-Chef Schmid hegte vor eigener Bewerbung schon Personalwünsche

201. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 51, 197/KOMM

202. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 58, 197/KOMM

203. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 30, 197/KOMM

204. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 5, 197/KOMM

205. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 59, 197/KOMM

206. DerStandard, 16.03.2021, Undurchsichtige Vorgänge bei Vergabe von Staatsposten

207. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 17, 197/KOMM

208. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 41, 197/KOMM

209. <https://www.kafinanz.at/de/ueber-uns/ueber-uns/>

210. Jahresbericht 2018 der Finanzmarktaufsichtsbehörde, S. 117.

UNTERSTÜTZUNG FÜR WOHLHABENDE FREUNDE

12.11.2018

Thomas Schmid und Melanie L.:¹

*Schmid: Törggelen bei Benko
Bitte HBM eintragen
Danke*

L.: Okay, wann ist das

Schmid: Bitte Im Benko Büro fragen

Im Ibiza-Video war auch die Vergabe öffentlicher Aufträge ein wichtiges Thema. So riet Strache der vermeintlichen Oligarchennichte unmissverständlich, sie solle „so eine Firma wie die STRABAG gründen weil alle staatlichen Aufträge, die jetzt die STRABAG kriegt, kriegt sie dann“.² Dafür würde er sich bei einer Regierungsbeteiligung der FPÖ als Erstes einsetzen.³

Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video:

„das Erste in einer Regierungsbeteiligung, was ich heute zusagen kann, ist, der HASELSTEINER kriegt keine Aufträge mehr. So ok und dann haben wir ein riesen Volumen.“

Auch wenn Hans Peter Haselsteiner (langjähriger Vorstandsvorsitzender der Strabag SE, 2006-2013) im Untersuchungsausschuss keine Benachteiligung durch FPÖ-Minister erkennen konnte,⁴ so förderten die Akten doch zahlreiche Verquickungen von Parteispendern und politisch besetzten Staatsbetrieben zutage.

Dies betrifft insbesondere das Naheverhältnis staatlicher Immobiliengesellschaften zu ÖVP-Unterstützern, allen voran René Benko (Signa) und Martin Kurschel (Immovate). Schließlich waren in der Finca auf Ibiza auch Bauwirtschaft, Staatsliegenschaften und Renovierung sowie Verkauf von Kasernen Thema.⁵

22.06.2018

Dietmar Schuster an Thomas Schmid:⁶

***Schuster:** Vom Berg Athos hast du die Zustellung des Insolvenzantrages von Kika/Leiner durch das BRZ gebremst! Cool!!!*

SIGNA UND DER KAUF DER MÖBELHÄUSER

René Benko kennt und schätzt Bundeskanzler Sebastian Kurz laut Eigenaussage im Untersuchungsausschuss seit vielen Jahren als dieser noch junger Politiker in Wien war.⁷ Auch den langjährigen Kanzlerverten und aktuellen Finanzminister Gernot Blümel kennt Benko: „*Ein paar Jahre*“.⁸ Laut Aussage von Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video soll Benko neben „*Siegi WOLF und Porsche*“ aber auch zu jenen Personen gehören, die Kurz mutmaßlich mit 20 Millionen Euro für dessen Nationalratswahlkampf 2017 unterstützt haben.⁹

Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video:

„Schau‘, jetzt, jetzt...jetzt zum Beispiel geht die ganze...die ganze Partie rund um...Siegi WOLF und Porsche [...] ... und BENKO...alle die haben über 20 Millionen bereits für den KURZ in den Topf geworfen.“¹⁰

Im Video behauptet Strache, dass Benko sowohl die ÖVP als auch die FPÖ zahle:

„So wie Gaston Glock zum Beispiel. [...] Heidi Horten ist ein Beispiel. René Benko, der die ÖVP und uns zahlt, einer der größten Immobilienmakler Österreichs, Novomatic zahlt alle, Novomatic ist der größte Steuerzahler Österreichs [...]“¹¹

Nachdem das Ibiza-Video von der Süddeutschen Zeitung und Spiegel Online in Ausschnitten veröffentlicht wurde, zog Strache seine Behauptungen im Rahmen einer eidesstattlichen Erklärung zurück. Auch Benko sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass weder er noch die Signa-Gruppe direkt an die Partei oder an parteinahe Vereine gespendet hätten. Der Compliancekodex der Signa-Gruppe verbiete schließlich „*Spenden an politische Parteien oder parteinahe Organisationen*“. Auch Spenden an parteinahe Vereine seien nicht getätigt worden, so Benko.¹² Fraglich bleibt, ob Benko oder ihm zuordenbare Firmen oder Stiftungen der ÖVP geldwerte Leistungen in Form von Immobilien u.ä. kostenlos zur Verfügung stellte. So fand etwa der Wahlkampfauftakt der ÖVP 2019 (offiziell „Unterstützungsfest“ für Sebastian Kurz) in einer „Werft“ in Korneuburg statt, die zu 45 Prozent der Signa-Gruppe gehört.^{13,14,15}

Möglicherweise gab es Unterstützung des Bundeskanzlers für Benko beim **Kauf des Leiner-Gebäudes** in Wien. Als am 29. Dezember 2017 eine Tochterfirma einer von Benko gegründeten Privatstiftung das Leiner-Kaufhaus in der Mariahilfer Strasse 10-18 um 60 Millionen Euro erwarb, ließen nicht näher bekannte Regierungsvertreter eigens ein in der Weihnachtspause befindliches Bezirksgericht aufsperrern, um das Geschäft vor Jahresfrist grundbürgerlich besichern zu lassen. Damit soll die Signa-Gruppe einen zweiten Bieter mit einem Angebot in Höhe von 90 Millionen ausgebremst haben.¹⁶ Benko will laut Aussage im Untersuchungsausschuss in den Deal nur „*am Rande mitinvolviert*“ gewesen sein¹⁷ und auch von keinem zweiten Angebot gewusst haben.¹⁸ Ein Sprecher von

Bundeskanzler Kurz sagte auf die Frage, wer an ihn herangetreten sei, um den Deal grundbücherlich besichern zu lassen, lediglich: „Der Zugang der Bundesregierung ist, eine serviceorientierte Verwaltung anzubieten. Das gilt insbesondere für Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch für Unternehmen, wenn es um die Rettung von heimischen Arbeitsplätzen geht.“¹⁹ Entsprechende Fragen zum Thema konnten Kurz bei seiner zweiten Befragung im Untersuchungsausschuss nicht gestellt werden.²⁰ Damit bleibt unklar ob Bundeskanzler Sebastian Kurz und Justizminister Josef Moser persönlich für Benko intervenierten, wie medial berichtet wurde.²¹

Moser sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass er dazu keinerlei Wahrnehmungen habe bzw. „mit dieser Angelegenheit in keinsten Weise befasst“ gewesen sei.²² Im Nachhinein habe er von seinem Sektionschef und Generalsekretär²³ (Christian Pilnacek) erfahren, dass „nur darauf Bedacht genommen wurde, dass eine Amtshandlung durchzuführen ist, weil der zuständige Beamte gerade nicht anwesend gewesen ist“.²⁴

Dass Benko das Leiner-Kaufhaus möglicherweise 35 Millionen Euro unter Wert erhielt, lässt sich daraus ableiten, dass eine Firma im Eigentum einer Benko-Privatstiftung am 18. April 2018, dreieinhalb Monate nach dem Kauf der Liegenschaft, ein Pfandrecht im Grundbuch in Höhe von 95 Millionen Euro Wert eintragen ließ.²⁵

Ein halbes Jahr später könnte es beim **Verkauf der Möbelhandelskette Kika/Leiner** erneut zu einer Intervention gekommen sein. Im Zuge eines Bilanzskandals der südafrikanischen Muttergesellschaft Steinhoff im Jahr 2018 war Kika/Leiner in existenzielle Schwierigkeiten geraten. 5.000 Arbeitsplätze waren bedroht. Chatnachrichten des BMF-Generalsekretärs Dietmar Schuster (ÖVP) an seinen Vorgänger, den Kurz-Vertrauten Thomas Schmid (ÖVP), lassen den Verdacht aufkommen, dass Fristenläufe im Bundesrechenzentrum (BRZ) zugunsten von Benko verzögert worden sein könnten.²⁶ Dietmar Schuster schreibt in einer Nachricht an Thomas Schmid: „Vom Berg Athos hast du die Zustellung des Insolvenzantrages von Kika/Leiner durch das BRZ gebremst! Cool!!!“²⁷

Allerdings ist unklar, ob überhaupt ein Insolvenzantrag eingebracht worden ist. Die Signa-Gruppe, die sich am Ende bei den Verhandlungen gegen den steirischen ÖVP-Spender und Supernova-Chef Frank Albert durchsetzte²⁸ (laut Medienberichten soll Bundeskanzler Kurz persönlich dafür in Graz interveniert haben.²⁹) und am 21. Juni 2018 die Möbelkette übernahm, bestreitet, Nutznießerin der mutmaßlichen Aktion gewesen zu sein. Auch das BRZ bestreitet jegliche Manipulation. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat eine Anfangsverdachtsprüfung eingeleitet.³⁰

19.02.2018

Thomas Schmid und Melanie L.:

L. : Soll der macho da warten und ihr geht gemeinsam zum Benko oder soll er irgendwohin kommen

Schmid: *Der Termin ist um 16.00 oder?*

*L.: Ja
Soll Benko wieder auf die hintere Seite und jemand kommt ihn abholen?
Macho ist schon da*

Schmid: *Ok
Benko bitte unten abholen
Danke*

99-JÄHRIGE VERMIETUNG DER POSTSPARKASSE

Ein besonders gutes Geschäft war die Vermietung der zur Signa Prime Selection gehörenden Wiener **Postsparkasse** an die staatliche Bundesimmobiliengesellschaft (BIG). Benkos Unternehmen hatte die Immobilie in der Wiener Innenstadt im Jahr 2014 um 150 Millionen Euro von der Bawag erworben.³¹

Nachdem die Signa Prime Selection im November 2019 mit der staatlichen Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) einen mit 99 Jahren „ungewöhnlich“³² langen Baurechtsvertrag abgeschlossen hatte, wurde das Gebäude kurzerhand um 180 Millionen Euro auf 330 Millionen Euro aufgewertet.³³ Das entspricht einer Aufwertung um das 2,2-fache aufgrund eines einzigen Mietvertrages. Als Rechnungsgrundlage dient im Grundbuch eingetragene Pfandbestellungsurkunde von 250 Millionen und ein für die Banken angenommener üblicher Risikoaufschlag von 30 Prozent.³⁴ Damit erhält der Investor auch weiteres Kapital für neue Projekte. *„Wenn eine Immobilie im Wert steigt, kann man aber natürlich dann auch zu seiner Hausbank gehen [...] und auf Basis eines gesteigerten Wertes durchaus auch den Kredit erhöhen. [...] dann kann man natürlich diese frei werdenden Mittel auch durchaus wieder veranlagen“*, so Benko im Untersuchungsausschuss.³⁵ Diesem Prinzip folgend konnte die Signa Prime ihren Immobilienbestand um 933 Millionen Euro aufwerten und sich trotz Verlustgeschäft in der operativen Tätigkeit in der Krise für 2019 eine Rekorddividende von 201 Millionen Euro auszahlen.^{36/37} Wer diesen äußerst langfristigen Mietvertrag initiierte, daran konnte sich der BMF Kabinettsmitarbeiter Bernhard Perner, der kurzzeitig auch Aufsichtsrat der ARE war, nicht erinnern.³⁸

Hans-Peter Weiss sagte im Untersuchungsausschuss zum Thema Postsparkasse aus, dass es erstmals im Herbst 2018 vonseiten des Finanzministeriums – in Person von Sektionschef Eduard Müller³⁹ – das Interesse bzw. den Auftrag gab, *„zu prüfen, ob man hier dislozierte Einheiten unterbringen könnte“*.⁴⁰ (Müller selbst konnte sich im Untersuchungsausschuss nicht an einen solchen Auftrag erinnern.⁴¹) Die Idee sei dann aber verworfen worden, bis im Mai 2019 die Universität für angewandte Kunst ihr Interesse bekundete, woraufhin nach langer Verhandlung der besagte Baurechtsvertrag mit der Signa abgeschlossen worden sei.⁴²

Benko bestätigte im Untersuchungsausschuss Kooperationen zwischen der Signa und der BIG bzw. deren Tochter ARE, sowie häufigen Kontakt mit deren Geschäftsleitung.⁴³ Hierbei ist zu erwähnen, dass es mit Christoph Stadlhuber eine personelle Verbindung der beiden Unternehmen gibt, sowie auch eine Verbindung zur Politik. Stadlhuber war lange Jahre Vorstand der BIG bevor er 2011 Vorstand und Geschäftsführer der Signa-Holding wurde.⁴⁴ Vor seiner achtjährigen Tätigkeit bei der BIG war er bis 2003 Kabinettschef von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (ÖVP). Benko sagte im Untersuchungsausschuss, dass er mit Stadlhuber *„mit Sicherheit über die Postsparkasse gesprochen“* habe.⁴⁵ Ob er auch mit ÖVP-Spitzenvertretern, etwa BMF-Generalsekretär Thomas Schmid oder Bundeskanzler Sebastian Kurz darüber gesprochen hat, daran konnte sich Benko nicht erinnern.⁴⁶ Er bestätigte aber, dass er Schmid bereits seit Jahren kenne und *„eine gewisse Grundsympathie zwischen Tirolern gibt es immer“* (Zitat Benko).⁴⁷

18.11.2018

Melanie L. an Thomas Schmid:

L.: Ich treffe dann den Mitarbeiter von Kurschel nächste Woche, du solltest am Dienstag zum Abendessen Varianten mitnehmen, damit sie uns bei der Kolingasse entgegenkommen

IMMOBILIENGESCHÄFTE DES MARTIN KURSCHEL

Auch der steirische Immobilienentwickler Martin Kurschel profitierte von Geschäften mit der staatlichen BIG und deren Tochtergesellschaft ARE, mit denen er (u.a. seine Immovante Realität GmbH) laut BIG und ARE Geschäftsführer Hans-Peter Weiss seit 2005 bzw. 2013 in Geschäftsverbindung steht.⁴⁸ Besonders auffällig ist hierbei das Projekt **Kirchner-Kaserne** in Graz. Der Verkauf der 31 Bauwerke auf einer Grundstücksfläche von 57.100 Quadratmetern⁴⁹ wurde von der Strategischen Immobilien Verwertungs-, Beratungs- und EntwicklungsgesmbH (SIVBEG), einer 45 Prozent Tochter der BIG (die restlichen 55% waren im Besitz des Bundesverteidigungsministeriums), durchgeführt. Kurschels Kirchner Kaserne ProjektentwicklungsgmbH ersteigerte das Areal am 27. Mai 2016 um elf Millionen Euro. Laut Weiss sei der gutachterliche Wert (vermutlich im Auftrag der Sivbeg) damals bei neun Millionen Euro gelegen,⁵⁰ obwohl es laut einer Anfragebeantwortung aus dem Jahr 2007 23 Millionen Euro wert war. Nur zwei Monate später übernahm die ARE 49 Prozent der Anteile. „Die BIG versteigerte also eine Immobilie weit unter dem Schätzwert, nur um dann per Tochterfirma wieder einzusteigen“, wie es in Medienberichten heißt.⁵¹ Ein Jahr später, im Juli 2017, spendete Kurschel 10.000 Euro an die ÖVP.⁵² Warum die BIG das Areal nicht selber kaufte, daran konnte sich Weiss im Untersuchungsausschuss nicht mehr erinnern. Es sei „eine strategische Entscheidung“ gewesen.⁵³

Unternehmen im Eigentum von Kurschel agierten mitunter auch als Partner der ARE bzw. Zwischenhändler von Immobilien, die von der Republik angekauft wurden, um sie kurze Zeit später an andere staatliche Institutionen wie Universitäten weiterzuvermieten, wobei sich stets die Frage stellt, warum die Republik die Immobilien nicht selbst erwarb.

Ein solches Projekt betrifft etwa die ehemalige Volksbankzentrale in der **Kolingasse 14-16**, die schließlich an die Universität Wien und die ÖBAG vermietet wurde.^{54,55} Auch beim Projekt **Südstadtzentrum in Maria Enzersdorf**, das zu einem Wohnprojekt umfunktioniert wurde, erwarb die ARE zunächst 49 Prozent von einem privaten Bauträger für die Dauer der Bauphase um später nach der Fertigstellung 100 Prozent der Immobilie in den Bestand zu übernehmen, wie Hans-Peter Weiss im Untersuchungsausschuss bestätigte.^{56,57}

In Bezug auf die zahlreichen Minderheitsbeteiligungen der ARE erklärte Weiss, dass es dabei vor allem um Risikominimierung gegangen sei.⁵⁸

EINE BANK FÜR DIE EUROPÄISCHE RECHTE MITTEN IN WIEN

09.04.2019

Thomas Schmid und HC Strache:

Schmid: Lieber HC! Bank is on track - hauen uns rein in deiner Sache!

Strache: Danke!

Die gescheiterte Übernahme der „Wiener Privatbank SE“ ist an sich schon eine dubiose Geschichte. Was bis zum Untersuchungsausschuss kaum bekannt war: Das intensive Interesse der FPÖ, dass der Bankendeal erfolgreich vonstatten geht. Bei der Hausdurchsuchung von Gudenus ist den Ermittlungsbehörden ein Coup gelungen. Sie haben die Antwort auf das „Warum“ gefunden. Mit der slowakischen Arca als Eigentümerin der Wiener

Privatbank wäre die Bank zum Zentrum der Finanzierung der Wahlkämpfe für die FPÖ und der europäischen Rechten wie zum Beispiel Le Pens Front National geworden. Der Deal kam nie zustande.

Sidlo betreut das Übernahmegeschäft der Wiener Privatbank SE durch Arca

Die slowakische Arca (im Besitz des Oligarchen Pavel Krupa) übernimmt 2017 vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Zustimmung die Wiener Privatbank um 37 Millionen Euro. Peter Sidlo betreute die Übernahme im Rahmen seines Vorstandsjobs bei der Sigma Investment AG.⁵⁹ Im November 2017 wird Sidlo Aufsichtsrat in der Wiener Privatbank. Aus einem Aufsichtsratsprotokoll aus dem März 2019 ist zu entnehmen, dass die Sigma mit dem letztlich geplatzen Deal 260.000 Euro verdiente. Bei Erfolg hätte Sidlo zwei Prozent des Verkaufspreises kassiert.⁶⁰ Am 1. März 2018 wird Sidlo in den Generalrat der OeNB - einem Bankenkontrollorgan - bestellt.⁶¹

Die Übernahme der Bank platzte

Im Sommer 2018 machten die Bankenkontrollbehörden dieser Übernahme einen Strich durch die Rechnung. Die Finanzmarktaufsicht (FMA) und die letztlich entscheidende Europäische Zentralbank (EZB) hatten schwere Bedenken gegenüber dem Deal. Die Arca als Bankeigentümerin wurde von den Kontrollbehörden als ungeeignet befunden. Eigentümer Krupa stand in der Slowakei im Visier der Behörden.⁶²

Das gesteigerte Interesse von Gudenus & Co

Durch die Auswertung der Handydaten von Gudenus, Sidlo, Strache und Schmid ist es der WKStA gelungen nachzuzeichnen, dass besonders Johann Gudenus als damaliger Klubobmann und Vizekanzler Strache in diese Bankübernahme stärker involviert waren als das ihre (nicht zuständigen) Funktionen erwarten hätten lassen.

12.8.2018

Peter Sidlo informiert Johann Gudenus:

Sidlo: Hallo Joschi, ich habe mit meinen Freunden bzgl. Casino gesprochen, sie wären bereit und auch fähig, den Deal zu machen. Bitte Meeting für Anfang September koordinieren. Gleich mit Hubert63. Sie kennen Sazka gut, benötigen jedoch zur Beteiligungsstruktur (Finanzierung) ein paar Details. Wer kann uns diese besorgen? Lg Peter⁶⁴

Gudenus antwortete, man müsse mal in Ruhe darüber reden.⁶⁵

Im Untersuchungsausschuss erklärte Gudenus, dass es dabei um slowakische Investoren ging, die die Sazka-Anteile der Casinos übernehmen wollten.⁶⁶ Sidlo beteuerte, dass es bei dieser SMS-Kommunikation nicht um die CASAG-Vorstandsbestellung ging.⁶⁷ In den Akten der WKStA gibt Sidlo zu Protokoll, dass die slowakische Arca oder die J&T-Bank, die tschechischen Anteile an den Casinos übernehmen hätte sollen.

Im August 2018 fragt Gudenus seinen Parteikollegen, ob die Slowaken nun in der Privatbank seien. Sidlo antwortete „praktisch schon“. Die formale Zustimmung der FMA erfolge in wenigen Tagen. Das war eine Fehleinschätzung, denn der Deal platzte.⁶⁸

Bank is on track

Auch nachdem die Übernahme der Wiener Privatbank durch die Arca behördlich untersagt worden war, gab es laut den Akten aus dem CASAG-Verfahren und Medienberichten noch weitere Versuche, die Übernahme zu einem Erfolg zu machen. Die Arca hielt trotz roter Karte von der FMA an ihrem Kaufwillen fest. Die FPÖ arbeitete weiter an ihrem Bankenplan. Im Oktober 2019 erkundigte sich Gudenus bei Sidlo, ob es noch freie Banklizenzen zum Kauf gebe und ob andere „*Interessenten für (die) Privatbank interessant*“ wären.⁶⁹

Das Interesse der FPÖ am Übernahmegeschäft der Bank fand ihren vorläufigen Höhepunkt im März und April 2019. Selbst der damalige Kabinettschef des Finanzministers und spätere ÖBAG-Chef Thomas Schmid wurde offenbar um Hilfe gebeten. Anfang März berichtete Gudenus an Sidlo, dass er mit Thomas Schmid bezüglich der Bank gesprochen habe.⁷⁰ Am 29. April – wenige Wochen vor Aufblitzen des Ibiza-Skandals – fand ein Treffen statt, an dem mutmaßlich Sidlo und Strache selbst teilgenommen haben. Obwohl Schmid zu diesem Zeitpunkt bereits ÖBAG-Chef war, beschäftigte er sich weiterhin mit den FPÖ-Vorhaben zur Bank.

Am 29. April in zeitlicher Nähe zum Termin schrieb Schmid an Strache:

„Lieber HC! Bank is on track - hauen uns rein in deiner Sache!“⁷¹

Dieser bedankte sich. Gudenus informierte sich bei Sidlo einen Tag später, wie es gestern gewesen sei. Dieser meinte gut, „*sie*“ würden sich reinhauen. Strache und Schmid wurden beide im Ausschuss gefragt, um was es bei der SMS „*Bank is on track*“ gegangen sei. Beide haben dazu jegliche Auskunft verweigert.⁷²

Ein verlässlicher Financier für die europäische Rechte

Bei der Hausdurchsuchung von Gudenus haben die Ermittlungsbehörden im Auftrag der WKStA wichtige Unterlagen gefunden, die mutmaßlich die Erklärung für das große Interesse der FPÖ-Vertreter liefern. In den Papieren werden haargenau die Vorteile für die FPÖ durch die Übernahme der Wiener Privatbank durch die slowakische Arca festgehalten. Es ist die Rede davon, dass die Partei mit der neu übernommenen Bank einen „*verlässlichen Partner in Finanzierungs- und Veranlagungsfragen*“ habe und man damit in Sachen Wahlkampffinanzierung von anderen österreichischen Banken unabhängig werde. Die FPÖ könne jährlich im Ausmaß von 15 bis 20 Millionen Euro Kredite beziehen. Ohne Kapitalbeteiligung dürfe die Partei außerdem einen Aufsichtsrat bestimmen.

Die FPÖ träumte aber noch von mehr: Die neu übernommene Wiener Privatbank könne die Wahlkampffinanzierung für alle europäischen, rechten Parteien übernehmen. Am Beispiel des EU-Wahlkampfes von Le Pens Front National könne man sehen, wie schwierig die Finanzierung von Wahlkämpfen für rechte Parteien in Frankreich sei.⁷³

Als Draufgabe könne die Arca mit ihren guten Beziehungen dabei helfen, zwischen Sazka und Casinos zu vermitteln oder den tschechischen Investor davon zu überzeugen auf Vorkaufsrechte zu verzichten.⁷⁴

Traum von FPÖ-Bank ausgeträumt

Nur wenige Wochen nach dem oben angesprochenen Termin wurde das Ibiza-Video bekannt. Die türkis-blaue Bundesregierung war damit Geschichte. Aus den aktuellen Akten des Untersuchungsausschusses können keine Informationen gewonnen werden, ob und wie der Plan eines Wahlkampffinanciers für die europäische Rechte politisch weiter verfolgt worden ist. Laut Medienberichten hat die slowakische Arca im Herbst 2019 9,9 Prozent der Wiener Privatbank übernommen.⁷⁵ Für diesen Minderheitsanteil braucht es keine Zustimmung von FMA und EZB.

Endnotes

1. DokNr 77762, S. 371-372 Chat Schmid-L.
2. DokNr 67379, S. 101, BM.I / .BK Anlassbericht vom 29.7.2020, Ibiza-Video Transkript
3. DokNr 67379, S. 103, BM.I / .BK Anlassbericht vom 29.7.2020, Ibiza-Video Transkript
4. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Hans Peter Haselsteiner in der 22. Sitzung vom 22. Oktober 2020, S. 4, 115/KOMM
5. DokNr 67379, S. 70, 140, BM.I / .BK Anlassbericht vom 29.7.2020, Ibiza-Video Transkript
6. DokNr 77027, S. 71
7. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 20 f, 111/KOMM
8. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 50, 111/KOMM
9. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 13, 111/KOMM
10. DokNr 67379, S. 18, BM.I / .BK Anlassbericht vom 29.7.2020, Ibiza-Video Transkript
11. DokNr 67379, S. 88, BM.I / .BK Anlassbericht vom 29.7.2020, Ibiza-Video Transkript
12. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 8, 111/KOMM
13. DerStandard, 05.07.2019, 1.500 Kurz-Fans beim Wahlkampfauftakt in Korneuburg - ÖVP
14. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 70, 111/KOMM
15. MeinBezirk.at, 12.04.2019, Werft Korneuburg: SIGNA-Gruppe kauft sich in Korneuburg ein - Korneuburg
16. Addendum, 25.03.2019, René Benko, Sebastian Kurz und die Mariahilfer Straße 10-18
17. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 53, 111/KOMM
18. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 27, 111/KOMM
19. Addendum, 25.03.2019, René Benko, Sebastian Kurz und die Mariahilfer Straße 10-18
20. Kurier, 01.07.2021, Kurz im U-Ausschuss: Viele offene Fragen bei Grünen und Neos
21. Trend, 05.01.2018, Rettungsaktion: Kika/Leiner-Flagshipstore an Benko verkauft
22. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Josef Moser in der 52. Sitzung vom 23. Juni 2021, S. 56, 266/KOMM
23. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Josef Moser in der 52. Sitzung vom 23. Juni 2021, S. 4, 266/KOMM
24. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Josef Moser in der 52. Sitzung vom 23. Juni 2021, S. 56 f, 266/KOMM
25. Addendum, 25.03.2019, René Benko, Sebastian Kurz und die Mariahilfer Straße 10-18
26. DerStandard, 19.07.2021, Staatsanwaltschaft prüft Intervention bei Benkos Kika/Leiner-Deal
27. Profil, 20.07.2021, Was ein Haufen Bauschutt mit Thomas Schmid zu tun hat
28. DerStandard, 08.05.2021, René Benko und die Politik: Opposition will Kika/Leiner-Übernahme durchleuchten
29. Addendum, 25.03.2019, René Benko, Sebastian Kurz und die Mariahilfer Straße 10-18
30. DerStandard, 19.07.2021, Staatsanwaltschaft prüft Intervention bei Benkos Kika/Leiner-Deal
31. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 41 f, 111/KOMM
32. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 40, 197/KOMM
33. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 48, 206/KOMM
34. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 40, 111/KOMM
35. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 45 f, 111/KOMM
36. Bloomberg, 06.10.2020, Austrian Billionaire Due Big Payout After Real Estate Revaluation
37. Manager Magazin, 06.10.2020, René Benko: Signa Prime kündigt Mega-Dividende an - manager magazin
38. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, S. 40, 197/KOMM
39. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 14, 205/KOMM
40. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 13, 205/KOMM
41. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 47 f, 206/KOMM

42. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 13 f, 205/KOMM
43. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 36, 111/KOMM
44. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 68 f, 111/KOMM
45. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 69, 111/KOMM
46. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 69, 111/KOMM
47. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, S. 40, 111/KOMM
48. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 20, 205/KOMM
49. ORF Online, 15.12.2015, Grazer Kaserne zum Verkauf ausgeschrieben
50. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 20 und 41 f, 205/KOMM
51. DerStandard, 19.10.2020, Eine Grüne nimmt die reichen Unterstützer von Kanzler Kurz ins Visier
52. Rechnungshof Österreich, Rechenschaftsbericht gemäß § 5 PartG 2012 für das Kalenderjahr 2017 der Österreichischen Volkspartei - Bundespartei, S. 34
53. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 41, 205/KOMM
54. DerStandard, 15.10.2019, Uni Wien zieht in ehemalige Volksbank-Zentrale - Büroimmobilien
55. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 28, 205/KOMM
56. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 47 f, 205/KOMM
57. Parlamentarische Anfrage vom 20.10.2020 der Abgeordneten Nina Tomaselli, Freundinnen und Freunde an BM für Finanzen betreffend Fragwürdige Immodeals zwischen BIG und ARE und einem privaten Immobilienentwickler, 3928/J; Beantwortung durch 3908/AB
58. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 47 f, 205/KOMM
59. Kurier, 24.02.2018, Blauer Notenbanker in heikler Doppel-Rolle | kurier.at
60. DerStandard, 17.08.2019, Casinos-Vorstand Peter Sidlo: Blauer Shootingstar, dessen Bestellung das Land in Atem hält
61. OeNB Geschäftsbericht 2018 mit Wissensbilanz und Umwelterklärung, S. 11
62. DerStandard, 17.08.2019, Casinos-Vorstand Peter Sidlo: Blauer Shootingstar, dessen Bestellung das Land in Atem hält
63. Dabei dürfte es sich um den ehemaligen FPÖ-Staatssekretär im Finanzministerium Hubert Fuchs handeln.
64. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 59, 42/KOMM
65. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Peter Sidlo in der 9. Sitzung vom 1. Juli 2020, S. 16, 70/KOMM
66. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Johann Gudenus in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 31, 43/KOMM
67. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Peter Sidlo in der 9. Sitzung vom 1. Juli 2020, S. 17, 70/KOMM
68. DerStandard, 16.01.2021, FPÖ träumte von Financier für alle rechten Parteien in EU
69. DerStandard, 18.01.2021, Wie die FPÖ eine blaue Bank auf die Schiene stellen wollte
70. <https://www.derstandard.at/story/2000123367765/wie-die-fpoe-eine-blaue-bank-auf-die-schiene-stellen>
71. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 9, 51/KOMM
72. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Heinz Christian Strache in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, S. 57, 42/KOMM und Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S. 9, 51/KOMM
73. <https://www.derstandard.at/story/2000123344624/fpoe-traeumte-von-financier-fuer-alle-rechten-parteien-in-eu>
74. DokNr 68614, Protokoll der Beschuldigtenvernehmung von Mag. Peter Sidlo
75. Fondsprofessionell, 13.09.2019, Mini statt Mehrheit: Arca übernimmt Anteil an Wiener Privatbank

EXKURS DREHSCHLEIBE FINANZMINISTERIUM

Diese Passage wurde gemäß § 51 Abs 2 iVm § 21 VO-UA in Hinblick auf § 2 InfOG entfernt.

28.03.2018

Thomas Schmid an Gernot Blümel:

Schmid: Hey Blümchen- schau gerade zib2 (...) ganz coole Leistung von dir und dem Kanzler!! Und Danke an euch beide für die Hilfe im BMF

Der Ibiza-Untersuchungsausschuss deckte ein weit verzweigtes politisches System für Großspender*innen und wohlhabende Freund*innen auf. Ziel dieses Systems war es, die Republik still und heimlich umzubauen. Vorbei am Parlament, vorbei an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Eine wichtige Drehscheibe dieses heimlichen Umbaus war das Finanzministerium und sein damaliger Kabinettschef und Generalsekretär.

Erst die Ermittlungen zum Ibiza-Skandal haben Zugang zu bestimmten Akten ermöglicht, wengleich der amtierende Finanzminister Gernot Blümel sich bei der Übermittlung von Akten an den Untersuchungsausschuss

über Monate hinweg unkooperativ zeigte. Erst durch die vereinten Kräfte von Verfassungsgerichtshof, Bundespräsident und Straflandesgericht Wien konnten ihm jene Akten, die das Innenleben des Finanzministeriums offenbaren, abgerungen werden. Nicht alle Unterlagen konnten angesichts der Fülle an verspätet übermittelten Akten noch rechtzeitig vor Ende der Berichtslegung ausgewertet werden.

Das von **Hartwig Löger** geführte Finanzministerium war eine wichtige Drehscheibe in zahlreichen Affären der türkis-blauen Regierungszeit. Als Schlüsselfigur im Finanzministerium agierte dabei Kabinettschef und Generalsekretär **Thomas Schmid**, ein enger Vertrauter von Bundeskanzler Sebastian Kurz, für den Schmid 2016 eine massive Erhöhung des Budget des Außenministeriums einfädelt. Schmid war nicht nur federführend mit den geplanten Privatisierungsvorhaben von ARE und BRZ betraut – während er Finanzminister Hartwig Löger nur sehr rudimentär darüber informierte – (siehe Kapitel 4.2: Heimliche Privatisierungen), sondern agierte auch als Vertrauter der ÖVP-Spitze rund um die Bestellung von Peter Sidlo und Bettina Glatz-Kremsner in den Vorstand der Casinos Austria AG.

Enge Verbindung zur Glücksspielindustrie

Mitarbeiter*innen des Finanzministeriums pflegten enge Kontakte zu Glücksspielvertretern. Novomatic-Chef Harald Neumann wurde sogar per Chatnachricht mit hausinternen Informationen über Online-Glücksspiellizenzen versorgt – besonders brisant, da das Ministerium auch für entsprechende Lizenzvergaben zuständig ist.

Und auch bei Problemen der Novomatic mit italienischen Aufsichtsbehörden kam Schmid zum Zug und besprach die Causa auf Wunsch von Gernot Blümel mit Neumann. Selbst vom Berg Athos aus soll er angeblich auf Wunsch von Bundeskanzler Kurz zur Stelle gewesen sein, um bei einem Bieterverfahren einzuschreiten (siehe Kapitel 4.5 Unterstützung für wohlhabende Freunde).¹ Mutmaßlich als Dank für seine treuen Dienste wurde Schmid im Frühjahr 2019 zum hochdotierten Alleinvorstand der mächtigen Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) bestellt, wobei er auch bei dieser Bestellung und den dafür notwendigen Gesetzesänderungen die Fäden zog.

Das Personal-Netzwerk

Schmid unterstellt war die Gruppenleiterin der Abteilung I/B Beteiligungen und Services sowie stellvertretende Sektionschefin (Sektion I) **Elisabeth Gruber**. Gruber fungiert im Namen des Finanzministeriums als mächtige Aufsichtsrätin in zahlreichen staatlichen oder teilstaatlichen Betrieben; etwa bei der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) oder deren Tochter ARE (Austrian Real Estate). Auch bei FMA, BRZ, FIMBAG, Großglocknerhochalpenstraße AG, Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG und Österreichisches Konferenzzentrum Wien AG saß oder sitzt sie im Aufsichtsrat² und wahrt dort die Interessen des Finanzministeriums.^{3,4} Generell war das BMF als Eigentümervertreter der Republik bei zahlreichen Aufsichtsratsbestellungen involviert, wofür in Absprache mit dem freiheitlichen Koalitionspartner (nach einem vereinbarten Schlüssel 2:1) oftmals auch Personen, die an die Partei spendeten, ausgewählt wurden. Auffallend oft beauftragte Gruber ihren ehemaligen Arbeitgeber,⁵ die Rechtsanwaltskanzlei CHSH, mit der Erstellung BMF-interner Rechtsgutachten, insbesondere im Zuge der geplanten Privatisierung des BRZ.^{6,7}

Auch einige Kabinettsmitarbeiter spielten eine tragende Rolle. **Bernhard Perner** war unter anderem für die Finanzmarktaufsichtsreform zuständig, in deren Rahmen die Wünsche der Bankenvertreter politisch umgesetzt und in der Finanzmarktaufsicht (FMA) ein türkiser Alleinvorstand installiert werden hätte sollen. Am Ende konnte das umfassende Reformvorhaben, aufgrund des Bruches der Regierungskoalition nicht mehr umgesetzt werden. Perner, der von einer BMF-Mitarbeiterin in einer internen Nachricht an Thomas Schmid als „*einer der von Anfang an dabei war*“ bzw. „*im inner circle*“ bezeichnet wird,⁸ arbeitete neben seiner Vorstandstätigkeit bei der Abbaubeteiligungsgesellschaft des Bundes (ABBAG) noch als Teilzeitmitarbeiter der ÖBAG, wofür er vom Finanzministerium einen hochdotierten Sondervertrag iHv 150.000 Euro (zusätzlich) erhielt.

Clemens-Wolfgang Niedrist (langjähriger Mitarbeiter und nunmehr Kabinettschef von Blümel) hielt als ehemaliger Kabinettschef im Justizministerium engen Kontakt zum mittlerweile suspendierten BMJ-Generalsekretär Christian Pilnacek, dem er in nächtlichen Chats auch eine Sicherstellungsanordnung der WKStA zukommen ließ.⁹ Während der Hausdurchsuchung bei Blümel rückte er aus, um den nicht auffindbaren Laptop des Bundesministers herbeizuschaffen. Zudem bat er Pilnacek ein Auge auf die Causa Pierer zu werfen, als sich dieser auf der sogenannten „Abschleicherliste“¹⁰ wiederfand. Dem ÖVP-Großspender Pierer drohte damals eine Steuernachzahlung von sechs Millionen Euro.¹¹

Auch der Leiter der Sektion I, **Eduard Müller**, war in die meisten Projekte eingebunden, etwa was die genannten Privatisierungsbestrebungen von BRZ und ARE betrifft,^{12,13} wenngleich er im Untersuchungsausschuss die Vorarbeiten zum Verkauf der ARE als reine „Fingerübung“ abtat.¹⁴

Einmischung im Justizbereich

Doch nicht nur im Rahmen der Privatisierungen war das Finanzministerium federführend. Selbst in Angelegenheiten, wo das BMF wenig bis keine Zuständigkeit hatte, war sie Dreh- und Angelpunkt für Gesetzesvorhaben, wie zum Beispiel beim Stiftungsrecht oder bei der Streichung des umfassenden Rücktrittsrechtes bei Lebensversicherungen. Dies wird insbesondere in der Kommunikation zwischen dem eigentlich zuständigen Justizministerium und dem Finanzministerium sichtbar. Aus den Mails der Beamt*innen aus dem Justizministerium zum Privatstiftungsrecht, die dem Untersuchungsausschuss zugänglich gemacht worden sind, geht klar hervor, dass sich das Finanzministerium immer wieder mit Änderungswünschen meldete, das Justizministerium aber keine Veranlassung sah, diese auch umzusetzen. Die Justizmitarbeiter*innen besprachen unter anderem die Antworten, die sie dem Finanzministerium auf Anfragen gaben: Das Privatstiftungsrecht stehe nicht im Regierungsprogramm und hätte somit keine Priorität.

Aus einer Kurznotiz aus dem Justizministerium hat der Untersuchungsausschuss auch erfahren, dass das Privatstiftungsrecht mit der Steuerreform 2020 in Kraft treten hätte sollen. Auch gäbe es „*Absprachen mit Eva Dichand, Therese Niss und Cattina Leitner (Frühstückscafés im BMF)*“.¹⁵ Eine Information, die das Finanzministerium dem Untersuchungsausschuss bis zur Exekution durch den Bundespräsidenten vorenthalten wollte, obwohl es hier um ein Gesetzesvorhaben gegangen ist, und Spender*innen einer Regierungspartei beteiligt waren.

Im Rahmen des Rücktrittsrechtes bei Lebensversicherungen ergab sich ein ähnliches Bild: Nur wenige Tage nach der Angelobung der türkis-blauen Bundesregierung meldete sich das Finanzministerium beim zuständigen Justizministerium, man wolle innert zwei Tagen einen entsprechenden Entwurf. Der Versicherungsverband VVO hatte sich drei Wochen zuvor im BMF mit einem entsprechenden Forderungspapier gemeldet, das Finanzministerium wollte wohl keine Zeit verlieren. Das BMJ antwortete auf die Wünsche des BMF nur knapp, das sei nicht schaffbar. Es sind noch weitere Kontaktaufnahmen seitens des BMFs und der Lobbyvereinigungen der Versicherungen in den Akten dokumentiert.¹⁶

Gut abgestimmt

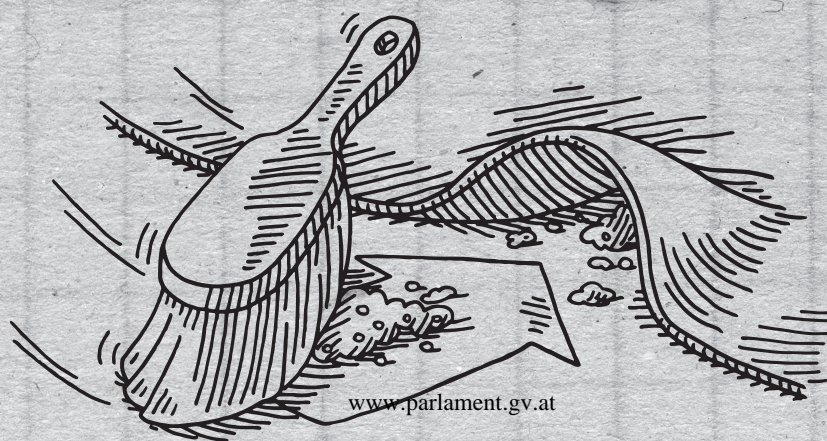
In keinem anderen Ministerium wurde die Schiefelage zwischen den Interessen von Wohlhabenden, Spender*innen und Gönner*innen der Regierungsparteien und den eigentlichen Interessen der Bevölkerung so sichtbar wie im Finanzministerium. Das Finanzministerium war Drehscheibe der türkis-blauen Regierung, wenn es darum ging die Republik im Sinne wohlhabender Freund*innen umzubauen. Eigenmächtig handelte es aber trotzdem nicht. In zahlreichen Kommunikationsabschriften ist eine immer wiederkehrende Abstimmung insbesondere mit dem Bundeskanzleramt wohl dokumentiert.

Endnotes

1. DerStandard, 06.04.2021, Oper mit Schlüssel und Panik nach Benko-Deal: Was die Schmid-Chats noch verraten
2. Dok 68605, 249-250, CV Elisabeth Gruber.
3. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 67, 77/KOMM
4. DokNr. 22586, S. 1-6, Email vom 24.05.2018 von Elisabeth Gruber an ihre eigene Adresse betreffend „WG: Projektantrag ARE strategische Weiterentwicklung / FINAL mit fünfseitigem Anhang“
5. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 55, 80/KOMM
6. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Elisabeth Gruber in der 15. Sitzung vom 16. September 2020, S. 26, 80/KOMM
7. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Bernhard Bonelli, MBA in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 67, 160/KOMM
8. DokNr 77762, S. 248-249 Chat Schmid-L.
9. ORF Online, 01.04.2021, <https://orf.at/stories/3207575/>
10. Profil, 12.06.2020, Der „Fall Pierer“: Wie das Finanzministerium rechtswidrig intern ermittelte
11. DerStandard, 12.06.2020, Finanzministerium suchte mit rechtswidrigen Mitteln nach Informant im Fall Pierer
12. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger in der 14. Sitzung vom 10. September 2020, S. 51, 77/KOMM
13. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 12, 205/KOMM
14. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 29 f, 206/KOMM
15. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Dr. Daniel Varro, LL.M. in der 37. Sitzung vom 4. März 2021 S. 16, 174/KOMM
16. „DerStandard, 12.08.2021, Wie sich Versicherungen unter Türkis-Blau ein Gesetz schrieben“



DIE VERSUCHTE VERTUSCHUNG



DIE VERSUCHTE VERTUSCHUNG

15.1.2021

Hubert Fuchs und Christian Pilnacek:

Fuchs: Meldungen zu Koch, der sich heute in Eisenstadt als der heldenhafter Whistleblower geoutet hat... Die sind alle schockiert

Pilnacek: So ein Depp... Von wem sind die?

Fuchs: Erich Mayer. Dem K. geb ich dort keine lange Zukunft; die stehen alle noch hinter mir; (...)

Pilnacek: Super ...der soll sich eingraben

Das Ibiza-Video ließ nicht nur die österreichische Bevölkerung fassungslos zurück. Es überraschte auch die türkisch-blaue Bundesregierung. Der heimliche Umbau der Republik fand ein jähes Ende. Am 17. Mai 2019 wechselte jenes politische System, das im Video herbeigeprahlt worden ist, in den Modus „Schadensbegrenzung“. Dies wurde auch im Untersuchungsausschuss intensiv beleuchtet: Was waren die genauen Abläufe an jenem 17. Mai 2019, an dem die politische Welt kurz still gestanden ist? Was passierte in den Tagen und Wochen danach?

Wer wollte die Ermittlungen wie unter seine Fittiche bekommen? Und vor allem: Warum?

In diesem Zusammenhang ist die Arbeit zweier Ministerien besonders zu untersuchen: jene des Justizministeriums unter der Führung von Josef Moser, sowie des Innenministeriums unter Herbert Kickl und, nach dessen Abberufung, unter Eckart Ratz.

Ob die Ermittlungen in der Ibiza-Affäre politisch beeinflusst worden sind, war eine der zentralen Fragen im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Was ist in den beiden Ministerien nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos passiert?

18.5.2019, exakt 00.00 Uhr

Christian Pilnacek und Hubert Fuchs:

Fuchs: Lieber Christian, ich sehe in der Kurier-Mitteilung überhaupt nichts Dramatisches. Wie kann ich Dich unterstützen? HG

Pilnacek: Eben dadurch, dass ich verhindern wollte, dass WKStA von sich aus aktiv wird; gute Nacht.

Fuchs: ja so werde ich das auch kommunizieren Gute Nacht

Was im Justizministerium vor sich ging

Josef Moser, damaliger Justizminister, wurde vom Bundeskanzler über die bevorstehende Veröffentlichung des Ibiza-Videos am Nachmittag der Veröffentlichung informiert. Er beauftragte daraufhin Sektionschef Christian Pilnacek und den damaligen Kabinettschef Clemens-Wolfgang Niedrist damit, sich das Video nach Veröffentlichung anzusehen und zu überprüfen, ob Veranlassungen seitens der Justiz zu treffen sind.¹

Konkret geht es um drei Weisungen des damaligen Justizministers an die nachgelagerten Stellen bezüglich des Ibiza-Videos, die Pilnacek zwischen 20.33 Uhr und 20.50 Uhr an Johann Fuchs, Leiter der Oberstaatsanwaltschaft, kommunizierte. Laut Pilnacek hatte Justizminister Moser am 18. Mai 2019 drei konkrete Aufträge formuliert:²

1. *„Wir bitten dich, der WKStA den Auftrag zu erteilen, das gesamte Bildmaterial von den beteiligten Medien anzufordern.“* (Mail an Fuchs, 20.33 Uhr)

2. *„HBM wünscht auch, dass die Kommunikation ausschließlich über OStA Wien läuft.“* (Mail an Fuchs, 20.47 Uhr)

3. *„HBM möchte WKStA keine aktive Rolle zukommen zu (sic!) lassen.“* (Mail an Fuchs, 20.50 Uhr).

Die erste Weisung bedeutet, dass die WKStA reine Erkundigungen, keine Ermittlungen tätigen kann. Dabei war längst klar, dass die Aussagen von HC Strache strafrechtlich relevant sein könnten.

Vor allem die dritte Weisung beschäftigte den Untersuchungsausschuss. Die Formulierung *„keine aktive Rolle“* wurde zu Beginn so dargestellt, als ob es um die Medienarbeit der WKStA ginge. Seit der Veröffentlichung der Chat-Nachrichten von Pilnaceks Handy war jedoch klar, dass es um die Ermittlungstätigkeit der WKStA gegangen ist – nicht um die Medienarbeit. Der Sektionschef wollte das *„Vorpreschen der WKStA verhindern“*.³

Die Vorgänge im Justizministerium einige Tage nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos wurden dem Untersuchungsausschuss erst durch eine Eingabe von Staatsanwalt Roland Koch, damals Mitarbeiter im Kabinett von Justizminister Moser, an die WKStA bekannt. Koch hat die Berichterstattung zum Untersuchungsausschuss verfolgt, weshalb ihm klargeworden sei, dass dem Untersuchungsausschuss wichtige Dokumente vorenthalten worden sind. Diese Dokumente warfen die Frage auf, ob Beamte im Justizministerium bewusst versuchten, die WKStA aus den Ibiza-Ermittlungen herauszuhalten.

Staatsanwalt Koch sagte in seinem Eingangsstatement im Untersuchungsausschuss, dass die Schilderungen von Sektionschef Pilnacek und OStA Fuchs bei ihren Befragungen von seinen eigenen Wahrnehmungen und den ihm bekannten Aktenstücken und Dokumenten abweichen.⁴

Zu diesem Komplex wurden Pilnacek und Fuchs im Untersuchungsausschuss befragt. Beide haben auf Nachfrage dazu angegeben, dass die erste Weisung nur mündlich erlassen worden sei,⁵⁶ - was zur Folge gehabt hätte, dass keine Schriftstücke, die dem Untersuchungsausschuss vorzulegen gewesen wären, existierten. Beide Auskunftspersonen sagten aus, dass es keine weiteren Weisungen gegeben habe. Fuchs erklärte darüber hinaus, dass er keine Wahrnehmungen zu Wünschen des Bundesministers hatte.⁷ Durch die Eingabe von Staatsanwalt Koch wurde offensichtlich, dass hochrangige Justizbeamte diese Vorgänge nicht offenlegen wollten.

Es wurde ein Verfahren wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses und Falschaussage gegen Christian Pilnacek und Johann Fuchs eingeleitet.⁸ Das Verfahren wird von der Staatsanwaltschaft Innsbruck geführt. Da sich die Verdachtsmomente gegen einen Sektionschef und den Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien richten, hat die Bundesministerin für Justiz, Alma Zadic, zwei Generalanwälte der Generalprokuratur dienstzugeteilt, *„um jeden Anschein einer Befangtheit zu vermeiden“*.⁹

Konfrontiert mit den Weisungen gab Josef Moser im Untersuchungsausschuss an, dass er „in keinster Weise“ eine Weisung erteilt habe, dass der WKStA keine aktive Rolle zukommen solle.¹⁰ Offen bleibt die Frage, ob Sektionschef Pilnacek ohne Rücksprache mit Justizminister Moser eine Weisung im Namen des Justizministers gegeben hat, um die WKStA in ihren Ermittlungen von Beginn an zu behindern. Auf Anfrage des Nachrichtenmagazins Profil hat Moser dazu gesagt: „Das weiß ich nicht. Ich habe das in keinster Weise erwähnt. Ich wollte, dass alle Unterlagen geholt werden, rasch mit den Ermittlungen begonnen und dazu zentral kommuniziert wird.“¹¹

Die Reaktion der WKStA

Während im Justizministerium hochrangige Beamte über die Rolle der WKStA redeten, hatte diese ihre Arbeit bereits aufgenommen. Kurz nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos gab es in der WKStA schon einen Bericht, dass bei einem anhängigen Ermittlungsverfahren Zahlungen eines FPÖ-Vereins aufgetaucht sind. Der Bezug zu Straches Aussagen im Video, dass man Parteispenden am Rechnungshof vorbei schleusen könne, war somit hergestellt.¹²

Die Leiterin der WKStA, Ilse-Maria Vrabl-Sanda, informierte die Oberstaatsanwaltschaft Wien darüber und übermittelte Johann Fuchs den Bericht. Auch der Justizminister wurde darüber informiert und übermittelte Vrabl-Sanda daraufhin folgende E-Mail: „Ich bitte und gehe davon aus, dass die WKStA aufgrund ihrer Wahrnehmungen alle notwendigen Schritte setzt, um den Sachverhalt rund um die Causa ‚IBIZA-Video‘ raschest und vollständig aufzuklären.“¹³

Die OStA Wien vollzog danach in einem E-Mail-Verkehr mit Vrabl-Sanda eine Kehrtwendung und tätigte eine „Klarstellung“ betreffend der Ermittlungen durch die WKStA. Diese hielt fest, dass sich die Aufforderung, lediglich Erkundigungen einzuholen, bloß auf den damaligen Kenntnisstand bezogen habe, die WKStA auf eine geänderte Verdachtslage nun gesetzmäßig reagieren darf. Vrabl-Sanda antwortete an Justizminister Moser: „Sehr geehrter Herr Bundesminister, vielen Dank für die Nachricht. Die WKStA kommt selbstverständlich dem gesetzlichen Auftrag zur vollumfänglichen strafrechtlichen Aufklärung des Sachverhalts nach. Im Anhang finden Sie bitte die Weisung vom 18.5.2019 des LOStA Wien samt Klarstellung vom heutigen Tag.“¹⁴

Das war der Beginn des umfangreichen Ermittlungsverfahrens in der Causa-Ibiza, das die WKStA bis zum heutigen Tag in insgesamt 14 Ermittlungssträngen führt.

In der Woche nach der Veröffentlichung des Ibiza-Videos war Vrabl-Sanda bei Justizminister Moser. Nach dieser Besprechung sagte der Justizminister zu seinem Kabinettsmitarbeiter Roland Koch laut dessen Aussage im Untersuchungsausschuss: „Die zerschlagen wir“ - gemeint war die WKStA.¹⁵ Moser bestritt im Untersuchungsausschuss dezidiert, diese Aussage getätigt zu haben.¹⁶

„Die WKStA ist und bleibt ein Problem“

In einem anderen Verfahren, der Causa Heumarkt, wurde das Handy von Christian Pilnacek beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft hat den Verdacht, dass eine Hausdurchsuchung verraten wurde. Durch die Beschlagnahmung des Handys wurden Chats öffentlich, die im Ibiza-Verfahrenskomplex relevant sind; unter anderem das zerrüttete Verhältnis zwischen dem Sektionschef und der WKStA.

Am 26. Mai 2020 schrieb ein Rechtsanwalt an Pilnacek: „Ist alles zum Weinen, komm grad von einer BV17 bei der WKStA, wieder einmal unfassbar, was die aufführen! Pilnacek antwortete: „Ja, aber, wer unternimmt was gegen diese missratene StA????“

Am 6. Juni 2019 schrieb Pilnacek Wolfgang Brandstetter (damals Richter am Verfassungsgerichtshof): „die WKSA ist und bleibt ein Problem“.

Weiters besteht der Verdacht, dass Pilnacek sich im August 2019 Zugriff auf Kommunikationsdaten von Staatsanwält*innen verschaffen wollte. Auf diese Weise sollten Zwangsmaßnahmen gegen Staatsanwält*innen gesetzt werden. So schrieb er einer Mitarbeiterin im Kabinett des Justizministers: „Ja, aber wir müssen auch einmal aktiv werden; accounts der WKStA sichern...“ Die Antwort: „Ja, die OStA (Oberstaatsanwaltschaft, Anm.) kümmert sich darum!“¹⁸

In diesen Chats unterhalten sich Brandstetter und Pilnacek nicht nur über die WKStA, sondern sie schreiben auch abschätzig und abwertend über den Verfassungsgerichtshof und dessen Mitglieder. Diese Chats führten zum Rücktritt von Verfassungsrichter Brandstetter.¹⁹ Am Tag der Veröffentlichung der Chats wurde die von Justizministerin Alma Zadic durchgeführte Suspendierung von Christian Pilnacek durch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt.²⁰

11.06.2020

Christian Pilnacek und Andreas Holzer:

Pilnacek: [...] Dann hoffe ich, dass wir nicht gemeinsam untergehen

Holzer: Das hoffe ich auch nicht. Wenn, aber mit Stil..

Pilnacek: Eben, so sind wir..

Währenddessen im Innenministerium

Am 23. Mai 2019 wurde unter der Führung des neuen Innenministers Eckart Ratz die Sonderkommission „TAPE“ (medial oft auch „SOKO Ibiza“ genannt) unter Beiziehung von „Vertretern des Bundeskriminalamts und des BVTs“ eingerichtet.²¹ Sie sollte die Causa Ibiza kriminalistisch aufarbeiten. Die Ermittlungen teilen sich in zwei Stränge:

- a) Im Auftrag der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) sollen Ermittlungen durchgeführt werden, um die von H.C. Strache im Ibiza-Video getätigten Aussagen auf ihre strafrechtliche Relevanz zu prüfen.
- b) Im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wien (StA Wien) sollen Ermittlungen durchgeführt werden, um zu eruieren, wer das Ibiza-Video produziert hat und ob dadurch strafrechtliche Verfehlungen begangen worden sind.

Wie die Mitglieder der SOKO TAPE ausgewählt worden sind, ist bis heute ungeklärt. Entsprechende Fragen im Zuge einer parlamentarischen Anfrage wollte der damalige Innenminister Wolfgang Peschorn nicht beantworten.²²

Andreas Holzer, Leiter der SOKO TAPE und im Jänner 2021 zum Chef des Bundeskriminalamtes befördert, gab sich in seiner Befragung vor dem Untersuchungsausschuss zu diesem Thema bedeckt: „Wer mich kennt, weiß, dass ich meine Personalauswahl sehr genau abwäge und Teams bilde, die in der Vergangenheit die heikelsten Kriminalfälle gelöst haben und dafür auch mehrfach ausgezeichnet wurden.“²³

Die Namen der Ermittler der SOKO TAPE wurden dem Untersuchungsausschuss in Akten der Klassifizierungsstufe 3 (geheim) übermittelt. Im Laufe der Ermittlungen und im Untersuchungsausschuss selbst wurde eine Personalentscheidung häufig diskutiert: Niko R. (siehe dazu Kapitel 6 „Die Ermittler“)

Auch Andreas Holzer selbst geriet mehrfach in Kritik: Im U-Ausschuss stellte sich heraus, dass einer der Video-Ersteller, Ramin M., bereits im Jahr 2015 mit Hinweisen zu illegalem Verhalten von H.C. Strache an Holzer herangetreten war. Ermittlungen wurden jedoch keine eingeleitet.²⁴

Prioritätensetzung bei der Ermittlung

Bei den Ermittlungen in der Ibiza-Affäre gibt es zwei Hauptstränge. Einerseits das Verfahren gegen die Hintermänner des Ibiza-Videos, also jene Personen, die es hergestellt bzw. die Herstellung beauftragt haben. Dieses Verfahren wird von der Staatsanwaltschaft Wien geführt.

Der zweite Strang ist das Verfahren der WKStA. Sie überprüft, ob die Aussagen, die Strache im Video getätigt hat, auch tatsächlich umgesetzt worden sind. Das Verfahren bei der WKStA umfasst umfangreiche Korruptionsermittlungen vor allem gegen (aktive) Politiker*innen.

Die SOKO TAPE ermittelt bzw. ermittelte bislang in vier Verfahren der WKStA und in 17 getrennt voneinander geführten Verfahren der Staatsanwaltschaft Wien.²⁵

Die SOKO ermittelte für die Staatsanwaltschaft Wien und die WKStA – also in beiden Verfahren. Zusätzlich ermittelt nun auch das BAK, das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung, für die WKStA, weil darüber hinaus gegen Spitzenamtsträger wie den amtierenden Finanzminister Ermittlungen geführt werden.²⁶

Mehrere Staatsanwält*innen der WKStA haben im Untersuchungsausschuss die begrenzten Ressourcen der SOKO für das Korruptionsverfahren beklagt. So erwähnte Matthias Purkart in seiner ersten Befragung, dass Handyauswertungen der SOKO noch ausständig sind, und das „*vielleicht an den Ressourcen*“ liegen könnte.²⁷

Ähnlich sagte Gregor Adamovic aus, auf die Frage nach der zögerlichen Auswertung der Handys durch die SOKO: „*Mehr können wir als Korruptionsstaatsanwaltschaft nicht machen, als darauf zu drängen, dass das so rasch wie möglich passiert, aber wir haben keinen Einfluss auf die Ressourcen der Kriminalpolizei.*“²⁸ Er erwähnte einen internen Revisionsbericht der WKStA, der die lange Verfahrensdauer beleuchtete, in dem es wörtlich heißt: „*Als ein wesentlicher WKStA-extern liegender Grund für Verfahrensverzögerungen konnten begrenzte personelle Ressourcen im polizeilichen Ermittlungsbereich festgestellt werden. Die gerade bei komplexen Strafverfahren oftmals noch immer weit hinter den Erwartungen bleibenden Ergebnisse der Ermittlungsbehörden lassen Bemühungen durch die Referenten der WKStA oftmals ‘verpuffen’. So können etwa nach der Durchführung von durch die Kriminalpolizei selbst angeregten Hausdurchsuchungen die dabei sichergestellten Unterlagen und Daten mangels Ressourcen oftmals nicht ausgewertet werden.*“²⁹ Gerade unter diesen Umständen bleibt die Frage offen, warum die SOKO TAPE darauf gedrungen hat, dass sie die Datenauswertung der sichergestellten Datenträger alleine durchführen wollte.³⁰ Christina Jilek hat diesbezüglich ausgesagt, dass es zu Beginn bloß zwei Beamte von der SOKO gegeben hat, die für die WKStA zuständig waren.³¹

Sogar der damalige SOKO-Leiter, Andreas Holzer, beklagte die Ressourcenknappheit der SOKO.³² Demgegenüber hat der Gruppenleiter der WKStA, Bernhard Weratschnig, ausgesagt, dass Andreas Holzer, Leiter der SOKO, der WKStA am Beginn der Ermittlungen versichert habe, dass er die WKStA sehr gut mit Ressourcen versorgen könne.³³ Aus einer Anfragebeantwortung vom 08. August 2020 geht hervor, dass die SOKO zum damaligen Zeitpunkt aus 15 Ermittler*innen bestand und nur sechs davon in den Verfahren der WKStA ermittelten.³⁴

Staatsanwalt Bernd Schneider von der Staatsanwaltschaft Wien lobte in seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss die Zusammenarbeit mit der SOKO. In jenem Verfahren, das die Hintermänner bei der Herstellung des Ibiza-Videos verfolgt, wurden insgesamt über 60 Grundrechtseingriffe vorgenommen; es besteht aus 67 Verfahrensbeteiligten.³⁵ Im Gegenzug zu sämtlichen Vertreter*innen der WKStA beklagte er die mangelnden Ressourcen der SOKO TAPE für sein Verfahren nicht.³⁶ Die Jagd nach den Hintermännern des Ibiza-Videos wurde mit ausreichend Ressourcen unterstützt.

Das OLG Wien hob mit Beschluss vom 17.12.2020 viele dieser Beschlüsse zur Datenauswertung und Telefonüberwachung - die Grundrechtseingriffe darstellen - auf und ordnete deren Vernichtung an.³⁷ Sie waren überschießend. Konfrontiert mit einem Beispiel an Überwachungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Bespitzelung von Personen in Gasthaus, die über das Video gesprochen haben, sagte Bernd Schneider aus: „*Also meine Idee war es nicht.*“³⁸ Was den Umkehrschluss zulässt, dass die Idee aus der SOKO kam.

Die Befragung von insgesamt neun Staatsanwält*innen aus drei verschiedenen Staatsanwaltschaften hat den Eindruck verfestigt, dass die Prioritätensetzung in den polizeilichen Ermittlungen in der Ibiza-Affäre zu Gunsten des Hintermännerverfahrens ausfiel, und nicht zu Gunsten des Korruptionsverfahrens der WKStA.

18.5.2017

X an Y:

X: **Hier könnte ein SMS stehen, wäre es nicht geshreddert worden**

DIE SCHREDDER-AFFÄRE

Schredder Verfahren 1

Walter Maisinger zu Gast bei der Firma Reißwolf

Am 21. Mai 2019 wurden im Bundeskanzleramt und Kanzleramtsministerium³⁹ fünf Druckerfestplatten von der Firma Ricoh ausgebaut.⁴⁰ Ein Mitarbeiter im Kanzleramt, Arno M., brachte diese am Tag darauf zur Firma Reißwolf und beauftragte das spezialisierte Unternehmen, die Festplatten zu schreddern.⁴¹ Den Untersuchungsausschuss beschäftigte die Frage, wer ihn dazu beauftragt hatte. Arno M. hat ausgesagt, dass er dem Gruppenleiter im Bundeskanzleramt, Bernd Pichlmayr,⁴² angeboten habe, die Vernichtung der Festplatten zu übernehmen⁴³.

An diesem Vorgang war auffallend, dass Arno M. unter der Angabe eines falschen Namen⁴⁴, nämlich Walter Maisinger, zur Firma Reißwolf ging um die Festplatten zu schreddern. Und das unmittelbar nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos.

Die Geschichte wurde publik weil Arno M. vergessen hat, die Rechnungssumme in Höhe von 76,45 Euro zu begleichen und der Geschäftsführer der Firma deshalb Anzeige erstattete.⁴⁵

Der Geschäftsführer der Firma Reißwolf, beschrieb in anschließenden Interviews M. als äußerst nervös - er habe die Festplatten keinesfalls aus der Hand geben wollen. In der 25-jährigen Geschichte des Unternehmens sei „*noch nie passiert*“, dass jemand „*unter falschem Namen und mit solchem Aufwand Festplatten vernichten hat lassen*“.⁴⁶

Arno M. hat sich die Seriennummern der fünf Festplatten vor Ort bei der Firma Reißwolf, notiert.⁴⁷ Ein Mitarbeiter der Firma Reißwolf hat in seiner Zeugenvernehmung ausgesagt, dass Arno M. nicht zulassen wollte, dass er die Seriennummern der Festplatten dahingehend überprüft, ob es auch jene sind, die Arno M. vor Ort in den Lieferschein eingetragen hat. Arno M. bestreitet dies im Untersuchungsausschuss.⁴⁸ Er wollte die Festplatten drei Mal schreddern, um sicher zu gehen, dass wirklich alles vernichtet worden sei.⁴⁹ Die geschredderten Festplatten hat Arno M. auf Wunsch der IT-Abteilung wieder mit ins Bundeskanzleramt genommen.⁵⁰

In Zusammenhang mit dem Ibiza-Verfahren wurde dieser Vorgang erst gebracht, als einer der Reißwolf-Mitarbeiter Arno M. bei der Abschlussrede von Sebastian Kurz in der politischen Akademie wiedererkannt hat. Wegen der Nichtbezahlung der Rechnung wurde Anzeige erstattet. Die WKStA schloss auf Grund der zeitlichen

Nähe zur Veröffentlichung des Ibiza-Videos einen Konnex nicht aus und führte die Ermittlungen. Durchgeführt wurden diese durch die SOKO TAPE. Der betreffende Mitarbeiter vermutete im Untersuchungsausschuss, dass es keinen Zusammenhang zum Ibiza-Video gibt.⁵¹

Um welche Festplatten handelte es sich tatsächlich?

„*Ich bin der Meinung, dass es Festplatten von einem Laptop gewesen sind*“.⁵², hat der Mitarbeiter der Firma Reißwolf in seiner Zeugenvernehmung ausgesagt. Arno M. behauptete hingegen im Untersuchungsausschuss, dass ihm gesagt wurde, dass es sich um Druckerspeicherfestplatten aus Multifunktionsgeräten handle.⁵³ Von wem ihm das gesagt wurde, bleibt offen. Aus der Anfragebeantwortung des Bundeskanzleramtes im Rahmen der Amtshilfe geht hervor, dass die Seriennummern nicht zweifelsfrei dem Bundeskanzleramt zugeordnet werden konnten.⁵⁴

Auf den Fotos der Festplatten sind die Festplattengrößen zu erkennen. Informationen durch den Hersteller betreffend die standardmäßige Verbauung von Festplatten legen nahe, dass es sich bei zwei der fünf Festplatten tatsächlich um Laptopfestplatten gehandelt haben kann. Dies stellte sich im Untersuchungsausschuss bei der Befragung von Arno M. heraus.⁵⁵

Das Bundeskanzleramt hat in einer Aussendung vom 14. April 2021 (am Tag der Befragung von Bernd Pichlmayer im Untersuchungsausschuss) auf eine Bestätigung des Lieferanten der Multifunktionsgeräte hingewiesen, „dass die vernichteten Festplattentypen in Multifunktionsgeräten des Lieferanten funktionieren“ können.^{56 57}

Die Befragung von Bernd Pichlmayer, Gruppenleiter im Bundeskanzleramt, war ausschließlich von Aussageentschlagungen geprägt. Er hat keinerlei inhaltliche Fragen zum Schredderverfahren beantwortet. „*Nachdem ich noch keine Akteneinsicht habe, berufe ich mich aufgrund einer politisch motivierten Anzeige der Abgeordneten Kai Krainer und Stephanie Krisper, worauf ein Strafverfahren unter der Aktenzahl 8 St 79/21y geführt wird, auf mein Entschlagsrecht, gemäß § 43 Abs. 1 Z 1 der Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses und kann die Frage deswegen nicht beantworten.*“⁵⁸

Diese Aussage bzw. Entschlagung tätigte Pichlmayer in seiner Befragung insgesamt 33 Mal.

Die Frage, um welche Festplatten es sich hier gehandelt hat, beschäftigte den Untersuchungsausschuss ausführlich und konnte letzten Endes nicht aufgeklärt werden.

Fest steht, dass der Standardprozess bei der Vernichtung von Festplatten zum Amtsende einer Regierung nicht eingehalten wurde. Die Festplatten hätten bei einer republikseigenen Stelle vernichtet werden müssen.⁵⁹ Auch der interne Revisionsbericht des Bundeskanzleramtes, der das Prozedere untersucht hat, hat mehrere Vergehen an der gewählten Vorgehensweise des Bundeskanzleramtes festgestellt,⁶⁰ zum Beispiel gab es keine formelle Weisung zur Vernichtung der Festplatten und keine Begleitung durch die IT-Abteilung bei der Vernichtung. Deshalb war die externe Vernichtung der Festplatten nicht rechtens.

Die Ermittlungen

Die Ermittlungen in dieser Causa führte zuerst die WKStA. Als sich nach ersten Ermittlungsergebnissen der Verdacht nicht erhärtet hat, dass das Schredderverfahren im Zusammenhang mit dem Ibiza-Verfahren steht, wurde das Verfahren zuständigkeitshalber an die StA Wien abgetreten.⁶¹

Die Ermittlungen in der Schredderaffäre führte die SOKO-Tape durch. Hierbei gab es einige Vorkommnisse:

Die WKStA wollte Handy und Laptop von Arno M. sicherstellen. Es fand eine freiwillige Nachschau statt.⁶²

Laut WKStA hat ein Mitglied der Soko, Niko R., nach dem Bekanntwerden des Schredderns von Festplatten aus dem Bundeskanzleramt das Handy des Beschuldigten Arno M. zurückgegeben und auch dessen Laptop in der ÖVP-Zentrale nicht sichergestellt. Dem Verdacht, dass dort ein möglicher Auftraggeber dokumentiert sein könnte, sei damit nicht nachgegangen worden.⁶³ Die mögliche Befangenheit des Mitarbeiters der SOKO beschäftigte die zuständige WKStA und OStA bis er seine Tätigkeit bei der SOKO im September 2019 schließlich beendete.

Die zuständige Staatsanwältin der WKStA, Christina Jilek, hat im Untersuchungsausschuss angegeben, dass der zuständige Beamte sie informiert hat, dass ihm Arno M. sein Handy freiwillig übergeben hat, er es jedoch ohne eine Nachschau ins Handy vorzunehmen an Arno M. zurückgegeben hat. Sie bezeichnete dieses Vorgehen als „*einigermaßen irritierend*“. Den darauffolgenden Auftrag der zuständigen Staatsanwältin, Einschau in das Handy vorzunehmen, hat der Beamte nicht erfüllt ⁶⁴

Im Zuge der Ermittlungen fand auch eine freiwillige Nachschau in der Wohnung des Arno M. statt.⁶⁵ Im Zuge dessen gab er den ermittelnden Beamten bekannt, dass sein Laptop in der ÖVP Parteizentrale sei. Die Begründung im Amtsvermerk vom 18. Juli 2019, wieso man diesen Laptop nicht in Augenschein nahm oder sicherstellte, wirft Fragen auf. Dort wird ausgeführt, dass bei der Kontaktaufnahme zu Arno M. Stefan Steiner die SOKO-Beamten wahrgenommen hat, und deshalb ein Einschreiten als wenig erfolgreich erschien.⁶⁶

Die für das Schredder-Verfahren zuständige Staatsanwältin der WKStA, Christina Jilek, bezeichnete die Vorgehensweise der Oberstaatsanwaltschaft im Schredderverfahren als „*bemerkenswert*“⁶⁷. Konkret ging es um eine Weisung der OStA Wien, die besagte, dass die WKStA, sollte kein Zusammenhang zum Ibiza-Konnex bestehen, das Verfahren an die Staatsanwaltschaft Wien abtreten muss. Warum es für Selbstverständlichkeiten einer Weisung bedarf, war für die WKStA nicht nachvollziehbar.⁶⁸ Sie ordnete das als einen Punkt ein, bei welchem der WKStA in den Ermittlungen Steine in den Weg gelegt wurden.⁶⁹

Die Frage stellt sich: Warum hatte die Oberstaatsanwaltschaft Wien ein Interesse daran, dass die Staatsanwaltschaft Wien die Ermittlungen führt, und nicht die WKStA?

Die OStA Wien hat im Anschluss beabsichtigt, von einer Lieferung des Aktes an den Untersuchungsausschuss abzusehen.

Mit Erlass vom 2. April 2020 erteilte die OStA Wien daher (in Übereinstimmung mit einem Erlass der zuständigen Fachabteilung vom 1. April 2020) der WKStA die Weisung, von der Vorlage des Tagebuchs zum Schredderverfahren Abstand zu nehmen. Da der damalige Leiter der Strafrechtssektion Bedenken gegen die Nicht-Vorlage dieses Aktes äußerte, weil seines Erachtens eine abstrakte Relevanz schon aufgrund der ursprünglichen Annahme eines möglichen Zusammenhangs mit der „Ibiza Affäre“ nicht auszuschließen gewesen sei, wurde der OStA Wien – nach Rücksprache mit dem Kabinett der Justizministerin, die Weisung erteilt, dem Untersuchungsausschuss den gesamten „Schredder-Akt“ – also sowohl das Tagebuch der WKStA als auch Tagebuch und Ermittlungsakt der StA Wien – vorzulegen.⁷⁰ Das Verfahren gegen Arno M. wurde in weiterer Folge eingestellt.⁷¹

Mit der Beschlagnahmung des Handys von Johann Fuchs, Leiter der OStA wurde auch offensichtlich, dass die OStA - und weitere, unbekannte Personen- ein besonderes Interesse am Verfahrensstand in der Schredder Causa hatten.

Schredder Verfahren 2

Der Untersuchungsausschuss hat durch ergänzende Beweisanforderungen Unterlagen aus dem Bundeskanzleramt erhalten, die eine Wendung im bereits eingestellten Schredderverfahren bewirkten. In der

daraus resultierenden Sachverhaltsdarstellung, die SPÖ und NEOS eingebracht haben, wurden Beweismittel vorgelegt, die nachweisen sollen, dass es sich bei den geschredderten Festplatten nicht ausschließlich um Druckerfestplatten, sondern auch um zwei Laptop-Festplatten gehandelt haben soll.

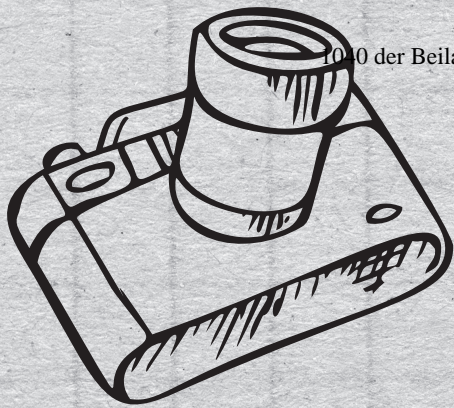
Die Staatsanwaltschaft Wien hat darauf die Ermittlungen wieder aufgenommen und die beiden Angezeigten, Bernd Pichlmayer und ein weiterer Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, werden als Beschuldigte geführt. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Endnotes

1. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Josef Moser in der 52. Sitzung am 23. Juni 2021, S.3, 266/KOMM
2. profil, 13.01.2021, Die Ibiza-Vertuschung: Justizministerium unter Verdacht
3. Profil, 01.07.2021, Neue Pilnacek-Chats: „Vorpreschen der WKStA verhindern“
4. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Roland Koch in der 38. Sitzung vom 10. März 202, S.4, 191/KOMM
5. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christian Pilnacek in der 11. Sitzung vom 15. Juli 2020, S.7, 71/KOMM
6. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johann Fuchs, LL.M. in der 11. Sitzung vom 15. Juli 2020, S.66, 72/KOMM
7. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johann Fuchs, LL.M. in der 11. Sitzung vom 15. Juli 2020, S.17, 72/KOMM
8. Es gilt die Unschuldsvermutung.
9. <https://www.profil.at/oesterreich/die-ibiza-vertuschung-justizministerium-unter-verdacht/401155287>
10. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Josef Moser in der 52. Sitzung vom 23. Juni 2021, S.8, 266/KOMM
11. profil, 13.01.2021, Die Ibiza-Vertuschung: Justizministerium unter Verdacht
12. profil, 13.01.2021, Die Ibiza-Vertuschung: Justizministerium unter Verdacht
13. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Josef Moser in der 52. Sitzung vom 23. Juni 2021, S.8, 266/KOMM
14. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Josef Moser in der 52. Sitzung vom 23. Juni 2021, S.54, 266/KOMM
15. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Roland Koch in der 38. Sitzung vom 10. März 202, S.54, 191/KOMM
16. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Josef Moser in der 52. Sitzung vom 23. Juni 2021, S.35, 266/KOMM
17. (Beschuldigtenvernehmung, Anm.)
18. profil, 02.06.2021, Aus den Pilnacek-Chats: „Uns fehlt Trump“
19. DerStandard, 04.06.2021, Brandstetter-Rücktritt: VfGH-Präsident über Chats von Pilnacek „erschrocken und bestürzt“
20. DerStandard, 09.06.2021, Suspendierung von Justizsektionschef Pilnacek vom Gericht bestätigt
21. 3603/AB vom 19. Juli 2019, Beilage 9
22. DerStandard, 06.11.2019, Innenminister verweigert Antworten auf letzte Pilz-Anfrage
23. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020 S. 4, 49/KOMM
24. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020 S. 56, 49/KOMM
25. 3106/AB vom 14.10.2020 zu 3094/J (XXVII. GP)
26. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Ilse-Maria Vrabl-Sanda in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S. 9, 249/KOMM
27. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S. 21, 47/KOMM
28. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gregor Adamovic in der 12. Sitzung vom 16. Juli 2020, S.13, 74/KOMM
29. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gregor Adamovic in der 12. Sitzung vom 16. Juli 2020, S. 49, 50, 74/KOMM
30. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gregor Adamovic in der 12. Sitzung vom 16. Juli 2020, S. 50, 74/KOMM
31. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021, S.24, 163/KOMM
32. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S.12, 49/KOMM
33. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernhard Weratschnig, MBA LL.M. in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, 250/KOMM
34. 2262/AB vom 07.08.2020 zu 2256/J
35. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Julian Hessenthaler in der 43. Sitzung vom 8. April 2021, S.35, 202/KOMM
36. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernd Schneider, LL.M. in der 44. Sitzung vom 13. April 2021, 204/KOMM
37. DerStandard, 25.01.2021, Gericht ordnet Vernichtung von Überwachungsdaten in Causa Ibiza-Video an
38. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernd Schneider, LL.M. in der 44. Sitzung vom 13. April 2021 S. 57, 204/KOMM
39. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner

2021, S. 4, 161/KOMM

40. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 4, 161/KOMM
41. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 5, 161/KOMM
42. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 8, 161/KOMM
43. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 5, 161/KOMM
44. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 7, 161/KOMM
45. FALTER, 23.07.2019, Ratsch, Ratsch, Ratsch
46. KURIER, 23.07.2019, Reisswolf-Chef: „In 25 Jahren noch nie passiert“
47. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 5, 161/KOMM
48. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 8, 161/KOMM
49. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 9, 161/KOMM
50. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S.12, 161/KOMM
51. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 5, 161/KOMM
52. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 9, 161/KOMM
53. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S.10, 161/KOMM
54. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S.13, 161/KOMM
55. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S. 21, , 161/KOMM
56. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernd Pichlmayer, EMBL (HSG) in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 5, 207/KOMM
57. OTS BKA, 14.04.2021, Information des Bundeskanzleramtes im Zusammenhang mit der Vernichtung von Festplatten aus Multifunktionsgeräten
58. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernd Pichlmayer, EMBL (HSG) in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S. 6ff, 207/KOMM
59. kontrast.at, 17.04.2021, Kurz Mitarbeiter entschlägt sich 33 Mal zu Fragen der Schredder-Affäre
60. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernd Pichlmayer, EMBL (HSG) in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, S.38, 207/KOMM
61. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr.in Marie Luise Nittel in der 12. Sitzung vom 16. Juli 2020, S.4, 73/KOMM
62. <https://www.profil.at/oesterreich/oevp-wahlkampf-pannenhilfe-10879301>
63. TT, 10.3.2020, Schredder-Affäre: Steinacker-Kritik an Aktenveröffentlichung
64. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021 S. 28, 163/KOMM
65. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Arno Melicharek in der 31. Sitzung vom 27. Jänner 2021, S.18, 161/KOMM
66. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S.14, 49/KOMM
67. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021 S.17, 163/KOMM
68. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021 S.18, 163/KOMM
69. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021 S.17, 163/KOMM
70. 4427/AB vom 05.02.2021 zu 4425/J (XXVII. GP)
71. Der Standard, 11.02.2020, Schredder-Ermittlung gegen Kurz-Mitarbeiter vor Justizgipfel eingestellt



DIE ERMITTLERINNEN UND ERMITTLER



DIE ERMITTLERINNEN UND ERMITTLER

23.08.19

Christian Pilnacek und Abteilungsleiterin M.:

***Pilnacek:** Staatsanwaltschaft ermittelte bis vor kurzem gegen ein Mitglied der Soko Ibiza. Es geht munter weiter, das kann man sich nicht gefallen lassen!!!*

***M.:** Jetzt wäre echt mal das BMI dran. Das wird wohl auch Peschorn aufregen.*

***Pilnacek:** Ja, aber wir müssen auch einmal aktiv werden; accounts der WKStA sichern.*

***M.:** Ja, die OStA kümmert sich darum!*

Die Ermittlungen in der Ibiza-Affäre werden von zwei verschiedenen Staatsanwaltschaften geführt. Der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, in weiterer Folge WKStA, und der Staatsanwaltschaft Wien, in weiterer Folge StA Wien.

Beiden Staatsanwaltschaften steht dieselbe Sonderkommission des BMI, die „SOKO TAPE“ zur Verfügung, die für sie die Ermittlungen führt. Die WKStA hat noch die Möglichkeit ergänzend auf das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung (kurz BAK) zuzugreifen. Dieses ist eine etablierte Einrichtung die organisatorisch außerhalb der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit des österreichischen Bundesministeriums für Inneres agiert.

Die zuständige Oberbehörde der WKStA und der StA Wien ist die Oberstaatsanwaltschaft Wien (OStA). Sie ist für die Dienst- und Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften zuständig und kann den ihr unterstellten Staatsanwaltschaften Weisungen erteilen und dienstaufsichtsrechtliche Maßnahmen einleiten.

Über der OStA ist das Bundesministerium für Justiz das höchste Glied in der Weisungskette.

Die Staatsanwaltschaft Wien führt das Verfahren gegen die Hintermänner des Ibiza-Videos. Auch die Staatsanwaltschaft Innsbruck führt mittlerweile Verfahren, die einen Konnex zu Ibiza aufweisen. Das Hauptverfahren, das den Inhalt des Ibiza-Videos auf strafrechtliche Relevanz prüft, wird von der WKStA geführt.

Den Ibiza-Komplex bei der WKStA führen im Wesentlichen nur wenige Staatsanwält*innen. Unter der Führung von Ilse-Maria Vrabl-Sanda, der Leiterin der WKStA, ist Bernhard Weratschnig der Gruppenleiter des Ibiza-Teams in der Korruptionsstaatsanwaltschaft. Neben Vrabl-Sanda und Weratschnig sind es vor allem Gregor Adamovic, Matthias Purkart und Christina Jilek, die die Ermittlungen führen.¹

Neben Jilek, die unter anderem auf Grund von schikanösen Dienstaufsichtsverfahren durch OStA Fuchs entschied, die WKStA zu verlassen², waren auch Purkart und Adamovic im Untersuchungsausschuss geladen; ebenso wie Vrabl-Sanda und Weratschnig. In den Befragungen der drei fallführenden Staatsanwält*innen – Jilek, Purkart und Adamovic – kamen jeweils zwei Aspekte ans Tageslicht:

1. Angriffe auf die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft teils aus Politik, teils aus der vorgesetzten Dienstbehörde, der OStA Wien;
2. teilweise Unzufriedenheit der WKStA mit der SOKO, die für sie die Ermittlungen führen soll.

6.6.2019

Christian Pilnacek an Hubert Fuchs:

Pilnacek: Ich denke, man muss jetzt aktive und breite Öffentlichkeitsarbeit betreiben und insgesamt die Leistungen der WKStA hinterfragen.

Angriffe auf die WKStA

Die Staatsanwält*innen der WKStA beklagten in ihren Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss, dass ihre Arbeit durch ihre Vorgesetzten erschwert bzw. behindert wird. Insbesondere genannt wurden Fuchs und Pilnacek, die durch Weisungen und Interventionen die WKStA von ihrer Ermittlungsarbeit abhalten wollten. Für Purkart ergibt sich ein Schema der Ungewöhnlichkeiten³. Auch Vrabl-Sanda spricht von einem auffälligen Vorgang⁴

Staatsanwältin Christina Jilek sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass es ihr Anspruch gewesen sei, die Ermittlungen „zügig, ergebnisoffen und frei von politischer Einmischung zu führen“. Das sei aber nicht möglich gewesen.⁵ Zahlreiche Berichtsaufträge seitens der OStA und dienstrechtliche Maßnahmen bezeichnete sie als Störfeuer.⁶

Die WKStA schreibt in ihrem Tagebuch zum Ermittlungsakt sogar, dass die OStA Wien unter der Leitung von Fuchs und Pilnacek gegen die WKStA anstatt mit der WKStA arbeitete.⁷

Die Weisungen betreffend Einleitung des Ermittlungsverfahrens im CASAG-Verfahren wurden bereits in Kapitel 5 erörtert. Die weiteren Angriffe innerhalb der Justiz werden im Folgenden dargelegt.

Weisungen

Die Weisungen der OStA an die WKStA waren nicht nur im Anfangsstadium der Ermittlungen relevant. Verschiedene Weisungen der OStA wurden von der WKStA als Behinderung und Schikane empfunden, die den Arbeitsaufwand unverhältnismäßig erhöhten. Beispiele dafür sind die die Weisung an die WKStA zur Übernahme des Ibiza-Videos⁸ oder die Weisung in der Schredderaffäre.⁹

Dienstaufsichtsverfahren

Im Rahmen der Ermittlungen zur Ibiza-Affäre war die WKStA mit mehreren Dienstaufsichtsverfahren konfrontiert. Eines davon ist hier besonders hervorzuheben: die Ausstellung gegen Jilek und Vrabl-Sanda.¹⁰ Eine Ausstellung ist eine disziplinarische Maßnahme.¹¹ Im September 2020 haben beide eine Ausstellung bekommen. Ausschlaggebend dafür war, dass Jilek eine WKStA-interne E-Mail zum Tagebuch des CASAG-Aktes genommen hat und dies nach Ansicht der OStA nicht in Ordnung gewesen sei.¹² Hierbei handelte es sich aber um unterschiedliche Rechtsansichten, die keineswegs eine disziplinarrechtliche Vorgehensweise erfordert hätten.

Staatsanwalt Weratschnig sagte dazu im Untersuchungsausschuss, dass dies auch eine gewisse Grenzüberschreitung bedeutet, weil in der Ausstellung „etwas als Fehler bezeichnet wurde, was eigentlich kein Fehler ist“.¹³ Weratschnig, der auch Vorsitzender des Dienststellenausschusses ist, sprach davon, dass es so etwas noch nicht gegeben habe.¹⁴

Christina Jilek hat sich (auch) auf Grund dieser Ausstellung dafür entschieden, die WKStA zu verlassen. Sie sagte, dass sie ihren Job „ganz sicher nicht gewechselt“ hätte. Sie habe intern erfolglos alles versucht, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die es möglich machten das Verfahren in vertretbarer Weise zu führen. Die Ausstellung war letzten Endes der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.¹⁵

Auf Weisung der amtierenden Justizministerin wurden die Ausstellungen zurückgenommen.¹⁶

Auch Purkart berichtete, dass eine Dienstaufsichtsprüfung von der OStA eingeleitet worden war – und zwar im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren gegen Sebastian Kurz. Die WKStA musste erklären, warum sie Verfahrensbeteiligten Akteneinsicht gewährt hatte.¹⁷

Berichtspflichten

Im Rahmen der Berichtspflichten an die OStA muss die WKStA der Oberbehörde berichten, welche Ermittlungsschritte sie plant und auf Nachfrage der OStA ihre Ermittlungsweise erklären. Laut der Leiterin der WKStA, Vrabl-Sanda, gab es im Ibiza-Verfahren eine ausufernde Berichtspflicht an die Oberbehörde. Es wurden ganz herkömmliche Dinge abgefragt. Vrabl-Sanda bezeichnete diese Vorgänge als auffällig.¹⁸

Weiters gab es Berichtsaufträge, die für die WKStA nicht erklärbar waren, wie die Nachfrage, warum die WKStA gewisse Zeugen telefonisch lädt.¹⁹ Alma Zadić sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass die WKStA im Ibiza-Verfahren bis zum 04. Februar 021 181 Berichte erstattet hat. Davon 90 auf Grund der gesetzlichen Berichtspflichten, 91 auf Grund von Berichtsaufträgen des Justizministeriums bzw. der OStA. Davon waren 33 Berichte in Ausübung der Fachaufsicht aufgetragen worden.²⁰ Der 3-Tage-Berichtspflichten Erlass wurde von Werner Kogler als Interimsjustizminister zurückgenommen. In einem nächsten Schritt werden seitens des Justizministeriums alle Berichtspflichtenerlässe überarbeitet.

Dirty Campaigning

Am 6. Juni 2019 hat Vrabl-Sanda der ZiB2 ein Interview gegeben, das im Justizministerium zu einem nächtlichen E-Mail-Verkehr zwischen Pilnacek und Fuchs geführt hat.

Fuchs forderte eine „*Reaktion auf die Grenzüberschreitungen*“ der WKStA, es bedürfe „gemeinsamer Strategien“, um dieses „*sich ständig aufbauende Problem nachhaltig zu lösen*“. Pilnacek Antwort: „*Ich denke, man muss jetzt aktive und breite Öffentlichkeitsarbeit betreiben und insgesamt die Leistungen der WKStA hinterfragen.*“²¹ Roland Koch sagte im Untersuchungsausschuss dazu aus, dass nach Fehlern der WKStA gesucht wurde, und es sehr kritische Berichte gegenüber der WKStA gab.²²

In den Akten des Untersuchungsausschusses wurde dafür auch ein Beleg gefunden:

Am 21. Mai.2019 schrieb ein leitender Staatsanwalt im Justizministerium an Pilnacek:

„Lieber Christian!

Zum Ersuchen des HBM, Fälle darzustellen, in denen die rechtliche bzw. prozessuale Vorgangsweise der WKStA grob mangelhaft war, haben wir letztlich nur die im Anhang ersichtlichen Fälle identifizieren können.[...]“²³

Auch der öffentlich gewordene SMS-Verkehr zwischen Pilnacek und Brandstetter belegt die Bestrebungen, die WKStA öffentlich zu diskreditieren und “dirty campaigning” zu betreiben.

Pilnacek: “[...] die WKSA [sic!] ist und bleibt ein Problem“.

Brandstetter mutmaßte am 14. August 2019 im Chat mit Pilnacek, dass Informationen von der WKStA an eine Journalistin gegangen wären und machte einen Vorschlag:

Brandstetter: „Ich würde als BM ernsthaft Ermittlungen nach 310 und 302 gegen ut [Anmerkung: Unbekannte Täter] bei Wksta oder Polizei einleiten und das Verfahren nach Linz oder Innsbruck delegieren. Dann würden sie zumindest vorsichtiger werden. Das Misstrauen der Behörden untereinander ist tödlich für den Rechtsstaat...“

Pilnacek: „Ja, das müssen wir wohl tun; die schießen die Republik zusammen...“ Ein Rechtsanwalt schrieb am

26.5.2020 Folgendes an Pilnacek:

Anwalt: „Ist alles zum Weinen, komm grad von einer BV24 bei der WKStA, wieder einmal unfassbar, was die aufführen!“

Pilnacek: „Ja, aber, wer unternimmt was gegen diese missratene StA????“

Am 3.7.2020 gab Pilnacek einem Journalisten einer Tageszeitung einen Hinweis:

„Pilnacek: L. [Anmerkung: ein Universitätsprofessor] könnte viel über Fehlleistungen der WKStA berichten...“, und schickt ihm zugleich die Kontaktdaten.

Weratschnig berichtete im Untersuchungsausschuss, dass die mediale Kampagnisierung gegen die WKStA seit Anfang 2020 spürbar ist.²⁵

Im Jänner 2020 hat der Bundeskanzler ein Hintergrundgespräch mit Journalist*innen geführt, in dem er behauptet haben soll, dass die WKStA Akteninhalte an Medien spiele. Daraufhin wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, in dem der Kanzler auch als Zeuge aussagte. Im Februar 2021 wurde dieses eingestellt.²⁶

Die Vertreter*innen einer Regierungspartei haben die WKStA öffentlich mehrfach scharf kritisiert: Hervorzuheben sind hier die Methoden des Abgeordneten Andreas Hanger, der in laut Justizministerium unsachlichen Unterstellungen und pauschalen Vorwürfen „Fehlleistungen“ der Justiz anprangerte und Purkart politische Befangenheit vorwarf²⁷. Selbst vor der Androhung, einzelne Staatsanwält*innen anzuzeigen, schreckte der ÖVP-Abgeordnete nicht zurück.²⁸ Auch Hangers Vorgänger im Untersuchungsausschuss, Wolfgang Gerstl, griff bei seinen Attacken auf Justiz und Korruptionsjäger*innen auf ähnliche Methoden zurück.

Geplanter Zugriff auf WKStA-Daten

Am 23. August 2019 schlug Pilnacek vor, Zwangsmaßnahmen gegen die Staatsanwält*innen der WKStA zu setzen. Er wollte sich Zugriff auf die Kommunikationsdaten der WKStA beschaffen. In einem SMS-Verkehr mit der damaligen Kabinettschefin von Justizminister Jabloner, M., schrieb Pilnacek:

Pilnacek: „Ja, aber wir müssen auch einmal aktiv werden; accounts der WKStA sichern...“

M: „Ja, die OStA kümmert sich darum!“²⁹

Pilnacek: „Es ist alles so erbärmlich; bitte Koch nichts erzählen (Freund von Adamovic).“

M.: „Nein, mach ich sowieso nicht! (Hbm erzählt ihm immer nur alles, aber das ist eh Sache der OStA. Das muss ich hbm jetzt nicht im Detail erzählen.)“

M.: „Ich glaub, ich hab das schon erwähnt. kann das ja wiederholen.“

Pilnacek: „Unbedingt, er ist das Zentrum, was mit [sic!] Lang bestätigt hat“³⁰

Auffallend ist, dass es zu diesem Zeitpunkt keinen Herrn Bundeskanzler (HBK) gab, sondern Brigitte Bierlein Bundeskanzlerin war.

Die Leiterin der WKStA, Vrabl-Sanda, zeigte sich im Untersuchungsausschuss über diese Nachrichten und den Plan von Pilnacek, die Accounts der WKStA zu beschlagnahmen, erschüttert.³¹

Kritik an der Art der Datenauswertung

Die OStA hat bei der WKStA angefragt, wieso das Mobiltelefon des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann bis ins Jahr 2013 und jenes von Thomas Schmid bis ins Jahr 2017 ausgewertet worden sind – obwohl der Verdachtszeitraum nur bis 2018 zurückgeht und um Bekanntgabe der dafür vorliegenden Kriterien ersucht.³² Staatsanwalt Adamovic meinte, die WKStA müsse sich für ihre Ermittlungen rechtfertigen und es wurde ihr ein unangemessener, unzulässiger Auswertungsvorgang unterstellt.³³

Auch im Umgang mit Zufallsfunden wurde die WKStA von der OStA kritisiert. Und zwar im Zusammenhang mit der etwaigen Befangenheit eines Mitarbeiters des Justizministeriums. Die OStA teilte der WKStA mit, dass sich „nicht einmal ansatzweise“ ein strafprozessrechtlich zulässiger Ermittlungszweck erkennen lasse, und dass mangels „präziser Kenntnis über die konkreten interministeriellen Arbeitsabläufe und Kommunikationsbedingungen (hier zwischen Spitzenbeamten des BMF und des BMJ)“ diese „aus Sicht einer Staatsanwaltschaft auch gar nicht beurteilbar“ wären.³⁴ Purkart sagte im Untersuchungsausschuss, diese Vorgehensweise von Fuchs habe ihn fassungslos gemacht.

18.05.2019

Niko R an HC Strache:

R.: Lieber HC, ich hoffe auf einen Rücktritt vom Rücktritt...die Politik braucht dich! Alles Gute für alles Weitere! Lg Niko“³⁵

Strache: Herzlichen Dank! :-)

DIE SOKO TAPE

Kurz nachdem das Ibiza Video veröffentlicht wurde, veranlasste der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit am 27. Mai 2019 die Einrichtung einer SOKO.³⁶ Diese SOKO TAPE (medial auch immer wieder als SOKO Ibiza bezeichnet) sollte die Ermittlungen für die WKStA und der Staatsanwaltschaft Wien im Ibiza-Komplex führen.³⁷ Aus einer Anfragebeantwortung vom 08.08.2020 geht hervor, dass die SOKO zum damaligen Zeitpunkt aus 15 Ermittler*innen bestand, und nur sechs davon in den Verfahren der WKStA ermittelten.³⁸

Doch diese Zusammenarbeit lief nicht immer friktionsfrei, und es kam zu einigen Ermittlungspannen und Vorwürfen der Befangenheit eines SOKO-Mitglieds. Im Mittelpunkt dieser Befangenheit steht ein SOKO-

Beamter, der auf einer ÖVP Gemeinderatswahlliste in Niederösterreich stand, mit persönlichen Verbindungen zu ausgerechnet jenen Personen, gegen die in der Ibiza Causa ermittelt werden soll: Niko R. Eine anonyme Anzeige, die die Unbefangenheit der SOKO anzweifelt, belastet die Ermittlungen und die Zusammenarbeit zwischen WKStA und SOKO.

Die Schwierigkeiten mit der SOKO sollen im Folgenden genauer beleuchtet werden. Zwischen Vorwürfen der Ungenauigkeit und Zweifel an der Unbefangenheit zieht sich ein Name durch die gesamten Ibiza-Ermittlungen: Niko R.

„Der Rücktritt vom Rücktritt“: mögliche Befangenheit

Niko R. ist ein Polizeibeamter, der zum Zeitpunkt der Einsetzung der SOKO im LKA Wien für den Ermittlungsbereich Raubkriminalität tätig war. Er wurde ausdrücklich von Andreas Holzer, dem damaligen Leiter der SOKO angefordert, um bei der SOKO als Ermittler tätig zu sein.³⁹

Tatsächlich in der SOKO tätig war Niko R. vom 27. Mai bis zum 06. September 2019. In dieser Zeit hat er großteils an den Ermittlungen zu den Hintermännern des Ibiza Videos gearbeitet.⁴⁰

Später stellte sich heraus, dass Niko R. sowohl vor als auch während seiner Tätigkeit in Kontakt mit HC Strache gestanden hat. So gab es zwischen Niko R. und HC Strache direkt nach der Veröffentlichung des Ibiza-Videos Kontakt per SMS.

Folgende Nachricht hat Niko R. am 18. Mai 2019 an Strache geschrieben: *„Lieber HC, ich hoffe auf einen Rücktritt vom Rücktritt...die Politik braucht dich! Alles Gute für alles Weitere! Lg Niko“*⁴¹

Gefragt nach seinem Verhältnis zu Strache sagte Niko R., dass er Strache von Benefizveranstaltungen, damals als Personalvertreter der FSG, in der Rossauer Kaserne kenne und dabei Kontakt mit zahlreichen Politikern hatte. Im Zuge dieser Zusammenkünfte haben er und Strache Telefonnummern ausgetauscht. Dass er eine freundschaftliche Beziehung mit Strache habe, verneint er bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss.⁴²

Niko R. gibt an, gleich zu Beginn Andreas Holzer über diese Nachricht informiert zu haben.⁴³ Aber eine mögliche Befangenheit sieht Holzer durch diese einzelne Nachricht nicht gegeben, da es sich laut seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss nur um ein sogenanntes „Kopf-hoch-SMS“ gehandelt habe und er auch auf Nachfrage festgestellt hat, dass kein freundschaftliches Verhältnis zwischen Strache und Niko R. bestand. Für Holzer war das Transparenz genug.⁴⁴

Doch damit war der Kontakt zwischen Strache und R. nicht vorbei. Strache wird von Niko R. einvernommen und am selben Tag abends meldet sich Strache bei dem Polizeibeamten. Er bittet diesen sich mit K.D. in Verbindung zu setzen und ein Treffen zu arrangieren.⁴⁵ Bei K.D. handelt es sich um einen Bundesheerunteroffizier und Bekannten von Strache, der bei der Ausforschung der Hintermänner helfen sollte.⁴⁶ Neben einem Treffen in Salzburg und der Einvernahme von K.D. durch Niko R. im Beisein der Staatsanwaltschaft Wien kam es auch zu einer Übermittlung von Audioaufnahmen von K.D. an das BAK.⁴⁷

Niko R. hat in seiner Aussage dargestellt, dass er einem Hinweis aus der Einvernahme Straches auf Geheiß der Staatsanwaltschaft Wien nachgegangen sei und das mit Staatsanwalt Schneider abgesprochen gewesen war. Dieser gab dem Untersuchungsausschuss in seiner Befragung die Auskunft, dass vereinbart war, dass der Kontakt zu K.D. an die Polizei vermittelt wird. Eine nähere abgesprochene Strategie gab es laut Schneider nicht.⁴⁸

Von einem Treffen zwischen Niko R. und K.D. in Salzburg war allerdings Staatsanwalt Schneider nicht unterrichtet worden, dazu habe er keine Wahrnehmungen.⁴⁹

Dennoch stellt sich aufgrund der vorliegenden Nachrichten die Frage, ob die Beziehung zwischen Strache und Niko R. doch noch tiefer geht.

So hat die WKStA auf Straches Handy Tonaufnahmen von K.D. mit dem Hinweis auf Niko R. gefunden. Matthias Purkart von der WKStA sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass laut seinem Bericht über die Chats, K.D. diese illegale Tonbandaufnahme sowohl dem Bundeskriminalamt als auch Strache zur Verfügung gestellt habe. K.D. behauptete gegenüber Niko R., diese Aufnahme sei nach Absprache mit dem BKA gemacht worden. Purkart vermutete, dass damit eine Absprache mit Niko R. gemeint sei, die der Staatsanwaltschaft Wien nicht bekannt war.⁵⁰

Nachdem es ebenfalls eine anonyme Anzeige betreffend Mitgliedern der SOKO und Verbindungen zu Parteien gab, begann auch die WKStA einer möglichen Befangenheit der SOKO Beamten – allen voran Niko R. – nachzugehen.⁵¹ Dabei ist die WKStA einerseits darauf gestoßen, dass die Kontaktdaten von Niko R. mehrmals in Straches Handy gespeichert waren – einmal sogar mit dem Zusatz FP-Mitglied – und auch, dass Niko R. für die ÖVP auf Kommunalebene kandidiert hat. Das war auf der betreffenden Website ersichtlich bis es gelöscht wurde.⁵² Staatsanwalt Purkart gab in seiner Befragung dazu an, dass ihm und seinen Kolleg*innen beim Schreiben eines zweiten Berichts aufgefallen sei, dass der Name von genau diesem Link, den die Staatsanwaltschaft zur Identifikation von Niko R. im Verschlussakt verwendet hat, durch N.N. ersetzt wurde.⁵³

Auch diese Tatsache war Andreas Holzer, dem Leiter der SOKO bereits bekannt, bevor diese Vorgänge medial öffentlich wurden. Holzer kannte sich bei seiner Aussage im Untersuchungsausschuss nicht mehr genau erinnern, ob das vor oder nach dem Tätigwerden von Niko R. im Schredder Verfahren war. Allerdings gab er an, dass er von jemandem über den Link, den die Staatsanwaltschaft extra in einem Verschlussakt hatte, erfahren habe.⁵⁴ Andreas Holzer hat Niko R. laut dessen Aussage nicht auf eine mögliche Parteimitgliedschaft angesprochen um für Aufklärung zu sorgen.⁵⁵ Niko R. sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, dass er nur am Rande mitbekommen habe, dass diese Anfrage gestellt wurde und er persönlich nie dazu befragt wurde.⁵⁶ Die SOKO sah keinen Anschein von Befangenheit bei Niko R. Die WKStA war anderer Meinung. Vor allem seine Ermittlungen im Schredderverfahren wurden von ihr hinterfragt.⁵⁷

So hat Niko R. in den Ermittlungen rund um das Schredderverfahren (siehe Kapitel 5: Die versuchte Vertuschung) fragwürdige Schritte gesetzt.⁵⁸

Die WKStA wollte Handy und Laptop von Arno M. sicherstellen. Es fand eine freiwillige Nachschau statt.⁵⁹

Laut WKStA hat Niko R. das Handy an M. zurückgegeben statt es sicherzustellen und auch dessen Laptop wurde in der ÖVP-Zentrale nicht sichergestellt. Dem Verdacht, dass dort ein möglicher Auftraggeber der Schredderaktion dokumentiert sein könnte, ist damit nicht nachgegangen worden.⁶⁰ Die zuständige Staatsanwältin der WKStA, Christina Jilek, schilderte diese Vorgänge im Untersuchungsausschuss und bezeichnete dieses Vorgehen als “einigermaßen irritierend”. Den darauffolgenden Auftrag der zuständigen Staatsanwältin, Einschau in das Handy vorzunehmen, hat Niko R. nicht erfüllt.⁶¹ Auch im CASAG-Verfahren war Niko R. mit Ermittlungsschritten und Sicherstellungshandlungen z.B. der Hausdurchsuchung beim Beschuldigten Walter Rothensteiner eingebunden.⁶² Im September schließlich verlässt Niko R. die SOKO, was laut seinen Angaben auf eigenen Wunsch geschehen ist.⁶³

Das Innenministerium hat auf Anfrage der Kronen Zeitung behauptet, dass man erst im Zuge der Berichterstattung der WKStA an die Oberstaatsanwaltschaft von den Befangenheitsvorwürfen erfahren habe und dann sofort gehandelt hätte, indem man ihn abgezogen hat.⁶⁴ Dies steht im Widerspruch zu den im Untersuchungsausschuss getätigten Aussagen von Andreas Holzer und Niko R.^{65 66}

Ermittlungsspannen in der SOKO TAPE

Nicht nur im Schredderverfahren, sondern auch im CASAG-Verfahren gab es Ermittlungsfehler der SOKO TAPE. Die Sicherstellung von versperrten statt offenen Mobiltelefonen⁶⁷, schlecht bzw. kaum lesbaren Scans von Beweismitteln⁶⁸, und die Nicht-Information über den Fund des Ibiza-Videos an die WKStA⁶⁹ zählen dazu.

Matthias Purkart beschrieb vor dem Untersuchungsausschuss, dass gemeinsame Vorbereitungen und Vorbesprechungen mit der SOKO für die Sicherstellung der Mobiltelefone bei den Hausdurchsuchungen stattgefunden haben. Die WKStA hat einen eigenen Leitfaden für die Vorgangsweise für die Sicherstellung geschrieben und im Vorfeld an die SOKO übermittelt. Auch im Zuge der Einsatzbesprechung waren die Sicherstellungen der Mobiltelefone Thema. Bei der Hausdurchsuchung am 12. August 2019 wurde HC Strache dann das Handy im entsperrten Zustand abgenommen – an sich ein Ermittlungserfolg. Die SOKO hielt sich jedoch nicht an die Vorgaben im Leitfaden, weshalb sich das Handy wieder sperrte.⁷⁰

Im Rahmen der Hausdurchsuchungen sind von der SOKO im Auftrag der WKStA zahlreiche Papierunterlagen sichergestellt worden. Die von der SOKO sichergestellten Unterlagen aus der Hausdurchsuchungswelle im August 2019 wurden der WKStA in einem so schlecht lesbaren Zustand übergeben, dass wichtige Beweismittel nicht erkennbar waren und ein Beweismittelverlust eintreten hätte können, wenn die WKStA den Betroffenen die Originalbeweismittel bereits zurück ausgefolgt hätte.⁷¹ Als Andreas Holzer damit konfrontiert wurde, sprach er davon, dass es sich bei dem mangelhaften Scan lediglich um eine Sicherungskopie handelte.⁷²

Oberstaatsanwalt Matthias Purkart beschreibt diesen Vorgang mit: „*da hat es uns natürlich ein bisschen die Augen rausgehaut.*“⁷³ und klagt über „*massive Unsorgfältigkeiten*“ der SOKO, die erheblich sachverhaltsrelevante Bereiche betroffen haben.⁷⁴

Auch bei der Sicherung des Mobiltelefons von Thomas Schmid gab es einen Zwischenfall. Das Mobiltelefon von Schmid wurde von den Beamten der SOKO in unversperrtem Zustand sichergestellt. Als Schmid's Anwalt anrief, übergaben die Beamten Schmid das Handy. Nach dem Anruf erhielten sie es allerdings in versperrtem Zustand zurück.⁷⁵

Auch bei der Hausdurchsuchung von Gudenus ist ein Fehler passiert: So ist der Keller von Gudenus nicht unmittelbar durchsucht worden.⁷⁶

Medial bekannt ist die Vorgehensweise der SOKO rund um die Kommunikation zur Sicherstellung des Ibiza-Videos. Am 18. Mai 2019 erteilte LOStA Fuchs der WKStA den Auftrag, im Rahmen von Erkundigungen das Videomaterial beizuschaffen. Daraufhin richtete die WKStA eine dementsprechende Ermittlungsanordnung an die SOKO.⁷⁷ Am 20. April 2020 um 19.45 Uhr ist das Ibiza-Video auf einer Mikro-SD Karte sichergestellt worden.⁷⁸ Unmittelbar danach ist sowohl die StA Wien, als auch das BMI von der SOKO verständigt worden.⁷⁹ Die WKStA und die Justizministerin nicht. Zadic gab an, dass sie und die WKStA aus der Medienberichterstattung davon erfahren haben.⁸⁰

Endnotes

1. KURIER, 06.03.2021, Korruptionsjäger, die sich wie Gejagte fühlen
2. DerStandard, 11.02.2021, Christina Jilek: Die einstige Anklägerin, die ausgepackt hat
3. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 48. Sitzung vom 25. Mai 2021, S.5, 244/KOMM
4. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Ilse-Maria Vrabl-Sanda in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S. 26, 249/KOMM
5. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021, S. 9 f 163/KOMM
6. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021, S. 4, 10 163/KOMM
7. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021, S. 41, 163/KOMM
8. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gregor Adamovic in der 12. Sitzung vom 16. Juli 2020, S. 35, 74/KOMM
9. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christian Pilnacek in der 11. Sitzung vom 15. Juli 2020, S. 54, 71/KOMM
10. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Ilse-Maria Vrabl-Sanda in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S. 36 ff, 249/KOMM
11. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernhard Weratschnig, MBA LL.M. in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S.27, 250/KOMM
12. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Ilse-Maria Vrabl-Sanda in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S. 39, 249/KOMM
13. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernhard Weratschnig, MBA LL.M. in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S.27, 250/KOMM
14. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernhard Weratschnig, MBA LL.M. in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S.27, 250/KOMM
15. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021, S. 4f, 22, 163/KOMM
16. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Ilse-Maria Vrabl-Sanda in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S. 36 ff, 249/KOMM
17. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 48. Sitzung vom 25. Mai 2021, S.5, 244/KOMM
18. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Ilse-Maria Vrabl-Sanda in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S. 26 249/KOMM
19. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernhard Weratschnig, MBA LL.M. in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S.18, 250/KOMM
20. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Alma Zadić, LL.M. in der 54. Sitzung vom 30. Juni 2021, S. 37, 270/KOMM
21. Profil, 16.05.2020, Affäre Pilnacek: Nächtliche E-Mails
22. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Roland Koch in der 38. Sitzung vom 10. März 202, S.35, 191/KOMM
23. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Roland Koch in der 38. Sitzung vom 10. März 202, S.14, 191/KOMM
24. Anm. Beschuldigtenvernehmung
25. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernhard Weratschnig, MBA LL.M. in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S.28 f, 250/KOMM
26. Profil, 20.02.2021, WKStA-Leaks“-Verfahren eingestellt
27. Wiener Zeitung, 01.06.2021, ÖVP-Hanger prangert Staatsanwaltschaft an
28. Die Presse, 09.06.2021, ÖVP prüft Anzeige gegen Staatsanwälte der WKStA
29. Profil, 02.06.2021, Aus den Pilnacek-Chats: „Uns fehlt Trump“
30. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Ilse-Maria Vrabl-Sanda in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S.12 ff, 23 ff 249/KOMM
31. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Ilse-Maria Vrabl-Sanda in der 51. Sitzung vom 9. Juni 2021, S.13 249/KOMM
32. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gregor Adamovic in der 12. Sitzung vom 16. Juli 2020, S. 65, 74/KOMM
33. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gregor Adamovic in der 12. Sitzung vom 16. Juli 2020, S. 65, 74/KOMM
34. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S. 26, 47/KOMM
35. DerStandard, 10.03.2020, Ermittler hoffte auf Straches “Rücktritt vom Rücktritt”
36. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 22, 49/KOMM

37. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 21, 49/KOMM
38. 2262/AB vom 07.08.2020 zu 2256/J
39. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 9, 49/KOMM
40. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Niko Reith, BA MA in der 35. Sitzung vom 18. Februar 2021, S. 4, 169/KOMM
41. DerStandard, 10.03.2020, Ermittler hoffte auf Straches "Rücktritt vom Rücktritt"
42. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Niko Reith, BA MA in der 35. Sitzung vom 18. Februar 2021, S. 4, 169/KOMM
43. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 9, 49/KOMM
44. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S.9 f, 49/KOMM
45. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Niko Reith, BA MA in der 35. Sitzung vom 18. Februar 2021, S.60, 169/KOMM
46. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 9. Juni 2020, S. 27, 47/KOMM
47. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Niko Reith, BA MA in der 35. Sitzung vom 18. Februar 2021, S.60, 169/KOMM
48. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernd Schneider, LL.M. in der 44. Sitzung vom 13. April 2021, S.16, 204/KOMM
49. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Bernd Schneider, LL.M. in der 44. Sitzung vom 13. April 2021, S.17, 204/KOMM
50. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S. 55, 47/KOMM
51. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 25. Mai 2021, S. 36 f, 244/KOMM
52. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S. 49, 47/KOMM
53. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S. 48, 49, 47/KOMM
54. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Niko Reith, BA MA in der 35. Sitzung vom 18. Februar 2021, S.36, 169/KOMM
55. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Niko Reith, BA MA in der 35. Sitzung vom 18. Februar 2021, S.7, 169/KOMM
56. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Niko Reith, BA MA in der 35. Sitzung vom 18. Februar 2021, S.7, 169/KOMM
57. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Niko Reith, BA MA in der 35. Sitzung vom 18. Februar 2021, S.5, 169/KOMM
58. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021, S. 57, 163/KOMM
59. Profil, 27.07.2019, ÖVP-Wahlkampf: Pannenhilfe
60. TT, 10.3.2020, Schredder-Affäre: Steinacker-Kritik an Aktenveröffentlichung
61. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christina Jilek, LL.M. in der 32. Sitzung vom 10. Februar 2021 S. 28, 163/KOMM
62. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Niko Reith, BA MA in der 35. Sitzung vom 18. Februar 2021, S.20, 169/KOMM
63. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Niko Reith, BA MA in der 35. Sitzung vom 18. Februar 2021, S.26, 169/KOMM
64. Kronen Zeitung, 06.09.2019, Brisante SMS geschickt
65. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 9, 49/KOMM
66. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S.9 f, 49/KOMM
67. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S.15 f, 47/KOMM
68. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S.39, 47/KOMM
69. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Ilse-Maria Vrabl-Sanda in der 27. Sitzung vom 3. Dezember 2020, S.12, 124/KOMM
70. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S.14 f, 47/KOMM
71. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09.

Juni 2020, S.39, 47/KOMM

72. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S. 7 f, 49 f, 49/KOMM

73. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S.39, 47/KOMM

74. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S.47, 47/KOMM

75. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 7. Sitzung vom 24. Juni 2020, S.53, 51/KOMM

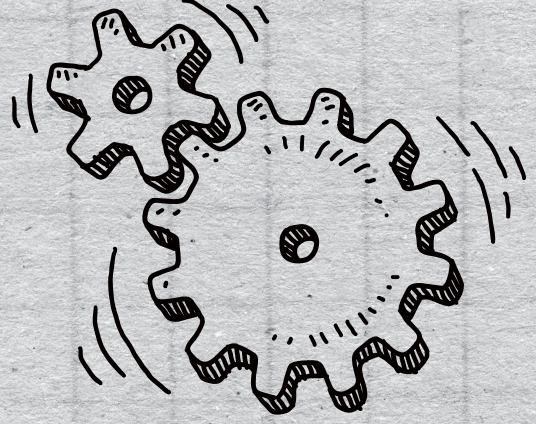
76. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Matthias Purkart, LL.M. in der 5. Sitzung vom 09. Juni 2020, S.46, 47, 47/KOMM

77. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S.42, 49/KOMM

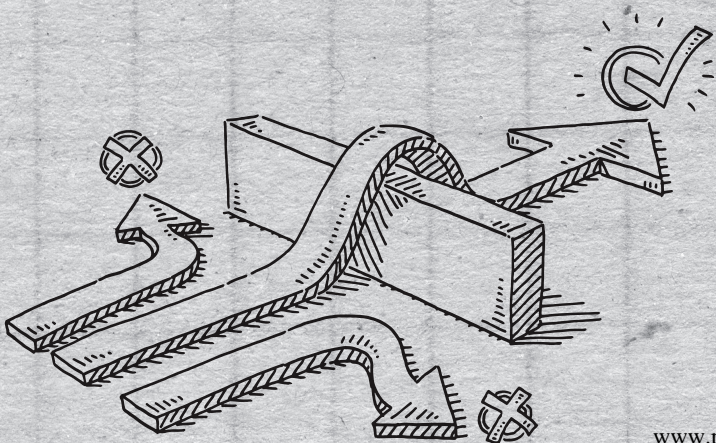
78. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S.6, 16, 20, 49/KOMM

79. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Andreas Holzer, MA in der 6. Sitzung vom 10. Juni 2020, S.16, 49/KOMM

80. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr.in Alma Zadić, LL.M. in der 4. Sitzung vom 05. Juni 2020, S. 8, 15, 18, 45/KOMM



DAS FAZIT



DAS FAZIT

Vor etwas mehr als zwei Jahren steckte das Land in einer veritablen Staatskrise. Das Schiff Österreich wankte gewaltig. Mit einem überaus eleganten Kompass in Händen steuerte der Bundespräsident durch den politischen Sturm. Doch dieses Unwetter sollte sich als Chance für das Land herausstellen. Denn die Veröffentlichung des Ibiza-Videos am 17. Mai 2019 und die dadurch ausgelösten Ermittlungen haben die minutiöse Aufklärungsarbeit der Behörden und des Parlaments erst möglich gemacht.

In diesem Untersuchungsausschuss konnten wir herausarbeiten, welche Aussagen im Ibiza-Video nur Behauptungen waren und was Tatsachen. Was ekelhafte Angeberei, Selbstüberschätzung oder eine b'soffene Geschichte war. Und was Realität.

Wir konnten überprüfen, ob es stimmt, dass ein Glücksspielkonzern alle zahlt.

Ob es stimmt, dass man sich über Vereine in die Politik einkaufen kann.

Ob es stimmt, dass öffentliche Aufträge nicht ausschließlich an die Besten, sondern an die eigenen Gönner*innen gehen.

Ob es stimmt, dass sich Wohlhabende mit genügend Geld und Gegenleistungen ihnen genehme Gesetze kaufen können.

Ob es stimmt, dass man öffentlichen Besitz heimlich, still und leise privatisieren kann.

Heute wissen wir: Vieles von dem, was Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video angekündigt hat, ist in die Tat umgesetzt worden – nur nicht alles von ihm und wesentlich professioneller.

Der Ibiza-Untersuchungsausschuss hat zahlreiche Belege dafür gefunden, welches politische System unter Türkis-Blau zwischen Dezember 2017 und Mai 2019 geherrscht hat: Eines, das vor allem für die eigenen, wohlhabenden Freund*innen da war und weniger für die Bedürfnisse der Bevölkerung.

Die Akten legen Zeugnis ab, mit welchem Machtanspruch dieses politische System angetreten ist: Der Umbau der Republik zu eigenen Gunsten, nicht offen und transparent, sondern heimlich, still und leise. Nicht zuletzt haben die Chats ein Sittenbild von Politik gezeichnet, das viele Österreicherinnen und Österreicher lieber nicht gesehen hätten.

Türkis-blau hat ein Parallelsystem installiert, um Politik zu machen, vorbei am Parlament, vorbei an jeder Kontrolle und vor allem: Vorbei an den Bedürfnissen der österreichischen Bevölkerung.

Sehen Sie sich dieses Bild genau an

Viele hunderttausend Puzzlesteine haben ein konkretes Bild ergeben. Ein Bild, das uns zeigt, welches politische System unter Türkis-Blau geherrscht hat. Es ist wichtig, sich dieses Bild genau anzusehen. Stellen Sie sich davor hin und betrachten Sie es. Jedes einzelne kleine Detail.

Das ist wichtig, um die richtigen Maßnahmen treffen zu können, um weiteren Schaden für das Land abzuwenden. Doch das ist gar nicht so einfach: Die Protagonist*innen der Ära Türkis-Blau haben alles dafür getan, dass ihre Umbaupläne für die Republik geheim bleiben.

Sobald diese Geheimnisse gelüftet sind, steht man zwar vor einem hässlichen Bild, doch selbst das birgt Chancen. Denn die Erkenntnisse des U-Ausschusses sind eine Chance für das Land, Korruption aus der Republik zu fegen. Die Erkenntnisse aus den Akten, den Ermittlungsberichten und nicht zuletzt den Chats müssen das Mittel sein, um den politischen Schock, den das Ibiza-Video ausgelöst hat, zu überwinden: Die Politik muss sich wieder klar darüber werden, wozu Politik eigentlich da ist.

Politik ist dazu da, dieses Land zu beschützen. Sie ist dazu da, zu verhindern, dass sich jemand Posten, Einfluss und Gesetze kauft. Und sie ist dazu da, dass sich Menschen wieder darauf verlassen können, dass Personen in Positionen kommen, weil sie kompetent sind; weil sie ihren Job können. Aus keinem anderen Grund.

Was vom Ibiza-U-Ausschuss bleiben wird

Der Untersuchungsausschuss ist das höchste Kontrollorgan des österreichischen Parlaments. Er ist dazu da, Sachverhalte rund um Verwaltungshandeln aufzuklären und politische Verantwortung festzustellen. Das ist die sperrige Definition. Die wahre Bedeutung eines Untersuchungsausschusses liegt vor allem in zwei Dingen: Einen politischen Selbstreinigungsprozess in Gang zu setzen und auf Grundlage der Erkenntnisse gute Beschlüsse im Nationalrat herbeizuführen. In diesen beiden Punkten hat der Ibiza-Untersuchungsausschuss alle Erwartungen übertroffen:

- > Die Rücktritte und Suspendierungen in Justiz und ÖBAG gehören zum Selbstreinigungsprozess. Dazu geführt haben die Erkenntnisse aus dem Ibiza-Untersuchungsausschuss.
- > Abschaffung des Amtsgeheimnisses, ein Anti-Glücksspielpaket, neue Anti-Korruptionsbestimmungen und ein neues Parteiengesetz sind in Vorbereitung. Sie alle wären ohne den Ibiza-Untersuchungsausschuss in dieser Form nicht zu erwarten gewesen.

Oft ausgebremst und trotzdem erfolgreich am Ziel

Die Ibiza-Ermittlungen und die Aufklärungsarbeit des Ibiza-Untersuchungsausschuss haben gezeigt, wie wichtig funktionierende Kontrollinstitutionen in unserem Rechtsstaat sind. Den Mächtigen und Wohlhabenden gehört auf die Finger geschaut, denn niemand steht über dem Gesetz.

Leider mussten sowohl Vertreter*innen der Justiz als auch der Untersuchungsausschuss als Gremium selbst erfahren, zu welchen geschmacklosen Mitteln genau jene greifen, die sich durch die Kontrollarbeit angegriffen oder ertappt fühlen. Die Verächtlichmachung der parlamentarischen Aufklärungsarbeit gehörte genauso dazu, wie das Ausreizen sämtlicher rechtsstaatlicher Mittel bis hin zur Provozierung einer präsidialen Exekution, sodass der Ibiza-Untersuchungsausschuss seinem verfassungsmäßigen Recht auf Kontrolle nachgehen konnte.

Doch kein Ablenkungsmanöver, kein unsachlicher Angriff, keine tendenziöse Vorsitzführung können über die Fakten, die wir nach

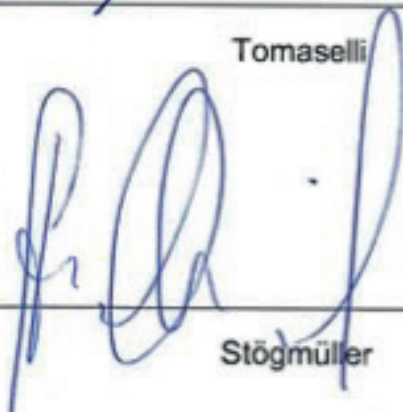
- 52 Befragungstagen,
- 116 Befragungen,
- und dem Studium von 2,7 Mio. Aktenseiten

in diesem Bericht zusammengetragen haben, hinwegtäuschen.

**AUCH WENN ES NICHT ALLEN PASST:
AM ENDE DES IBIZA-
UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSSES
WIRD DIE REPUBLIK EIN STÜCK
WEIT SAUBERER SEIN.**



Tomaselli



Stögmüller

